

Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

21. Sitzung

Hannover, den 11. Dezember 2003

Inhalt:

Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2004 - Debatte über ausgewählte Haushaltsschwer- punkte (einschl. einzubringender Änderungsan- träge) unter Einbeziehung der betroffenen Ressort- minister (Inneres und Sport, Justiz - Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit - Kultus).....	2129
Hans-Christian Biallas (CDU).....	2129
Heiner Bartling (SPD)	2132, 2145, 2146
Professor Dr. Hans-Albert Lennartz (GRÜNE).....	2134
Jörg Bode (FDP)	2136, 2138
Georgia Langhans (GRÜNE)	2139
Dr. Otto Stumpf (CDU)	2140
Uwe Schünemann, Minister für Inneres und Sport	2141
Dr. Harald Noack (CDU).....	2146
Heike Bockmann (SPD)	2146
Dr. Uwe Biester (CDU)	2149
Ralf Briese (GRÜNE).....	2151
Carsten Lehmann (FDP)	2153
Elisabeth Heister-Neumann, Justizministerin.....	2154
Uwe Schwarz (SPD)	2158, 2179
Heidmarie Mundlos (CDU).....	2163
Ursula Helmhold (GRÜNE).....	2165
Gesine Meißner (FDP).....	2168
Meta Janssen-Kucz (GRÜNE)	2172, 2172
Thorsten Thümler (CDU)	2173
Dr. Ursula von der Leyen, Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit.....	2175
Karl-Heinz Klare (CDU)	2181, 2182
Ina Korter (GRÜNE).....	2185, 2189, 2189
Wolfgang Jüttner (SPD).....	2190, 2194
Hans-Werner Schwarz (FDP)	2195, 2196
Ursula Körtner (CDU).....	2198
Bernhard Busemann, Kultusminister	2201

Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2004 - Debatte über ausgewählte Haushaltsschwer- punkte (einschl. einzubringender Änderungsan- träge) unter Einbeziehung der betroffenen Ressort- minister (Wissenschaft und Kultur - Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Umwelt - ländlicher Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien)	2207
Dr. Gabriele Andretta (SPD).....	2207
Karl-Heinz Klare (CDU).....	2211, 2213
Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE)	2215
Klaus Rickert (FDP)	2218
Professor Dr. Dr. Roland Zielke (FDP)	2219
Katrin Trost (CDU)	2221, 2222
Christina Bührmann (SPD)	2223
Lutz Stratmann, Minister für Wissenschaft und Kultur	2225, 2228
Ernst-August Hoppenbrock (CDU).....	2229
Thomas Oppermann (SPD)	2231, 2238
Hartmut Möllring, Finanzminister... 2235, 2238, 2278	
Wolfgang Hermann (FDP)	2240, 2242
Enno Hagenah (GRÜNE)	2242, 2243, 2245
Hermann Dinkla (CDU)	2246
Roland Riese (FDP)	2247
Björn Thümler (CDU).....	2248
Hans-Joachim Janßen (GRÜNE)	2250
Hans-Dieter Haase (SPD)	2250
Christian Dürr (FDP)	2253
Dorothea Steiner (GRÜNE)	2254
Anneliese Zachow (CDU)	2257
Hans-Heinrich Sander, Umweltminister... 2258, 2260	
Karin Stief-Kreihe (SPD).....	2260
Friedhelm Biestmann (CDU).....	2263
Hans-Jürgen Klein (GRÜNE).....	2265
Jan-Christoph Oetjen (FDP).....	2267
Hans-Heinrich Ehlen, Minister für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.....	2269

Friedrich Kethorn (CDU)	2271
Rosemarie Tinius (SPD).....	2273
Wilhelm Hogrefe (CDU).....	2274
Georgia Langhans (GRÜNE).....	2276
Ulrike Kuhlo (FDP).....	2276
Nächste Sitzung.....	2278

Vom Präsidium:

Präsident	Jürgen Gansäuer (CDU)
Vizepräsident	Ulrich Biel (SPD)
Vizepräsidentin	Ulrike Kuhlo (FDP)
Vizepräsidentin	Silva Seeler (SPD)
Vizepräsidentin	Astrid Vockert (CDU)
Schriftführer	Lothar Koch (CDU)
Schriftführerin	Georgia Langhans (GRÜNE)
Schriftführer	Wolfgang Ontijd (CDU)
Schriftführerin	Christina Philipps (CDU)
Schriftführer	Friedrich Pörtner (CDU)
Schriftführerin	Isolde Saalman (SPD)
Schriftführerin	Bernadette Schuster-Barkau (SPD)
Schriftführerin	Brigitte Somfleth (SPD)
Schriftführerin	Irmgard Vogelsang (CDU)
Schriftführerin	Anneliese Zachow (CDU)

Auf der Regierungsbank:

Staatssekretärin Dr. Gabriele Wurzel,
Staatskanzlei

Minister für Inneres und Sport
Uwe Schünemann (CDU)

Staatssekretär Wolfgang Meyerding,
Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport

Finanzminister
Hartmut Möllring (CDU)

Staatssekretär Dr. Lothar Hageböling,
Niedersächsisches Finanzministerium

Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Dr. Ursula von der Leyen (CDU)

Staatssekretär Gerd Hoofe,
Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen,
Familie und Gesundheit

Kultusminister
Bernd Busemann (CDU)

Staatssekretär Hartmut Saager,
Niedersächsisches Kultusministerium

Minister für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Hans-Heinrich Ehlen (CDU)

Staatssekretär Gert Lindemann
Niedersächsisches Ministerium für den ländlichen Raum,
Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Justizministerin
Elisabeth Heister-Neumann

Minister für Wissenschaft und Kultur
Lutz Stratmann (CDU)

Staatssekretär Dr. Josef Lange,
Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft
und Kultur

Umweltminister
Hans-Heinrich Sander (FDP)

Beginn: 9.01 Uhr.

Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 21. Sitzung im 8. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 15. Wahlperiode.

Zur Tagesordnung: Wir beginnen die heutige Sitzung mit dem zweiten Block der Haushaltsberatung. Nach der Mittagspause wird die Sitzung mit dem dritten Block der Haushaltsberatung fortgesetzt. Die heutige Sitzung soll gegen 20 Uhr enden.

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenografischen Dienst - bis spätestens morgen Mittag, 12 Uhr - wird erinnert.

Es folgen geschäftliche Mitteilungen durch die Schriftführerin Frau Saalman.

Schriftführerin Isolde Saalman:

Für heute haben sich von der Landesregierung Herr Ministerpräsident Wulff und der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Herr Hirche, entschuldigt. Von der SPD-Fraktion haben sich Frau Merk und Frau Leuschner entschuldigt.

Vizepräsident Ulrich Biel:

Wir kommen zu

Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2004 - Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte (einschl. einzubringender Änderungsanträge) unter Einbeziehung der betroffenen Ressortminister (Inneres und Sport, Justiz - Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit - Kultus)

Für den jetzt anstehenden Teil der Haushaltsberatungen stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zur Verfügung: CDU und SPD je 76 Minuten, FDP und Bündnis 90/Die Grünen je 48 Minuten. Der Ältestenrat ist davon ausgegangen, dass die Landesregierung eine Redezeit von 48 Minuten nicht überschreitet.

Um die Debatte zu strukturieren, bitte ich Sie, dass Sie sich schriftlich zu Wort melden und dabei angeben, zu welchem Gebiet Sie sprechen möchten.

Nach den Vorstellungen des Ältestenrates beginnen wir jetzt in dem Bereich Inneres und Sport sowie Justiz mit dem Bereich **Inneres und Sport**.

Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Biallas von der CDU-Fraktion. Ich erteile Ihnen das Wort.

Hans-Christian Biallas (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine sehr geehrten Herren! Dass wir vor einer dramatischen Haushaltslage stehen, die uns die SPD-Vorgängerregierung hinterlassen hat,

(Zustimmung von Dr. Philipp Rösler [FDP] - Zurufe von der SPD: Ja, ja!)

brauche ich nicht extra in Erinnerung zu rufen. Um die ganze Wahrheit zu sagen, will ich aber hinzufügen, dass uns das auch im Haushalt für Inneres und Sport zu Einsparungen nötigt.

Diese Regierung ist aber mit einer optimistischen und tatkräftigen Grundstimmung angetreten, etwa nach dem Motto: Wem das Wasser bis zum Hals steht, der darf den Kopf nicht hängen lassen.

(Beifall bei der CDU - Reinhold Coenen [CDU]: Richtig!)

Meine Damen und Herren, in der Kabinettsitzung vom 15. Juli 2003 sind

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Einsparungen im Haushalt für Inneres und Sport in Höhe von annähernd 67 Millionen Euro beschlossen worden.

(Dieter Möhrmann [SPD]: Herr Biallas, waren Sie dabei?)

Die globalen Kürzungen für die Beamtinnen und Beamten hinsichtlich des Weihnachtsgeldes sowie die Streichung des Urlaubsgeldes kommen noch hinzu. Ich will sehr deutlich sagen: Das Letzte ist uns außerordentlich schwer gefallen. Es berücksichtigt nämlich nicht, dass wir sehr viele engagierte Beamtinnen und Beamte, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst haben. Aber die Haushaltslage - so wie wir Sie vorgefunden haben - nötigt uns leider zu diesem Schritt. Wir haben allerdings - das will ich sehr deutlich sagen - auch Verständnis dafür, dass es denjenigen, die es betrifft, eben nicht nur missfällt, sondern dass sie auch dagegen protestieren. Es bleibt uns aber leider kein anderer Weg.

Meine Damen und Herren, der Haushalt des Ministeriums für Inneres und Sport hatte - verglichen mit den anderen Ressorts - prozentual weniger Streichungen und Kürzungen hinzunehmen. Aber wir werden - das ist gestern angeklungen; deswegen werde ich im Einzelnen nicht darauf eingehen - durch die Verwaltungsreform und durch die Abschaffung der Bezirksregierungen zu erheblichen Einsparungen kommen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Bis 2008 werden 6 743 Stellen im öffentlichen Dienst des Landes entbehrlich gemacht. Das wird in der Tat mittelfristig zu massiven Einsparungen führen.

Wenn man sich im Hinblick auf die Polizei die Einsparungen anguckt, muss man natürlich vorweg eines zu der Situation sagen, die wir vorgefunden haben, als die neue Regierung angetreten ist. Ich will es noch einmal in Erinnerung rufen, auch wenn es für die SPD-Fraktion unangenehm ist:

(Reinhold Coenen [CDU]: Schmerzhaft!)

Wir haben in Niedersachsen die schlechteste Polizeidichte in ganz Deutschland vorgefunden.

(Axel Plaue [SPD]: Weil die alle vor der Tür stehen!)

Wir haben im Hinblick auf die Polizeidichte eine Unwucht zwischen den Ballungsräumen des Landes und der Fläche vorgefunden. Wir haben - das muss ich Herrn Minister a. D. Bartling direkt vorhalten -

(Axel Plaue [SPD]: Ach was!)

folgende Situation vorgefunden - Herr Kollege Bartling, Sie werden ja nicht widersprechen -: Sie haben im Vorfeld der Kommunalwahl den Gewerkschaften und der Öffentlichkeit erklärt, Sie wollten 500 zusätzliche Stellen schaffen. Sie haben die Stellen auch geschaffen. Aber wir haben sie unbesetzt vorgefunden. Es möge sich jeder überlegen, welchen Tatbestand das erfüllt. Man kann natürlich von gebrochenem Versprechen reden. Man kann es aber auch anders bezeichnen. Das jedoch will ich mir jetzt ersparen.

Meine Damen und Herren, wir haben bei der Polizei eine mangelhafte Ausstattung und Ausrüstung vorgefunden. Das haben wir in diesem Hause in dieser Legislaturperiode bereits unter dem Titel der

„Schrottplatzpolitik“ der alten Landesregierung zur Sprache gebracht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, 60 % aller Ausgaben im Haushalt des Ministeriums für Inneres und Sport sind dem Aufgabenbereich der Polizei zuzuordnen. Das zeigt: Schwerpunkt dieser Landesregierung ist weiterhin die polizeiliche Arbeit.

Allein 48 % des Einzelplanes sind Personalkosten der Polizei. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben - das kann man sehr deutlich sehen und auch sagen - einen ihrer wichtigsten Schwerpunkte im Bereich der inneren Sicherheit gesetzt. Deshalb werden wir - das ist auch haushaltswirksam eingestellt - innerhalb der nächsten vier Jahre je 250 zusätzliche Stellen im Polizeidienst schaffen. Das ist ein großartiger Erfolg, über den wir uns freuen können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Reinhold Coenen [CDU]: Das ist gewaltig!)

Es ist schon außerordentlich schwierig, wenn man einspart und gleichzeitig Schwerpunkte setzt. Es ist auch schwierig, Ihnen dann noch erklären zu müssen, was man Gutes und Richtiges für die Polizei tut. Ich will noch eines hinzufügen: Die zweigeteilte Laufbahn werden wir - wie es auch die alte Landesregierung angekündigt hat - bis 2005 für die letzten Beamtinnen und Beamten, die noch ausstehen, umsetzen. Auch das haben wir haushaltsmäßig abgesichert. Das ist ebenfalls erfreulich.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir haben für das System NIVADIS - von der alten Landesregierung vorbereitet - rund 10 Millionen Euro eingestellt. Auch wenn, wie wir gehört haben, dieses System noch unter einigen anfänglichen Schwierigkeiten leidet, sind wir dennoch der Meinung, dass es für die polizeiliche Arbeit eine gewaltige Erleichterung darstellt und eine bessere Kommunikation ermöglicht. Wir werden dafür sorgen müssen, dass dieses System tatsächlich im Alltagsbetrieb funktioniert.

Ich will die weiteren Haushaltsposten jetzt nicht im Einzelnen besprechen, aber ich will noch etwas zu den Kommunalfinzen sagen. Die Situation der kommunalen Kassen ist ebenso dramatisch wie die des Landes und des Bundes.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Trotz intensiver Einsparung bei den freiwilligen Leistungen steigt das strukturelle Defizit ständig weiter. Aufgrund der Sparpolitik haben die Kommunen inzwischen kein Ausgabeproblem mehr, sondern sie haben ein massives Einnahmeproblem. Es gilt, sich diesem Problem zu stellen und es zu lösen.

Die Stärkung der kommunalen Handlungsfähigkeit durch die Neuordnung des Finanzausgleiches ist eine Aufgabe, die schnellstens erledigt werden muss.

(Zustimmung bei der CDU)

Man kann nur hoffen, dass das auch gelingen wird.

Ziel der Koalitionsfraktionen ist es, wo irgend möglich Zuschussmittel des Landes und des Bundes, soweit es rechtlich möglich ist, in den kommunalen Finanzausgleich zu überführen.

Ich will auf das Konnexitätsprinzip hinweisen, das gestern angesprochen worden ist. Da Sie uns immer wieder daran erinnern, dass wir das in die Verfassung einführen wollen, gehe ich davon aus, dass ich das als ihre Zustimmung verstehen und deshalb damit rechnen kann, dass Sie, Herr Kollege Lennartz, wenn es soweit ist, dem auch mit Freude zustimmen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme jetzt noch zu den Punkten - das wird Sie besonders interessieren -, die die Regierungsfractionen an dem eingebrachten Haushalt verändert haben. Wir haben zusätzlich 100 000 Euro für die Aufgabe der Konversion eingestellt, weil dieser Bereich ursprünglich auf null gesetzt worden war. Für wichtig halten wir es, dass dieser Haushaltstitel insbesondere im Interesse der betroffenen Kommunen - Herr Kollege Hogrefe ist betroffen - erhalten bleibt.

Wir haben - das ergibt sich analog zu dem, was ich vorhin gesagt habe - den Haushaltstitel für die Ausrüstung und Ausstattung der Polizei um weitere 120 000 Euro angehoben. Ich gehe davon aus, Herr Kollege Bartling, dass Sie dem zustimmen werden. Denn wir waren uns einig, dass dafür nie genügend Mittel vorhanden waren. Deswegen ist es doch gut, dass wir sie angehoben haben.

Zusätzlich haben wir 35 000 Euro für die Arbeit des Landesfeuerwehrverbandes eingestellt. Damit stärken wir das ehrenamtliche Engagement. Lassen Sie es mich auf den Punkt bringen: Die Feu-

erwehren sind in der Tat die einzig zuverlässigen und erfolgreichen Roten in unserem Land.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zudem, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, arbeiten sie überwiegend ehrenamtlich. Deshalb werden sie von uns besonders unterstützt.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Reinhold Coenen [CDU]: Wir sind zuverlässig! - Zuruf von Axel Plaue [SPD])

Meine Damen und Herren, wir werden uns bei der Aus- und Fortbildung der Polizei auf die Kernaufgaben beschränken müssen. Deshalb haben wir dort gekürzt, weil wir der Auffassung sind, dass z. B. Seminare für Polizeibedienstete zur Vorbereitung auf den Ruhestand sicherlich erfreuliche, aber nicht notwendige Maßnahmen sind. Deshalb kann man hier einsparen.

Nun komme ich zu dem, was ganz bestimmte wenige, aber doch engagierte Kreise - auch in diesem Haus - berührt. Wir haben die Förderung der Geschäftsführung des Niedersächsischen Flüchtlingsrates in Höhe von 46 000 Euro gekürzt, und zwar nicht, weil uns die Nase oder die Gedanken der Betroffenen dort nicht gefallen, sondern weil wir angesichts der dramatischen Finanzlage der Auffassung sind, dass wir die Geschäftsführungstätigkeit von Vereinen nicht mehr fördern können und uns stattdessen mehr auf gezielte Projektförderung einlassen wollen. Ich bin sehr dankbar, dass der Flüchtlingsrat das offensichtlich bereits im Vorfeld unserer Entscheidung verstanden hat; denn er hat einen Rundbrief an alle Interessierten und Freunde geschrieben - ich habe auch einen bekommen -, in dem er mitteilte: Wir werden in Zukunft leider mehr auf ehrenamtliche Arbeit setzen müssen, weil die Zuschüsse gekürzt worden sind; jetzt muss das eine oder andere auch unentgeltlich getan werden. - Das finde ich sehr richtig. Wir haben z. B. ein Schreiben von der Flüchtlingsinitiative in Bremen bekommen. Die haben sich immer der Hilfe des Flüchtlingsrates bedient, was ja gut ist. Aber warum sollen wir in Niedersachsen für die Arbeit in Bremen bezahlen? - Man kann denen nur empfehlen: Dann macht so etwas in Bremen auf und zahlt selbst. Wir können das nicht mehr.

Meine Damen und Herren, eines zum Schluss: Ich fand es sehr gut, dass der Flüchtlingsrat gesagt hat, dass er mehr Spenden und mehr bürger-

schaftliches Engagement braucht. Das ist ein guter und richtiger Weg. Ich gehöre zu den ersten Spendern. Noch bevor wir gekürzt haben, hatte ich bereits meine Spende geleistet.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Lachen bei den GRÜNEN)

Ich würde gerne Herrn Dr. Lennartz, Frau Harms, Herrn Gabriel, Herrn Bachmann und viele andere fragen, ob sie sich dem nicht anschließen können. Dann können wir durch bürgerschaftliches Engagement dafür sorgen, dass sich die Haushaltslage des Landes Niedersachsen verbessert. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei
der FDP)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die SPD-Fraktion hat nun der Abgeordnete Bartling das Wort.

Heiner Bartling (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Biallas, Herr Dr. Lennartz hat gefragt, wie viel Sie denn gespendet haben, damit er sich daran orientieren kann. Vielleicht sagen Sie ihm das einmal. Das wäre sehr interessant.

(Hans-Christian Biallas [CDU]: Das
sage ich Ihnen nachher!)

Meine Damen und Herren, was wir gestern in der Generaldebatte über den Haushalt erlebt haben, kann man heute nahtlos fortsetzen. Hier wird eine Politik der Anscheinserweckung betrieben.

(Beifall bei der SPD)

Hier wird mit Phrasen, mit lauten Sprüchen etwas angekündigt, und man hält sich darauf zugute, man setze tatsächlich das um,

(Hans-Christian Biallas [CDU]: Das
kennt man ja!)

was man gesagt hat. So etwas kommt dann in Schwierigkeiten, wenn man konkret an dem gemessen wird, was man tut. Deshalb erlauben Sie mir, beispielhaft nur einige wenige Dinge zu nennen.

In der 8. Plenarsitzung am 16. Mai hat der Innenminister hier Folgendes zum Ausdruck gebracht:

„Herr Dr. Lennartz oder Herr Bartling haben gesagt, dass wir beim Weihnachtsgeld Kürzungen vornehmen, um jetzt mehr Personal einstellen zu können. Wir haben vor der Wahl gesagt, dass wir das Beamtenbund-Modell umsetzen wollen. Dieses besagt, dass man das Weihnachtsgeld auf 65 % absenkt, den Betrag dann auf zwölf Monate umlegt und zum Bestandteil des Grundgehalts macht. Das ist genau das, was die Landesregierung jetzt anstrebt. An das Urlaubsgeld gehen wir nicht heran. Sie sollten deshalb auch nichts anderes behaupten. Diese Landesregierung ist so gestartet, dass wir genau das getan haben, was wir vor der Wahl gesagt haben.“

Meine Damen und Herren, ich hoffe, Sie wissen, was Sie in diesem Haushalt beschließen, nämlich das Gegenteil von dem, was hier zum Ausdruck gebracht worden ist. Das ist nur ein Beispiel.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich will Ihnen gerne ein weiteres Beispiel nennen. In derselben Plenarsitzung sagte der Herr Innenminister:

„Durch die Polizeireform in den 90er-Jahren haben wir mehr Stäbe, mehr Beamte in den Arbeitsgruppen bekommen. Das wiederum bedeutet, dass wir nicht genügend Polizeibeamte haben, die im Vollzugsdienst und im operativen Bereich tätig sind. Auch hier werden wir noch in diesem Jahr eine Lösung präsentieren. Mit dem Direktionsmodell werden wir weniger Stäbe und mehr Polizeibeamte im operativen Bereich, mehr Polizei in der Fläche haben.“

(Beifall bei der CDU)

„Das ist genau das, was wir versprochen haben.“

Meine Damen und Herren, jetzt schauen Sie sich das an, was bisher auf dem Tisch liegt: Sechs Direktionen, das sind sechs Stäbe. - Man hat auch jetzt sechs Stäbe. Wenn wir einmal eine konkrete Antwort darauf kriegen würden, welche Funktionen in diesen Polizeidirektionen im Vergleich zu den

sechs Stäben, die wir jetzt haben, wegfallen, dann könnte man eine solche Ansage als realistisch und wahr hinnehmen. Ich habe darauf aber noch keine Antwort bekommen. Auf die Frage der Folge der Organisationsentscheidung für die Polizeiinspektionen hin wird uns über die Öffentlichkeit gesagt: Na ja, so ein paar Leute aus der Spitze der Inspektionen gehen dann zu der Inspektion, die für zwei Landkreise zuständig sein wird. Auch dort sehe ich nicht, dass jetzt Kolleginnen und Kollegen in Streifenwagen für die Bevölkerung massiv präsent sind.

Allein diese beiden Beispiele zeigen, dass man immer, wenn es konkret wird, feststellen muss: Luftblasen, hohles Gerede, nichts von dem, was angekündigt worden ist, wird wahr.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der Ansage, der Grund für die Polizeireform sei das, was man vollmundig verkündet habe, wird nun durchaus auch von Leuten, denen man zuhören sollte, widersprochen. Wir haben von Herrn Staatssekretär Koller im Innenausschuss im Wortsinne zur Kenntnis nehmen müssen: Machen Sie mich, Koller, bitte nicht dafür verantwortlich, dass die Bezirksregierungen aufgelöst werden. Ich komme aus Bayern. Aber weil politisch entschieden worden ist, dass die Bezirksregierungen aufgelöst werden, muss ich, Koller, eine neue Polizeiorganisation machen. - Das ist der Grund, nicht diese hohlen Sprüche, die wir hier hören.

(Beifall bei der SPD)

Herr Biallas hat seine Freude über unsere Damen und Herren von der Feuerwehr zum Ausdruck gebracht. Die Folge einer solchen Organisationsentscheidung ist z. B. die skurrile Vorstellung, dass die Brandschutzdezernate in Zukunft bei den Polizeidirektionen angesiedelt sein werden, und wenn es kreisübergreifende Lagen gibt, dann wird die Polizei unsere freiwilligen Feuerwehren kommandieren.

(Widerspruch bei der CDU - Hans-Christian Biallas [CDU]: Ach!)

- Ich weiß nicht, ob Sie die Organisation nicht kennen. Dann müssen Sie sich einmal damit befassen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, dann ist es also überhaupt nicht völlig abwegig, was der Landesfeuerwehrverband fürchtet, dass er nämlich eines Tages mit grünen Autos durch die Gegend fahren soll. Meine Damen und Herren, das sind Dinge, die nur skurril wirken.

Ich will Ihnen aber auch im Hinblick auf den Haushalt noch eines sagen. Wir haben z. B. über die Veränderung der Polizeiorganisation gehört, dass an der Spitze dieser Direktionen in Zukunft B-besoldete politische Beamte stehen sollen. Wie Sie das mit dem Haushalt und mit den Schwierigkeiten des Haushalts irgendwie in Einklang bringen wollen, ist aus meiner Sicht nicht ganz nachvollziehbar. Wie Sie die Einrichtung hochbezahlter, höchstbezahlter neuer Stellen dort mit diesem Haushaltsplan in Einklang bringen wollen, meine Damen und Herren, können Sie niemandem erklären.

(Beifall bei der SPD)

Aus meiner Sicht gehen Sie einen falschen Weg bei dieser Polizeireform, meine Damen und Herren. Die Sorge, die ich habe, will ich Ihnen gerne noch einmal darlegen. Wir haben positive Erfahrungen mit der Organisation der Polizei gemacht. Dass wir positive Erfahrungen gemacht haben, lassen diese Zahlen deutlich werden, denen ich nicht immer bis auf das letzte Komma glaube. Aber die statistischen Zahlen zeigen in der Entwicklung durchaus Positives. Das hat auch damit zu tun, dass anscheinend eine Organisation vorhanden ist. Das Lösen der Polizei aus den zivilen Bezügen, das Sie vornehmen, halte ich für einen sehr problematischen Weg. Wir haben diese enge Verbindung zwischen Bezirksregierungen und Polizei. Auch auf der Kreisebene haben wir - jedenfalls im Großen und Ganzen - die Übereinstimmung von kommunaler und von polizeilicher Organisation. Das hat sich in der Vergangenheit bewährt. Sie geben dies auf. Das halte ich für nicht sachgerecht. Wenn Sigmar Gabriel gestern von einer Blaupause gesprochen hat, dann nährt das den Verdacht, dass Sie wieder ein anderes Bild von Polizei auf den Weg bringen wollen, wo stringent, von der Spitze bis ins letzte Kommissariat, nur Polizei agiert.

Ich bin wohl nicht verdächtig, Herr Kollege Schünemann, unseren höheren Polizeiführern gegenüber besonders misstrauisch zu sein. Aber die schnelle, schneidige Entscheidung ist immer einfacher, als wenn ich noch ein ziviles Pendant, z. B. in

Gestalt der Bezirksregierung oder auch der Landkreise, dabei habe. Deswegen bin ich in Sorge, dass Sie ein ganz anderes Bild von Polizei haben und dies auf Dauer durchsetzen wollen, und zwar auch mit solchen Sprüchen Ihres Koalitionspartners, eine Art Hilfspolizei einrichten zu wollen. Ich halte das für einen fatalen, für einen falschen Weg.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will es aber nicht alleine bei der Polizei belassen, sondern ich will auch noch einige wenige Worte zur Bezirksregierung sagen. Der Fraktionsvorsitzende der CDU hat gestern noch einmal sehr deutlich gesagt: Das ist nun unser Königsweg. Weg damit. - Aber das sagt eben auch, was Sie gemacht haben. „Weg damit“ war die Entscheidung. Was daraus folgt, ist nie bedacht worden. Deswegen stehen Sie heute vor Problemen, die Sie vorher nicht gesehen haben. Aber damit lassen wir Sie zunächst einmal alleine. Machen Sie mal weiter; wir werden das begleiten und uns angucken, was daraus wird. Denn Sie lassen sich auch durch die besten Argumente nicht davon abhalten.

Ein letztes Wort vielleicht noch zu den Sportgeschichten, weil auch das in dieses Ressort fällt. Es ist schon interessant festzuhalten, was man vorher sagt und nachher macht. Kurz vor der Wahl wurde vom Ministerpräsidenten gesagt:

„Die gesetzlich verankerten Zuwächse in der Sportförderung muss es geben. Die Gesellschaft kann etwa in den Bereichen Gesundheit und Soziales durch den Sport sparen. Sie sollte nicht am Sport sparen. Der Sport braucht verlässliche Partner. Wenn unsere Verfassung jetzt fordert, dass Land und Kommune den Sport schützen und fördern müssen, dann darf es kein Lippenbekenntnis bleiben, sondern muss Selbstverpflichtung sein. Deshalb hat die Sportförderung in Niedersachsen nicht bei jeder Haushaltsklausur wieder auf die Kürzungsliste zu kommen. Eine CDU-geführte Landesregierung steht deshalb nachdrücklich für Planungssicherheit der Sportförderung und damit zu den Verpflichtungen des Lotterien- und Wettwesengesetzes.“

(Axel Plaue [SPD]: Wahlbetrüger!)

Das Haushaltsbegleitgesetz, meine Damen und Herren, steht im deutlichen Widerspruch zu den zitierten Versprechungen.

(Beifall bei der SPD)

Die dem Landessportbund zur Verfügung gestellten Mittel werden de facto um 10 % gekürzt. Bezieht man die von der CDU für 2004 versprochene Steigerung der Sportfördermittel und die Kürzungen der außerschulischen Sportförderung ein, ergibt sich eine Kürzung sogar um 18 %. Um das in jeder Plenarsitzung nachweisen zu können, brauchen wir in Niedersachsen keinen Lügenausschuss. Wir brauchen Sie nur mit dem zu konfrontieren, was Sie vorher einmal gesagt haben.

(Starker Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine Damen und Herren, bevor ich dem Abgeordneten Dr. Lennartz das Wort für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gebe, mache ich Sie darauf aufmerksam, dass in diesem Saal ein Handyverbot gilt. Es hat heute Morgen in der Debatte jetzt zum dritten Mal ein Handy geklingelt. Ich werde das nicht weiter hinnehmen.

Herr Lennartz, Sie haben das Wort.

Professor Dr. Hans-Albert Lennartz (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Biallas, Sie haben eben in Ihrer Rede darauf hingewiesen, dass sich die Polizei leider auf ihre Kernaufgaben beschränken müsse. Deswegen haben Sie ja gestern mit Ihrer Mehrheit den Ordnungsbegriff wieder ins Polizeigesetz aufgenommen.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben heute vielleicht schon den Artikel in der *Hannoverschen Allgemeinen* gelesen, in dem steht, dass die Polizeibeschäftigten über ihren obersten Dienstherrn verärgert sind, weil sie meinen, jetzt zu viel Zeit damit zu verschwenden, dass sie Kaugummis oder Kippen auflesen müssten. Ich kann jetzt das Faible des Innenministers, Herrn Schünemann, für die DNA-Analyse besser verstehen, denn das wäre doch ein geeignetes Instrument, um beispielsweise Kaugummis, die auf den ersten Blick herrenlos auf der Straße liegen, identifizieren, den Täter zurückverfolgen und dann sei-

ner gerechten Sanktion von wohl 10,22 Euro beim Kaugummi zuführen zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Hans-Christian Biallas [CDU]: Lennartz ist jetzt für DNA-Tests bei Kaugummis! Ein guter Vorschlag!)

Aber jetzt zur konkreten Sache, zum Haushalt des Innenministeriums: Alle müssen sparen, das ist die stereotype Ansage der Landesregierung. Ja, den Ehrenamtlichen werden die knappen Mittel gestrichen, beispielsweise dem Niedersächsischen Flüchtlingsrat,

(Hans-Christian Biallas [CDU]: Der ist aber nicht ehrenamtlich!)

aber für die Polizei ist noch Geld da. 1 000 zusätzliche Polizeianwärterinnen und -anwärter können finanziert werden, und einen IMSI-Catcher brauchen Sie auch zusätzlich und unbedingt, vier zusätzliche Polizeipräsidenten als politische Beamte in der Größenordnung der Besoldung B 3 - kein Problem, vier zusätzliche Polizeidirektionen mit entsprechender Infrastruktur, mit Gebäuden usw. - auch kein Problem. Und was bringt die so genannte Polizeireform, und warum überhaupt? Weil innere Sicherheit eine Schicksalsfrage ist, wie der Leitartikel der *Hannoverschen Allgemeinen* vom 8. Dezember pathetisch formuliert, oder wegen Ihrer Festlegung, die Bezirksregierungen abzuschaffen? Jetzt wird klar, dass das nicht der ausschlaggebende Grund ist, denn wegen der Abschaffung der Bezirksregierungen brauchen Sie kein Landespolizeipräsidium. Genauso wenig müssten Sie die Zahl der Polizeiinspektionen auf der Landkreisebene reduzieren. Mit dieser Maßnahme der Reduzierung brüskieren Sie Teile der kommunalen Familie. Plötzlich sind nicht mehr alle Gebietskörperschaften gleich wichtig.

Darüber hinaus werden die Polizeidirektionen zu Gemischtwarenläden. In Zukunft soll die Polizei nicht mehr nur für ihre Kernbereiche verantwortlich sein, nein, sie soll auch den Katastrophenschutz, die Rettungsdienste, den Zivilschutz und die Feuerwehr verantworten, ja sogar für die Spielbankenaufsicht zuständig werden. Ihre unüberlegte Entscheidung zur ersatzlosen sofortigen Abschaffung der Bezirksregierungen rächt sich jetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN - David McAllister [CDU]: Überhaupt nicht!)

Was ist von Ihren Sonntagsreden bei Festveranstaltungen der Feuerwehr noch zu halten? Ist diese eindeutig zivile Aufgabe des Brandschutzes bei den vielen Ehrenamtlichen und den kommunalen Gebietskörperschaften nicht mehr in guten Händen? Wo bleibt Ihre Kommunalfreundlichkeit hier?

Sehr geehrter Herr Minister, Sie werden inkonsequent und unglaubwürdig, auch in der Verwaltungsreform. Statt in einem etwas längeren Zeitraum die Voraussetzungen für Kommunalisierung zu schaffen, nämlich eine ehrliche Kreis- und Funktionalreform mit dem Ziel einer Regionalisierung in Niedersachsen anzugehen, haben Sie den Rüttschwur getan: die Landkreise so lassen, wie sie sind. - Selbst Ihnen wohlgesonnene Journalisten kritisieren: „Längst wäre eine Gebietsreform fällig gewesen“. - Und: „Alles wird neu - ist Niedersachsen dann unregierbar?“ - Klaus Wallbaum in der *Hannoverschen Allgemeinen* vom 27. November. Aber nicht genug damit: Statt eine systematische Konzeption für die Landesregierung zu entwickeln, kochen einzelne Minister - ich meine hier die Herren Ehlen und Sander - ihr eigenes Süppchen der Verwaltungsreform unter dem Logo „Ressortegoismus“ und tanzen Ihnen als Stabsstelle der Landesregierung auf der Nase herum.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Minister, wenn Sie innerhalb des Kabinetts nicht genügend Autorität haben - wir nehmen das mit Interesse zur Kenntnis -, dann muss der Ministerpräsident seine vornehme Zurückhaltung bezüglich seiner vornehmsten Aufgabe, diese Landesregierung zu führen, aufgeben und das verpönte Wort von der Chefsache rufen.

(Wilhelm Heidemann [CDU]: Ihre Wahrnehmung ist falsch, Herr Lennartz!)

Sonst läuft diese Landesregierung Gefahr, an der zugegebenermaßen schwierigen Aufgabe der Staatsmodernisierung zu scheitern.

Da wir in der Haushaltsdebatte sind, ein letzter Blick auf das Sparen. Ich zitiere:

„Festzuhalten bleibt für den Augenblick, dass die Sparleistungen, die auf fast 7 000 entbehrliche Stellen beziffert worden sind, sich in den nächsten Jahren nur zu geringen Teilen verwirklichen lassen. Kommt es zu 1 000 tatsächlichen Abgängen, wäre schon

viel getan. Damit liefert die Verwaltungsreform längst nicht das, was sie leisten müsste.“

Herr Minister, ein hartes Urteil für Sie, umso mehr, als es von Helmut Rieger kommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Bilanz: Ihre großen Projekte innere Sicherheit und Verwaltungsreform sind ins Schlingern geraten, Ihre Sparbemühungen sind unzureichend. Sie können froh sein, dass im ersten Jahr noch keine Zeugnisnoten erteilt werden. - Schönen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die FDP-Fraktion hat nun der Abgeordnete Bode das Wort. Ich erteile es ihm.

(Zurufe bei der SPD: Jetzt zur Freiheit!)

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Haushaltsdebatte in dieser Woche ist vor allem von einem entscheidenden Kriterium gekennzeichnet, nämlich dem unbedingten Willen dieser Koalition zur Konsolidierung der Finanzen.

(Beifall bei der FDP - Elke Müller [SPD]: Ich dachte, dem zur Freiheit!)

Die Koalition hat das unglaubliche Sparvolumen von 1,5 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Das ist ein für die Vorgängerregierung scheinbar unvorstellbar großer Betrag, zumindest als Einsparung und nicht als Ausgabenerhöhung.

(Heiterkeit bei der FDP und bei der CDU)

Das spiegelt sich auch im Haushalt des Bereiches Inneres wieder. Der Kollege Biallas hat es soeben kurz ausgeführt, und Sie haben es soeben hier auch bestätigt: Für die Koalition ist der Bereich Inneres ein Schwerpunkt, der besonders mit Finanzmitteln ausgestattet wird. Wir haben, da wir von Ihnen so wenig Geld hinterlassen bekommen haben - außer Schulden ist da ja nichts gewesen -, nichts anderes zu tun, als Schwerpunkte zu setzen. Mit dem Wenigen, was wir haben, müssen wir sinnvolle Sachen tun. Ich möchte insoweit als

Erstes eine wichtige Investition herausstellen, nämlich die Einrichtung der Abteilung Verwaltungsmodernisierung im Innenministerium unter der Führung von Sonderstaatssekretär Meyerding. Für die FDP stellt die Verwaltungsmodernisierung die zentrale Aufgabe, den zentralen Baustein dieser Legislaturperiode dar. Ich möchte an dieser Stelle den römischen Staatsmann Cicero zitieren, der hierzu zutreffend formulierte:

„Der Staatsdienst muss zum Nutzen derer geführt werden, die ihm anvertraut sind, und nicht zum Nutzen derer, denen er anvertraut ist.“

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Elke Müller [SPD]: Das sollte sich die FDP einmal zu Herzen nehmen!)

Genau nach diesem Motto handelt die Gruppe Verwaltungsmodernisierung. Damit ist auch die Botschaft der FDP klar formuliert: Die Verwaltungsmodernisierung soll im besten und klaren Sinne des Wortes zu einer modernen, zu einer effizienten und vor allem zu einer bürger- und wirtschaftsfreundlichen Verwaltungsstruktur führen, also zu weniger Staat und mehr Niedersachsen. Eines unterscheidet die jetzige Verwaltungsreform aber von allen Vorgängerkommissionen: Die Koalition macht Ernst. Mit uns wird es keine Kommissions- und Diskussionsrunden oder -klubs geben. Es wird unverzüglich gehandelt. Das beflügelt auch die Arbeit der Gruppe Verwaltungsmodernisierung.

(Widerspruch bei der SPD)

Bereits im Jahre 2004 wird dies erste Früchte tragen. Das werden Sie auch an der ersten Maßnahme sehen. Im Jahre 2004 wird die Verwaltungsebene Bezirksregierung bzw. die Mittelinstanz nicht mehr vorhanden sein. Die Vorgehensweise - darauf lassen Sie mich besonders hinweisen - ist einleuchtend und auch richtig. Zuerst werden alle Aufgaben auf den Prüfstand gestellt und so weit, wie es geht, abgeschafft.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Die Aufgabenkritik, die Deregulierung, ist das vorerste Ziel der Verwaltungsreform, weil so die Menschen merken werden, dass wir ihnen wieder etwas mehr Freiheit zurückgeben.

(Lachen bei der SPD - Zuruf von der SPD: Da ist sie, die Freiheit!)

Die verbleibenden Aufgaben werden so weit wie möglich privatisiert. Nur was von privaten Anbietern nicht angeboten werden kann, darf vom Staat ausgeführt werden. Mehr privat, weniger Staat - das ist unser Leitmotiv.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wenn dann noch Aufgaben verbleiben sollten, werden sie vordringlich dort wahrgenommen, wo die größte Bürgernähe ist, nämlich in der Kommune, beim Bürger vor Ort. Nur der Restbereich der Aufgaben soll dann neu und effizient in der Landesverwaltung organisiert werden. Mit dieser Vorgehensweise schaffen wir Zukunftschancen und eliminieren langfristig die Personalkosten- und Fixkostenfälle des Landeshaushaltes. Jeder Euro, den die Gruppe Verwaltungsmodernisierung kostet, ist eine gute Investition in Niedersachsens Zukunft. Dabei verstehen wir diesen Prozess nicht als eine einmalige, auf das Jahr 2004 oder die Mittelinstanz bezogene Aufgabe. Es ist ein dauerhafter Prozess, der nachhaltig weitergeführt werden muss. Das erste Zwischenstadium, der erste Schritt, kann nur der Abbau der Mittelinstanz sein. Wir werden den Prozess - darauf können Sie sich freuen - weiterführen.

Ich werde Ihnen auch gleich aufzeigen, wie dies für die sonstige Landesverwaltung funktioniert und wie dies dauerhaft zu einer Entlastung des Haushaltes führen wird. Ich kann Ihnen diese Wirkung am Beispiel des Umweltministeriums mit Minister Sander zeigen, der insoweit mit gutem Beispiel vorangeht.

(Beifall bei der FDP - David McAllister [CDU]: Richtig!)

Im Umweltministerium wurde bereits eine Aufgabenanalyse vorgenommen, die über den Bereich der Bezirksregierungen hinausgeht. Unter den aufgezeigten Vorgaben hat das Umweltministerium erkannt, dass das NLÖ aufgelöst werden kann. Die Aufgaben des NLÖ werden dann in die Vollzugsebene der Fachverwaltungen übernommen, nämlich in die Gewerbeaufsicht und in den Betrieb NLWK. Man führt also Theorie und Praxis zusammen, und das ist auch gut so.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Weiter noch: Die Gewerbeaufsicht wird zu *dem* zentralen Ansprechpartner für die niedersächsischen Betriebe ausgebaut werden, und es wird hier kurze Entscheidungsstränge für die Unter-

nehmen geben. Wir als FDP wünschen dann in den Gewerbeaufsichtsämtern einen einzigen Ansprechpartner für jedes Unternehmen, der alle Genehmigungsfragen abwickelt, oder auf Englisch: One face to the customer. - Das minimiert die Kosten der Verwaltung, das fördert die Unternehmen. So sieht liberale Politik aus.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Minister Schünemann ist aber auch der Kommunalminister, und zwar ein guter, wenn ich mir diese persönliche Bemerkung einmal erlauben darf.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - David McAllister [CDU]: Das musste einmal gesagt werden!)

Denn das größte Problem der Kommunen liegt in den wegbrechenden Finanzmitteln begründet. Wir als Land haben im Haushalt 2004 - Sie wissen, woran das liegt; denn Sie haben schon die Karten „Wir sind schuld“ dabei - nicht die Möglichkeit, erhöhte Zuweisungen in den Finanzausgleich einfließen zu lassen.

Es müssen also andere Lösungen für die Kommunen gefunden werden. Das heißt, wir müssen uns ebenfalls mit dem Problem der flüchtigen Hauptfinanzierungsquelle der Kommunen auseinandersetzen, nämlich der Gewbesteuer. Finanzminister Möllring hat hier zutreffend gesagt: Die Gewbesteuer ist eine tote Steuer, eine sterbende Steuer. - Wer also die Gewbesteuer revitalisieren will, der betätigt sich als Totengräber der Kommunen.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Was? Sagen Sie das auch zu Hause in Ihren Kommunen?)

Der einzige Ausweg ist der, den die Landesregierung im Bundesrat geht, nämlich ein Nothilfeprogramm für das Jahr 2004, die Absenkung der Gewbesteuerumlage auf 20 % - auch wenn das für den Landeshaushalt schmerzhaft sein wird - und die Erhöhung des Umsatzsteueranteils der Kommunen auf mindestens 3 %.

(Dieter Möhrmann [SPD]: Zulasten des Landes!)

Die nachhaltige Reform wird dann zum Jahr 2005 geschafft werden müssen. Hier gibt es nur eine Lösung: einerseits die Abschaffung der Gewbesteuer und stattdessen eine völlig neue Finanzierung der Kommunen, eine weitere Erhöhung des

Umsatzsteueranteils auf unserer Meinung nach 11,5 % und andererseits die Einführung eines Heberechts auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer. Damit es da zu keinen Mehrbelastungen kommt - Sie bzw. Ihr Fraktionsvorsitzender haben das ja gestern bereits falsch ausgeführt -, wird vorher selbstverständlich der Tarif der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer gesenkt werden müssen. Wir schaffen so auch eine engere Bindung zwischen den Kommunen, ihren Bürgern und der Wirtschaft vor Ort.

(Beifall bei der FDP)

Das alles wird aber nicht reichen. Auch alle kommunalen bzw. den Kommunen vorgegebenen Standards und Vorschriften müssen auf den Prüfstand. Entweder sie werden abgeschafft und den Kommunen wird die Freiheit zur Selbstverwaltung zurückgegeben, oder die Kosten werden übernommen. Dabei ist es völlig egal, um welchen Bereich es geht – ob die Sozialhilfe, die Jugendhilfe, die Schülerbeförderung, die Kindertagesstätten usw., alles muss auf den Prüfstand. Ich bin schon besorgt, wenn man hören muss, dass die Übergabe der Verantwortung an die Kommunen mit Begriffen wie „vogelfrei“ oder „Willkür der Kommunen“ begleitet wird. Sie wollen uns doch bestimmt nicht weismachen, dass bei Wegfall der Vorschrift über die Art der Beschulung oder die Höhe der Kleiderhaken in Kindertagesstätten der Notstand ausbrechen wird.

(Zurufe von der SPD)

Wir vertrauen unseren Kommunalpolitikern und glauben, dass wegen ihrer Kreativität vor Ort der Wegfall von Vorschriften sogar bessere Lösungen zu geringeren Kosten bewirken wird.

(Zurufe von der SPD - Dr. Philipp Rösler [FDP]: Die werden nervös!)

- Die sind ja schon die ganze Debatte über nervös.

(David McAllister [CDU]: Die sind fertig!)

Das wollen wir tun. Wir fordern unseren Kommunalminister Schönemann auf, hier weiterzudenken und den Weg für unsere Kommunen frei zu machen.

Abschließend möchte ich mich auch dem Bereich der inneren Sicherheit und der Polizei widmen. Herr Kollege Biallas hat schon ausgeführt, dass

auch die Polizei schmerzhaft Einschnitte mit hinnehmen muss.

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Abgeordneter Bode, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Jörg Bode (FDP):

Meine Redezeit läuft leider stark dem Ende zu. Andere Fraktionskollegen von mir wollen auch noch reden. Ich beantworte diese Frage aber gerne gleich beim Kaffee.

Nachdem wir durch einen Antrag der Fraktion nicht nur die sächliche Ausstattung verbessert haben, haben wir der Polizei auch gestern mit dem SOG neue Instrumente an die Hand gegeben.

(Uwe Harden [SPD]: Absolut liberal war das! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Sie wird sie verantwortungsbewusst einsetzen. Für die FDP ist klar, dass sich die Polizei in Niedersachsen auf die Bereiche der Schwer- und Alltagskriminalität konzentrieren wird. Eine Beschäftigung mit Bagatellen und das Aufsammeln von Kaugummis im öffentlichen Straßenraum sollten wir den Kommunen und den Reinigungsdiensten überlassen.

Die Polizei sollte sich verstärkt um den Bereich Wirtschaftskriminalität und Vermögensermittlungen kümmern. Hier loben wir als Liberale ausdrücklich die Entscheidung von Innenminister Schönemann, ab dem nächsten Jahr in jeder Polizeiinspektion Vermögensermittler einzurichten. Damit wird der Polizei auch ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung gelingen, indem sie die von der Organisierten Kriminalität durch Straftaten angehäuften Vermögenswerte dem Landeshaushalt zuführt.

Als weiterer Meilenstein - Sie haben das eben auch schon angesprochen, Herr Lennartz; Sie haben es nur nicht richtig beurteilt - ist die Polizeireform zu werten. „Aus der Not eine Tugend machen“ ist hier das Motto. Da wir keine ausreichende Finanzausstattung haben, um die erforderlichen Polizeistellen zu schaffen, haben wir in diesem Jahr nur 250 zusätzliche Anwärter einstellen können. Das heißt, wir mussten aus der restlichen Organisation weiteres Personal für den eigentlichen Polizeidienst am Bürger und auf der Straße freistellen. Dies wird durch eine sehr effiziente Polizei-

reform erreicht. Die Polizei wird in der Fläche gestärkt. Sie haben es genau anders herum gemacht, Herr Minister a. D. Bartling. Wir werden durch diese Reform 200 Beamte zusätzlich für den Dienst am Bürger freistellen können. Das ist eine enorme Leistung. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat die Abgeordnete Langhans das Wort. Bitte schön!

Georgia Langhans (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich angesichts der Kürze der Zeit gleich in medias res gehen. Die gebetsmühlenartig wiederholte Aussage vom Zwang zum Sparen hat offensichtlich da ihre Grenzen, wo es um Abschreckung, Ausgrenzung und Diskriminierung von Flüchtlingen und Asylbewerberinnen und -bewerbern geht. Das Aufnahmelager Bramsche wird zukünftig 200 Personen mehr aufnehmen müssen. Dafür werden deutlich mehr Personalkosten in den Haushalt eingestellt. Wenn mehr Menschen in einem Lager untergebracht werden, meine Damen und Herren, dann sollte man davon ausgehen, dass auch die Verpflegungskosten entsprechend steigen müssten. Aber weit gefehlt! Sie fahren die Erstattung für Lebensmittel drastisch zurück unter dem Motto „Wer schlecht wohnt, der kann auch schlecht leben“.

Mit dem Abschieben von Flüchtlingen in Sammellager und mit ihrer Abschottung von der Außenwelt bedienen Sie Vorurteile von Teilen in der Bevölkerung, die auch heute noch Migranten als Belastung oder gar als Bedrohung unserer Gesellschaft ansehen.

Meine Damen und Herren, Sie scheuen keine Mehrkosten für den Abschiebetransport von Asylbewerberinnen und -bewerbern und Flüchtlingen. Sie setzen Ihre Politik der Diskriminierung fort, indem Sie den Kommunen 10 % der Erstattungen für die Aufnahme von Flüchtlingen kürzen. Dabei handelt es sich um Aufgaben, die die Kommunen für das Land erfüllen. - So viel zum wiederholt vorgebrachten Stichwort „Konnexitätsprinzip“. Der Städtetag hat seine ablehnende Haltung - wie übrigens auch schon zu der Beibehaltung der Wertgutscheine - sehr deutlich gemacht.

Meine Damen und Herren, sparen könnte man in diesem Bereich in der Tat. Der Landesrechnungshof stellt in seinem Bericht über die Landesaufnahmestellen fest, dass der Finanzaufwand einer zentralen Unterbringung drei mal so hoch ist wie bei einer dezentralen Unterbringung in den Kommunen. Nicht nur der Landesrechnungshof kommt zu dieser Feststellung. Das Land Thüringen hat diese Erkenntnis bereits 1996 gewonnen.

Die Zahl der Asylanträge ist im Vergleich zum Vorjahr um 27 % zurückgegangen. Fachleute gehen von einem weiteren Rückgang bzw. von einer Stagnation aus. Diese Prognosen dürften meines Erachtens auch dem Innenministerium bekannt sein. Daher ist die zusätzliche Belastung des Landeshaushalts durch die Landesaufnahmestellen, speziell Bramsche, durch nichts zu rechtfertigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in diesem Bereich wollen Sie vielleicht gar nicht sparen. Es geht Ihnen um eine Weichenstellung hin zu einer restriktiven und inhumanen Flüchtlings- und Einwanderungspolitik.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Da scheuen Sie keine Mühen und Kosten. Sie lassen sich Ihre Abschreckungs- und Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen richtig etwas kosten.

Meine Damen und Herren, streichen wollen Sie auch die 46 000 Euro jährlich für den Niedersächsischen Flüchtlingsrat. Das Argument, dass wir sparen müssen, ist keine Erklärung speziell für diese Kürzung beim Flüchtlingsrat.

(Hans-Christian Biallas [CDU]: Doch!)

Gründe haben Sie im Prinzip keine genannt.

(Hans-Christian Biallas [CDU]: Doch!
Ich habe gesagt, Projektförderung
statt Organisationsförderung!)

Sie verhindern damit - das ist Ihnen auch bewusst - die Fortsetzung einer in der Vergangenheit wichtigen und notwendigen Arbeit der Vernetzung und der Koordination landesweiter Flüchtlingsarbeit und damit auch das ehrenamtliche Engagement vieler niedersächsischer Bürgerinnen und Bürger. Sie sollten sich einmal darüber informieren, wie viele niedersächsische Bürgerinnen und Bürger in den letzten Jahren dort unentgeltlich ehrenamtlich gearbeitet haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie belohnen nicht bürgerschaftliches Engagement, sondern Sie schaffen es ab. Das ist offensichtlich nicht nur von der CDU, sondern genau so auch von der FDP gewollt.

Ohne dass ich hier jetzt eine Organisation gegen eine andere ausspielen möchte, ist es für uns nicht nachvollziehbar, weshalb, wenn man schon sparen muss, dies nicht gleichmäßig verteilt wird und dann auch Zuschüsse für den Niedersächsischen Integrationsrat gestrichen werden. Nein, meine Damen und Herren, Sie wollen eine für die Landesregierung unliebsame, weil kritische Organisation finanziell abwickeln.

Leider hat es dem Flüchtlingsrat auch nicht das Geringste genutzt, dass ihm noch kurz zuvor vom FDP-Fraktionsvorsitzenden Dr. Rösler schriftlich zugesagt worden sein soll, es seien keine weiteren Mittelkürzungen zu befürchten.

(Hans-Christian Biallas [CDU]: Weitere sind auch nicht mehr zu befürchten! Mehr geht ja nicht!)

So weit zur Zuverlässigkeit von Aussagen der FDP.

Meine Damen und Herren von der CDU-FDP-Koalition, die Haushaltsansätze in diesem Bereich verdeutlichen, wie weit Sie mit Ihrer Politik der Abschreckung, der Abschottung und der Ausgrenzung von Ausländern von einer grundlegenden Neuausrichtung in der Zuwanderungsdebatte entfernt sind.

Integration, meine Damen und Herren, geht nur mit den Menschen und nicht gegen sie. Sie geht schon überhaupt nicht über einen Zaun im Aufnahmelaager Bramsche hinweg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die CDU-Fraktion hat nun der Abgeordnete Dr. Stumpf das Wort.

Dr. Otto Stumpf (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die schlechte finanzielle Lage des Landes - mein Kollege Biallas hatte das schon deutlich gemacht - zwingt uns, über das Haushaltsbegleitgesetz auch in das Lotteriedeckungs- und Wettwesengesetz

eingzugreifen und die Finanzhilfe für den Sport partiell zu reduzieren.

Sie können mir abnehmen: Es ist uns und ganz speziell mir nicht leicht gefallen, Eingriffe in den Sporthaushalt in dieser Form durchzuführen. Denn wir sind weit ab von dem, was Churchill einmal gesagt hat, nämlich Sport sei die schönste Nebensache der Welt. Für uns ist Sport wesentlich mehr. Sport, speziell der organisierte, vereinsgebundene Sport, hat eine tragende vielschichtige und nicht zu ersetzende Funktion in unserer Gesellschaft.

Herr Bartling, Sie haben daran erinnert, was wir vor der Wahl zu unserem Verhältnis gegenüber dem Sport gesagt haben. Dann müssen Sie aber auch sagen, auf welcher Grundlage wir das erklärt haben. Grundlage waren nämlich Ihre Aussagen zum Haushalt. Sie haben immer erklärt, der Haushalt sei solide, und das sei finanzierbar.

Das, was Sie uns im letzten Jahr mit dem Lotteriedeckungs- und Sportwettengesetz übergeben haben, ist heute aufgrund Ihrer 13-jährigen desolaten Haushaltspolitik nicht mehr finanzierbar. Deshalb mussten wir leider zu diesen sehr einschneidenden Regelungen für den Sport greifen.

Meine Damen und Herren, die Dynamisierung der Finanzhilfe für den Sport mussten wir zurücknehmen. Wir haben den Betrag, den der Sport bekommt, auf 24,3 Millionen Euro festgeschrieben. Aber wir haben bei weitem nicht das umgesetzt, was der Landesrechnungshof in seinen Berichten nach den Prüfungen der Sportorganisation von uns gefordert hat. Denn wir wollten den Sport nicht so weit belasten, dass er in seiner Wertigkeit in Grenzbereiche kommt.

Herr Bartling, ich bitte Sie aber auch zu bedenken: Wir haben die 3,9 % der Konzessionsabgabe, die bisher dem Innenministerium zur Verfügung standen und teilweise zweckgebunden waren - das sind immerhin 2,5 Millionen Euro netto -, dem Landessportbund zu seiner Verfügung übergeben. Damit haben wir die eigene Struktur des Landessportbundes wieder angehoben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns gegenüber dem Sport immer solidarisch erklärt. Jetzt geht es dem Land schlecht - darüber brauchen wir nicht weiter zu reden; das ist so -, und jetzt erwarten wir, dass sich der Sport uns gegenüber, dem Land gegenüber, in gleicher Weise solidarisch erklärt. Es ist tatsächlich so: Er hat das erkannt, und er ist bereit dazu. Ich darf einmal aus

einem Schreiben des Präsidenten an mehrere Mitglieder dieses Hauses zitieren:

„Die Absicht der Niedersächsischen Landesregierung, die Sportförderung ab 2004 zu reduzieren und auf geringerem Niveau bis einschließlich 2007 in der mittelfristigen Finanzplanung festzuschreiben, wurde mit Bedauern zur Kenntnis genommen. Angesichts der allgemeinen Haushaltslage des Landes wurde aber auch Verständnis dafür geäußert, dass auch der Sport in Niedersachsen einen Sparbeitrag zu leisten hat. Hierzu ist der Landessportbund grundsätzlich bereit.“

Diese Aussagen sind nicht in einer Sitzung des Landessportbundes im stillen Kämmerlein gemacht worden, sondern in Anwesenheit von 130 Verbandsvertretern des Sports in Niedersachsen. Niemand hat an dieser Stelle widersprochen. Man war sich im Sport also darüber einig, wie man sich zu verhalten hat.

Es gab allerdings auch Irritationen in dieser besagten Sitzung; das will ich hier nicht verhehlen. Denn im ersten Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes war vorgesehen, bei verschiedenen Prozessen Einvernehmensregelungen zwischen dem Landessportbund und dem Innenministerium festzuschreiben. In diesem Zusammenhang gab es einige Missverständnisse. Wir haben das postwendend korrigiert. Wir haben die Einvernehmensregelungen zurückgenommen und haben das moderat gestaltet. Wir haben heute die Regelung, dass sich der Landessportbund mit dem Innenministerium ins Benehmen setzt oder dass er das Land generell beteiligt. Aber wir haben keine verpflichtenden Entscheidungen des Landes in diese Prozesse eingebaut.

Das führt letztlich dazu, dass wir bisher zum Teil unnütze Verwaltungsaufwendungen im Sport, in der Verwaltung der Sportorganisationen, reduzieren, indem wir die Sportorganisationen von Verwaltungsaufgaben entlasten.

Ich meine, der Landessportbund hat durch Neukonstruktion seiner internen Verwaltung gezeigt, dass er durchaus bereit ist, mitzuziehen und intern zu sparen. Der Landessportbund hat die Sparansätze nicht auf 18 % festgeschrieben - wie Sie es dargestellt haben, Herr Bartling -, sondern ihm ist es gelungen - dafür danke ich ihm in besonderer

Weise -, das Sparvolumen in den übrigen Förderungsbereichen auf 8,16 % festzuschreiben, ohne den Spitzensport und den Leistungssport anzutasten. Das liegt also weit unterhalb der Prozentzahl, die Sie hier genannt haben.

Vor dem Hintergrund dieser gesetzlichen Veränderungen haben wir weitere Maßnahmen geregelt und zusätzliche Freizügigkeiten für die Verwaltung des Sports geschaffen. Wir haben dem Landessportbund zugestanden, eine Budgetierung, wie das bisher einzig und allein beim Fußballverband der Fall war, auch gegenüber den anderen Sportverbänden anzuwenden, sodass die Sportverbände jetzt viel mehr Freizügigkeit beim Umgang mit den Fördermitteln haben. Ich meine, das ist eine erhebliche Vereinfachung, spart Kosten und fördert die Beweglichkeit im Bereich des Sports.

Wir haben mit diesen gesetzlichen Änderungen über das Haushaltsbegleitgesetz erreicht, dass wir dem Sport mehr Eigenständigkeit geben. - Herr Bode hätte vielleicht gesagt, wir geben dem Sport mehr Freiheiten; aber ich spreche einmal von „Eigenständigkeiten“. - Ich glaube, das ist ein ausgesprochen positives Zeichen.

Meine Damen und Herren, ich möchte abschließend dem LSB und allen beteiligten Fachverbänden, die am Prozedere im Vorfeld dieser Gesetzesberatung beteiligt waren, ganz herzlich dafür danken, dass sie sich mit uns solidarisch erklären und dass sie die Maßnahmen, die im Rahmen der Haushaltsveränderung leider notwendig waren, und die Restriktionen, die unerlässlich waren, mittragen. Wir werden gemeinsam die Situation im Sport nicht verschlechtern, sondern wir werden sie durch neue Rationalität verbessern. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die Landesregierung hat nun der Minister für Inneres und Sport, Herr Schünemann, das Wort.

Uwe Schünemann, Minister für Inneres und Sport:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Generaldebatte über den Haushalt des Innenministers ist eigentlich die Stunde der Opposition. Aber ich muss Ihnen sagen: Aus dem, was bisher gekommen ist, kann ich nur schließen, dass Sie diesem Haushalt in diesem Hause breite

Unterstützung zusagen. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Kollege Bartling, Sie haben vorhin etwas zur Polizeireform gesagt. Dafür bin ich Ihnen sehr dankbar; denn das gibt mir die Gelegenheit, an dieser Stelle darauf einzugehen. Sie haben eingangs gesagt, dass ich nicht Wort gehalten hätte. Ich habe tatsächlich erklärt, dass Mitte der 90er-Jahre eine Polizeireform durchgeführt worden ist, die dazu geführt hat, dass wir mehr Stäbe, mehr Mitarbeiter in den Köpfen haben, dass dadurch aber nicht mehr Polizei auf die Straße gekommen ist. Unter anderem auch deshalb haben wir die Polizeireform gemacht.

Ich habe letzte Woche das Ergebnis der Arbeitsgruppe vorgestellt. Mit allen Reformschritten, die wir geplant haben, werden wir 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Stäben in das operative Geschäft bringen. Das ist doch eine beachtliche Zahl, meine Damen und Herren. Wir können froh sein, dass wir dieses erreichen können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie haben gesagt, es sei unverantwortlich, dass wir vier zusätzliche Polizeipräsidenten mit B-Besoldung bekommen. Ich habe in der Zeitung gelesen, dass sie sogar Staatssekretärsgehälter bekommen sollen. Ich weiß nicht, woher so etwas kommt.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen nur einmal sagen, wie wir gehandelt haben. Sofort nach der Regierungsübernahme haben wir die Stellen der Regierungspräsidenten – Besoldungsgruppe B 8 bzw. B 7 - , vier an der Zahl, nicht wieder besetzt. Dort haben wir sofort eingespart. Das sind unsere Erfolge. Wir haben es sofort schlank gemacht.

Wenn wir die Verwaltungsreform durchgeführt haben, werden Sie sehen, dass wir gerade in diesen Bereichen in viel stärkerem Maße sparen können. Gleichzeitig die Polizei zu stärken, ist genau das richtige Signal, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

In der Weise, in der wir Reformen angehen, unterscheiden wir uns wirklich sehr von unserer Vorgängerregierung. Die Polizeireform ist dafür beispielhaft. Sie haben immer erst einmal ein Gutachten in Auftrag gegeben. Das letzte Mal war das

ein Kienbaum-Gutachten. Ich gebe zu, dass es durchaus interessante Informationen enthält.

(Dr. Hans-Albert Lennartz [GRÜNE]:
Das haben Sie zu Rate gezogen?)

Aber erstens hat es Geld gekostet, und zweitens haben Sie das, was in dem Gutachten steht, nicht umgesetzt. Unter der neuen Landesregierung kommt so etwas nicht mehr infrage. Wir machen Verwaltungsreform - beispielhaft dafür ist die Polizeireform – mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Deshalb können wir das, was jetzt vorgelegt wird, 1 : 1 umsetzen. Genau das ist erfolgversprechend.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich kann verstehen, dass es schmerzt, dass fast keine Kritik zur Polizeireform kommt. Ich war erst vorgestern bei der GdP und habe dort vor etwa 100 oder 120 Führungskräften gesprochen. Ich kann Ihnen sagen: einmütige Zustimmung in dieser Veranstaltung. Aber das ist auch klar, wenn wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beteiligen, kommt auch etwas Vernünftiges dabei heraus. Deshalb sollten Sie diese Reformschritte mittragen und nicht so tun, als gebe es dagegen breiten Protest. Genau das Gegenteil ist nämlich der Fall.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich möchte nun mit der Mär aufräumen, dass wir nur deshalb eine Polizeireform machen, weil wir die Bezirksregierungen abschaffen. Das ist schlichtweg nicht wahr. Von Anfang an, seit ich innenpolitischer Sprecher wurde, habe ich gesagt, dass wir das Polizeidirektionsmodell umsetzen müssen. Das bedeutet, dass wir die Polizei stärken. Das müssen wir auch tun, um unser Land sicherer zu machen.

Wir haben nun gesagt, dass es Sinn macht, die Bereiche, die im Umfeld der Polizei gut angelegt sind, mit in die Polizeidirektionen aufzunehmen. Das ist der Bereich Katastrophenschutz, das ist der Bereich Feuerwehr, und das sind auch noch einige andere Bereiche. Das bedeutet aber nicht, dass es hier zu großen Umwälzungen kommt. Bei den Bezirksregierungen gehören viele der Dinge, die wir bei den Polizeidirektionen ansiedeln, heute schon zum Polizeidezernat. In dem Dezernat, das wir bei den Polizeidirektionen schaffen, nämlich im Dezernat Recht, trägt nicht ein Polizeibeamter, sondern ein Verwaltungsjurist die Verantwortung. Von daher, meine Damen und Herren, sollten Sie

nicht so tun, als hätten wir etwas vor, was die Feuerwehren oder diejenigen, die ehrenamtlich tätig sind, in irgendeiner Weise bedrücken würde. Im Gegenteil: Wir machen das in umfassendem Konsens. Insofern werden wir die Verwaltungsreform insgesamt als einen Erfolg verbuchen können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Lassen Sie mich noch einige wenige Eckdaten zum Haushalt nennen. Da Sie das nicht angesprochen haben, brauche ich mich damit nicht lange aufzuhalten. Vielleicht kommt das aber noch; dann kann ich mich noch einmal zu Wort melden. Ich will überhaupt nichts beschönigen. Auch im Bereich Inneres haben wir schmerzhaft Einschnitte vornehmen müssen; schon im Nachtragshaushalt 2003 eine Kürzung von insgesamt 30 Millionen Euro. Das haben wir für das Jahr 2004 fortgeführt, und wir müssen noch knapp 30 Millionen Euro zusätzlich einsparen. Dazu gibt es keine Alternative, weil die Haushaltssituation so katastrophal ist, weil Sie uns einen solchen Haushalt hinterlassen haben und weil die konjunkturelle Entwicklung so dramatisch ist, dass wir darauf reagieren müssen. Mehr Schulden können wir uns nicht erlauben, vor allem den nachfolgenden Generationen gegenüber nicht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dennoch haben wir – gerade im Bereich der inneren Sicherheit – Schwerpunkte gesetzt. Vor der Wahl versprochen: 1 000 zusätzliche Polizeianwärterstellen. 500 Stellen sind bereits im Haushalt abgesichert, 250 im Haushalt 2003 und 250 im Haushalt 2004. Bis zum Jahre 2006 werden wir dies umgesetzt haben.

Herr Bartling, „versprochen – gehalten“ – das ist das Credo dieser Landesregierung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir mussten auch im Sachhaushalt der Polizei Kürzungen vornehmen, und zwar in einer Größenordnung von 3,3 Millionen Euro. Das ist etwas, was Sie schon für das Jahr 2003 durch eine Haushaltssperre im Etat festgeschrieben hatten. Dies haben wir fortführen müssen; das konnten wir leider nicht wieder aufheben. Die Notwendigkeit dazu hatten schon Sie erkannt. Trotz der dramatischen Situation haben wir dies nicht verschärft, zumal – um nur einmal den Bundesfinanzminister zu zitieren – gerade dieser Bereich auf Kante genäht ist und wir hier keine weiteren Kürzungen vornehmen können.

Meine Damen und Herren, wir haben beschlossen, erstmals einen Modellversuch durchzuführen, nämlich das Leasing von Funkstreifenwagen, etwas, was in anderen Bundesländern bereits gemacht wird. Dadurch können wir in diesem Haushalt 3 Millionen Euro einsparen. Wir machen das zunächst modellhaft, weil es Aussagen gibt, dass das in Zukunft nicht unbedingt billiger wird. Wir wollen über eine Ausschreibung prüfen, welche Einsparmöglichkeiten sich hier ergeben. Dann werden wir sehen, ob wir dieses Modell fortsetzen können. Das Leasing-Verfahren hat den Vorteil, dass wir der Polizei in Zukunft modernere, neuere Fahrzeuge zur Verfügung stellen können. Das darf man in diesem Zusammenhang nicht vergessen. Das machen auch einige SPD-geführte Bundesländer, wie z. B. Schleswig-Holstein. Ich habe mit Herrn Buß lange darüber gesprochen. Das ist durchaus erfolgversprechend.

Meine Damen und Herren, das sind nur einige wenige Beispiele für Bereiche, in denen wir einsparen mussten. Wir müssen aber auch berücksichtigen, dass wir zusätzlich in die technische Ausstattung der Polizei investieren können. Das zeigt, dass wir die Schwerpunkte richtig gesetzt haben. 10 Millionen Euro zusätzlich für NIVADIS, was möglichst im nächsten Jahr abgeschlossen werden soll, sind ein gutes Signal.

Insgesamt haben wir für den Polizeibereich keine Kürzungen hinnehmen müssen, sondern wir haben sogar einen kleinen Anstieg zu verzeichnen. Das hat aber mit der besonderen Situation im Zusammenhang mit NIVADIS zu tun. In der Gesamtschau, bezogen auf die finanzielle Situation des Landes, ist das ein sehr gutes Ergebnis.

Meine Damen und Herren, im Bereich des Katastrophenschutzes und der Feuerwehren haben wir das fortgeführt, was in den letzten Jahren zur Verfügung gestellt worden ist. Ich bin den Fraktionen von CDU und FDP sehr dankbar dafür, dass sie für den Landesfeuerwehrverband Mittel in einer Größenordnung von 130 000 Euro zur Verfügung stellen wollen. Dies unterstreicht das besonders gute Verhältnis zum Landesfeuerwehrverband. Damit wird aber auch die Bedeutung des Landesfeuerwehrverbandes zum Ausdruck gebracht. Dafür sage ich herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Nun noch zwei Anmerkungen zum Verfassungsschutz. Es ist keine Frage, dass wir in diesem Be-

reich nachbessern müssten. Aber die finanzielle Situation lässt dies nicht zu. Sie haben nach dem 11. September 2001 zehn zusätzliche Stellen ausgebracht, dann jedoch leider Gottes durch Absenkung des Beschäftigungsvolumens eine Kürzung in ähnlicher Größenordnung vorgenommen. Wir konnten keine zusätzlichen Stellen ausbringen. Um auf die besondere Bedrohungslage reagieren zu können, haben wir dafür gesorgt, dass über Abordnungen sehr schnell der Personalbestand zur Verfügung gestellt werden kann, der notwendig ist.

Lassen Sie mich nun noch einige wenige Worte zum Bereich Integration von Ausländern und Aussiedlern sagen. Es ist gelungen, in diesem Bereich keine Kürzungen vorzunehmen. Das ist ein ganz wichtiges Signal. Wir wissen, wie schwierig die Situation gerade von Aussiedlern ist. Das ist ein Thema, das Sie, Herr Bartling, immer wieder angesprochen haben. Da kann ich Ihnen nur sagen: Wir sind absolut einer Meinung, dass wir gerade die Integrationsbemühungen noch verbessern müssen. Wir haben deshalb eine Initiative im Bundesrat zum Integrationsgesetz und zur Änderung des Bundesvertriebenengesetzes eingebracht. Ich bin sehr optimistisch, dass es uns gelingen wird, gerade was die Zuwanderungsdebatte und den Vermittlungsausschuss betrifft, eine Einigung zu erzielen, weil es notwendig ist, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass diejenigen, die zu uns kommen, so schnell wie möglich integriert werden können. Dazu gehört vor allem die Ausweitung der Sprachkurse. Es ist schon kontraproduktiv, dass die Bundesregierung, gerade was die Sprachkurse für Aussiedler und für die Schülerinnen und Schüler, die hier in den Schulen sind, angeht, massive Streichungen vorgenommen hat. Das ist kontraproduktiv. Daher hoffe ich, dass wir das im Zuge der Zuwanderungsdebatte noch korrigieren können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es ist richtig, dass wir die den Kommunen zur Abgeltung von Kosten für die Versorgung ausländischer Flüchtlinge zur Verfügung gestellten Mittel gekürzt haben. Dies hängt damit zusammen, dass weniger zu versorgen sind. Die Reduzierung der Mittel von 160 Millionen Euro auf rund 153 Millionen Euro beruht auf einer Ermittlung dessen, was insgesamt zur Verfügung stehen muss. Ich weiß, dass die kommunalen Spitzenverbände gesagt haben, hier sei eine Interessenquote eingerichtet worden, und das habe mit dem Konnexitätsprinzip

nichts zu tun. Ich will Ihnen sagen, wie wir in der Zukunft, wenn wir das Konnexitätsprinzip anwenden, diese Kosten ermitteln müssen. Es kann nicht so sein - da werden Sie mir sicherlich nicht widersprechen -, dass wir alles das, was in den Kommunen abgerechnet wird, einfach 1 : 1 bezahlen müssen. Vielmehr müssen wir schon darauf achten, dass mit dem Geld sparsam umgegangen wird. Deshalb haben wir Folgendes gemacht: Wir haben beispielhaft Kommunen herangezogen - Großstädte, kleinere Städte, mittlere Städte - und einen Vergleich angestellt. Wir haben natürlich diejenigen genommen, die sparsam mit dem Geld umgehen. Auf dieser Grundlage haben wir unsere Ermittlungen angestellt. Wir haben dann einen Durchschnitt ermittelt und sind so auf diese Pauschalen gekommen.

Es ist doch völlig klar, dass wir, auch wenn wir das strikte Konnexitätsprinzip und das Konsultationsprinzip anwenden, so verfahren müssen. Auch wenn ich nicht unterstelle, dass die Kommunen nicht sparsam mit dem Geld umgehen, müssen wir uns das genauer angucken. Wir können uns nicht Marmor leisten, sondern wir können uns nur noch Beton leisten. Deshalb müssen wir so verfahren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die finanzielle Situation der Kommunen ist dramatisch; darüber muss ich nicht lange reden. Wir haben deshalb - das ist kein Erfolg; das will ich hier nicht so darstellen - keine Einschnitte beim kommunalen Finanzausgleich vorgenommen, ganz im Gegensatz zu Ihnen; Sie haben das in den Jahren, in denen Sie regiert haben, in dramatischer Weise getan. Wir waren nicht in der Lage, zusätzlich Geld zur Verfügung zu stellen. Dafür müssen wir erst handlungsfähig werden. Deshalb brauchen wir die Reformen, die wir vorhaben, um dann schrittweise den Kommunen mehr Geld zur Verfügung stellen zu können.

(Beifall bei der CDU)

Aber wir werden natürlich bereits im nächsten Jahr einige Maßnahmen ergreifen, um den Kommunen mehr Möglichkeiten zu schaffen. Es ist wichtig, dass wir uns die Zuschussprogramme angucken, sie möglichst bündeln und insgesamt in den kommunalen Finanzausgleich einbeziehen. Es hat etwas mit kommunaler Selbstverwaltung zu tun, dass nicht nur das, was bezuschusst wird, angeschoben wird; vielmehr soll jede Kommune selbst entscheiden können, wie sie mit dem Geld umgeht.

Wir sind dabei, dies für das nächste Jahr umzusetzen.

Außerordentlich wichtig ist, dass wir auf Bundesebene zu einer Einigung kommen. Es liegen mehrere Konzepte vor. Eines aber ist doch klar: Das, was bei der Gemeindefinanzreformkommission herausgekommen ist, ist schlichtweg blamabel.

(Ursula Körtner [CDU]: Heiße Luft!)

Sogar Oberbürgermeister Schmalstieg hat gesagt, das sei Murks.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Es ging zum Schluss doch gar nicht darum, die Kommunen besser zu stellen, sondern es ging nur noch darum, Lasten vom Bund auf die Kommunen herunterzubrechen und das irgendwie zu kaschieren. Das ist mit uns beim besten Willen nicht zu machen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP
- Ursula Körtner [CDU]: Verschiebebahnhof! - Reinhold Coenen [CDU]: Das ist abenteuerlich!)

Es ist wichtig, dass den Kommunen schnell geholfen wird. Deshalb haben wir im Bundesrat den Vorschlag eingebracht, die Gewerbesteuerumlage sofort um 10 % zu senken. Das bringt für nächstes Jahr sofort mehr Geld. Demgegenüber wirkt sich alles das, was vorher in der Gemeindefinanzreformkommission besprochen worden ist, vielleicht im Jahre 2005 aus. Aber wir haben jetzt das Problem. Daher hoffe ich, dass man sich jetzt so schnell wie möglich darauf einigt, damit wir über diesen kleinen Schritt erst einmal Soforthilfe leisten. Dann lassen Sie uns im Jahre 2004, wenn die Konjunktur wieder anspringt, eine vernünftige Steuerreform machen. Wir können so viel kürzen, wie wir wollen: Wenn in Berlin keine vernünftige Politik gemacht wird, dann werden wir die Landesfinanzen langfristig nicht sanieren können. Wir brauchen dafür eine vernünftige Politik in Berlin.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich bin sehr dankbar dafür - das hatte ich eingangs bereits gesagt -, dass es hier breite Zustimmung gibt, dass es kaum Kritik in Bezug auf die Etatposten gibt. Wir werden sicherstellen, dass gerade im Bereich Innen und Sport eine vernünftige Politik für dieses Land gemacht wird, damit dieses Land sicherer wird, vor allem aber auch, damit das, was bei den Feuer-

wehren und insbesondere im Sport ehrenamtlich geleistet wird, besondere Würdigung erfährt. Dieser Haushalt bietet genau die richtige Grundlage dafür. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die SPD-Fraktion hat sich der Abgeordnete Bartling zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Heiner Bartling (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann nahtlos an das anschließen, was ich vorhin gesagt habe: Es wird wieder mit Nebelkerzen geworfen. Herr Schönemann, wenn Sie den Kommunen schnell helfen wollen, dann stimmen Sie in Berlin zu; denn dann gibt es im nächsten Jahr 500 Millionen Euro mehr für unsere Kommunen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie haben eine weitere Nebelkerze geworfen; das will ich Ihnen auch noch einmal vorhalten. Sie erzählen hier, die Polizeireform von 1992 hätte zu mehr Stäben geführt. Seinerzeit ist eine ganze Führungsebene weggenommen worden. Das waren die Inspektionen. Die Abschnitte darunter sind als Inspektionen erhalten geblieben. Sie aber tun hier so, als müssten Sie heute das machen, was damals nicht gemacht worden ist. Das ist eine Verschiebung der Realität.

Ich will eine Geschichte hinzufügen, weil Sie auch das wieder als großen Erfolg dargestellt haben. Sie tun so, als hätten Sie für die Ausrüstung der Polizei mehr Mittel zur Verfügung gestellt. Sie haben die Mittel für die Ausrüstung der Polizei jedoch um 10 Millionen Euro gekürzt. Das ist das Ergebnis, das hier vorgelegt wird.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich will auch noch einmal auf das eingehen, was Sie hier eben besonders hervorgehoben haben, nämlich das Leasen von Autos. Das ist hin und her geprüft worden. Es hat sich nun einmal herausgestellt, dass Leasing kein geeignetes Modell ist. Wir erhalten von den Unternehmen Riesenrabatte und können die Autos wieder gut verkaufen. Deswegen ist Ihr Vorgehen ein Schreiten in die Leasingfalle. Das schreibt Ihr eigenes Ministerium für den

Haushaltsausschuss auf. Aber das nehmen Sie anscheinend gar nicht zur Kenntnis. Um kurzfristig einen Erfolg zu erzielen - in einem Jahr ein paar Millionen weniger, weil man keine Autos kauft -, schafft man sich Probleme in der Zukunft, die man dann nicht mehr bewältigen kann. Es ist ein abenteuerliches Verhalten, das Sie hier an den Tag legen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Bartling, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Noack?

Heiner Bartling (SPD):

Mit größtem Vergnügen.

Dr. Harald Noack (CDU):

Herr Kollege Bartling, kann es sein, dass Sie über den Gang des Verfahrens im Vermittlungsausschuss nicht ausreichend unterrichtet sind? Denn Sie haben hier gesagt, wir sollten der Gemeindefinanzreform zustimmen. Sind Sie nicht darüber unterrichtet, dass diese Form der Gemeindefinanzreform bereits vom Tisch ist und dass derzeit im Vermittlungsausschuss über die Frage einer höheren Beteiligung an der Umsatzsteuer diskutiert wird, also genau das, was die Union will?

Heiner Bartling (SPD):

Vielen Dank für die Aufklärung. Ich sitze nicht dabei. Aber ich sage Ihnen noch einmal: Würden Sie dem zustimmen, was auf dem Tisch liegt, hätten die Kommunen in Niedersachsen im nächsten Jahr 500 Millionen Euro mehr. Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei der SPD - Bernd Althusmann [CDU]: Das ist falsch!)

Lassen Sie mich noch eines zu den Bezirksregierungen sagen. Helmut Rieger - er ist ja jemand, der nun nicht unbedingt in Verdacht steht, der SPD immer nachzurennen - schreibt:

„Was aber die Verwaltungsreform angeht mit dem Ziel, die Bezirksregierungen zu liquidieren, so zeigt sich immer mehr, dass dieser famose CDU-Einfall recht einsam die deutsche Reformszene besiedelt. Andere

Länder stärken die Bezirksregierungen zu Lasten der Sonderbehörden. In Niedersachsen macht man mit dem Fortschreiten des Reformprozesses die Erfahrung, dass sich nicht alles kommunalisieren lässt, was bisher bei den Bezirksregierungen lag.“

Das ist nur ein Beispiel. Lassen Sie mich das durch das ergänzen, was Sie, Herr Schönemann, eben zum Ausdruck gebracht haben. Sie wollen bei den Polizeidirektionen den Katastrophenschutz verankern. Nehmen Sie einmal die beiden aktuellen Schadenslagen, die wir gerade mit großem Erfolg bewältigt haben. Beim Elbehochwasser bedurfte es des Zusammenziehens von 40, 50 Leuten. Die haben einen Stab gebildet und konnten diese große Schadenslage dann sachgerecht bewältigen. Bei den Tierseuchen war es genauso; auch die wurden in Niedersachsen vorbildlich bewältigt. Wenn Sie in Zukunft die Polizeidirektionen haben, werden Sie aus allen möglichen Ämtern des Landes Leute zusammensuchen müssen, um so etwas zu bewältigen.

Wenn Sie solche Schadenslagen bewältigen wollen, dann brauchen Sie eine Koordination, eine Bündelungsbehörde, die dazu auch in der Lage ist. Sie zerschlagen etwas, ohne vorher geprüft zu haben, ob Sie das anders nicht besser hätten organisieren können. Sie suchen jetzt nach einer Organisationsform. Man merkt jetzt schon, dass Sie in eine Falle laufen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine Damen und Herren, zum Bereich **Justiz** hat sich die Abgeordnete Bockmann von der SPD-Fraktion gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Heike Bockmann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Vertrauen in unseren Rechtsstaat schwindet, wenn die Menschen in unserem Lande immer häufiger erleben müssen - und das tun sie in der Tat -, dass sie nicht mehr zeitgerecht zu ihrem Recht gelangen. Diese Entwicklung muss uns riesengroße Sorgen bereiten. - So jedenfalls lautete sinngemäß die Kernaussage der CDU zum Justizhaushalt im September 2001.

Die Frage ist doch: Wie gehen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, mit

dieser Sorge um unser aller Rechtsstaat um? Schließlich versprochen Sie noch in der Koalitionsvereinbarung, die Justiz etc. stärken zu wollen.

Ihre Antwort ist ein Justizhaushalt in Form einer Löcherliste. Messerscharfe Einschnitte in den Personalbestand der Justiz sind die Folge. Wir haben vorhin gehört, dass FDP und CDU einen Schwerpunkt auf die innere Sicherheit gesetzt haben. Aber die Justiz und der Justizvollzug gehören auch dazu. Stattdessen ist im Justizhaushalt ein radikales Rasieren angesagt, mit der Konsequenz, dass Ihre Wahlversprechen wie ein Kartenhaus zusammenklappen.

(Beifall bei der SPD)

Auf den ersten Blick sieht es so aus, als seien die Personalausgaben im Einzelplan 11 um 3,481 Millionen Euro gestiegen. Tatsächlich ist jedoch die Arbeitsgerichtsbarkeit mit einem Volumen von 11 Millionen Euro vom Sozialministerium in den Justizhaushalt verlagert worden, sodass im Personalbereich de facto 8 Millionen Euro Einsparungen versteckt wurden.

Diese - ich nenne sie so - rechtsstaatliche Verelendungsstrategie wird weitergehen. Denn zusätzlich muss die globale Minderausgabe von 4,92 Millionen Euro eingespart werden. Da es auch nach Aussage der Ministerin im Sachkostenanteil des Haushalts überhaupt keinen Spielraum mehr gibt, werden diese 4,92 Millionen Euro zwangsläufig im Personalkostenanteil zu Buche schlagen.

Die jetzt schon weggefallenen 60 Stellen bei Gerichten, Staatsanwaltschaften und Folgediensten sind noch lange nicht das Ende der Fahnenstange. Für weitere 37 Stellen bei den Staatsanwaltschaften und Gerichten herrscht jetzt schon eine Wiederbesetzungssperre. Erste Folgen sind bereits sichtbar. In Braunschweig muss zum Jahresende die 10. Zivilkammer geschlossen werden.

Wenn Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von FDP und CDU, die - wie es der Niedersächsische Richterbund ausdrückte - Beschädigung der Justiz billigend in Kauf nehmen, so hat das leider noch einen anderen Effekt. Ihre Antwort, auf steigende Eingänge, steigende Arbeitsvolumina mit Stellenreduzierungen zu reagieren, wird die Prozesse auf nicht kalkulierbare Zeit verlängern.

Ein Beispiel. Im Jahre 2002 sind bei den Arbeitsgerichten des Landes 42 814 Klagen eingegangen.

Im Jahre 2003 werden es ca. 47 000 sein. Für einen Arbeitnehmer oder eine Arbeitnehmerin ist es schon entscheidend, ob ein Kündigungsschutzprozess drei Monate oder die doppelte Zeit in Anspruch nimmt. Denn Rechtssicherheit bedeutet hier auch Existenzgrundlage.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Kollege Helberg hat vor kurzer Zeit in diesem Hause dargestellt, welcher zusätzliche Geschäftsanteil bei den einzelnen Gerichten und Staatsanwaltschaften in Niedersachsen mit steigender Tendenz anfällt. Sie, Frau Ministerin, werden die Konsequenzen, nämlich eine Gerechtigkeitslücke, zu verantworten haben.

Der Niedersächsische Richterbund drückte es so aus:

„Der Wirtschaftsstandort Niedersachsen wird nachhaltig beeinträchtigt, weil gerade mittelständische Unternehmen durch lange Wartezeiten bei der gerichtlichen Durchsetzung ihrer Forderungen in ihrer Existenz bedroht werden.“

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion, ist diese und damit auch Ihre Haushaltspolitik eigentlich mit Ihrem immer wieder geprägten Begriff der Freiheit des Unternehmertums vereinbar? Der Kollege Rösler hat noch gestern in seiner Rede darauf hingewiesen, dass das Unternehmertum momentan einer gewissen Unfreiheit unterliegt. Diese Politikgestaltung bedeutet de facto aber doch nichts anderes, als dass die Mittelständler vor Gericht in eine Warteschleife geschickt werden, in der Hoffnung, dass sie diese Durststrecke wirtschaftlich überleben werden.

Wenn Sie, Frau Ministerin, diesen Landeshaushalt zugleich als eine Chance für durchgreifende Reformen in der Justiz sehen und es nicht bei Streitigkeiten über einzelne Haushaltspositionen belassen wollen, so antworten wir Ihnen: An Ihren langfristig angelegten Reformprojekten wollen wir gerne mitarbeiten. Wir als SPD-Fraktion können es aber nicht verantworten, dass die Justiz, wie es der Richterbund ausdrückte, zwischendurch kollabiert. Steigendem Arbeitsanfall kann nicht ad hoc mit Stellenkürzungen begegnet werden. Aus dieser Justiz eine tragende, wenngleich auch in der Luft hängende Säule zu machen, hat nichts mit einem gut funktionierenden Rechtsstaat zu tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, den Strafvollzug soll es genauso hart treffen. Auch hier sind von der CDU- und der FDP-Fraktion Haushaltsreduzierungen in Höhe von 60 Stellen plus eingeplant, wobei die globale Minderausgabe noch dazukommt. Wir finden es unverantwortlich, in diesem hoch sensiblen Sicherheitsbereich derartige Einschnitte vorzunehmen. Schließlich eignet sich Sicherheit nicht für Sandkastenspiele. Ein Haushaltsplan sollte kein Risikopapier sein.

Wie Sie aber mit den Menschen im Strafvollzug, den Justizvollzugsbediensteten, umgehen, zeigt folgende qualvolle Haushaltsberatung. Zwischen den Bediensteten, dem Justizministerium und den Fraktionen war Konsens, bei der Ausschöpfung von Stellenobergrenzen im gehobenen Dienst eine Angleichung an die anderen Bundesländer vorzunehmen. Deshalb wurde folgendes Modell geplant: 107 Hebungen kosten 486 000 Euro, sie werden aber gegenfinanziert. Der Vollzug hat ein intelligentes Einsparmodell dargelegt. Die Gegenfinanzierung sollte durch die Einsparung von 15 Stellen erfolgen, die in Celle I durch technische Sicherungen nicht mehr benötigt werden.

Am 9. Mai 2003 haben Sie, Frau Ministerin, in Verden erklärt, die volle Ausschöpfung der Stellenobergrenzen im gehobenen Dienst mit 107 Hebungen für den Haushalt 2004 angemeldet zu haben. Dann aber kam die Überraschung: Der Haushaltsplanentwurf enthielt keine eingesetzten Mittel, aber die 15 Stellen, die als Ausgleich angeboten worden waren, haben Sie durch den Finanzminister einkassieren lassen. - So also geht man mit der Gesprächs- und der Kompromissbereitschaft der Bediensteten um!

Die unendliche Story geht weiter. Zwischenangebote erfolgten - summa summarum wieder kein Geld im Haushalt. „Versprochen - gebrochen“ könnte man das Ganze charakterisieren. Denn das Goodwill-Angebot des Justizvollzuges hat ein Resultat: 15 Stellen einkassiert, Gegenleistung gleich null.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von den Regierungsfractionen, wenn Sie sich schon keine Sorgen um unseren Rechtsstaat machen, dann tun wir es zumindest. Wir machen uns nämlich Sorgen um die Stimmung unter den Bediensteten in den Justizvollzugsanstalten. Sie ist noch nie so schlecht gewesen. Diejenigen, die bei relativ niedriger Bezahlung Tag und Nacht für die Sicherheit

der Bevölkerung gerade stehen müssen, werden nun von Ihnen an der Nase herumgeführt.

Gestatten Sie mir zu dieser Thematik ein Zitat von Willi Bernhard Albers, dem Vorsitzenden des Landesverbandes Niedersächsischer Strafvollzugsbediensteter: „Dies ist eine Zumutung und grenzt an Wahlbetrug.“

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dem hat die SPD-Fraktion nichts mehr hinzuzufügen.

In einer Pressemitteilung vom 5. September 2003 kündigte die Justizministerin an, dass sie hinsichtlich des baulichen Zustandes vieler Justizvollzugsanstalten bereits eine Wende eingeleitet habe. Diese Wende sieht, wie die Antwort der Ministerin auf eine Kleine Anfrage zeigte, so aus: Die Neubaumaßnahmen JVA Sehnde und JVA Rosdorf inklusive des viermonatigen Baustopps werden verzögert fortgeführt.

(Ilse Hansen [CDU]: Warum wohl?)

Die Wende beinhaltet auch, dass die Landesregierung keine Mittel zur Verfügung stellt, um in den Jahren 2003, 2004 und 2005 dringend erforderliche Maßnahmen einleiten zu können. Der Presse konnten wir entnehmen, dass unausgelegene Ideen wie der Umbau von Kasernen in Knäste im Raum standen.

Ich frage Sie, Frau Ministerin: Wenn Sie noch nicht einmal in der Lage sind, die im Bau befindlichen Justizvollzugsanstalten fristgerecht zu erstellen, wenn Sie noch nicht einmal in der Lage sind, diese Justizvollzugsanstalten in ausreichendem Umfang mit Personal zu versehen: Wie wollen Sie dann Knast-Kasernen mit qualifiziertem Personal und Sicherheitstechnik bestücken? Mit Luftblasen wird kein einziger zusätzlicher Haftplatz geschaffen.

(Beifall bei der SPD)

Sicherlich: Auch wir sehen die Finanznot des Landes Niedersachsen. Die Streichung von Personalstellen in der Justiz und im Vollzug steht aber in einem eklatanten Widerspruch zu der geplanten Einstellung von 1 000 Polizeianwärtern. Es ist geradezu ein Schildbürgerstreich, dass die Landesregierung mehr Polizei einstellt, die nachfolgenden Behörden gleichzeitig aber schwächt.

(Beifall bei der SPD - David McAllister
[CDU]: Sind Sie gegen die Polizei?)

Wer soll denn die Fälle anklagen? Wer soll denn die von den zusätzlichen Polizisten Beschuldigten verurteilen, wenn die Landesregierung bei Staatsanwaltschaften und Gerichten einspart? Und: Wie wollen Sie einen ordnungsgemäßen und sicheren Strafvollzug gewährleisten, wenn Sie die Justizvollzugsanstalten zu Sparschweinen degradieren?

(Beifall bei der SPD)

Deshalb kann die SPD-Fraktion bei dieser Haushaltsplanung nur ein Veto einlegen. Dieses Thema verträgt keine Schnellschüsse. Schließlich ist die Sicherstellung einer ordentlich funktionierenden Justiz und eines ordentlich funktionierenden Strafvollzugs Kernaufgabe des Landes Niedersachsen. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die CDU-Fraktion hat nun der Abgeordnete Dr. Biester das Wort.

(David McAllister [CDU]: Es kann doch nicht unwidersprochen bleiben, was hier behauptet wurde!)

Dr. Uwe Biester (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben gestern den ganzen Nachmittag über die Haushaltssituation des Landes Niedersachsen debattiert. Ich weiß nicht, ob Frau Abgeordnete Bockmann dabei war. Als ich mir eben ihren Redebeitrag angehört habe, hatte ich das Gefühl, sie war nicht dabei. Sonst hätte sie nicht so sprechen können, wie sie gesprochen hat.

(Beifall bei der CDU)

Wir sollten uns doch über eines einig sein: Da die Haushaltssituation des Landes Niedersachsen so ist, wie sie nun einmal ist, muss sich auch der Justizbereich an den notwendigen Einsparungen beteiligen, ob er will oder nicht. Daran geht kein Weg vorbei.

(Heike Bockmann [SPD]: Auch das ist ein Stück innere Sicherheit!)

Ich hätte mir gewünscht, Frau Bockmann, dass Sie hier gesagt hätten, ob Sie diese Auffassung teilen.

Wenn Sie diese Auffassung teilen, dann können Sie das nicht so kritisieren, wie Sie es getan haben. Wenn Sie diese Auffassung nicht teilen, dann müssen Sie mir bitte sagen, wie es denn dann gehen soll. Wenn Ihre Antwort wie immer „Neuverschuldung“ lautet, dann haben wir keine gemeinsame Gesprächsbasis mehr; denn eine Neuverschuldung kommt für uns nicht infrage.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Jetzt haben Sie gesagt - das klang ja auch schon einmal in früheren Debattenbeiträgen an -, Sie hätten es anders gemacht, Sie hätten bei der Polizei gespart. - Dann sagen Sie das aber auch bei den dortigen Veranstaltungen!

Vielleicht hätten Sie auch noch sagen können, Sie hätten bei den Lehrern eingespart und sie nicht neu eingestellt. Dazu will ich Ihnen ganz deutlich unsere CDU-Position sagen: Wir haben im Bereich Schule extremste Problemfelder vorgefunden, die von der alten Landesregierung verursacht worden sind. Deshalb mussten wir zuallererst in diesen Bereich investieren. Das war nun einmal so, weil Sie in diesem Bereich die größten Mängel hinterlassen haben.

(Elke Müller [SPD]: Diese Behauptungen sind durch nichts bewiesen!)

Das Gleiche gilt für den Bereich Inneres. Deshalb mussten wir dort schwerpunktmäßig investieren. Wir können nicht überall investieren, aber die größten und schlimmsten Verfehlungen Ihrer Politik mussten wir korrigieren und haben wir korrigiert.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Jetzt kommt noch eines hinzu: Sie schildern die Einsparungen, die hier vorgenommen werden, auch noch mit falschen Zahlen. Das ging schon gestern bei Herrn Gabriel los. Er sagte, 60 Richter oder Staatsanwälte würden nicht mehr beschäftigt.

(Heike Bockmann [SPD]: Und Folgedienste!)

- Nein, er hat von Richtern gesprochen. Sie, Frau Bockmann, haben es genau erkannt, Herr Gabriel aber nicht.

Sie haben gesagt: 8 Millionen Euro Einsparungen beim Personal plus globale Minderausgabe. - Das stimmt nicht. 3 Millionen Euro Einsparungen plus globale Minderausgabe, wobei sich die globale Minderausgabe nicht unbedingt nur auf das Per-

sonal beziehen muss, sondern auch andere Bereiche erfassen kann.

(Zuruf von Heike Bockmann [SPD])

3 Millionen Euro entsprechen 61,45 Vollzeitstellen. Das werden 23 Stellen des höheren Dienstes sein, also Richter und Staatsanwälte. Das ist schmerzlich. Das tun wir nicht gerne. Aber davon geht unsere Justiz in Niedersachsen nicht kaputt, wie Sie es an die Wand zu malen versuchen.

Die Frage, Frau Bockmann, kann heute nicht mehr sein, wie ich im Wettstreit der einzelnen Ressorts mehr Gelder für die Justiz bekomme, sondern sie kann nur sein: Wie kann ich die Justiz sinnvoll so organisieren, dass ich sie trotz reduzierter Ausgaben gleichwohl optimal am Laufen halten kann? Dazu ist von Ihnen aber kein Beitrag gekommen.

(Beifall bei der CDU)

Selbst wenn ich all Ihre Thesen übernehme, Frau Bockmann: Wo ist denn Ihre Änderungsantrag? Sie haben keinen Änderungsantrag vorgelegt. Sie kritisieren, kritisieren und kritisieren, stellen aber keinen Antrag, im Einzelplan 11 auch nur irgendetwas zu ändern. Sie hätten logischerweise sagen müssen: Mehr Geld für Personal. - Ich stelle aber fest: Das ist nicht der Fall.

Sie haben ein klassisches Beispiel dafür angeführt, wie man die Justiz sinnvoll organisieren kann. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass im Bereich der Arbeitsgerichtsbarkeit in vermehrten Umfang Eingänge zu verzeichnen sind. Demgegenüber ist bei den Zivilgerichten die Zahl der Berufungen rückläufig. Einen internen Ausgleich können wir zurzeit aber leider nicht vornehmen, weil wir z. B. keinen Arbeitsrichter an ein Zivilgericht versetzen können. Aber wenn man auf den Gedanken käme, Arbeitsgerichte und Zivilgerichte zusammenzulegen, dann wäre es Aufgabe des gemeinsamen Präsidiums, die Richter umzuorganisieren. Dann kann man solche Schwankungen, die in den verschiedenen Gerichtszweigen immer wieder auftreten können, intern ausgleichen und so die Justiz vernünftig organisieren. Dazu brauchen wir aber die Mithilfe der SPD auf Bundesebene, weil es nur dort geht. Ich würde mir wünschen, dass Sie sich entsprechend einsetzen, damit sich dort etwas bewegt.

Jetzt zur nächsten Fragestellung. Wir müssen die Justiz von all denjenigen Dingen entrümpeln, die

nicht originäre Aufgabe der Justiz, also nicht Rechtsprechung sind.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich plädiere deshalb ganz energisch und ganz deutlich dafür: All das, was verwaltende und registerführende Tätigkeit ist, müssen nicht Richter, muss nicht die Justiz machen. Wenn sich nun eine Industrie- und Handelskammer anbietet - und alle tun das -, uns diese Aufgaben und die damit verbundenen Kosten abzunehmen, dann sollten wir dieses Angebot doch auch annehmen. Ich kann nicht verstehen, dass das auf Bundesebene boykottiert wird.

(Dr. Harald Noack [CDU]: Von der SPD wohlgermerkt!)

Es kann doch nicht sein - das kann ich mir jetzt nicht verkneifen, Frau Bockmann -, dass das daran liegt, dass der rechtspolitische Sprecher der SPD-Fraktion auf Bundesebene mit einer Rechtspflegerin verheiratet ist und das deshalb so nicht haben will.

(Zurufe von der SPD)

Ich fand den Redebeitrag von Frau Bockmann geradezu mutig, als sie sich dem Bereich des Strafvollzugs zugewandt hatte. Sie beklagte doch tatsächlich den Zustand unserer Justizvollzugsanstalten. Neun Monate nach der Landtagswahl! Es ist doch ausschließlich auf Versäumnisse der Sozialdemokratischen Partei zurückzuführen, dass wir dort jetzt solche Zustände haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie beklagen hier schmerzlich, dass sich der Baufortschritt in Rosdorf verzögern wird. Ja, warum denn? - Wir haben doch gesehen, was bei der Hochbauverwaltung passiert ist: Es wurden Grundsteine gelegt und erste Spatenstiche gemacht für Baumaßnahmen, die überhaupt nicht durchfinanziert waren. Wir können heilfroh sein, dass sich die Justizministerin durchgesetzt und erreicht hat, dass Rosdorf - wenn auch zeitlich gestreckt - gebaut wird. Aber Rosdorf wird gebaut, und das ist das Entscheidende.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir sind bereit, sehr weitgehende Maßnahmen zu ergreifen, wenn es um die Frage geht, wie wir die Justiz organisieren. Die Zusammenlegung von Gerichtsbarkeiten habe

ich schon angesprochen. Wir sind auch bereit, mit Ihnen darüber zu diskutieren, wo wir weitere Einsparmöglichkeiten finden können.

Die Entwicklung der Betreuungskosten macht uns gemeinsam Sorgen. Für mich ist die Betreuung keine originäre Aufgabe der Justiz. Die Betreuung wird durch richterlichen Beschluss ausgelöst. Es soll zwar eine rechtliche Betreuung sein, aber wir wissen doch alle ganz genau, wie es in der Praxis aussieht: Das hat mit rechtlicher Betreuung gar nichts mehr zu tun, sondern es findet vielmehr eine soziale Betreuung statt. Die ist sicherlich auch sinnvoll, aber das ist keine Justizaufgabe, und deshalb gehören diese Kosten auch nicht in den Justizbereich. Wir meinen, dass wir dort etwas verändern können.

Wir meinen, dass wir auch etwas an der Einnahmesituation verändern können, dies allerdings nur dann - das will ich hier ganz deutlich sagen -, wenn gewährleistet ist, dass der Anspruch des Bürgers auf Rechtsgewährung nicht beschnitten wird.

Wir können uns aber sehr wohl vorstellen, dass sich im Bereich des Prozesskostenbeihilferechts Veränderungen ergeben. Prozesskostenbeihilfe bedeutet ja nicht nur eine Ausgabe - weil man den beigeordneten Anwalt entlohnt -, sondern gleichzeitig auch den Verzicht auf Gerichtskosten. Ich meine, dass man sehr sorgfältig prüfen muss, wo ein solcher Verzicht auf Gerichtskosten gerechtfertigt ist und wo nicht. Die Forderung, die ich gelegentlich gehört habe, nämlich Prozesskostenhilfe nur noch Sozialhilfeempfängern zu gewähren, kann ich allerdings nicht unterstützen. Da wird es einen vernünftigen Mittelweg geben müssen, den wir gemeinsam beschreiten sollten.

Auch ist für mich in keiner Weise nachvollziehbar, dass Sozialgerichtsverfahren per se gebührenfrei sind. Auch dort, meine ich, könnten wir zu entsprechenden Veränderungen kommen.

(Beifall bei der CDU)

Ich fasse für meine Fraktion zusammen: Wir nehmen das, was uns im Bereich der Stelleneinsparungen und der sich daraus ergebenden Probleme gesagt wird, sehr ernst. Die Auflösung einer Kammer in Braunschweig ist die Folge dieser Stelleneinsparung. Wir kennen den Brief des Richterbundes. Wir wollen gemeinsam u. a. mit dem Richterbund überlegen, wie wir die Justiz vernünftig organisieren können, um dies auszugleichen.

Wir sind sicher, dass die Justiz mit dem Haushalt, so wie er hier vorliegt, leben kann.

(Ralf Brieze [GRÜNE]: Vegetieren!)

Wir sind sicher, dass der Anspruch der Bürgerinnen und Bürger mit diesem Haushalt in vollem Umfang gewahrt bleibt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Abgeordnete Brieze das Wort. Ich erteile es ihm.

Ralf Brieze (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was ist dieser Regierung ein funktionierender Rechtsstaat wert? - Erschreckend wenig. Wider allen Versprechungen im Wahlprogramm und in der Koalitionsvereinbarung wird zusammengestrichen und weggekürzt.

Die Justizministerin - Herr Biester hat es gerade schon gemacht - wird gleich wieder betonen, es gebe keine Alternative zu diesem Sparkurs. Aber das ist schlicht falsch, denn Geld für mehr Polizei haben Sie ja. Für leichtsinnige Wahlversprechen müssen nun andere bluten: Hochschulprofessoren und Richter werden in die Pampa geschickt, damit der Innenminister mehr Polizei bekommt. Mich würde doch sehr interessieren, wie dieses Land vorankommen soll, wenn mehr Polizei auf den Straßen ist, aber Hochschulprofessoren entlassen werden sollen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Mehr Polizei wird im Übrigen mehr Arbeit für die Justiz bedeuten; das liegt in der Natur der Sache. Wie diese Mehrarbeit mit weniger Personal erledigt werden soll, bleibt hoffentlich nicht das Geheimnis der Justizministerin. Darauf wollen wir gleich Antworten hören, Frau Ministerin.

Meine Damen und Herren, Rechtsgewährung ist eine Kernaufgabe des Staates. Kernaufgaben des Staates erkennt man daran, dass sie in der Verfassung niedergelegt sind. Man fragt sich allerdings, was diese Niedersächsische Verfassung angesichts der permanenten Verstöße gegen sie noch wert ist.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der SPD)

Rund 4 % - das sind rund 960 Millionen Euro - macht der Justizhaushalt am Gesamthaushalt aus. Zu über 50 % arbeitet die Justiz kostendeckend. Einsparungen in der Justiz bringen fiskalpolitisch fast nichts, bewirken aber großen rechtspolitischen Schaden. Aber verteidigt die Justizministerin ihren Haushalt gegenüber dem Finanzminister? - Nein. Möllring hat doch die Axt an die Justiz angelegt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Dr. Harald Noack [CDU] lacht)

- Herr Vorsitzender des Rechtsausschusses, ich weiß nicht, was es da zu lachen gibt.

(Dr. Harald Noack [CDU]: Allein das Bild ist schon bemerkenswert!)

Meine Damen und Herren, wo sind die politischen Akzente der neuen Justizministerin? Hat diese Regierung eine rechtspolitische Vision? - Bei aller Wertschätzung, Frau Ministerin, die politischen Akzente, die Sie bisher gesetzt haben, sind bescheiden: neben ein wenig Privatisierungsrhetorik nur Repressionen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kurz nach dem Amtsantritt lancierten Sie über den Bundesrat eine ganze Batterie von Strafverschärfungen im Jugendstrafrecht. Der Deutsche Juristentag - nicht gerade eine 68er-Veranstaltung, Herr Rösler, sondern eher ein bedächtiges, abwägendes, man könnte fast sagen, konservatives Gremium - hat diese Vorschläge in Bausch und Bogen verworfen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der SPD)

Auch hier ist Niedersachsen mit Volldampf auf dem Weg zurück ins 20. Jahrhundert. Diese Regierung ist erschreckend beratungsresistent, egal ob die Minister Busemann, Stratmann oder Neumann heißen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wie können wir die Justiz effizienter machen und von Aufgaben entlasten? - Die Grünen verschließen sich dieser Diskussion nicht. Die Zusammenlegung von Gerichtsbarkeiten findet unsere Zustimmung, wenn da-

durch tatsächlich Synergien zum Tragen kommen. Das muss allerdings erst noch bewiesen werden.

Die gegenwärtige Reform des Betreuungsrechts wird von uns mitgetragen. Das Land muss tatsächlich die Betreuungskosten in den Griff bekommen. Dafür muss das Ehrenamt gestärkt werden. Das Schreiben von Pressemitteilungen aus dem MJ allein reicht hierfür längst nicht aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(Präsident Jürgen Gansäuer übernimmt den Vorsitz)

Herr Dr. Biester, dann ist natürlich die Frage zu stellen, ob wir einfach nur eine Kostenverlagerung von dem Justiz- in den Sozialhaushalt haben wollen. Das brächte für den Landeshaushalt letztendlich nichts. Man muss sich wirklich fragen, wie man diese Kosten in den Griff bekommt, und die Ansätze nicht einfach nur verschieben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, einige Worte zum Vollzug. Frau Ministerin, Sie wissen, dass das Land nur knapp an einer Kostenlawine vorbeigeschrammt ist. Das letzte Wort in Sachen menschenunwürdiger Unterbringung ist noch nicht gesprochen. Der BGH wird hierzu wahrscheinlich ein Urteil sprechen. Die Überbelegung in niedersächsischen Haftanstalten ist katastrophal. Aber was tut diese Regierung, und was tut diese Justizministerin dagegen? - Sie verschlimmert leider mit ihrem Handeln und ihren Vorschlägen die Lage. Die Aufhebung des Vollstreckungsaufschubs nach § 455a StPO für den Frauenvollzug war ein fataler Fehler. Der jetzige Bundesratsvorstoß zur Mehrfachbelegung in Hafträumen wird wahrscheinlich auch die Resozialisierung erschweren. Jetzt polemisieren Sie leider auch gegen die vernünftigen neuen Vorschläge zum Sanktionenrecht.

Wir erwarten von dieser Ministerin ein bisschen mehr in Sachen Rechtspolitik als Strafverschärfung und Verlagerung von Handelsregistern auf Vertreter wirtschaftlicher Interessen. Wir erwarten umfangreiche Vorschläge für mehr Selbstverwaltung und Demokratie in der Justiz. Die Diskussion darüber wird gegenwärtig in der Bundesrepublik leidenschaftlich geführt. Der Einfluss der Exekutive auf die dritte Gewalt muss zurückgedrängt werden. Aber leider dröhnt die Stille zu diesem Thema laut aus dem MJ.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir erwarten endlich ein Akteneinsichtsrecht für die Bevölkerung. Der Innenminister kann hier zusammen mit der Justizministerin ein paar Pluspunkte in punkto Bürgerrechte sammeln. Dieses Konto ist leider völlig in den Miesen.

Wir fordern den Ausbau der außergerichtlichen Strafschlichtung in Form von Täter-Opfer-Ausgleich und Mediation.

Wir erwarten letztendlich eine Justizpolitik, die sich an den Grundwerten Rationalität und Humanität orientiert und nicht ständig das alttestamentarische Lied der Vergeltung anstimmt. Meine Damen und Herren, moderne Konservative sind zumindest schon im Neuen Testament angekommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Lehmann, bitte schön!

Carsten Lehmann (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Dr. Biester hat ja schon auf einige Widersprüche hingewiesen, die Frau Bockmann in ihren Ausführungen gemacht hat. Deshalb erspare ich es mir, darauf noch einmal gesondert einzugehen, sondern komme zu einigen grundsätzlichen Ausführungen zur Justizpolitik aus Sicht der FDP-Landtagsfraktion.

Die FDP-Landtagsfraktion will in Niedersachsen eine noch leistungsstärkere und schlankere Justiz schaffen. Wie für alle Bereiche des öffentlichen Lebens gilt auch hier die liberale Tugend, dass sich der Staat nur so weit wie nötig, Private sich jedoch so weit wie möglich engagieren sollten. Ideologisch normierte Denkblockaden, die ein weitergehendes Privatengagement ausschließen, werden wir nicht gelten lassen.

Als Erstes möchte ich auf das Rückgrat der Justiz zu sprechen kommen, nämlich deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ihnen wird, wie im gesamten öffentlichen Dienst, viel an persönlichen Belastungen abverlangt. Nicht nur die fiskalischen Einschnitte bei den Sonderzuwendungen, sondern auch die besondere Arbeitsbelastung sind kennzeichnend für ihre Situation. Das ist heute schon

angesprochen worden und aus unserer Sicht zurzeit leider auch nicht zu verbessern. Ich werde im Rahmen meiner Ausführungen zu den Haushaltsbelastungen noch etwas dazu sagen.

Wir verstehen, dass es unter diesen Bedingungen nicht immer leicht ist, auch weiterhin motiviert seiner Arbeit nachzugehen. Umso mehr danke ich im Namen meiner Fraktion den Bediensteten in der Justiz für die geleistete Arbeit und ihre Bereitschaft, auch in Zukunft konstruktiv an der Weiterentwicklung der niedersächsischen Justiz mitzuarbeiten.

(Beifall bei der FDP)

Das ist ein ganz wichtiger Punkt. In den Gesprächen mit den Gewerkschaftsvertretern und den Mitarbeitern und Personalräten vor Ort merkt man, dass bei aller Kritik auch durchaus die Bereitschaft besteht, weiterhin mitzumachen. Es wird keine Verweigerungshaltung an den Tag gelegt, sondern es wird gesagt: Wir wollen konstruktiv zusammen etwas erreichen.

Doch in den Gerichten und im Strafvollzug sind die Grenzen der Belastbarkeit fast erreicht. Das ist heute bereits angesprochen worden. Auch wir meinen, dass es so sicherlich nicht weitergehen kann. Die Belastung ist wirklich sehr hoch.

Hier gilt es, durch eine vorausschauende Finanzpolitik die Basis für eine gezielte Verstärkung der belasteten Bereiche zu schaffen. Leider haben wir von der Vorgängerregierung ein Haushaltschaos sondergleichen übernommen.

(Ralf Brieke [GRÜNE]: Das haben wir oft genug gehört!)

- Das muss immer wieder betont werden. Es hilft zwar nichts, aber es passt auch in diesem Moment.

Nach dem diesjährigen Sparauftakt in Höhe von fast 2 Milliarden Euro bin ich mir jedoch sicher, dass für Niedersachsen auch finanziell bald bessere Zeiten kommen werden.

Noch eine Anmerkung: Immer nur zu sagen, wir hätten ja auf zusätzliche Polizisten verzichten können und müssten ansonsten nur noch den Reformen auf Bundesebene zustimmen, dann wären wir aus dem Schneider, ist ein bisschen einfach. Ein Verzicht auf die zusätzlichen Polizisten könnte die Einsparungen in den anderen Bereichen, auch in der Justiz und bei den Hochschulen, nicht ausglei-

chen. Dazu bedürfte es schon ein bisschen mehr. Aber von Ihnen ist dazu bis zum heutigen Tage überhaupt nichts gekommen.

(Beifall bei der FDP)

Bei allen Einsparungen ist es uns besonders wichtig, die Position der Justiz als dritter Säule des Staates zu stärken. Wir werden dafür Sorge tragen, dass die Justiz auch weiterhin ihre Aufgaben in vollem Umfang erfüllen kann, dann allerdings unter verbesserten Rahmenbedingungen technischer und personeller Art. Dazu müssen wir uns aber erst einmal diesen Handlungsspielraum schaffen. Dazu hat diese Landesregierung entscheidende Akzente gesetzt.

Vorrangig müssen wir in der Justiz eine Aufgabenkritik vornehmen. Diese Aufgabenkritik verstehen wir Liberale als dauerhaften Prozess. Ziel dieses Prozesses ist es, die Justiz zu optimieren. Das gilt natürlich auch für die anderen Verwaltungsbereiche.

Wir müssen uns auf unsere hoheitlichen Kernaufgaben konzentrieren. So bieten gerade die elektronischen Medien neue Möglichkeiten der Aufgabenwahrnehmung bzw. Aufgabenverlagerung. Diese müssen wir nutzen. Ich nenne als Beispiele die Einführung eines zentralen elektronischen Schuldnerverzeichnisses, das Einstellen von Daten aus Insolvenzverfahren in das Internet und die Übertragung der Registerführung von Grundbuch und Handelsregistern auf private Dritte, z. B. die Kammern; Herr Dr. Biester hat das schon angesprochen. Auch die Zusammenlegung von Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit sowie Arbeits- und Zivilgerichtsbarkeit - ich freue mich über die Zustimmung des Kollegen Briese - gehören dazu. Wir stehen erst am Beginn einer Entwicklung, diese Methoden zu nutzen. Die FDP-Fraktion wird sich konsequent auf diesen Weg begeben und ihn verfolgen.

Ebenfalls gilt es, die Dienstleistungskompetenz der Justiz weiter zu erhöhen. Bürgerfreundlichkeit, Bürgernähe und schnellere Dienstleistungen sind gerade in einem Verwaltungsbereich, der täglich vielfältige Berührungspunkte mit den Bürgerinnen und Bürgern hat, unabdingbar. Deshalb ist es unser Ziel, unter Zuhilfenahme der elektronischen Medien einen unkomplizierten Zugang zu dringend benötigten Informationen für Gläubiger und deren Vertreter zu schaffen. Durch entsprechende Zugangsregelungen kann hierbei im Übrigen auch

einem Missbrauch vorgebeugt werden, sodass ich denke, hier dürfte es keine Probleme geben, auf schnellstmögliche Weise zusätzliche Informationen bereitzustellen.

Des Weiteren sieht die FDP-Fraktion im Strafvollzug zahlreiche Möglichkeiten der Privatisierung. Deshalb haben wir bereits im Mai-Plenum einen Antrag auf Prüfung der Privatisierungsmöglichkeiten eingebracht. Das Justizministerium hat ausführlich über eine Konzeption der Privatisierung berichtet.

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Gibt es für Wirtschaftskriminelle dann besondere Knäste?)

Aus dem Bericht des Ministeriums wurde deutlich, dass zahlreiche Privatisierungsmöglichkeiten bestehen. Neben der Errichtung der Haftanstalten selbst sind z. B. die Bereiche Kantine, Wäscherei, Aus- und Weiterbildung, psychologische Betreuung und Arbeitsverwaltung als entsprechende Optionen vorhanden und sollten schnellstmöglich genutzt werden.

Diesen Weg wollen wir Liberale noch konsequenter verfolgen. Unser zugegebenermaßen ehrgeiziges Ziel ist es, nur diejenigen Bereiche in hoheitlicher Obhut zu belassen, für die das gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

Alle weiteren Elemente sind kurz- bis mittelfristig zu privatisieren. Wir wollen nicht darauf warten, dass neue Justizvollzugsanstalten erst im Rahmen des Public Private Partnership umgesetzt werden, sondern wir wollen, dass diese Privatisierung schon jetzt in Einzelbereichen schnell umgesetzt wird. Ich meine, hier ist ein weiterer Schritt zur Konsolidierung möglich. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Vielen Dank. - Frau Ministerin, Sie haben das Wort. Bitte schön!

Elisabeth Heister-Neumann, Justizministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir uns mit heutigem Stand die Haushaltsentwürfe der Kommunen, der Länder oder des Bundes betrachten, so finden wir allerorten das gleiche Phänomen: gleich bleibende

oder steigende Ausgaben bei weiterhin schrumpfenden Einnahmen. Diese Entwicklung prägt natürlich auch den Haushaltsentwurf des Landes Niedersachsen. Davon ist an verschiedenen Stellen bereits nachdrücklich die Rede gewesen.

Auch wenn höchstwahrscheinlich alle auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Ausgangssituation hoffen, so können wir angesichts der Prognosen nicht von dieser Verbesserung ausgehen, schon gar nicht bei der Aufstellung des Haushaltes 2004.

Jetzt und hier trage ich Ihnen deshalb vor, wie ich den sich daraus ergebenden Handlungsbedarf für das Justizressort sehe.

Wir müssen drei Dinge erreichen: Wir müssen erstens die Ausgaben der Justiz durch Einsparungen verringern. Wir müssen zweitens die Einnahmesituation der Justiz und damit deren Kostendeckungsgrad verbessern, und wir müssen drittens endlich damit anfangen, die Justiz grundlegend zu reformieren.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich erstens die unvermeidlichen Kürzungen noch einmal deutlich ansprechen. Im Personalbereich werden in dem großen Kapitel 11 04 bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften ca. 60 Stellen entfallen, davon 23 bei Richtern und Staatsanwälten. Insofern hat Frau Bockmann die Aussage von Herrn Gabriel zu Recht korrigiert. Wir müssen weitere 200 Referendarstellen streichen und die Unterhaltsbeihilfen um weitere 5 % absenken, um nicht weitere Personaleinsparungen bei den Gerichten und den Staatsanwaltschaften vornehmen zu müssen. Das fällt mir schwer. Aber Alternativen dazu gibt es nicht. Gleichermäßen schwer gefallen sind mir die Kürzungen im Personalhaushalt des Justizvollzugs mit 60 Stellen. Das ist bitter.

Im Sachhaushalt können die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Erhöhungen nicht umgesetzt werden. Es findet damit faktisch eine Nullrunde statt. Angesichts der allgemeinen Preissteigerungen wird es deshalb in allen variablen Bereichen deutliche Einschnitte geben.

Aber, meine Damen und Herren, Ansatzserhöhungen hat es im Justizvollzug sehr wohl gegeben. Diese sind im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass sich die Landesregierung zu den Neubauten von zwei Justizvollzugsanstalten mit einem Investitionsvolumen von 250 Millionen Euro bekennt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von Elke Müller [SPD])

- Ja, Frau Müller: dazu bekennt; ich möchte das noch einmal sagen. Andere Dinge mussten gestoppt werden. Wir bekennen uns dazu. Das hat auch etwas mit dem Schwerpunkt innere Sicherheit zu tun.

(Wilhelm Heidemann [CDU]: So ist es!)

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal etwas zu dem anmerken, was der Abgeordnete Briese in Sachen menschenunwürdige Unterbringung gesagt hat.

Meine Damen und Herren, die Initiative der Landesregierung zu der Veränderung des § 18 Strafvollzugsgesetz wird dazu führen, dass es nach wie vor einen grundsätzlichen Anspruch auf Alleinunterbringung während der Ruhezeiten gibt, aber dass davon Ausnahmen möglich sind. Wir machen das, weil wir in Kenntnis der seit über zehn Jahren vorherrschenden Situation im niedersächsischen Justizvollzug - nämlich der menschwürdigen Unterbringung in bestimmten Bereichen -, realisieren müssen, dass wir diese Situation nicht innerhalb der nächsten zwei Jahre werden beheben können. Wir möchten allerdings auch nicht sehenden Auges diesen rechtswidrigen Zustand weiter hinnehmen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - David McAllister [CDU]: Richtig!)

Im Personal- und Sachhaushalt ist im Haushaltsjahr 2004 noch eine globale Minderausgabe von insgesamt 6,1 Millionen Euro zu erwirtschaften, wobei ich Ihnen, Frau Bockmann, zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht exakt darstellen kann, welche Auswirkungen diese auf den Geschäftsbereich, d. h. die Gerichte, die Staatsanwaltschaften und den Justizvollzug, haben wird. Das wird aber natürlich zu weiteren Einsparungen, auch im Personalbereich, führen.

Es sollte aber ebenfalls nicht unerwähnt bleiben, dass diesen Einsparmaßnahmen auch wichtige Verbesserungen wie beispielsweise die Stellenhebungen für die Serviceeinheiten bei den Gerichten gegenüberstehen.

Meine Damen und Herren, natürlich hätte ich mir gewünscht, dass der Justizhaushalt in stärkerem Umfang verschont geblieben wäre. Auch die Kol-

leginnen und die Kollegen der anderen Ressorts hätten sicherlich gerne auf so manche schmerzliche Kürzung für ihren Geschäftsbereich verzichtet. Die dramatische Haushaltslage des Landes lässt aber keinen weiteren Spielraum zu.

Entscheidend ist jedoch - das betone ich ausdrücklich -, dass sich die Landesregierung sehr wohl des Umstandes bewusst ist, dass die Justiz als staatlicher Kernbereich, als dritte Gewalt, handlungsfähig bleiben muss. Trotz der notwendigen und unumgänglichen Einsparmaßnahmen ist ihre Funktionstauglichkeit gesichert. Allerdings - dies sage ich ebenfalls deutlich - sind weiteren Kürzungen in den nächsten Jahren enge Grenzen gesetzt.

Meine Damen und Herren, die Aufgabe besteht jetzt darin, den sich ergebenden Zielkonflikt zwischen notwendigen Sparmaßnahmen und der Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Justiz auch für die Zukunft aufzulösen. Ich bin sicher, dass wir das schaffen, wenn wir uns nicht in Euphemismen und durchsichtigen Zahlenwerken der letzten Jahre verlieren, sondern das Problem endlich bei der Wurzel packen.

Ferner muss es kurzfristig darum gehen, den Kostendeckungsgrad der Justiz zu verbessern. Eine weitere Erhöhung des Zuschussbedarfs der Justiz muss verhindert werden. Es kann beispielsweise nicht hingenommen werden, dass wir durch das grundsätzlich von uns begrüßte Gesetz zur Modernisierung des Justizkostenrechts, also den geplanten Änderungen des Gerichtskostengesetzes, des anwaltlichen Gebührenrechts und der Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen, mit jährlichen Mehrausgaben von ca. 3,1 Millionen Euro belastet werden. So stellt sich das die Bundesregierung vor. Vielmehr muss hier die Kostenneutralität für unser Land oberste Priorität haben. Entsprechende Anträge hat Niedersachsen mit anderen Bundesländern parteiübergreifend im Bundesrat gestellt.

Ein weiterer Punkt zur Verminderung von Ausgaben sind notwendige Änderungen im Bereich der Prozesskostenhilfe. Die Ausgaben für Entschädigung beigeordneter Rechtsanwälte sind in Niedersachsen in den letzten Jahren in Besorgnis erregender Weise gestiegen. Hier wollen wir mit anderen Ländern Änderungen des Prozesskostenhilfegesetzes erreichen, deren Ziel es sein muss, nur noch wirklich Bedürftige in den Genuss dieser staatlichen Leistung kommen zu lassen.

Meine Damen und Herren, beseitigt werden muss auch die weitgehende Kostenfreiheit der sozialgerichtlichen Verfahren. Es ist nicht einzusehen, dass Verfahrensbeteiligte auch im Falle ihres Unterliegens zur Zahlung weder von Gerichtsgebühren noch von Auslagen des Verfahrens, insbesondere solche für teure Sachverständigengutachten, herangezogen werden können. Dabei ist eine Beibehaltung der vollständigen Kostenfreiheit weder aus verfassungsrechtlicher Sicht noch aus sozialpolitischen Gründen erforderlich. An wirklich Bedürftige können trotzdem nach den Regeln der Prozesskostenhilfe auch in Zukunft Beihilfen geleistet werden. Niemandem wird dadurch der Rechtsweg abgeschnitten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die deutsche Justiz braucht eine grundlegende Reform. Sie steht wie der Zauberlehrling vor den überlaufenden Wassereimern. Wir haben zu viele Gesetze, Verordnungen, Rechtswege und Rechtsmittel.

(Zuruf von Ralf Brieße [GRÜNE])

Niemand kann mehr darüber hinwegsehen, dass das Übermaß des Rechts und die Fülle der Rechtswege und die Instanzen die theoretisch vielleicht perfekte Lösung um ihre praktische Wirkung bringen. Das Recht, seine Klarheit und seine Sicherheit kommen den Bürgern selbst immer weniger zugute. Sie müssen sich aus nicht weniger als fünf Gerichtsbarkeiten die richtige aussuchen, und sie müssen sich mit ebenso vielen Verfahrensordnungen und Rechtswegen plagen. Dem Bürger sind diese Funktionsweisen sowie die Sorgen und Nöte der Justiz nicht bekannt. Sein Interesse richtet sich an schnellen und nachvollziehbaren Verfahren und Entscheidungen aus. Das ist auch sein gutes Recht. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass er dieses Recht auch erhält. Ich habe mir deshalb mit meinem Amtseintritt vorgenommen, mich diesem Problem zu stellen. Für mich ist das Stichwort von der Beschränkung auf die Kernaufgaben kein Alibi für ein System undifferenzierter Kürzungen, sondern für mich ist es die große Herausforderung, der sich die Politik zu stellen hat, was natürlich eine mittelfristige Perspektive sein muss.

Sie hat es in den letzten Jahrzehnten zugelassen, dass sich der Staat zum justiziellen Hüter sämtlicher gesellschaftlicher Bereiche erhoben hat. Der Moloch Justiz mit seinen feinsten Verästelungen ist

für den Bürger nicht nur unüberschaubar geworden. Mit seinem umfassenden Anspruch vermittelt er ihm auch, Konflikte und Probleme müssen allein mit Hilfe der Justiz gelöst und alle Instanzenzüge ausgeschöpft werden, weil man der Richtigkeit einer einmal getroffenen richterlichen Entscheidung möglicherweise nicht vertrauen könne. Dem Bürger wird vorgespiegelt, die Justiz könne sich über mehrere Instanzen hinweg auch noch um den wichtigsten Nachbarschaftsstreit oder um jedes möglicherweise zu Unrecht ausgestellte Parkticket kümmern. Eine solche Justiz funktioniert nicht akzeptabel, und wir können uns eine solche Justiz auch nicht mehr leisten. Jeder weiß das.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich will endlich eine echte Reform der Justiz. Wir müssen übersichtlichere Strukturen schaffen, so dass der Bürger sofort weiß, an wen er sich bei Problemen zu wenden hat. Dies geht nicht über eine Zersplitterung in fünf Gerichtsbarkeiten. Die Justiz kann sich auch nicht um Dinge kümmern, die nicht notwendigerweise in ihren Aufgabenbereich gehören. Die Registerführung kann ohne den herbeigeredeten Qualitätsverlust von den Industrie- und Handelskammern und den Handwerkskammern geleistet werden.

(Zurufe von der SPD: Das sehen wir ganz anders!)

Das Gerichtsvollzieherwesen sollte ebenso privat organisiert werden, wie einvernehmliche Scheidungen auch von Notaren durchgeführt werden könnten. Straf- und Gerichtsverfahren sollen zügig ablaufen. Meine Damen und Herren, damit uns das gelingt, dürfen wir nicht Denkverbote hinsichtlich des Aufbaus der ordentlichen Gerichtsbarkeit unterliegen.

(Beifall von der CDU)

Wir müssen einen flexibleren Personaleinsatz gewährleisten und den Richtern und Staatsanwälten die Zeit zurückgeben, die sie für die Sache wirklich brauchen.

Auch der Strafvollzug muss reformiert werden. Die Konzepte der 70er-Jahre sind überholt. Wir müssen uns davon lösen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Annahme, Straftäter müssten nur lange genug behandelt werden, damit sie nicht mehr rückfällig werden, ist völlig falsch. Vielmehr sollten Behand-

lungen an den messbaren Erfolg der jeweiligen Maßnahme und an der Bereitschaft der Gefangenen, daran mitzuwirken, ausgerichtet werden. Der Weg dahin führt über die längst überfällige bundesweite Rückfallstatistik.

(Beifall bei der CDU)

Ich hoffe und setze darauf, dass einschneidende Veränderungen des Aufbaus und des Verfahrens der Institution Justiz in Zeiten des wirtschaftlichen Drucks leichter zu verwirklichen sind als in Perioden konsolidierender Verhältnisse. Dieser Nährboden reicht aber alleine nicht aus; es bedarf hierzu auch der Einsicht. Wenn Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, Kürzungen im Haushalt anprangern, aber an der Aufrechterhaltung des nicht mehr finanzierbaren Systems beharrlich festhalten und damit immer neue Schulden das Wort reden, einzig getragen von der illusorischen Hoffnung auf Besserung,

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Alles denkbar!)

leisten Sie den nachfolgenden Generationen einen Bärendienst. Diese haben die Schuldenlast zu tragen. Ich vermag nicht, diese Einstellung nachzuvollziehen. Weder ist sie vernünftig, noch akzeptiert sie die Realitäten.

Warum diese Skepsis, dass Reformen, die mehr sein wollen als Flickwerk am Bestehenden, von vornherein aussichtslos sind? - Das beharrliche Festhalten an dem überhöhten, die Wirklichkeit nicht widerspiegelnden Bild einer Justiz mit Allzuständigkeit wird zunehmend zu einem Zerrbild. Wie, Herr Kollege Helberg, soll die Justiz bei fehlenden strukturellen Reformen anders als durch Schulden der von Ihnen im letzten Plenum ins Feld geführten Pflicht, ausreichend Personal zur Verfügung zu stellen, nachkommen, wenn sie nicht das Geld dafür hat? Warum, verehrter Herr Kollege Helberg, soll die Übertragung der Handelsregister unrealistisch sein, so wie Sie es im letzten Plenum behauptet, aber nicht begründet haben? - Ich jedenfalls halte in der Politik nichts für unrealistisch, wenn man es nur wirklich will und natürlich die dafür notwendige Überzeugungsarbeit leistet.

Ich will mich nicht dem Gesetz des Mittelmaßes verschreiben. Noch habe ich die Hoffnung - dafür gibt es auch eindeutig Anzeichen; das muss ich fairerweise einmal sagen -, dass Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, das nicht wollen. Deshalb appelliere ich für die Einsicht für

die notwendige Strukturveränderung und bitte dabei um Ihre Unterstützung. Machen Sie Ihren Einfluss in Berlin geltend, damit wir nicht nur in dem Fazit verharren, dass die deutsche Justiz reformbedürftig ist, sondern dass wir jetzt mit der Justizreform anfangen und es nicht bei punktuellen Eingriffen in das System belassen. Ansonsten verlieren wir das Ganze aus dem Blick, und dann werden wir ganz sicher nicht dem Auftrag gerecht, den uns die Bürgerinnen und Bürger erteilt haben, d. h. eine gute, starke dritte Gewalt in diesem demokratischen Rechtsstaat, für den ich einstehe. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine Damen und Herren, zum Justizbereich liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen jetzt zum Bereich **Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit**. Der Erste, der dazu das Wort hat, ist der Kollege Schwarz.

Uwe Schwarz (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Einstieg in die Haushaltsberatungen 2004 im Sozialetat begann mit der kühnen Behauptung der Sozialministerin, dass sie dort 156 Millionen Euro einsparen werde, und zwar zwei Drittel davon durch eine Bundesratsinitiative. Diese Ankündigung der Ministerin hielt keine zwei Tage, nachdem der Finanzminister die geplanten Luftbuchungen unverzüglich ablehnte. Nach dieser Schelte wollte nun Frau von der Leyen die 156 Millionen Euro doch im eigenen Haushalt einsparen, wobei natürlich völlig klar war, dass das angesichts der vorhandenen Strukturen im Sozialministerium absolut unmöglich ist.

Die Wahrheit, meine Damen und Herren, sieht doch anders aus. Tatsächlich ist nicht ein Bruchteil dieser 156 Millionen Euro eingespart worden, sondern vielmehr werden rund 18 Millionen Euro Städtebaufördermittel sowie 110 Millionen Euro für Krankenhausinvestitionen rechtswidrig als Einsparung gerechnet, obwohl sie als Schattenhaushalt in die Landestreuhandstelle verschoben wurden. Der Landesrechnungshof bestätigte am 7. November 2003 schriftlich, dass diese Ausgaben im Landshaushalt veranschlagt werden müssen und dass

mit der jetzt eingeschlagenen Praxis der Grundsatz der Vollständigkeit des Haushalts verletzt wird.

(Hört, hört! bei der SPD)

Ich finde, meine Damen und Herren, so kann man sich auch selber etwas in die Tasche lügen.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin schon gespannt, wie die nächsten Tuschenspielertricks aussehen werden, wenn es darum geht, im Sozialetat die globale Minderausgabe in einer Größenordnung von knapp 42 Millionen Euro einzusparen. Diese 42 Millionen Euro - 41,6 Millionen ganz konkret - machen im Prinzip den Gesamtetat der freiwilligen Leistungen aus. Insofern ist auch hier klar, dass das im Haushalt nicht zu erwirtschaften sein wird. Mal sehen, welche Tricks einem dieses Mal einfallen.

Sie haben es mit fadenscheinigen Argumenten bis heute noch nicht einmal geschafft, das Niedersächsische Pflegeversicherungsgesetz im Haushalt abzubilden, weil Sie dort nämlich 110 Millionen Euro mehr für die Kommunen einsetzen müssten, und diese 110 Millionen haben Sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt schlichtweg nicht.

Das, was Sie an Kürzungen im Haushalt vorsehen, betrifft einseitig Kranke, Menschen mit Behinderungen und deren Familien sowie Frauen, Familien, Kinder und Jugendliche.

(Beifall bei der SPD)

Ich fange einmal mit den Behinderten an: Auch die neue Landesregierung sieht es als ein wesentliches Ziel ihrer Politik an, mitzuhelfen, dass Menschen mit Behinderungen ihr Recht auf ein selbstbestimmtes Leben verwirklichen können. - So Frau von der Leyen am 30. April vor dem Sozialausschuss. Tatsächlich haben Sie im Bereich der Behindertenhilfe auch wirklich Außergewöhnliches auf den Weg gebracht: 20 % Kürzung bei den Blinden, komplette Streichung der Zuschüsse für die Betreuung von seelisch Behinderten in Nachsorgeeinrichtungen für Drogenabhängige, komplette Streichung der Zuschüsse an die Träger von Heilerziehungspflegeschulen und Heilerziehungshilfeschulen, Nullrunde für alle Behinderteneinrichtungen - minus 14 Millionen Euro - und Stillstand bei der Umsetzung eines Gesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen.

Trotz des einstimmigen Beschlusses des Landtags vom Mai dieses Jahres ist es noch nicht einmal

möglich gewesen, entsprechend dem Bundesgesetz Modelle für das persönliche Budget auf den Weg zu bringen. Nun soll es am 1. Januar 2004 endlich so weit sein, mit drei Modellen. Ich hoffe, wenigstens das gelingt und dass Sie dabei die seelisch Behinderten nicht vergessen.

Das ist für die 37 000 Behinderten in Niedersachsen in der Tat ein sehr eigenwilliger Beitrag der Landesregierung zur Behindertenhilfe, und das ausgerechnet im Europäischen Jahr der Behinderten. Meine Damen und Herren, diese Politik stärkt Behinderte nicht, sondern mit dieser Politik werden Behinderte verstärkt diskriminiert.

(Beifall bei der SPD)

Anders, als es die Sozialministerin immer behauptet, bedeutet die Nullrunde natürlich eine Kürzung um 14 Millionen Euro. Allein durch den Tarifabschluss für zwei Jahre sind alle Einrichtungen in der Pflicht, auch für das Jahr 2004 die vereinbarten Gehaltssteigerungen auszuführen. Das führt zum Abbau von landesweit 230 Vollzeitstellen, zur Flucht aus Tarifverträgen und zu verschlechterten Stellenplänen insbesondere zulasten von Mehrfachbehinderten. Es bleibt keine Zeit mehr für eine intensive Betreuung.

Ich nenne einmal ein konkretes Beispiel für das, was wir aus den Einrichtungen gehört haben. Konkret heißt es: Anstatt einem behinderten Kind beizubringen, wie es selber essen kann, wird es aus Zeitmangel gefüttert und hat keine Chance, selbständiges Essen und entsprechendes Verhalten zu lernen. Das heißt, es bleibt ein Leben lang, für immer, auf das Füttern angewiesen.

(Bernd Althusmann [CDU]: Tiere werden gefüttert! Menschen wird das Essen gereicht, Herr Schwarz!)

- Herr Althusmann, ich finde das überhaupt nicht witzig und lächerlich. Sie können sich solche Bemerkungen wirklich sparen.

(Beifall bei der SPD)

Mit partnerschaftlicher Zusammenarbeit hat dies jedenfalls nichts zu tun. Die Träger haben keine Übergangsmöglichkeit. Mit ihnen wird auch nicht diskutiert, sondern es wird ihnen mitgeteilt, was zukünftig passiert, und ihre Zustimmung im blinden Gehorsam wird erwartet.

(Bernd Althusmann [CDU]: Wissen Sie, was ich gesagt habe? Ich habe

gesagt: Tiere werden gefüttert, und Menschen wird Essen gereicht! Menschen werden nicht gefüttert! Sie müssen auch mal hinhören, was ich gesagt habe!)

- Ich habe Ihnen gesagt, was Pflegerinnen und Pfleger dazu sagen. Wenn Sie das in meinem Referat nicht unterscheiden können, dann ist das Ihr Aufnahmeproblem, nicht meines, Herr Althusmann.

(Beifall bei der SPD)

In der Regierungserklärung hatte der Ministerpräsident versprochen: Wir wollen mit allen ein ehrliches und offenes Wort sprechen. Wir müssen vor allem den sozialen Einrichtungen Planungssicherheiten geben, damit sie wissen, woran sie sind, und sie ihre Arbeit auf einer klaren Grundlage fortführen können. - Meine Damen und Herren, die Realität sieht anders aus: Sie machen ohne große Vorankündigungen die Einrichtungen schlichtweg platt.

Genau so schlimm ist, was in der Heilerziehungspflege passiert. Ohne jede Übergangsfrist werden alle Zuschüsse zum 1. Januar 2004 gestrichen.

(Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Sie haben doch den Vertrag befristet!)

- Es sind viele Verträge befristet worden, um zu überprüfen, wie sich der Bedarf entwickelt hat, Frau Kollegin. Wie sich der Bedarf in der Heilerziehungspflege entwickelt hat, wissen Sie: Er liegt bei knapp 1 700 Schülerinnen und Schülern, und Sie fahren es auf 700 herunter.

(Beifall bei der SPD - Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Das ist ja gar nicht wahr!)

Zwei Drittel dieser Kräfte werden in den freigemeinnützigen Schulen unterrichtet, d. h. fast 1 256 Schülerinnen und Schüler müssen ab 1. Januar nächsten Jahres Schulgeld bezahlen. Die anderen 700 Schüler an öffentlichen Schulen - und das sind nur acht Schulen - bleiben kostenfrei. Die öffentlichen Schulen sind ohne Frage nicht in der Lage, den sich dann auftuenden Bedarf abzudecken. Wie sagte doch der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung? - Wir wollen dazu beitragen, dass der Pflegeberuf wieder mehr Anerkennung findet. Die dort tätigen Menschen leisten einen großartigen Beitrag für unsere Gesellschaft. - Damit hat er eindeutig Recht. Tatsächlich aber

treten Sie mit Ihrer Politik die Pflegeberufe mit den Füßen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Sie belasten die Eltern der Schülerinnen und Schüler zusätzlich mit der Finanzierung der Erstausbildung, und Sie belasten darüber hinaus insbesondere Familien mit behinderten Kindern. Ich finde, das ist eine tolle Familienpolitik. Ich finde, das ist für eine christliche Partei in Sachen Behindertenpolitik wirklich beschämend.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe zu Anfang der Legislaturperiode eine partnerschaftliche Sozialpolitik zugesagt. Vor allem die Kommunen und die Wohlfahrtsorganisationen sind herausragende Partner des Landes. - So die Sozialministerin am 25. Juni dieses Jahres vor dem Landtag. Beide Versprechen haben mit der Realität in der Praxis nichts zu tun. Bei den kommunalen Spitzenverbänden schreiben Sie die wesentlichen Gesetze ab wie die Regelungen zur Pflegeversicherung und zu Frauenbeauftragten, die Wohlfahrtsverbände hingegen haben Sie offensichtlich als neues Feindbild entdeckt.

(Widerspruch bei der CDU - Ilse Hansen [CDU]: Was soll denn das?)

- Sie brauchen nur einmal die ganzen Stellungnahmen der Wohlfahrtsverbände zu lesen. Wahrscheinlich lesen Sie sie nicht, weil Sie die Wahrheit nicht wahrhaben wollen, meine Damen und Herren.

Kurzerhand werden ohne jede Vorwarnung für die Wohlfahrtsverbände die Gesetze geändert und ihnen so knapp 1,8 Millionen Euro gestrichen. Der FDP-Vorsitzende Rösler - leider interessiert er sich nicht für Sozialpolitik - war sogar der Meinung, man könne noch weiter streichen. Meine Damen und Herren, die Verbände der Wohlfahrtspflege bieten in mehr als 6 000 Einrichtungen rund 205 000 Menschen in Niedersachsen einen Arbeitsplatz. Damit sind die Wohlfahrtsverbände nach VW der zweitgrößte Arbeitgeber dieses Landes. Hinzu kommen mehr als 20 000 Personen, die in den Werkstätten für Menschen mit Behinderten eine Beschäftigung haben. Die Wohlfahrtsverbände bieten ihnen ihre Arbeit, und sie binden in die Arbeit unzählige Ehrenamtliche ein und nehmen darüber hinaus originäre Staatsaufgaben wahr.

Die Wohlfahrtsverbände stellen fest - das, was Sie mit Ihrem Zwischenruf gesagt haben, war nicht wahr -: Es sei relativ witzlos, sich mit der Sozialministerin oder ihrem Staatssekretär an einen Tisch zu setzen. Unter dem Diktat der Finanzpolitiker seien die Sozialpolitiker nicht mehr handlungsfähig. - So zu lesen in der HAZ vom 5. November, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, bei aller Sachlichkeit,

(Lachen bei der CDU)

die Wohlfahrtsverbände eignen sich nicht für diese ideologischen Spielchen der Regierung und der Regierungsfaktionen. Sie sollten mit partnerschaftlicher Sozialpolitik endlich wirklich beginnen und nicht nur darüber theoretisch reden.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden spezielle Förderprogramme initiieren, um Frauen mit Kindern bei der beruflichen Qualifizierung und beim Wiedereinstieg in den Beruf zu helfen. - So zu lesen im CDU-Regierungsprogramm zur Landtagswahl. Im 100-Tage-Programm der Ministerin war darüber hinaus die Entwicklung neuer Konzepte, haushaltsnahe Dienstleistungen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Vereinbarkeit von Eltern und Beruf angekündigt. Nach über 250 Tagen liegt nichts dazu vor. Die einzigen Leistungen, die bisher erreicht worden sind, bestehen darin, dass die Haushaltsmittel für das Gewaltschutzgesetz und für Frauenschutzwohnungen und Toto/Lotto-Mittel für frauenbezogene Maßnahmen deutlich reduziert und die Ausgaben für Ehe- und Familienberatungsstellen von 256 000 Euro auf null gesetzt wurden. Der Ministerpräsident hatte dazu am 8. April in der Zeitschrift *Synode direkt* festgestellt, „dass Familienberatungsstellen nicht in Frage gestellt werden. Dafür müssen wir aber den anderen mehr abverlangen“. Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die Aussagen Ihres Ministerpräsidenten stören anscheinend weder die Sozialministerin noch die sie tragenden Fraktionen. Derselbe Ministerpräsident hatte übrigens in seiner Regierungserklärung erklärt: Wir werden gemeinsam mit den Gleichstellungsbeauftragten im Land und dem Landesfrauenrat nach Wegen suchen, die Gleichstellung gerade im öffentlichen Dienst voranzubringen. - Meine Damen und Herren, ich finde, da sind Sie auf dem besten Wege, nur in die völlig entgegengesetzte Richtung.

(Beifall bei der SPD)

Die im 100-Tage-Programm angekündigten Eckpunkte für eine Novelle des NGG bis Ende Mai 2003 liegen bis heute noch nicht vor. Ich gehe allerdings trotzdem davon aus, dass Sie 2003 meinten. Die kommunale Verpflichtung zur Bestellung von Frauenbeauftragten soll es ganz im Sinne des Städte- und Gemeindebundes in Zukunft nicht mehr geben. Hatte sich die Frauenministerin noch Mitte September klar für die Erhaltung der Frauenbeauftragten ausgesprochen, so waren ihre Aussagen im September-Plenum bereits sehr verräterisch. So erklärte die Ministerin im Landtag, der Zwang zur Bestellung von Frauenbeauftragten habe ein gutes Argument geliefert, warum die Gleichstellungsdebatte nicht gewollt sei. - Dahinter steht meiner Ansicht nach ein weltfremdes, konservatives Weltbild, dass Gleichberechtigung angeblich ganz von selbst eintritt. Ich finde, dass man das bei der Vergabe von Aufgaben in den Fraktionen bzw. am Kabinetttisch hat eindrucksvoll deutlich nachvollziehen können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Übrigens: Ihre Begründung mit dem Konnexitätsprinzip sollten Sie wirklich aufgeben. Der Staatsgerichtshof hat in seinem Urteil festgestellt, dass das Unsinn ist, denn es handelt sich bei der Gleichberechtigung um eine Aufgabe des eigenen Wirkungskreises. Die kommunalen Frauenbeauftragten in Niedersachsen müssen mit dem Schlimmsten rechnen, zumal die Frauenpolitik im Landeskabinett zwischenzeitlich ohnehin vom Innenminister und vom Kultusminister betrieben wird. Die Frauenministerin spielt dabei jedenfalls bisher keine ernst zu nehmende Rolle.

(Beifall bei der SPD)

Die Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement in der Jugendarbeit werden wir verbessern. Ehrenamtliche Kräfte erhalten eine qualifizierte Fortbildung und Beratung. Ihre Mitsprachemöglichkeiten werden wir verbessern, und die Bildungsarbeit der Jugendverbände werden wir verstärkt fördern. - So steht es im CDU-Wahlprogramm zur Landtagswahl. Tatsächlich kürzt die Landesregierung in der Jugendverbandsarbeit. Das Impulsprogramm zur Umsetzung des Kinder- und Jugendplans wird komplett gestrichen mit dem Ergebnis, dass der Landesjugendring sich Anfang September in einem offenen Brief gegen die Behauptung der Landesregierung verwahrt, die Kür-

zung im Jugendbereich den Jugendverbänden durch die Landesregierung in die Schuhe schieben zu wollen. Wörtlich heißt es:

„Ministerium und Politik haben in den letzten Monaten eine massive Drohkulisse aufgebaut und die Förderung der Jugendarbeit erheblich und relativ grundsätzlich in Frage gestellt. Die Rede war von Kürzungen in einer Größenordnung von 3 Millionen Euro, von Eingriffen in die gesetzlichen Leistungen des Jugendfördergesetzes und von der Einstellung einzelner Förderprogramme. Die Jugendverbände sind mit Recht über den Verrat ihrer Interessen empört und fühlen sich verschaukelt.“

(Beifall bei der SPD - Thorsten Thümler [CDU]: Völlig falsch!)

- Das steht in dem Brief der Jugendverbände, Herr Kollege. Sie sollten ab und zu Ihre Post lesen.

„Die Verantwortung für beabsichtigte Kürzungen im Bereich der Jugend- und Jugendverbandsarbeit liegt ausschließlich bei der Landesregierung. Jeder Versuch der Politik, einen anderen Eindruck zu erwecken, muss ausdrücklich von uns zurückgewiesen werden.“

Ich finde, meine Damen und Herren, deutlicher können Sie das von den Verbänden der Jugendpolitik nicht ins Stammbuch geschrieben bekommen.

Gerade aus der ursprünglich zusätzlich von Ihnen zugesagten Förderung der Bildungsarbeit ist in der Praxis innerhalb eines Dreivierteljahres eine komplette Halbierung geworden. Meine Damen und Herren, ich gestehe aber zu, dass man zum gegenwärtigen Zeitpunkt von Versagen in der Jugendpolitik noch nicht reden kann, weil die Ministerin als Jugendministerin überhaupt nicht in Erscheinung tritt.

Für die Bereiche der Psychiatrie und des Maßregelvollzuges hatten Sie im Sozialausschuss neue Konzepte versprochen, die bis heute komplett nicht vorgelegt worden sind. Es ist noch nicht einmal möglich, der Bitte des Sozialausschusses von vor drei Monaten, einstimmig von allen Fraktionen geäußert, nachzukommen und uns endlich das

Konzept für die Jugendpsychiatrie herüberzureichen. Wie gehen Sie eigentlich mit diesem Parlament und mit Ihrem Fachausschuss um, Frau Ministerin?

(Beifall bei der SPD - Thorsten Thümler [CDU]: Sehr kooperativ!)

- Es kann ja sein, dass sie mit Ihnen kooperativ umgeht.

(Thorsten Thümler [CDU]: Mit Ihnen auch!)

Aber hier gibt es ein gesamtes Parlament. Man kann nicht monatelang etwas ankündigen, was wiederholt von uns angemahnt wird und einfach nicht herübergereicht wird. Das ist ein irrer Umgang. Den hat es mit dem Parlament noch nicht gegeben, mindestens nicht mit dem Sozialausschuss.

(Brunhilde Rühl [CDU]: Warten Sie erst einmal ab!)

Mit den Aids-Hilfen im Land haben Sie in den letzten Wochen ein besonders böses Spiel getrieben. Landesweit gibt es 34 Stellen, davon in der Landesgeschäftsstelle 2,5 Mitarbeiter, und die anderen sind auf 16 Beratungsstellen über das Land verteilt. Auf einen Hauptamtlichen kommen zehn Ehrenamtliche. Hier wird alles so gemacht, was die Landesregierung gerne hätte. Bei den Aids-Hilfen gibt es viel Ehrenamt, viele Spenden und wenig Verwaltungsaufwand. Trotzdem sollten die Mittel zunächst um 200 000 Euro abgesenkt werden. Das hätte die Schließung der Landesgeschäftsstelle und mindestens drei weiterer Beratungsstellen zur Folge gehabt. Im Rahmen der Haushaltsberatungen wurde die Kürzung dann auf 100 000 Euro im Verhältnis zum ordentlichen Haushalt 2003 zurückgenommen, gleichzeitig wurden aber völlig überraschend die Mittel für die Schwulenarbeit um 50 000 Euro halbiert.

Im Bereich der Schwulenarbeit werden damit die ländlichen Projekte der Aids-Prävention komplett zerstört. Das bedeutet, Sie haben unter dem Strich im Aids-Etat zusammen mit dem Schwulen-Etat doch 150 000 Euro gekürzt. Wenn man weiß, dass eine Neuerkrankung als Vollbild eines Aids-Erkrankten zwischen 100 000 Euro bis 300 000 Euro im Jahr kostet, dann kann man ermessen, welchen gewaltigen Schaden Sie mit dieser insgesamt kleinen Kürzung tatsächlich anrichten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich kann mich gut daran erinnern, dass Sie, Frau von der Leyen, im Wahlkampf auf die Frage, wie Sie bestimmte Umschichtungen in Ihrem Haus finanzieren wollen, immer geantwortet haben: Na, hören Sie mal, das macht doch nur 0,5 oder 0,10 Promille aus. Das wird doch zu machen sein! - Die Kürzung im Schwulen- und Aids-Etat macht 0,05 Promille aus. Insofern stellt sich die Frage: Was ist eigentlich der Hintergrund für dieses Exempel? Geht es Ihnen ideologisch darum, ungeliebte Randgruppen der Gesellschaft zu treffen oder allen Bekundungen zum Trotz doch eindrucksvoll Strukturen zu zerstören, oder - was ich am ehesten für Sie hoffe - haben Sie schlichtweg keine Übersicht mehr über Ihren Haushalt und über das Zahlenwirrwarr, das Sie zwischenzeitlich angerichtet haben?

(Na, na! bei der CDU)

Immerhin hat Ihr Ministerpräsident auch in der Synode direkt festgestellt, dass die Einrichtungen, namentlich der Aids-Beratung, nicht in Frage gestellt werden dürfen. Auch hier haben wir es mit einem klaren Wortbruch gegenüber Ihren Wahlversprechen zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Sozialpolitik Ihrer bisherigen Regierungszeit besteht im Wesentlichen aus drei Punkten: erstens aus dem Austauschen von Schildern an Altenheimen, Kindertagesstätten und Mütterzentren, um sie in „Mehrgenerationenhäuser“ umzubenennen - ungeachtet der Tatsache, dass dieser Begriff schon länger bestand und tatsächlich das Wohnen von mehreren Generationen unter einem Dach meinte, kann man die Mehrgenerationenhäuser, wie Sie sie jetzt propagieren, in jeder gut funktionierenden Kirchengemeinde finden -, zweitens aus für die Betroffenen und Träger unberechenbaren, planlosen Haushaltskürzungen und drittens überwiegend aus einer Selbstdarstellung der Ministerin in Talkshows und unzähligen Home-Stories in der Regenbogenpresse.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde das ein bisschen wenig für eine ernsthafte Sozialpolitik. Die passende Antwort auf Ihre Sozialpolitik finden Sie in der Dreigroschenoper

von Berthold Brecht: „Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral.“

(Starker Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Frau Kollegin Mundlos, Sie haben das Wort.

Heidemarie Mundlos (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich mich sachlich mit dem Haushalt auseinander setze, möchte ich gerne drei kurze Vorbemerkungen machen, die auf den Vorredner Bezug nehmen.

Erstens. Sachlichkeit wurde angemahnt. Das, was hier vorgetragen wurde, hat der ehemalige Abgeordnete Mühe einmal mit „Jammer-Rhetorik“ bezeichnet. Von Sachlichkeit war hier nicht viel zu spüren.

(Beifall bei der CDU - Dr. Brigitte Trauernicht-Jordan [SPD]: Alles Fakten!)

Zweitens. Ein anderer ehemaliger Abgeordneter der SPD hat einmal gesagt: Der gute Wille ist eine unendliche Größe. Ich wünschte, sie wäre haushaltsrechtlich verwertbar. - Herr Schwarz, das war Otto Bennemann. Vielleicht sollten Sie einmal nachlesen, was der eine oder andere Ihrer Vorgänger gesagt hat. Sie jedenfalls sind von dieser Erkenntnis weit entfernt. Bei Ihnen kann ich stellenweise noch nicht einmal den guten Willen spüren.

(Beifall bei der CDU)

Drittens. Um hier auch allen Kollegen deutlich zu machen, wie gespalten Ihre Argumentation zum Teil ist, möchte ich eines noch einmal erwähnen: Erst beklagt Herr Schwarz im Ausschuss, dass in der Presse Informationen - woher sie auch immer gekommen sein mögen - über die Entwicklung der Krankenhauslandschaft in Niedersachsen waren. Dann bittet er die CDU-Fraktion, die Ausschusssitzung vor Weihnachten abzusagen. Dieser Bitte haben wir aus gutem Brauch entsprochen.

(Marie-Luise Hemme [SPD]: Das war ein einvernehmlicher Beschluss!)

Anschließend fordert er mit einer Presseerklärung eine Sondersitzung, um über die Entwicklung in-

formiert zu werden. Wenn wir dann versuchen, schnell zu reagieren, und Terminangebote machen, dann möchte er das am Freitag in der Mittagspause mal eben kurz abgehandelt sehen. Das ist unsachlicher Aktionismus, und das machen wir in dieser Form nicht mit, Herr Schwarz.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich stelle fest, dass der Sozialhaushalt mit einem Anteil von über 11 % am Gesamthaushalt der zweitgrößte Haushalt nach dem Kultushaushalt ist, der nur deshalb größer ist, weil er mit 81 000 Lehrern sehr personalintensiv ist. 2,5 Milliarden Euro stehen 156 Millionen Euro Minderausgaben gegenüber. Zugegeben, jeder Euro weniger für wirklich Bedürftige schmerzt. Vorhandenes Geld muss aber effizient mit größtmöglichem Wirkungsgrad zum Wohle der Menschen eingesetzt werden. Wer gestalten will, muss auch den Mut aufbringen, bisherige Projekte zu hinterfragen. Dieser Mut scheint Ihnen ja zu fehlen, Herr Schwarz. Diese Projekte auf Effizienz zu überprüfen und gegebenenfalls durch neue, bessere Maßnahmen zu ersetzen, nenne ich politische Verantwortung und Verpflichtung wahrzunehmen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deshalb begrüßen wir ausdrücklich, dass Kleinstförderungen nach dem Gießkannenprinzip aus der niedersächsischen Förderlandschaft verschwinden werden. Schluss mit so unsinnigen Projekten wie „Wind! Deich! Kühe! Und ich????“ oder der Mini-Zeitung *Kulturette*, die sich mit Frauen, Musik und anderen Dingen befasst.

(Walter Meinhold [SPD]: Unglaublich!)

Angesichts der enger gewordenen finanziellen Spielräume, was das Ergebnis Ihrer Politik ist, können wir uns manches eben nicht mehr leisten. Trotzdem kann sich der Sozialhaushalt mit seinen Akzenten wirklich sehen lassen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Aufgrund der Kürze der Zeit möchte ich nur einige Punkte hervorheben:

Als einziges Bundesland hat Niedersachsen die Investitionsmittel für Krankenhäuser erhöht - als einziges Bundesland! - und wird in dieser Legislaturperiode insgesamt 500 Millionen Euro für Baumaßnahmen bereitstellen. Das ist eine enorme Kraftanstrengung.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben versprochen, den Krankenhäusern in der Phase des Umbruchs zur Seite zu stehen und die Pauschalförderung für Ausrüstungsgüter trotz sinkender Bettenkapazitäten nicht abzusenken, jedenfalls bis 2006. Genau damit beginnen wir im vorliegenden Haushalt.

Wenn Sie hier auf das Pflegegesetz verweisen, Herr Schwarz, dann müssten Sie, wenn Sie Sachlichkeit anmahnen, eigentlich auch ganz klar zugeben, dass hier die Förderung der Pflegedienste wieder auf der Basis von 2002 erfolgt.

(Uwe Schwarz [SPD]: 2 Millionen Euro fehlen da!)

Damit setzen wir Akzente für die Menschen, die besondere Hilfe benötigen.

Ein weiterer Punkt, der noch eine Menge Farblichter auf Niedersachsen bezogen zeigen wird, sind die Mehrgenerationenhäuser, die wir flächendeckend installieren wollen. Es gibt bereits eine ganze Reihe von Projekten mit Vorbildfunktion. Das richtet sich an die Familien, an Jung und Alt gleichermaßen, die davon profitieren werden.

Die Stärkung des Ehrenamtes, die Sie absolut nicht wahrhaben wollen, liegt uns ganz besonders am Herzen. So möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass 2 Millionen ehrenamtlich engagierte Menschen jetzt durch eine kostenfreie Haftpflicht- und Unfallversicherung sicherer arbeiten können. Wer das auf den Weg gebracht hat, Frau Trauernicht, wissen wir sehr wohl. Man braucht ja nur in die Entschließungsanträge zu schauen, die das mit vorangebracht haben. Dann wissen wir, dass das von der CDU-Fraktion kommt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Auch bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit hat diese Landesregierung entscheidende Akzente gesetzt. Darauf wird unser jugendpolitischer Sprecher gleich noch eingehen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Ich möchte an dieser Stelle nur die Caritas für den Aktionstag zur Jugendarbeitslosigkeit loben. Viele Abgeordnete waren dort eingebunden. Auch das, Herr Schwarz, ist ein gutes Beispiel für die Fähigkeit zum Dialog zwischen Verbänden und Politik.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die CDU-Landtagsfraktion hat sich intensiv mit dem Sozialhaushalt befasst und jede einzelne Kürzung, die vorgeschlagen war, in Augenschein genommen. Wir haben uns das nicht leicht gemacht und haben die Weiterfinanzierung zum Teil kritisch hinterfragt. Wir haben Aufstockungen vorgenommen, die den Menschen zugute kommen können. Aber wir stehen auch zu den Kürzungsvorschlägen.

Wir stehen zu so unbequemen Maßnahmen wie der Reduzierung des Landesblindengeldes. Ich frage Sie, Herr Schwarz, weil Sie das hier kritisieren: Wo ist denn Ihr Antrag? - Ich kann einen Antrag von Ihnen in dieser Form nicht sehen.

(Dr. Brigitte Trauernicht-Jordan [SPD]: Der Antrag ist da! Gucken Sie doch hinein! Sie brauchen das nur zu lesen! - Uwe Schwarz [SPD]: Das ist doch eine Entscheidung der Neuzeit! Das kann doch nicht in Ihrer Zeit gewesen sein!)

- Herr Schwarz, nehmen Sie doch einmal zur Kenntnis, dass mit dem neuen Ansatz mehr geleistet wird, als es in vielen anderen, zum Teil sehr reichen Bundesländern wie Baden-Württemberg der Fall ist. Es war auch die Akzeptanz beim Landesblindenvorband gegeben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben dann beschlossen, dass wir andere Bereiche besonders hervorheben und Akzente setzen wollen. So wird z. B. die ambulante sozialpädagogische Betreuung jugendlicher Straftäter weiterhin mit 1,8 Millionen Euro gefördert. Wir stellen für die Suchtberatung in den Justizvollzugsanstalten weiterhin 716 000 Euro ein, weil uns dieser Bereich sehr wichtig ist.

Außerdem möchte ich hervorheben - wir haben gestern auch über die demografische Entwicklung gesprochen -: Wir werden mit der Förderung von gerontopsychiatrischen Zentren beginnen und im nächsten Haushalt dafür 300 000 Euro einsetzen. Damit sollen z. B. die Caritas in Hannover und Ambett in Braunschweig ihre gute Arbeit, die sie leisten, und die Erfahrungen, über die sie verfügen, weiterhin einbringen können. Auch andere sollen davon profitieren.

Die Beratung von Dementen und Angehörigen in diesen Zentren vermeidet Kosten. Deshalb freue ich mich, dass die Landesregierung ein Versor-

gungsnetz mit niedrigschwelligen Einrichtungen aufbaut und dafür weitere 1 Million Euro vorgesehen hat.

Stichwort Betreuungsvereine: Dafür sind 260 000 Euro eingeplant, weil es sehr wichtig ist, dass die ehrenamtlichen Betreuer begleitet und geschult werden.

Bei der Schuldnerberatung stellen wir fest, dass der Bedarf an Beratung zunimmt. Denn durch die unsägliche Wirtschafts- und Finanzpolitik der rot-grünen Bundesregierung werden leider auch hier in Niedersachsen immer mehr junge Menschen in die Schuldenfalle getrieben. Deshalb ist auch für diesen Bereich eine Erhöhung des Ansatzes vorgesehen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch auf Folgendes hinweisen:

(Uwe Harden [SPD]: „Abschließend“ war gut!)

Alle Einsparmaßnahmen wurden im Rahmen einer partnerschaftlichen Sozialpolitik und im ständigen intensiven Dialog mit den betroffenen Einrichtungen und Verbänden ausgehandelt und beschlossen. Zugegebenermaßen war das nicht immer ganz leicht. Man muss bei einem Dialog auch nicht immer einer Meinung sein. Am Ende zählt das Ergebnis, und die Ergebnisse können sich, glaube ich, durchaus sehen lassen.

Eine Anmerkung zur freien Wohlfahrtspflege: Sie ist der größte niedersächsische Arbeitgeber im Sozialbereich. Damit ist nicht nur die Verpflichtung verbunden, für Einzelpersonen Verantwortung zu übernehmen, sondern man muss stets auch das Ganze im Blick haben.

Wenn jetzt der neue Vertrag des Landes mit der Landesarbeitsgemeinschaft geschlossen wird, so ist dies in meinen Augen sehr zu begrüßen. Das weist auf die gute Verständigung zwischen den Dialogpartnern hin.

(Uwe Harden [SPD]: Sie können das Papier dafür sparen!)

Damit wird die freie Wohlfahrtspflege ihrem selbst gesteckten Ziel, eine Vermittlerrolle zwischen Staat und Bürgern einzunehmen, besser gerecht als andere, die sich nur platt ohne eigene Konzepte gegen den Sozialabbau wenden. Bloßer Widerstand ist zu oberflächlich und zum Scheitern verurteilt.

Meine Damen und Herren, wir haben den Sozialhaushalt mit großer Sorgfalt auf Herz und Nieren geprüft und sind, wie ich meine, zu Ergebnissen gelangt, die nicht nur brauchbar, sondern auch vertretbar vor den Betroffenen und vor allen Dingen vor der nachwachsenden Generation sind.
- Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Frau Kollegin Helmhold, Sie haben das Wort.

Ursula Helmhold (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die neue Sozialministerin ist noch keine zehn Monate im Amt, da treffen sich die Spitzen der freien Wohlfahrtsverbände zu einem Krisengipfel, da bildet sich ein Bündnis gegen Sozialabbau, und im ganzen Land stehen verunsicherte Träger sozialer Arbeit vor einer äußerst ungewissen Zukunft.

(Bernd Althusmann [CDU]: Alles wird wieder gut!)

Zwar versprach die Ministerin den Trägern Planungssicherheit, Partnerschaft und verbindliche Absprachen. Tatsächlich aber ging statt des Wärmestroms der Partnerschaft ein Hagelschauer von Kürzungsankündigungen über das Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aids-Hilfen, Drogenberatung, Schulen für Heilerziehungspflege, BISS-Stellen, die sozialpädagogische Betreuung jugendlicher Straftäter, Schuldnerberatung, externe Drogenberatungen in Haftanstalten, Betreuungsvereine, Frauenprojekte - die angekündigten Kürzungen lagen in einer Größenordnung, die die vorhandenen Strukturen nachhaltig geschwächt, wenn nicht sogar zerschlagen hätte. Mit den Partnern war überhaupt nichts abgesprochen, und die Partner protestierten dann auch entsprechend.

Zwar wurde inzwischen einiges davon zurückgenommen, aber der Schaden, der allein durch diese Kahlschlagsankündigung angerichtet wurde, ist kaum wieder gutzumachen. Die soziale Landschaft hat sehr viel Vertrauen in Sie, Frau Ministerin von der Leyen, verloren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Behinderten im Lande werden mit einer Nullrunde belastet. Die Einrichtungen können darauf nur mit Einsparungen beim Personal reagieren. Herr Schwarz hat im Detail dargestellt, was das bedeutet.

(Zuruf von der FDP: Unser Schwarz sieht das anders!)

Es werden 230 Vollzeitstellen abgebaut werden müssen. Damit bleibt keine Zeit mehr für die fachlich unabdingbar erforderliche Hilfe zur Selbsthilfe, die auch Sie zumindest auf dem Papier unterstützen. An Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wagen viele Behinderte schon nicht mehr zu denken. Die Betroffenen empfinden das nicht als Partnerschaft, sondern als Ausgrenzung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Übrigens tragen die sich ständig verschlechternden Arbeitsbedingungen nicht nur in den Behinderteneinrichtungen, sondern auch in den Einrichtungen der Altenhilfe massiv zur dramatischen Berufsflucht aus diesen Berufen bei.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von den GRÜNEN: Das ist der Wärmestrom!)

Um dieser Entwicklung zu begegnen, hilft es nicht, eine Imagekampagne für die Pflege anzukündigen, wie Sie das gemacht haben. Nötig wäre vielmehr, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, statt zu deren Verschlechterung beizutragen, wie Sie das in der Behindertenhilfe tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Welche Art von Partnerschaft bieten Sie den älteren Menschen in Niedersachsen an? - Mit dem geänderten Pflegegesetz drängen Sie erst einmal rund 8 000 alte Menschen in die Sozialhilfe. Mit der Abschaffung der Investitionskostenförderung behindern Sie Investitionen in den Neubau und die Renovierung bestehender Einrichtungen. Das gefährdet die Versorgung pflegebedürftiger alter Menschen in Niedersachsen in der Zukunft drastisch.

(Beifall bei den GRÜNEN - Angelika Jahns [CDU]: Das ist doch Blödsinn!)

Sie ebnen den Weg in eine Zweiklassengesellschaft in den Pflegeheimen, in der Sozialhilfempfangern und -empfängerinnen eine men-

schonwürdige Unterbringung aus Kostengründen verwehrt werden wird.

(Angelika Jahns [CDU]: Das ist doch überhaupt nicht wahr! - Gegenruf von Rebecca Harms [GRÜNE]: Sie wissen wohl nicht, was Sie streichen? Sie stimmen auch noch zu! Schämen Sie sich! Jetzt auch noch zu rufen „Das ist nicht wahr!“?)

- Natürlich ist das so. Der Landkreistag hat das in seinen Handreichungen genau dargelegt, wie die Verhandlungen künftig aussehen werden. Sie haben wahrscheinlich nicht gewusst, worüber Sie gestern abgestimmt haben. Ich habe versucht, Ihnen das vorher noch zu erklären.

Wir befürchten weiter, dass mit der von Ihnen eingeleiteten Kommunalisierung der Pflege alter Menschen eine ähnliche Entwicklung eintreten wird wie bei der ambulanten Versorgung psychiatrisch Erkrankter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Bedeutung, die den Sozialpsychiatrischen Diensten in den Landkreisen beigemessen wird, ist höchst unterschiedlich und führt zu eklatanten Unterversorgungen der Erkrankten in einigen Regionen. Wir müssen ohnehin beklagen, dass die Enthospitalisierung psychisch Kranker nur insoweit funktioniert hat, als Krankenhausbetten abgebaut und Liegedauern verkürzt wurden. Allerdings nimmt Niedersachsen bundesweit einen unrühmlichen Spitzenplatz bei den Heimunterbringungen psychisch Kranker ein. Gegenüber dem Bundesdurchschnitt von 4,4 Heimunterbringungen auf 10 000 Einwohner liegt der Wert in Niedersachsen bei 14,4. Das muss man sich wirklich einmal vorstellen! Das soll Enthospitalisierung sein!

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Wegsperren statt betreuen! – Zurufe von der CDU)

Diese Zahl ist viel zu hoch. Sie kann allerdings nur verringert werden, wenn sich die ambulante Versorgung erheblich verbessert. Bislang haben Sie sich im Wesentlichen in Ankündigungen um die Situation der Forensik gekümmert. Es wäre aber auch nötig, z. B. durch den Ausbau von Abteilungspsychiatrien und Institutsambulanzen dem geschilderten Defizit abzuhelpen und die nötige wohnortnahe Versorgung und ambulante Versor-

gung psychisch kranker Menschen endlich zu befördern.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wie sieht die gerühmte Partnerschaft mit den Wohlfahrtsverbänden aus? – Sie haben die nach dem Lotto/Toto-Gesetz auszusüttenden Mittel gedeckelt und darüber hinaus die pauschalen Zuweisungen aus den Konzessionsabgaben um 10 % gekürzt. Das macht 1,8 Milliarden Euro aus. Ich möchte die Sozialministerin ausdrücklich loben, dass sie weitere Zugriffe des Koalitionspartners FDP abgewehrt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihnen geht es letztlich immer nur um die Begünstigung privat-gewerblicher Träger. Dass das jetzt einmal abgewendet ist, heißt nicht, dass das auch für die weiteren Sparrunden in dieser Wahlperiode gilt. Ich möchte deshalb an dieser Stelle warnen: Wer die Axt an die pauschalen Zuschüsse zugunsten der Wohlfahrtsverbände legt, riskiert für die Zukunft die gesamte soziale Infrastruktur dieses Landes.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wer das will, sollte zugleich auch sagen, dass er ein marktradikales Modell der sozialen Arbeit und der sozialen Versorgung befürwortet - mit all den negativen Folgen bezüglich der Standards, der Fachkraftquoten, der Löhne und mit den erheblichen Verschlechterungen zulasten der Bedürftigen in diesem Lande.

Über unserem Land schwebt auch die Drohung - wir haben das eben wieder vernommen -, alle Kleinstförderungen abzuschaffen. Ich kann davor nur eindringlich warnen.

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Nieder mit dem Ehrenamt!)

Gerade in solchen kleinen Projekten wird vor Ort äußerst viel bewegt. Vor allem wird dort sehr viel Ehrenamt gebunden. Sie missachten das Ehrenamt, wenn Sie die eine oder auch nur eine halbe hauptamtliche Stelle wegnehmen, wenn Sie sie nicht mehr finanzieren. Es ist doch nicht sinnvoll, ohne Evaluation, ohne Nachweis, ob ein Projekt sinnvoll ist oder nicht, Mittel nur deshalb zu kürzen, weil dieses Projekt wenig Geld bekommt. Das kann ich beim besten Willen nicht nachvollziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Kleinstförderungen, meine Damen und Herren, betreffen häufig Frauenprojekte. Gerade da werden wir in Zukunft sehr gut aufpassen, wie Sie sich verhalten werden. Angesichts der Haushaltslage müssen wir wohl schon froh sein, dass die Haushaltsansätze im Frauenbereich wenigstens weitgehend gleich geblieben sind. Das war es dann allerdings auch. Auf weitere Ideen und Initiativen im Frauenbereich warten wir vergebens. Diese haben Sie eher in gegenteiliger Richtung entwickelt.

Im Koalitionsvertrag haben Sie noch versprochen, mit den kommunalen Frauenbeauftragten eng zusammenarbeiten zu wollen. Diese enge Zusammenarbeit sieht dann so aus, dass man die Frauenbeauftragten erst einmal abschaffen will, wobei man sich nach eigenen Aussagen noch keine Gedanken über Alternativen gemacht hat. Die Frauen in Niedersachsen müssen sich wirklich erstaunt die Augen reiben, wie das zusammen passen soll.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Offensichtlich hat Frau von der Leyen als Frauenministerin der sie umgebenden Männerriege nicht viel entgegensetzen. Noch im August konnten wir erfreut lesen, eine Abschaffung der kommunalen Frauenbeauftragten komme mit ihr nicht infrage. Im September-Plenum musste sie bereits klein beigeben. So viel zum Thema Partnerschaft zwischen den niedersächsischen Frauen und ihrer Ministerin.

Selbst dort, meine Damen und Herren, wo es eigentlich nur um Symbole geht, sind die Frauen dieser Landesregierung nicht viel wert. Zwar wird öffentlich lamentiert, dass Frauen bei der Vergabe von Orden zu wenig berücksichtigt würden,

(Zuruf von Thorsten Thümler [CDU])

zwar strebt der Ministerpräsident öffentlich eine verstärkte Auszeichnung von Frauen an, tatsächlich jedoch werden die vorgeschlagenen Frauen reihenweise mit Begründungen abgelehnt, die schwer nachvollziehbar sind und für Männer offenbar nicht gelten. Es wird jetzt wirklich Zeit, dass Sie die Vergaberichtlinien endlich so ändern, dass sie den Biographien von Frauen entsprechen und Frauen nicht länger bei der Vergabe benachteiligen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man kann nicht immer nur vom Ehrenamt sprechen, das vor allem von Frauen ausgeübt wird, und ihnen dann Auszeichnungen vorenthalten.

Alle schauen derzeit nach Berlin auf die Verhandlungen im Vermittlungsausschuss. Diese Landesregierung hat zumindest im Zusammenhang mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe nicht gerade zum Ruhme Niedersachsens beigetragen. Wir haben gehört, dass nach der neuesten Version von Herrn Koch die Länder für die Langzeitarbeitslosen zuständig werden sollen. Meine Damen und Herren, dieser Vorschlag ist mindestens genauso unsinnig wie der so genannte niedersächsische Weg, den Sie beschreiten wollen. Sie wollen den Kommunen die Aufgaben übertragen. Das wollen diese aber gar nicht. Das wissen wir inzwischen. Ich weiß wirklich nicht, warum es so unvorstellbar sein soll, dass die Arbeitsämter und damit der Bund Träger des Arbeitslosengeldes II werden sollen, wenn, wie von uns gefordert, die enge Verzahnung zwischen Arbeitsamt und kommunalen Leistungsträgern festgelegt wird. Es darf nicht erneut eine gespaltene Zuständigkeit geben, wie das Herr Koch will. Das ist doch in der Vergangenheit immer schwer beklagt worden. Daraus haben sich Verschiebebahnhöfe und eine nicht mehr zu übersehende Problematik ergeben.

Ich glaube, dass Ihnen die Koalition mit dem Vorschlag, die ostdeutschen Länder und die Stadtstaaten von 2005 bis 2008 jährlich um rund 1 Milliarde Euro zu entlasten, eine gute Grundlage angeboten hat, endlich zu einer Einigung in diesem Bereich zu kommen.

Meine Damen und Herren, es bleibt sehr zu hoffen, dass das Land auf den Weg einer verlässlichen Partnerschaft mit den Trägern sozialer Arbeit zurückkehrt und sich die Situation der Schwächsten in diesem Lande nicht weiter verschlechtert.

Ich möchte schließen mit einem Zitat aus der Ballade von Brecht, die Herr Schwarz schon zitiert hat: Erst muss es möglich sein auch kleinen Leuten, vom großen Brotlaib sich ihr Teil zu schneiden. - Erst dann kann es gut sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Das Wort hat die Kollegin Frau Meißner.

Gesine Meißner (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Keine Generation darf auf Kosten der nächsten leben. Sonst gibt es weder Generationengerechtigkeit noch Nachhaltigkeit.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen keine Politik machen nach dem Motto „Nach uns die Sintflut“. Das ist weder liberal noch sozial.

(Beifall bei der FDP)

Die Freiheit der politisch Verantwortlichen, Geld auszugeben, darf nicht dazu missbraucht werden, dass künftige Generationen gar nichts mehr im Topf haben und in ihrer Gestaltungsfreiheit massiv eingeschränkt werden. Das heißt, es gibt kein „Weiter so“.

Wir Liberalen wollen, dass Niedersachsen auch in Zukunft noch handlungsfähig ist. Darum müssen wir sparen; auch im Sozialhaushalt.

(Beifall bei der FDP – Zustimmung bei der CDU)

Bei der Entscheidung sind für uns vier Punkte als Kriterium wichtig gewesen und werden es auch weiterhin sein.

Erstens. Wir wollen keine Strukturen zerschlagen. Um das zu erreichen und um sicherzugehen, dass das wirklich klappt, haben wir sehr viele Gespräche geführt. Wir haben viel Prügel eingesteckt, viele Anregungen bekommen, teilweise auch noch Korrekturen vorgenommen. Wir haben aber auch viel Verständnis erreicht. Auch das will ich hier einmal sagen. Teilweise wird nämlich der Eindruck erweckt, als wollten die Menschen in Niedersachsen nicht sparen, als seien sie im Sozialbereich vernünftigen Argumenten nicht zugänglich. Das sind sie aber sehr wohl. Die Erfahrung haben wir gemacht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Zweitens. Es gibt vieles, was in der Sozialpolitik wünschenswert ist, was aber nicht lebensnotwendig ist. Wir müssen uns auf das konzentrieren, was notwendig ist und auch wirklich vom Land finanziert werden muss. Das heißt, wir müssen prüfen: Können bestimmte Bereiche privatisiert werden? Nicht immer, aber sehr wohl manchmal, ist das ein Allheilmittel. Wir müssen auch sehen, was ohne

Landesmittel läuft oder was im Moment nicht vorrangig erforderlich ist. Was wir tun müssen, um die „kleinen Leute“ etwas vom Kuchen abhaben zu lassen, wie Sie, Frau Helmhold, gerade gesagt haben, darauf achten wir sehr wohl.

Drittens. Wir müssen bündeln, Synergieeffekte nutzen und die Effizienz steigern – überall dort, wo es geht.

Viertens. Einsparungen können wir auch durch Bürokratieabbau erreichen. Auch da sind wir auf einem richtigen Weg.

Was haben wir erreicht? – Einiges konnten wir im Haushalt erhalten. Als ein Beispiel möchte ich nur die Qualifizierung von Frauen für das Erwerbsleben ansprechen. Das ist sehr wichtig. Wir wollen, dass Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf leben können. Dafür brauchen sie die passenden Qualifizierungsbausteine. Sie müssen die Möglichkeit haben, nach der Familienphase den Anschluss zu finden, und sie müssen spezielle Hilfen bekommen, um wieder in den Arbeitsmarkt eingegliedert zu werden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir konnten in einigen Bereichen auch Einsparungen abwenden oder abmildern. Ich will nur drei nennen. Ein Bereich ist die Aids-Hilfe; das ist schon angesprochen worden. Übrigens, Herr Schwarz, da waren ursprünglich nicht nur Kürzungen in Höhe von 200 000 Euro, sondern sogar in Höhe von 300 000 Euro angedacht. Es ist uns gelungen, die Kürzung auf 100 000 Euro zurückzuführen. Das halte ich für sehr wichtig; denn sowohl die lokalen Aids-Hilfen als auch die landesweiten Vereine, z. B. Phoenix, leisten zusammen mit den vielen Ehrenamtlichen, die auch schon erwähnt worden sind, sehr gute Arbeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das Ergebnis dieser sehr guten Arbeit ist, dass die Zahl der Neuerkrankungen in Niedersachsen rückläufig ist. Da stehen wir sogar besser da als Bayern. Darauf können wir stolz sein. Weltweit steigt die Zahl der Neuerkrankungen. Durch die Zuwanderung, vor allem aus Osteuropa, ist ein rasanter Anstieg bei den Infektionsraten zu verzeichnen. Auch die sexuell übertragbaren Krankheiten Syphilis und Gonorrhöe treten wieder vermehrt auf. Alles das macht deutlich, dass wir hier etwas tun müssen.

Gleichzeitig ist zu beobachten, dass das Schutzverhalten bei Jugendlichen abgenommen hat, dass sie es offensichtlich bagatellisieren, welche Gefahr ihnen dort droht. Deswegen brauchen wir ein gutes flächendeckendes Beratungs- und Hilfsangebot. Ein solches vorzuhalten, ist lebensnotwendig. Das können wir durch die geringer gewordenen Einsparungen auch leisten. Normalerweise wirken sich Einsparungen im ländlichen Raum stärker aus als in den Zentren. Dies können wir nun verhindern und damit die ehrenamtliche Arbeit weiterhin unterstützen.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Zweiter Punkt. Die sozialpädagogische Betreuung jugendlicher Straftäter – das ist schon angesprochen worden - bleibt in vollem Umfang erhalten. Das ist deswegen wichtig, weil sich die Jugendlichen dort über die Tragweite ihrer Tat klar werden, weil sie die Opfersicht kennen lernen und dadurch zur Einsicht kommen können. Es wird das Wertgefüge diskutiert. Daher handelt es sich um eine sehr sinnvolle Arbeit zur Reintegration dieser Jugendlichen in die Gesellschaft, die wir ja alle wollen. Außerdem ist es wichtig, um Prävention in diesem Bereich zu betreiben. Das heißt, wir verhindern damit eventuelle weitere Gewalt durch diese Jugendlichen.

Der dritte Bereich ist die externe Drogen- und Suchtberatung im Strafvollzug. Für ein weiteres Jahr bleibt sie durch die Ausweisung der entsprechenden Mittel im Sozialhaushalt in vollem Umfang erhalten. Das ist auch gut so; denn wenn - was jetzt angestrebt wird - hinterher eine interne Beratung im Justizministerium erfolgen soll, dann bedarf es einer geordneten Übergabe mit einem entsprechenden zeitlichen Vorlauf. Das ist dadurch, dass das noch bis Ende 2004 im Sozialhaushalt verankert ist, gewährleistet. Es muss ja auch die erforderliche Qualifizierung der Menschen vorgenommen werden, die die Arbeit übernehmen sollen. Das kann nur klappen, wenn man für eine vernünftige Übergabe sorgt, zum Wohle der Betroffenen und zur Abwendung volkswirtschaftlichen Schadens, der sonst entstehen könnte.

Drogen- und Suchtberatung im Strafvollzug ist eine von verschiedenen Aufgaben, die in der Trägerschaft der Wohlfahrtsverbände wahrgenommen werden. Daran kann man sehen, dass sie auch nach unserer Auffassung eine wichtige Arbeit leisten.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle einen kurzen Einschub. Ich fand es interessant, dass sich verschiedene Änderungsanträge zum Haushalt, die die Regierungsfraktionen eingebracht haben, auch in dem Papier von Bündnis 90/Die Grünen wiederfinden. Das macht deutlich, dass wir alle wissen - ich glaube, bei der SPD ist es ähnlich -, wo der Schuh am meisten drückt und wo man etwas machen muss. Es gibt also mehr Konsens, als sich hier vielleicht darstellt.

Jetzt noch einmal zu den Trägern der freien Wohlfahrtspflege. Sie sind tatsächlich ein wichtiger Partner für ein flächendeckendes sozialpolitisches Angebot. Das sehen wir genauso. Der Umgang mit ihnen ist und war für uns Liberale in letzter Zeit nicht immer einfach. Aber wir waren immer im Gespräch und haben keinerlei Kontakte gescheut. Wir wollen mutige Politik machen. Zur mutigen Politik gehört auch, dass man sich der Auseinandersetzung stellt. Das haben wir immer getan, und das tut auch die CDU. Das wird auch respektiert. Wenn man mit ihnen redet - das tun wir -, dann stellt man nämlich fest, dass sie Argumenten durchaus zugänglich sind und auch bereit sind, mit darüber nachzudenken, wie man sparen kann.

Zum Toto/Lotto-Vertrag: Die zehnpromtente Kürzung, die diesbezüglich vorgenommen werden musste, ist natürlich schmerzhaft für die freie Wohlfahrtspflege. Aber sie war unumgänglich. Wenn ein neuer Vertrag angestrebt wird, ist es gut, dass wir als Regierungsfraktionen im Sinne von Kontraktmanagement überlegen, was man da künftig hineinnimmt. So könnte man z. B. festlegen, dass ein geringerer Teil der Mittel in die Verwaltung fließt, dass der Prozentsatz dessen, was in Beratungen investiert wird, begrenzt wird, und vor allem, dass das Geld direkter bei den Betroffenen ankommt. Wir wollen auch verbindlich - auch seitens der Politik verpflichtend - über die Inhalte und darüber diskutieren, wohin das Geld geht. Es sollen Schwerpunkte gesetzt werden, was mit den Toto/Lotto-Mitteln gemacht werden soll. Wohlge-merkt, dies soll geschehen, ohne dass die Freiheit zu stark eingeschränkt wird. Wie das in der alltäglichen Praxis umgesetzt wird, können die Wohlfahrtsverbände selbst entscheiden. Das ist auch richtig so; denn sie wissen schließlich auch, was man an sinnvoller Arbeit leisten kann.

Lassen Sie mich nun noch einige weitere Punkte ansprechen. Bei den Kürzungen sind wir auch so vorgegangen, dass mehr Effizienz in den Sozial-

haushalt kommt. Das halte ich für richtig, und das war wichtig.

(Beifall bei der FDP und von Thorsten Thümler [CDU] - Unruhe bei der SPD)

Ein Beispiel dafür - ich weiß, das wird jetzt bei der SPD wahrscheinlich nicht so gern gehört - ist der Dialog Soziales Niedersachsen. Runde Tische sind gut. Wenn wir aber kein Geld haben, dann sollte man nicht reden, sondern handeln. Das wollen wir tun. Darum haben wir hier Einschnitte vorgenommen.

(Beifall bei der FDP)

Mehr Effizienz wollen wir auch durch weniger Bürokratie im Wohnungsbau erreichen. Dass wir diesen Weg gehen wollen, haben wir bereits gezeigt: Die Abschaffung der Zweckentfremdungsverordnung war überfällig und wichtig. Dadurch wird mehr Freiheit für die Umwidmung von Gebäuden geschaffen, wodurch den Existenzgründern und dem Mittelstand mehr Handlungsmöglichkeit gegeben wird. Das brauchen wir für Niedersachsen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU
- Axel Plau [SPD]: Völliger Blödsinn, was Sie da erzählen!)

Ein weiteres Beispiel ist die Fehlbelegungsabgabe. Im Koalitionsvertrag steht, dass wir diesbezüglich etwas tun wollen. Das Kabinett ist tätig geworden. Jetzt ist dafür gesorgt, dass Sozialwohnungen nicht von Besserverdienern missbräuchlich genutzt werden, sondern dass sie tatsächlich von denen genutzt werden, die ein Recht darauf haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Zur Krankenhausplanung: Sie war auch wegen der Einführung der DRGs bis 2007 erforderlich. Es ist uns sehr wohl bewusst, dass es für die Menschen in Otterndorf, in Uslar und in Clausthal-Zellerfeld schmerzhaft ist, wenn darüber diskutiert wird, ob ihre Krankenhäuser geschlossen oder mit anderen zusammengelegt werden sollen. Aber die Qualität der Behandlung ist für die Menschen das Ausschlaggebende. Krankenhäuser brauchen Behandlungsroutine, um Qualität und damit auch den langfristigen Bestand sicherzustellen. Für die Menschen ist wichtig, Qualität in ihrem Krankenhaus zu haben, und das verlässlich für mehrere Jahre. Dafür sorgen wir mit der Krankenhausplanung, die jetzt vor Ort durchgeführt wird.

(Beifall bei der FDP)

Es gibt jetzt z. B. fünf Jahre Planungssicherheit bei den Investitionskosten und den Bettenpauschalen. Hier ist es so, dass das Land mehr investiert als vorher. Eine Akutversorgung muss im Umkreis von 20 km sichergestellt sein. Für all das, was eine Spezialbehandlung erfordert, kann man auch einen längeren Anfahrtsweg in Kauf nehmen. Ein Herzinfarkt muss vor Ort behandelt werden. Eine Herztransplantation kann weiter weg erfolgen, genauso wie der Einbau eines künstlichen Hüftgelenks.

Wichtig ist uns, dass bei der Gestaltung der Krankenhauslandschaft auch private Träger berücksichtigt werden.

Ich komme zum Thema „Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“. Das ist im Rahmen der Jugendpolitik ein zentraler Punkt; er ist im Moment brennend wichtig. Als erste Aktion nach der Wahl hat die FDP eine interne Arbeitsgruppe als Schnittstelle zwischen Sozialem und Wirtschaft eingerichtet. Wir haben jetzt gemeinsam mit der CDU z. B. Ausbildungsberufe für mehr praktisch begabte Jugendliche ins Feld geführt. Damit haben mehr Jugendliche die Chance, in den ersten Arbeitsmarkt zu kommen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben auch gemeinsam mit der CDU die Job-AQTIV-Zentren gestaltet. In diesen Zentren gibt es jetzt Hilfe aus einer Hand. Die Zusammenführung bisheriger Programme erfolgt effektiv, unbürokratisch, schnell und erfolgreich. Die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt ist das erklärte Ziel. Das wird hier sicherlich viel besser gelingen, als es vorher der Fall gewesen ist. Ausbildungsplatzabgaben, wie sie jetzt in Berlin gefordert worden sind, sind garantiert der falsche Weg, um die Jugendlichen in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen.

Gestatten Sie mir noch ein Wort zum Maßregelvollzug. Die Situation ist Besorgnis erregend; denn trotz jährlich steigender Ausgaben steigen die Fallzahlen immer weiter. Daher müssen wir hier tätig werden. Wir brauchen einmal Lösungen auf Bundesebene. Die Aufenthaltsdauer darf sich nicht verlängern. Zum Zweiten brauchen wir in Niedersachsen auch neue Plätze im Maßregelvollzug. Gerade wegen der leeren Landeskassen ist es wichtig, sowohl beim Bau als auch beim Betrieb auf public private partnership zu setzen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ein Thema fehlt Ihnen bestimmt noch: mehr Freiheit für die Menschen. Auch darüber möchte ich unbedingt sprechen.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der SPD: Oh!)

Das wollen wir natürlich anstreben. Wir wollen mehr Freiheit für die Menschen auch im sozialen Bereich durch Verwaltungsabbau, durch kürzere Wege und durch mehr Eigenverantwortung. Zwei Beispiele kann ich da im Bereich der behinderten Menschen anführen.

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Gebt den Polizeibeamten frei!)

Das persönliche Budget für Menschen mit Behinderungen sorgt für mehr Eigenständigkeit, mehr Freiheit und mehr Lebenszufriedenheit. Dafür haben wir auch schon gesorgt. Die Parkerleichterung für gehbehinderte Menschen ist ein anderes Feld, auf dem die Betroffenen jetzt unbürokratischer und schneller an das kommen, was sie wirklich brauchen.

(Beifall bei der FDP - Rebecca Harms [GRÜNE]: Freiheit für den Bauernmarkt!)

Noch zwei Punkte. Mehr Prävention gerade bei Kindern und Jugendlichen ist ungeheuer wichtig. Mehr Ernährung und Sport wollen wir in Kindertagesstätten und Schulen einführen. Das hat Herr Rösler schon gesagt. Sprachförderung ein Jahr vor der Einschulung haben wir mit der CDU bereits eingeführt. Analog planen wir einen Gesundheitscheck mit fünf Jahren, ein Jahr vor der Einschulung, der dann dazu führt, dass Schäden bei Kindern, gerade bei denen aus sozial schwachen Familien, erkannt und behoben werden können, damit diese Kinder bessere Chancen haben.

Ich möchte mich zum Schluss noch bei allen bedanken, die sich haupt- und ehrenamtlich in Niedersachsen im Sozialbereich engagieren.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns die schwierige Haushaltslage als Chance zur gemeinsamen Gestaltung und Freisetzung von Ideen und Engagement nutzen. Wir Liberalen sind gemeinsam mit unserem Partner, der CDU, als Partner für die Menschen in Niedersachsen dabei.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Frau Kollegin Janssen-Kucz hat jetzt das Wort.

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Meta, endlich bist du befreit! - Karl-Heinz Klare [CDU]: Jetzt kann man alles los werden, was einen so belädt!)

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mehr Freiheit für die Menschen!

(Beifall bei der FDP)

Ich bin mir sicher, dass es in Richtung mehr Freiheit oder frei von Unterstützung und Hilfeleistungen vonseiten dieser Regierung läuft.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir müssen uns doch einmal die Ergebnisse der Haushaltsberatungen anschauen. Man hat ein bisschen den Eindruck, die Sozialministerin kommt mit einem blauen Auge davon. Bei der externen Drogenberatung in den Knästen, bei den Aids-Hilfen, bei der sozialen Schuldnerberatung, bei der ambulanten Straffälligenhilfe wurden Gott sei Dank Kürzungen teilweise zurückgenommen. Die Kürzungen der SPD-Regierung in den letzten Jahren haben nämlich schon die Träger der Einrichtungen an den Rand des Existenzminimums gebracht. Wir sind da auf einem ganz niedrigen Niveau. Wir können dort nichts mehr wegnehmen. Ich bin dankbar, dass Sie das auch durch Bereisungen, die wir teilweise gemeinsam unternommen haben, begriffen haben. Ich mache gerne weitere Bereisungen, damit Sie die Situation vor Ort kennen lernen und nicht irgendetwas am grünen Tisch entschieden wird.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten - Rebecca Harms [GRÜNE]: Aber nicht genug!)

Bei den Aids-Hilfen wäre die Kürzung z. B. zulasten der Krankenkassen gegangen. Wir hätten nur einen Verschiebebahnhof organisiert. Das andere wäre in Richtung Justizministerium gegangen. So kann man keinen Haushalt im Sozialministerium machen, wenn man seinen Haushalt in andere Bereiche hin- und herschiebt. Das kann es eigentlich nicht sein. Wir sollten uns immer vor Augen führen, dass es hier um Bereiche geht, in denen drei

Viertel der Arbeit von Ehrenamtlichen geleistet wird.

Sie haben der Selbsthilfegruppe homosexueller Männer 50 % gekürzt. Sie haben nur noch 52 000 Euro. Das nennen Sie künftig Kleinstförderung. Ich schwöre Ihnen schon jetzt: Das ist im nächsten Jahr auch weg.

Die Gelder für die Qualifizierung ehrenamtlich tätiger Beratungsdienste werden einfach halbiert, ohne sich mit den Folgen für die betroffenen Menschen auseinander zu setzen.

(Anhaltende Unruhe)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Frau Kollegin, eine Sekunde. - Meine Damen und Herren, der Geräuschpegel ist wirklich unerträglich. Wer hier nicht zuhören möchte, der kann doch in Gottes Namen hinausgehen. Solange wir hier im Saal sind, hören wir bitte der Kollegin zu.

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Ich weiß, dass es sehr schwierig ist. Ich beobachte oft, dass das Thema Sozial- und Gesundheitspolitik und auch Kinder- und Jugendpolitik nicht ganz so interessant ist. Man redet gern darüber. Man hat es gern im Wahlprogramm. Aber wenn es darauf ankommt, lieber die Ohren zuhalten!

Präsident Jürgen Gansäuer:

Aber wen es nicht interessiert, der kann ja nach draußen gehen.

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Der kann hinausgehen. - Dieser schwarz-gelben Regierung ist es gelungen, mit den Kürzungsorgien in einigen Bereichen das Ehrenamt und die daraus entstehenden sozialen und gesundheitspolitischen Netze noch löchriger zu machen. Mit intelligentem Sparen hat das nichts zu tun. Diese Gruppen haben keine starken Lobbykreise, wie Sie z. B. die Ärzteschaft, die Pharmabranche, die privaten Krankenkassen haben. Diese Menschen können sich nicht gut wehren, weil sie gehandkapt, krank oder drogenabhängig sind. Es ist kein gutes Zeichen für die Werthaltung dieser Landesregierung diesen Menschen gegenüber. Ich hoffe, dass dort ein anderes Verhalten einsetzt. So kann man nicht mit diesen Menschen umgehen.

Nehmen wir doch einmal den Bereich Jugendpolitik. Herr Thümler wird dazu nachher wohl auch noch ein paar Takte sagen. Wir beide sind uns da überhaupt nicht grün.

(Heiterkeit - Zurufe)

- Und auch nicht schwarz. Angesichts der Haushaltssituation in der Jugendpolitik wird mir Angst und Bange. Im Wahlkampf war Ihnen die Jugend noch etwas wert. Aber jetzt 20 % Kürzung in der Jugendarbeit! Das Programm für strukturschwache Gebiete wird mit Ende des Jahres völlig eingestellt. Es wird so getan, als ob die Arbeit in der Fläche in den strukturschwachen Gebieten einfach erledigt ist. Alle Defizite sind weg.

Ebenso entfällt der Fördertitel für Freizeit- und Erholungsmaßnahmen. Das ist anscheinend bei den Kinder- und Jugendmaßnahmen auch nicht mehr nötig. Die Familie soll es richten und für die Erholung der Kinder aufkommen. Diese Kinder und Jugendlichen werden künftig nicht mehr wegfahren und keine Erholungsmaßnahmen genießen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Außerdem stellen Sie den Verdienstaufschlag ehrenamtlich Tätiger in der Jugendarbeit einfach ein. Wenn diese Menschen nicht mehr ehrenamtlich tätig sind, bricht noch mehr von den zerbrechlichen Basisstrukturen in der Jugendarbeit auseinander. Ist Ihnen eigentlich klar geworden, welche Multiplikationseffekte diese Form von Jugendarbeit hat, mit welchen verheerenden Folgekosten gerade in der Jugendhilfe? - Sie sollten sich anschauen, was in dem Bereich noch auf Sie zukommt.

Auf der anderen Seite stecken Sie Geld in die geschlossene Heimerziehung, einfach 200.000 Euro für jedes Kind; zehn Plätze sind geplant. Dafür ist Geld da, 1 Million Euro im nächsten Jahr, 2,1 Millionen Euro in den Folgejahren! Sie sollten noch einmal sehr gut überlegen, ob dieses Geld anderswo nicht sehr viel sinnvoller eingesetzt werden könnte.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Kinder und Jugendlichen brauchen frühzeitige Hilfen. Aber was haben Sie gemacht? - Sie haben sogar den Kinder- und Jugendplan ad acta gelegt. Darauf wollten wir aufbauen. Damit wollten wir Kindergesundheitspolitik, Armutspolitik machen. In dem Bereich haben Sie uns wirklich den Grund-

stock weggehauen. Wir müssen einen ganz neuen Weg finden, um dort weiter arbeiten zu können.

Wo bleibt der Bildungsplan Kindertagesstätten? - Bis jetzt haben Sie nur Eckpunkte vorgestellt. Sie lassen sich Ihre komplette Politik in dem Bereich vom Landkreistag diktieren. Das kann doch wohl nicht wahr sein. Wer steht bei Ihnen im Vordergrund, Kinder und Jugendliche oder der Landkreistag? - Das überlegen Sie sich bitte einmal.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Das nächste Volksbegehren ist doch schon im Anmarsch. Die Eltern haben sehr genau erkannt, wohin die Reise geht. Die Kinder stehen schon heute vor der Tür, beschützt vor der Polizei, damit sie Ihnen nicht sagen können, was sie für ihre Zukunft von Ihnen erwarten.

(Beifall bei den GRÜNEN - Bernd Althusmann [CDU]: Na, na, na!)

Ich möchte doch noch einmal Frau Vockert zitieren. Frau Vockert sagte im Dezember 2001: Das Volksbegehren ist die Quittung für die Kindergartenpolitik der SPD. Das Volksbegehren ist Ausdruck dafür, dass die Eltern in Niedersachsen kein Vertrauen in die Landesregierung haben. - Dasselbe, meine Damen und Herren, droht jetzt Ihnen. Sie haben sich noch vor zwei Jahren an die Speerspitze dieser Protestbewegung für den Kindergarten gestellt. Jetzt sind Sie genau so notorisch unzuverlässig wie die alte SPD-Regierung.

(Beifall von Rebecca Harms [GRÜNE]
- Widerspruch bei der CDU und bei der FDP)

Die Eltern entziehen Ihnen schon jetzt das Vertrauen, und Sie haben nur zehn Monate dafür gebraucht. Aber was stört mich mein Geschwätz von gestern? Wir regieren heute und jetzt. - Ich hoffe, dass Ihnen dieses Verhalten möglichst bald zum Verhängnis wird. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN - Unruhe)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege Thümler, Sie haben das Wort.

Thorsten Thümler (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Förderung der jungen

Generation in Niedersachsen hat in den vergangenen zehn Monaten einen Schwerpunkt der Politik der neuen Landesregierung und insbesondere von Frau Ministerin Dr. von der Leyen gebildet.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin der festen Überzeugung, dass dies auch Herr Schwarz noch erkennen wird.

Diese richtige Politik wird auch in den kommenden Jahren konsequent fortgesetzt werden.

(Zurufe von der SPD: Ist das eine Drohung?)

Sie wird von der CDU-Landtagsfraktion ausdrücklich unterstützt.

(Beifall bei der CDU)

Trotz der dramatischen Haushaltssituation ist es den Landtagsfraktionen von CDU und FDP, den zuständigen Ministerien sowie den Jugendverbänden - beispielsweise dem Landesjugendring, Herr Schwarz - gelungen, mit knappen finanziellen Ressourcen die richtigen Schwerpunkte zu setzen. In intensivem Dialog zwischen dem Sozialministerium, den Landtagsfraktionen, der Regierungskoalition sowie dem Landesjugendring wurden gemeinsam Einsparmöglichkeiten im Bereich der freiwilligen Leistungen diskutiert. In dieser Diskussion wurden u. a. Vorschläge des Landesjugendringes sehr zahlreich übernommen. Dies zeigt, dass die Landesregierung nicht nur den Dialog mit der jungen Generation sucht, sondern die Anregungen auch ernst nimmt und in konkretes politisches Handeln umsetzt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dafür, Frau Ministerin, danken wir Ihnen ausdrücklich. Das war bei der Vorgängerregierung längst nicht der Fall. So konnten durch diesen sachorientierten Dialog bei zahlreichen Projekten und Einrichtungen im Bereich der Jugendarbeit Veränderungen zugunsten der jungen Generation erreicht werden.

(Dr. Brigitte Trauernicht-Jordan [SPD]:
Wie kann man so blind sein?)

Als Beispiel nenne ich hier nur die ambulante sozialpädagogische Betreuung von jugendlichen Straftätern, für die wir knapp 1,8 Millionen Euro in den Landeshaushalt 2004 eingestellt haben. Durch

diese Politik werden gerade Jugendliche aus sozial schwachen Familien unterstützt.

(Dr. Brigitte Trauernicht-Jordan [SPD]:
Super!)

Ein weiterer wichtiger und richtiger Schwerpunkt im Bereich der Jugendarbeit ist die Einrichtung von Pro-Aktiv-Centern in allen Teilen unseres Landes Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU)

Mit diesem konsequenten Schritt wird der jugendpolitische Förderwarr der vorherigen Landesregierung - Frau Dr. Trauernicht, Sie sollten an dieser Stelle ruhig einmal zuhören - endlich beendet. Diese nachvollziehbare Förderung liegt im Interesse der jungen Menschen, die wir mit unseren Hilfestellungen erreichen wollen. Klare Strukturen sind hier von großer Wichtigkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, das wird Sie als Opposition ärgern: Diese Politik wird von den Fachleuten vor Ort, wie z. B. den kommunalen Jugendämtern, ausdrücklich begrüßt. Wir sind dort eben näher dran als Sie. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CDU)

Aber auch von anderer Seite erhalten wir Unterstützung in diesem gemeinsamen Kurs der Ministerin und der Landtagsfraktionen von CDU und FDP. Hören Sie genau zu! So erklärt die Landesarbeitsgemeinschaft der Jugendsozialarbeit in einer Stellungnahme vom 27. November dieses Jahres:

„Die Absicht des Landes, die bisherigen Einzelprogramme zu Pro-Aktiv-Centern zusammenzuführen, ist sinnvoll und wird ausdrücklich begrüßt.“

An dieser Stelle ist zu erwähnen, dass die Landesarbeitsgemeinschaft in den vergangenen Jahren mehrfach auf die Chancen dieser Zusammenlegung hingewiesen hat. Über mehrere Jahre hinweg hatten die ehemals zuständige Ministerin Frau Dr. Trauernicht-Jordan, und die SPD-Landtagsfraktion diesen Rat von Experten zum Nachteil der Jugendsozialarbeit in Niedersachsen sträflich ignoriert. Diese verfehlte Politik, die nicht die Kraft hatte, aufgrund eventuell kontroverser Diskussionen notwendige Reformen durchzusetzen, ist am 2. Februar abgewählt worden.

(Beifall bei der CDU)

Die junge Generation merkt, dass die neue Mehrheit im Landtag im Interesse der Zukunftschancen der Heranwachsenden die Probleme dieses Landes auch im Bereich der Jugendarbeit konsequent und pragmatisch anpackt.

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist ein wichtiges Ziel der Politik der CDU-Landtagsfraktion, durch eine wirksame und nachhaltige Kinder-, Jugend- und Familienpolitik gute und verlässliche Zukunftschancen für die junge Generation zu schaffen. Dazu gehört eben auch, die Zukunft der jungen Generation nicht mit immer neuen Schulen zu verbauen, wie Sie von der SPD es 13 Jahre lang getan haben.

(Beifall bei der CDU)

Daher ist der Einstieg in eine solide Haushaltspolitik, wie sie von der neuen Landesregierung mit dem Haushalt 2004 praktiziert wird, eine nachhaltige Politik für die junge Generation. Leider haben dies insbesondere zahlreiche Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion noch nicht verstanden.

Unterstützt wird dieser Eindruck, den wir in den vergangenen Wochen und Monaten sowohl in den Ausschüssen als auch hier im Parlament aufnehmen mussten, von der Jugendorganisation Ihrer eigenen Partei. Die Jusos schreiben über die Politik der SPD in Niedersachsen in einer Pressemitteilung - ich zitiere; Sie können es auch gerne nachlesen; ich habe es mitgenommen, weil es ganz interessant war -:

„Sozialdemokratische Politik darf sich nicht ständig und kurzfristig an Meinungsumfragen orientieren, sondern muss langfristig Reformperspektiven anstreben. Da muss sich in Hannover und in Berlin einiges ändern.“

(David McAllister [CDU]: Alles!)

Wir hoffen - Sie sollten hier wirklich auf Ihren Nachwuchs hören -, dass in den kommenden Jahren auch die SPD-Landtagsfraktion die nachhaltige Jugendpolitik der Landtagsfraktionen von CDU und FDP sowie der Landesregierung unterstützen wird.

(Elke Müller [SPD]: Darauf können Sie aber lange warten!)

Dies - Herr Gabriel, wenn Sie jetzt am Radio zuhören - ist zumindest mein größter Weihnachtswunsch. Herr Gabriel, ich würde mich sehr für Sie freuen, wenn der Weihnachtsmann - ich weiß nicht, ob Sie an ihn glauben - diese Erkenntnis bei Ihnen Zuhause im schönen Goslar am 24. Dezember unter dem Christbaum ablegt und Sie sie finden würden. - Danke sehr.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Das Wort hat jetzt Frau Ministerin Dr. von der Leyen.

Dr. Ursula von der Leyen, Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon eine erstaunliche Ambivalenz, die ich da in den Reihen der Opposition sehe und höre. Auf der einen Seite schlägt Herr Schwarz auf mit „Taschenspielertricks“, ich hätte nicht genug gespart, und hinterher kommt das laute Geschrei, dass ich gespart habe. Was wollen Sie denn nun? Das lauteste Signal, das ich von Ihnen gehört habe, war: Weiter wie bisher, bloß keine Änderungen! - Aber, meine Damen und Herren: Stillstand ist Rückschritt, und das wird es mit dieser Landesregierung nicht geben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der Grund für eine solche Forderung liegt wahrscheinlich darin, dass der Staat zunächst etwas Unpersönliches ist, also weit weg, weit entfernt ist. Vernunft und Verantwortung verlangen von uns aber ein anderes Verhalten. Sie verlangen von uns nicht, am heutigen Tage nur egozentrisch um den eigenen Bauchnabel zu kreisen, sondern sie verlangen von uns, daran zu denken, dass es auch noch eine Generation nach uns gibt. Die wird ein erträgliches Maß an Lasten tragen müssen, und deshalb werden wir heute nachhaltig handeln müssen.

Wenn wir heute nicht Maß halten, wenn wir heute die Strukturen nicht auf den Prüfstand stellen, wenn wir heute die Schwerpunkte nicht neu definieren und wenn wir heute die Strukturen nicht modernisieren, dann wird diese nächste Generation in eine Lage kommen, in der das Ausmaß der Lasten unerträglich wird. Von daher heißt „politische Verantwortung“ heute: die Realität akzeptieren und danach handeln.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Realität in diesem Land sieht düster aus. In diesem Jahr hat es in Deutschland 40 000 Unternehmensinsolvenzen gegeben. Meine Damen und Herren, alle sieben Minuten tritt ein Unternehmen in diesem Land den Gang zum Konkursrichter an. Jedes Jahr verlassen mehr als 100 000 Leistungsträger Deutschland, weil sie im Ausland bessere Bedingungen finden. Die Arbeitslosigkeit stagniert auf einem Höchststand. Die Steuereinnahmen brechen regelmäßig weg. - Das ist die Realität, unter der wir zu handeln haben. Das können wir nicht einfach ignorieren.

Meine Damen und Herren, weil die Sozialausgaben umgekehrt proportional zur konjunkturellen Entwicklung stehen, haben wir die Pflicht, unsere Strukturen auch heute auf den Prüfstand zu stellen. Dabei geht es nicht um fantasieloses Kürzen oder Streichen oder das Geschrei „Weiter wie bisher, nichts verändern“. Vielmehr sollten wir diese Krise auch als Möglichkeit und als Chance begreifen, die Sozialpolitik neu zu denken; denn es geht nicht nur um den heutigen Tag und das heutige Jahr, sondern es geht um die nächsten 20, 30 oder 40 Jahre, und wir alle hier im Saal wissen, dass wir dann die große Mehrheit derer sind, die die Leistungen der nächsten Generation einfordern werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung greift mit diesem Haushalt - auch in meinem Ressort - eine Aufgabe auf, die längst hätte aufgegriffen werden müssen. Das ist nicht einfach, und das ist oft auch schmerzhaft. Aber wir haben deutlich gemacht, dass es möglich ist, neue Wege zu gehen. Einnahmen und Ausgaben miteinander ins rechte Maß zu bringen, kann auch zu konstruktiven Prozessen führen. Wir sind bereit, Veränderungen als den eigentlichen Motor für Struktursicherung zu verstehen.

(Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo übernimmt den Vorsitz)

Lassen Sie mich das an einigen Beispielen deutlich machen. In der Krankenhauspolitik haben wir eben nicht einfach nur die Augen vor dem verschlossen, was an tief greifenden Veränderungen auf uns zukommt. Wir verstehen, dass der Prozess der Einführung der Fallpauschalen - eine Bundesgesetzgebung - enormen Veränderungsdruck auf die Krankenhauslandschaft bringt und enorme

wirtschaftliche Probleme für die Krankenhäuser aufwirft. Deshalb haben wir gesagt: Wenn der Bundesgesetzgeber so gehandelt hat, dann begleiten wir das konstruktiv und akzeptieren, dass sich in diesem Land etwas ändern muss. Wir akzeptieren die Realität, wir handeln danach, indem wir die Rahmenbedingungen neu begleiten.

Dafür haben wir drei Grundsatzentscheidungen getroffen:

Erstens. Wir schaffen Transparenz. Wir sind das erste Bundesland, das detaillierte Daten über die Krankenhausstruktur im Lande nicht nur gesammelt, sondern auch ins Internet gestellt hat. Damit ist die Lage für jeden klar: für die Träger vor Ort, die ihre Managemententscheidungen nunmehr auf einer breiten und gesicherten Datenbasis fällen können, für die Patientinnen und Patienten, die wissen, wohin sich die Krankenhauslandschaft bewegt, und für die Beteiligten, wenn es um das große Thema Investitionen geht.

Damit schaffen wir Transparenz bezüglich der Entscheidungskriterien, bezüglich der Ursachen, warum welcher Euro in welches Krankenhaus in welcher Region geht. Nach diesen Entscheidungskriterien, die wir festlegen, wird das Geld verteilt und nicht nach irgendwelchen anderen undurchsichtigen Mechanismen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zweitens. Wenn das Fallpauschalengesetz so kommt, wie es in Berlin jetzt beschlossen worden ist, dann wissen wir aus internationalen Erfahrungen, dass ein Bettenabbau nötig sein wird, weil die Liegezeiten nicht mehr so lang sein werden wie bisher.

Wir wollen es den Krankenhäusern leicht machen. Deshalb haben wir die Bettenpauschale festgeschrieben. Wir wollen die Krankenhäuser, die sich bewegen und die ihre Strukturen optimieren, damit sie in der Zukunft auch handlungsfähig sind, nicht indirekt dadurch bestrafen, dass wir die Bettenpauschale absenken. Deshalb hat diese Landesregierung die kluge Entscheidung getroffen, dort das Handeln auf freiwilliger Basis zu erleichtern, damit frühzeitig die optimalen Kapazitäten bereitgestellt werden können.

Drittens. Wir haben als einziges Bundesland die Krankenhausinvestitionsmittel in einer sehr schwierigen Haushaltssituation aufgestockt. Damit geben wir den Krankenhausträgern auch Planungssi-

cherheit: Es ist klar, welcher Betrag für diese Legislaturperiode zur Verfügung steht. Damit wissen die Investoren, worauf sie sich einstellen können, damit die Krankenhäuser in diesem Land die notwendigen Schritte in die Zukunft auch gehen können.

Meine Damen und Herren, ein Beispiel, wie man Sozialpolitik in schwierigen Zeiten neu denken kann, ist das Thema Jugendarbeitslosigkeit. In Krisenzeiten, wenn uns die Einnahmehasis wegbriecht, reicht es nicht aus, lediglich weitere Programme aufzulegen, ohne zu prüfen, welche bisher vorhanden sind, ohne sie zu analysieren und vor allen Dingen, ohne sie zusammenzuführen.

Deshalb haben wir das Konzept der Pro-Aktiv-Centren auf den Weg gebracht. Diese bündeln vorhandene Kompetenzen, damit die vorhandenen Strukturen effizienter arbeiten, und bieten passgenaue Hilfe an, damit die Mittel effektiver und ohne Schnittstellenverluste eingesetzt werden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ein weiterer Schwerpunkt betrifft die Folgen des demografischen Wandels. In unserem Land sinkt die Zahl junger Menschen im Verhältnis zu der Zahl der älteren Menschen kontinuierlich. Viele Weichen für eine mögliche Trendwende müssen zunächst einmal in den Köpfen der Menschen gestellt werden. Aber es gilt auch, auf Bundes- und Landesebene frühzeitig einem Generationenkonflikt vorzubeugen.

Das haben wir mit der Idee der Mehrgenerationenhäuser getan. Mit ihnen wollen wir nicht nur die Kontakte zwischen den Generationen wieder verdichten, sondern vor allem auch das klug aufgreifen, was früher der Familienverbund selbstverständlich geleistet hat. Darin steckt ja auch ein enormes Potential an sozialer Energie, das wir wieder nutzen wollen. Wir wollen und werden das Rad nicht in Richtung Großfamilie zurückdrehen, aber die Kräfte der Hilfe zur Selbsthilfe, die soziale Potenz der Großfamilie, wollen wir unter modernen Bedingungen nutzen.

Darüber haben wir nachgedacht, und damit haben wir einen neuen Akzent gesetzt. Die Mehrgenerationenhäuser wollen Impulsgeber sein, um die vorhandenen isolierten Angebote zu bündeln und vor allem, um die Erfahrung des Gebens und des Nehmens innerhalb einer Gemeinschaft wiederzubeleben. Wir können das Angebot machen, Abgrenzung zu überwinden. Die Resonanz, die wir

aus dem ganzen Land durch die Anträge zu den Mehrgenerationenhäusern erfahren, zeigt, dass wir einen real empfundenen Mangel richtig und mit einer schlüssigen Antwort aufgegriffen haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Lassen Sie mich zu einem weiteren Punkt kommen, der auch den demografischen Wandel und seine Implikationen betrifft. Gestern hat der Landtag das neue Landespflegegesetz verabschiedet. Dieses Gesetz ist ein Beispiel dafür, dass wir neue Wege gehen. Wir sind bereit, gesellschaftliche Veränderungen aufzugreifen und in der Politik zu berücksichtigen. Wir verlegen den Schwerpunkt unserer Förderung auf die ambulante Pflege, weil Menschen möglichst lange zu Hause in ihrer gewohnten Umgebung bleiben wollen und weil die pflegenden Angehörigen eine Entlastung brauchen.

Und wir verankern wieder das Prinzip der Subsidiarität. Es müsste Ihnen doch entgegenkommen, dass die leistungsfähigen Angehörigen, die Sie doch auch sonst immer auf dem Kieker haben, für die ältere Generation verantwortlich sind.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zum Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Vielleicht haben Sie bei diesem Thema nicht die gleiche Wahrnehmung wie ich. Wir haben das Thema Ganztagschule sehr klug aufgenommen, bauen es auf, ziehen in der Kontinuität sicherlich mit Ihnen an einem Strang, aber geben mehr Gas.

Wir gehen auch auf einen anderen Sektor, den Sie bisher völlig unberücksichtigt gelassen haben. Wir wollen die Unternehmen bei diesem Thema einbinden, denn ohne sie geht es nicht. Wir starten gemeinsam mit den Unternehmerverbänden eine Offensive, um die neuen Ideen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die ja nicht nur auf der Seite des Staates entwickelt werden können, sondern die insbesondere in der Arbeitswelt verankert werden müssen, hinauszutragen.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie heißt, dass neben dem Beruf auch die Familie da ist. Das heißt: Honorierung der Erwerbstätigkeit in einer Gesellschaft, die das über viele Jahre und - das ist auch an meine eigene Partei gerichtet - Jahrzehnte vernachlässigt hat.

Wir haben auf Bundesebene die Rürup-Kommission und die Herzog-Kommission erlebt. Ich

frage Sie: An welcher Stelle der Sozialsysteme hat die Rürup-Kommission die Erziehungsleistung honoriert? - Nirgendwo. In ihrem Bericht steht dazu kein einziges Wort. In der Herzog-Kommission haben wir dies jedoch getan. Die Sozialsysteme leben von der Existenz von Kindern und davon, dass Menschen bereit sind, die nächste Generation großzuziehen. Daher haben wir die Erziehungsleistung in der Rente, in der Pflege und in der Krankenversicherung honoriert.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das Stichwort Vereinbarkeit von Beruf und Familie betrifft aber auch den Ausbau der familienentlastenden Dienste und der interdisziplinären Früherkennungsteams.

Auch in der Politik für Menschen mit Behinderung haben wir neue Wege eingeschlagen. Wir wollen das so genannte persönliche Budget einführen. Dabei geht es um mehr Selbstbestimmung. Ich erkenne nach wie vor an, dass das der erste einstimmige Beschluss dieser Legislaturperiode im Landtag gewesen ist. Wir haben im Sozialministerium eine Projektgruppe eingerichtet, die Modellvorhaben zur Einführung der persönlichen Budgets vorbereitet. Das Ziel ist nicht nur, von Amts wegen Leistungen zu gewähren, sondern auch, den eigenständigen Umgang mit Geld und die eigenständige Entscheidung darüber, wie es verwendet wird, zu fördern.

Zu diesem Themenkomplex gehört sicherlich auch die Eingliederungshilfe. Sie nimmt 40 % des Sozialhaushaltes ein. Die Gesamtausgaben für Menschen mit einer Behinderung im Haushalt des Sozialministeriums betragen mehr als 1 Milliarde Euro. Die Steigerung in diesem Sektor - das wissen Sie auch - liegt weit über dem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes. Deshalb ist auch hier besonders spürbar: Deutschland ist ärmer geworden, und deshalb ist auch Niedersachsen ärmer geworden. Das heißt, wir alle müssen mit weniger auskommen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben den Behinderteneinrichtungen eine so genannte Nullrunde vorgeschlagen.

Es ist schlichtweg falsch, wenn behauptet wird, wir würden bei den Behinderteneinrichtungen überproportional kürzen. Wir sparen dort 14 Millionen Euro. Wenn wir dort tatsächlich so wie in anderen Bereichen kürzen würden, dann stünden dort nicht

14 Millionen Euro, sondern 64 Millionen Euro zur Diskussion.

Aber auch bei den 14 Millionen Euro bin ich mir bewusst, dass diese Nullrunde einigen Einrichtungen viel abverlangt. Wir haben den Einrichtungen deshalb flankierende Maßnahmen angeboten, die dabei helfen, bürokratische Hemmnisse zu überwinden und wiederum Kosten zu sparen. Ich bin gestern in der Debatte über das Landespflegegesetz ausführlich darauf eingegangen.

Das Gleiche gilt für das Landesblindengeld. Auch hier sind wir mit Maß vorgegangen. Das Landesblindengeld wird als ein einkommensunabhängiger Nachteilsausgleich gezahlt. Meine Vorrednerinnen haben schon deutlich gemacht, dass es hier einen Kompensationsmechanismus über das BSHG gibt und dass wir in Relation zu den anderen Bundesländern sehr wohl mitten in der Realität stehen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss kommen. In Deutschland sind die Sozialausgaben sechs Mal höher als die Bildungsausgaben. Dieses vor Augen, müssen wir uns der Verantwortung stellen, der nachfolgenden Generation wenigstens den Hauch einer Chance zu geben. Die immensen Anforderungen, die auf sie zukommen werden, müssen von uns heute verantwortet werden.

Herr Schwarz, Sie haben am Anfang Ihrer Rede sehr emotionalisierend von dem behinderten Kind gesprochen, das jetzt nicht mehr gefüttert würde, weil wir in diesem Bereich 1,2 % kürzen. Ich sage Ihnen: Dieses Kind wird die nächsten 20, 30, 40 oder 50 Jahre darauf angewiesen sein, dass es menschenwürdig in großer Solidarität von dieser Gesellschaft getragen wird. Das ist auch richtig so. Aber wir müssen der nächsten Generation auch die Chance geben, dass sie dies weiterhin tun kann.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ein letztes Wort zur Partnerschaft mit der Freien Wohlfahrtspflege. Wir haben gerade im Einvernehmen mit der Freien Wohlfahrtspflege einen neuen Toto/Lotto-Vertrag geschlossen. Zu einer Partnerschaft gehört, dass man miteinander diskutiert, aber dass man die Grundbedeutung des Wortes „Diskussion“ auch ernst nimmt. Sie lautet: gemeinsam eine Lösung finden. - Wir haben sie gefunden.

Meine Damen und Herren, mit dem Haushalt 2004 leisten wir auf Landesebene einen Beitrag zur Nachhaltigkeit. Wir haben uns nicht einfach vor den Problemen gedrückt. Wir haben gezeigt, dass es auch in dieser Zeit möglich ist, neue Weg zu gehen. - Danke.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Der Kollege Schwarz hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. Herr Schwarz, Sie haben das Wort.

Uwe Schwarz (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau von der Leyen, ich will nur noch kurz auf zwei Bereiche eingehen.

Diese hoch gelobte Krankenhauspolitik, die Sie gerade vertreten haben

(Heinz Rolfes [CDU]: Die ist richtig gut!)

- ja, sie ist auch toll -, ist nicht neu. Und deshalb ist sie auch tatsächlich gut. An dieser Stelle ist nämlich überhaupt nichts geändert worden.

Es ist nun einmal eine Tatsache, dass es aufgrund der Einführung der DRGs Fusionen und Kooperationen geben wird und dass in diesem Zusammenhang auch Krankenhäuser wegbrechen.

(Heinz Rolfes [CDU]: Sagen Sie doch einmal, wie viel Sie investieren wollen!)

Wenn insofern seinerzeit ein Krankenhaus im Land Niedersachsen geschlossen wurde - ich erinnere nur an Barßel -, haben Sie immer laut aufgeschrien und die ganze Bevölkerung dagegen mobilisiert.

Jetzt kommen Sie mit einer neuen Liste daher, gehen flächendeckend durch das Land und erzählen der erstaunten Öffentlichkeit, wie Sie das praktizieren werden. - Ich will nur einmal feststellen: Das ist genau das Gegenteil von dem, was Sie uns immer vorgeworfen haben.

Frau Dr. von der Leyen, das Krankenhausinvestitionsprogramm, das Sie vorgelegt haben, hatte schon die alte Landesregierung vorbereitet. Ihr Programm beinhaltet bis auf ein einziges politi-

sches Geschenk exakt die gleichen Maßnahmen, die die Vorgängerregierung vor eben diesem Hintergrund erarbeitet hatte.

(Dr. Brigitte Trauernicht-Jordan [SPD]: So ist es!)

Neu dabei ist nur, dass der Sozialausschuss darum gebeten hatte, rechtzeitig über Ihre Absichten unterrichtet zu werden. Wir hatten diesen Punkt sogar auf der Tagesordnung, mussten ihn aber wieder absetzen, weil die Ministerin erst den Planungsausschuss unterrichten wollte. Das hat sie auch getan, aber noch am gleichen Tag standen alle Ergebnisse in der Presse, und zwar aufgrund ihrer Pressekonferenz.

Ich sage das noch einmal: Sie haben sich einen Umgang mit Ihrem Fachausschuss angewöhnt, der eine schlichte Missachtung des Parlaments ist. Das hat noch niemand Ihrer Vorgänger gemacht. Ich bitte darum, dies endlich zu unterlassen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Mundlos, damit wir hier bei der Wahrheit bleiben: Beide großen Fraktionen haben im Ausschuss darum gebeten, die Sitzung am 17. Dezember 2003 ausfallen zu lassen. So hat es die Vorsitzende auch im Ausschuss festgestellt. Dann kam diese Nummer, dass auf einmal der Presse alles mitgeteilt wurde, was der Ausschuss durch die Regierung vorher nicht wissen durfte. Deshalb haben wir auf eine Sondersitzung gedrungen. Seit eineinhalb Tagen versuchen wir nun, diese Sondersitzung einzuberufen. Frau Meißner bemüht sich wirklich redlich darum.

Ich habe für diese Sitzung fünf Termine vorgeschlagen. Ich habe gemeint, es läge in unser aller Interesse, wenn wir das noch am Freitag, am Rande des Plenums, entweder vormittags oder nachmittags hinbekommen. Wir könnten es aber auch am Montag, am Donnerstag oder am Freitag der nächsten Woche machen. Aber eben nicht am Mittwoch; denn diesen Tag haben einige bei uns zwischenzeitlich neu belegt, nachdem wir den ursprünglichen Sitzungstermin haben ausfallen lassen.

(Bernd Althusmann [CDU]: Das können Sie jederzeit beantragen!)

Alle diese Termine sind abgelehnt worden. Der komplette Sozialausschuss muss sich nach den

eineinhalb Stunden richten, die die Ministerin bereit ist, ihm Audienz zu gewähren.

Das ist doch kein Umgang! Das, was Sie hier vorgetragen haben, war eine glatte Lüge.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Ich will jetzt noch einmal etwas zu den Behinderten sagen. Frau von der Leyen, es hört sich ja immer gut an, wenn Sie Ihre Sonntagsreden halten und sagen, wie schön das alles gemacht wird. Ich könnte Ihnen auch die eine oder andere Passage vorhalten.

Die Wahrheit sieht jedoch anders aus. Wegen dieser Ihrer Politik haben die Wohlfahrtsverbände am 4. November 2003 einen Krisengipfel abgehalten. Und zwar alle! Nicht nur die böse Arbeiterwohlfahrt, die Diakonie und das DRK, sondern auch der Paritätische Wohlfahrtsverband, die Caritas und der Jüdische Wohlfahrtsverband. Sie alle sind sich in folgender Feststellung einig:

„Die Spitzenverbände stellen in Niedersachsen fest: Wir fordern die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen auf, zu einer fairen und verlässlichen Partnerschaft zurückzukehren.“

Wenn Sie mir das schon nicht glauben, dann nehmen Sie doch bitte ernst, was die Wohlfahrtsverbände Ihnen sagen. Die sagen das ja nicht aus blauem Dunst heraus.

Das Zweite, was die Wohlfahrtsverbände Ihnen deutlich sagen, ist:

„Die angekündigte Planungssicherheit auf klaren und verlässlichen Grundlagen gebietet es, dass das Land als Vertragspartner insbesondere in der Behindertenhilfe ausreichend Finanzmittel für die behinderten Menschen zur Verfügung stellt, damit sie menschwürdig leben können. Ein Rückzug des Landes als gestaltender Faktor in der Sozialpolitik kann deshalb kein vernünftiges politisches Ziel sein. Das gilt insbesondere für die AIDS-Arbeit, für die Arbeit mit straffälligen jungen Menschen, für die Pflegearbeit in dem Bereich der behinderten Menschen auch.“

Frau von der Leyen, wir können hier gerne einen Schlagabtausch machen, und Sie brauchen auch nicht alles ernst zu nehmen, was eine Opposition sagt. Aber Sie können doch nicht schon nach zehn Monaten bei allen Punkten, die Sie aus der Öffentlichkeit zu diesem Thema gesagt bekommen, beratungsresistent sein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie haben auf der Landesverbandstagung der Lebenshilfe ausweislich des von Ihnen verteilten Referates gesagt:

„Noch immer gibt es Diskriminierungen, Ausgrenzungen und Benachteiligungen. Das darf niemand von uns hinnehmen.“

Das teile ich. Aber Ihre Politik in der Behindertenhilfe ist das exakte Gegenteil, und Sie haben das hier auch noch mit zynischen Beiträgen unterlegt.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Das ist doch Blödsinn!)

- Das ist kein Blödsinn. Das Beispiel mit dem Füttern, das ich angeführt habe, kommt von Einrichtungsträgern, von Menschen, die tagtäglich betroffen sind.

Sie haben nicht an einer einzigen Stelle deutlich gemacht, wie Sie die wegbrechenden Einnahmen von 14 Millionen Euro - das bedeutet 14 Millionen Euro weniger Geld für Gehälter, trotz steigender Löhne - in den Behinderteneinrichtungen umsetzen wollen. Jede Einrichtung sagt, das geht nicht. Und weil es bei ihnen nicht geht, geht es zulasten der Betroffenen - der Behinderten und der Schwerstbehinderten - und insbesondere zulasten der Eltern und Familien dieser behinderten Menschen. - Das ist genau das Gegenteil von dem, was Sie öffentlich immer von sich geben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Frau Meißner, ich finde, Sie hatten mit vielem, was Sie gesagt hatten, Recht: beim Thema Aids und bei anderen Fragen. Da sind wir auch völlig einer Meinung. Ihr Problem ist nur, dass Sie das nicht durchsetzen können und dass Sie jetzt die Hand für genau das heben werden, was Sie inhaltlich überhaupt nicht mit vertreten.

Ich habe Parlamentarismus bisher immer so verstanden, dass die Regierung eine Vorlage macht und dass das Parlament und insbesondere die Regierungsfractionen dann darum kämpfen, das Schlimmste herauszustreichen. Wir haben das im Gegensatz zu Ihnen auch so gemacht.

(Unruhe bei der CDU)

Ihr Ministerpräsident hat immer gesagt - ich weiß es noch genau -: Ich brauche hier keine Alternativen vorzulegen; denn dafür bin ich nur Opposition. Das ist Ihr Geschäft. - Wir aber haben Alternativen vorgelegt. Wir zeigen Ihnen genau auf, dass Sie diese Einschnitte nicht machen müssen.

(Ursula Körtner [CDU]: Lächerlich!)

Aber Sie wollen diese Einschnitte machen, weil das ideologisch in Ihr Weltbild passt. Die Sozialpolitik ist die letzte der Interessenslagen, die von Ihnen berücksichtigt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Zum Bereich Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit liegt mir keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen damit zum Bereich **Kultus**. Ich erteile Herrn Klare das Wort.

Karl-Heinz Klare (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Schwarz, gestatten Sie mir eine Bemerkung zu dem, was Sie gesagt haben: Wenn es in den letzten 13 Jahren eine Abnickerfraktion gegeben hat, dann war das Ihre Fraktion.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich möchte nicht weiter in Ihre persönlichen Befindlichkeiten eindringen. Ich weiß, wie Sie unter der einen oder anderen Entscheidung Ihrer Fraktion gelitten haben.

Aber jetzt, meine Damen und Herren, zur Schulpolitik.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das, wo Sie leiden müssen!)

Diese neue Landesregierung ist vor neun Monaten angetreten. Wir haben im Schulbereich grundlegende Veränderungen auf den Weg gebracht. Ich

sage das mit großem Stolz: Das ist die umfassendste Schulreform, die es in der Geschichte dieses Landes je gegeben hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Aber obwohl wir schon sehr viel eingeleitet haben, liegen noch weitreichende Aufgaben vor uns. Wir werden uns auch im Jahr 2004 massiv darum bemühen, unsere Schulen für die ständig wachsenden Anforderungen des 21. Jahrhunderts fit zu machen.

Nur eines muss sehr klar sein, auch in der Abgrenzung zu Ihnen: Noch nie war ein Kurswechsel von einer solchen Dringlichkeit wie nach dem 2. Februar. Noch nie hat eine Landesregierung der Nachfolgeregierung ein Land so schlecht regiert hinterlassen. Im Gabriel'schen Reformchaos - so kann man das, was in den letzten Monaten der alten Landesregierung abgelaufen ist, ja nennen - konnte Bildung nicht gedeihen, sondern nur Verunsicherung und Demotivation.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die dringend erforderliche Verbesserung der Qualität des Unterrichts blieb in Ihren Stundenplanlöchern stecken. Das SPD-Schulgesetz, das wir zum Glück schnell verhindern konnten, hätte zur Schließung von Hunderten von Schulen geführt. Vernünftige Überlegungen zur Schulstruktur scheiterten an Ihren ideologischen Scheuklappen.

Sie hat das, was uns in den vielen Veranstaltungen immer umgetrieben hat, nicht interessiert, nämlich - ich habe es gestern schon gesagt und muss es heute wiederholen - dass 10 % der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss und damit ohne eine vernünftige berufliche Perspektive blieben.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Da haben Sie nicht zugehört, Herr Kollege!)

- Herr Jüttner, Sie kennen die Zahl nicht, weil Sie damals in der Umweltpolitik tätig waren. Aber das macht Ihnen niemand zum Vorwurf.

Weitere 10 % der Schülerinnen und Schüler erhielten zwar einen Abschluss, aber ihre Kenntnisse waren nicht ausreichend, um eine Ausbildung erfolgreich zu absolvieren.

Das, meine Damen und Herren, hätte Sie umtreiben müssen; ich wiederhole das. Damit haben Sie

- ich sage das bewusst in dieser Drastik, in dieser scharfen Form - Tausenden von Schülerinnen und Schülern, die in den Beruf gegangen sind, ihre Zukunftschancen genommen. Das ist ein schlimmes Ergebnis Ihrer Politik der letzten 13 Jahre.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Bernd Althusmann [CDU]: Das ist die Realität aus 13 Jahren!)

Wir sind angetreten und treten an, dass Kinder in Niedersachsen wieder eine Chance haben, bei nationalen und internationalen Vergleichen als Sieger und nicht immer nur als Verlierer dazustehen.

Eine der zentralen Fragen der Schulpolitik ist nun einmal die Unterrichtsversorgung. Das war über Jahre hinweg so. Weil ich mich darüber freue, will ich hier nur einmal wiederholen, was andere, auch Verbandsfunktionäre, auf vielen Veranstaltungen äußern: Bei der Unterrichtsversorgung hat es einen regelrechten Paradigmenwechsel gegeben.

(Beifall bei der CDU)

Wir tricksen nicht mit Statistiken. Wir haben real 2 500 zusätzliche Lehrkräfte eingestellt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von Heinrich Aller [SPD])

- Ich gehe im Detail noch darauf ein, Herr Aller.

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Herr Klare, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Karl-Heinz Klare (CDU):

Ich bitte um Nachsicht, ich lasse keine Zwischenfrage zu.

(Heiner Bartling [SPD]: Das ist doch klar, dass Sie keine zulassen! Sie fälschen doch die Statistiken!)

- Ich gehe im Detail noch auf Fragen der Unterrichtsversorgung und auch auf den neuen Erlass ein, Herr Aller. Das Problem ist, dass Sie zwar etwas davon verstehen, dass Sie uns das aber jahrelang nicht haben merken lassen, als Sie diese Statistiken verfälscht haben.

Insgesamt wurden in diesem Jahr über 4 200 neue Lehrkräfte eingestellt. Das ist der größte Einstellungskorridor, den es in diesem Land je gegeben hat. Und das sind auch keine virtuellen Lehrer,

meine Damen und Herren, sondern reale Lehrkräfte, die heute ihren heutigen Unterricht hervorragend erteilen und dies auch weiterhin tun werden.

(Beifall bei der CDU)

Die positiven Folgen dieser Entwicklung sind: Zum ersten Mal seit vielen Jahren kann endlich der Unterricht stattfinden, der in den Studententafeln dargestellt ist und auf den unsere Schülerinnen und Schüler einen Anspruch haben.

Wenn die Grundsatzverordnungen jetzt umgesetzt und in Kraft getreten sind,

(Uwe Harden [SPD]: Dann geht das Chaos richtig los!)

dann werden zum ersten Mal seit einem Jahrzehnt auch die Fächer mit der Anzahl an Unterrichtsstunden unterrichtet, die in den Erlassen stehen. Man mag glauben, dass das eine Selbstverständlichkeit ist, aber gerade das war es über zehn Jahre lang nicht. Wir machen jetzt aus der Selbstverständlichkeit eine Tugend, meine Damen und Herren, und ich kann für unsere beiden Fraktionen klipp und klar erklären: Dies wird auch in Zukunft so bleiben.

(Uwe Harden [SPD]: Geben Sie das doch mit zu Protokoll!)

Der neue Klassenbildungserlass ist in der Anhörung. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes liegt ein Erlass vor, der bei der Unterrichtsversorgung die notwendige Klarheit und Transparenz bringt. Das wurde lange von allen gefordert, die etwas mit Schule zu tun haben: Jetzt wird es umgesetzt.

(Uwe Harden [SPD]: Größere Klassen!)

Meine Damen und Herren, durch diesen Erlass werden die einzelnen Schulformen gleich behandelt, und die alten Ungerechtigkeiten werden beseitigt.

(Uwe Harden [SPD]: Und durch neue ersetzt!)

Mit der notwendigen Klarheit und der notwendigen Transparenz ist auch gewährleistet, dass die Eltern erkennen können, wie die Lehrerstunden an ihrer Schule verteilt werden.

(Heiner Bartling [SPD]: Werden die Klassen größer gemacht oder nicht?)

Das ist für uns gerade im Hinblick auf die verbesserte Zusammenarbeit zwischen Schule und Erziehungsberechtigten, die wir im Gesetz zum ersten Mal so geregelt haben, ein ganz wichtiger Gesichtspunkt.

Natürlich stößt dieser Unterrichtsversorgungserlass auch auf Kritik - das ist gar keine Frage -; denn insbesondere die Gesamtschulen und die Vollen Halbtagschulen verlieren Lehrerstunden. Ich kann diese Kritik auch nachvollziehen.

(Uwe Harden [SPD]: Und warum tun Sie das nicht?)

- Warum reden Sie eigentlich immer dazwischen? Hören Sie doch erst einmal zu!

(Hans-Christian Biallas [CDU]: Herr Harden, Sie könnten noch etwas lernen!)

Der neue Grundsaterlass geht von zwei zentralen Prinzipien aus.

Das erste Prinzip ist die tatsächliche und uneingeschränkte Gleichstellung aller Schulformen. Das haben Sie immer gefordert.

Das zweite Prinzip ist: Auf der einen Seite wird der Anteil der Pflichtstunden erheblich erhöht, aber auf der anderen Seite wird der Zusatzbedarf vermindert. Jeder, der einmal Schulleiter war oder so etwas gemacht hat, weiß, wie mit dem Zusatzbedarf getrickst worden ist. Ich will das nicht im Detail ausführen; Herr Aller kann es nachvollziehen.

Meine Damen und Herren, dass die Integrierten Gesamtschulen jetzt Lehrkräfte abgeben müssen, bestätigt unsere über Jahre hinweg vorgetragene These, dass Gesamtschulen gegenüber den anderen Schulformen deutlich überversorgt waren und es bis heute sind. Sonst würden sie sich doch jetzt nicht so melden.

Ich möchte mich auch zu der Kritik der Vollen Halbtagschulen äußern, die uns Tag für Tag mit E-Mails regelrecht zupflastert - was nicht abwertend gemeint ist. Die Grundschullandschaft war am 2. Februar eben nicht mehr jungfräulich. Ein Großteil der Schulen waren Verlässliche Grundschulen; nur knapp 13 % der Schulen waren Volle Halbtagschulen. Unsere Aufgabe war nun, diese Schulen in ihrer unterrichtlichen Ausstattung zu

einander zu bringen. Alles andere wäre gegenüber den anderen 87 % der Schulen auch unfair gewesen, meine Damen und Herren. Die Eltern der Schülerinnen und Schüler dieser 87 % der Schulen hätten sich mit Recht benachteiligt gefühlt; das ist doch ganz klar.

Meine Damen und Herren, die Möglichkeit, alle Schulen zu Vollen Halbtagschulen zu machen, wäre in unserem Sinne wünschenswert, weil sie das bessere pädagogische Konzept haben.

(Uwe Harden [SPD]: Dann machen Sie das doch einfach!)

Aber das hätte 3 000 zusätzliche Lehrer gekostet, und das war nicht möglich, meine Damen und Herren.

(Uwe Harden [SPD]: Das hat Ihnen schon Herr Wernstedt erzählt!)

Wir haben uns für die Anhebung der Zahl der Stunden in den bisher „benachteiligten“ Verlässlichen Grundschulen entschieden. Hinzu kommt die Einstellung einer pädagogischen Fachkraft, also keine Hilfskräfte mehr, sondern Fachkräfte. Die Vollen Halbtagschulen müssen etwas abgeben.

(Uwe Harden [SPD]: Das ist doch Etikettenschwindel!)

Meine Damen und Herren, Tatsache bleibt auch, dass die Vollen Halbtagschulen immer noch um 10 % besser versorgt sind als die Verlässlichen Grundschulen. Sie können sich, wie im Schulgesetz dargestellt, auch in diesem Status weiterbewegen; das ist ganz klar.

Bei aller Diskussion in dieser Frage - ich habe auch nichts gegen Demonstrationen -, aber wenn sieben- und achtjährige Kinder jetzt nach Hannover gekarrt werden - und sie stehen hier stundenlang in der Kälte -, dann hat das mit einer vernünftigen schulischen Arbeit nichts zu tun. Das sage ich Ihnen in aller Klarheit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zurzeit werden sieben- und achtjährige Kinder instrumentalisiert. Es gibt gute Beispiele, über die ich Informationen bekomme. Aber diese Art und Weise, von Lüneburg und von woandersher hierher zu fahren und zu sagen, sie gehen zum Weihnachtsmarkt, nur um eine Erklärung zu haben, warum man einen Schulausflug macht, ist nicht in Ordnung, meine Damen und Herren. Wir werden noch

darüber nachdenken und den Kultusminister bitten, das zu prüfen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Heinrich Aller [SPD]: Haben Sie eben gedroht, oder was war das?)

Meine Damen und Herren, eine kleine Anmerkung kann ich Ihnen nicht ersparen, weil sie mich amüsiert hat. Vielleicht amüsiert sie Sie auch. Ein SPD-Landtagsabgeordneter - es gibt aber auch mehrere in Ihren Reihen - hat jetzt den Vollen Halbtagschulen in ihrem Kampf gegen die Landesregierung in jeder Hinsicht die volle Unterstützung gewährt. Ich fand das großartig, meine Damen und Herren. Er hat die Geschichte der SPD-Schulpolitik ein bisschen vergessen. Die Kehrtwende ist großartig, nach dem Motto: Was stört mich mein Geschwätz von gestern? - Das aber trägt nicht zur Glaubwürdigkeit von Politik bei.

(Zuruf von der CDU: So sind die Sozis!)

Ich will an dieser Stelle mit einem Gerücht aufräumen, das Sie immer wieder streuen. Selbstverständlich werden die zusätzlichen 2 500 Lehrkräfte, die eingestellt worden sind, auch im Dienst bleiben. Sie leisten gute Arbeit zum Wohle unserer Kinder, und das wird auch weiterhin so sein.

(Uwe Harden [SPD]: Das hat auch niemand bestritten! Nur die Zahl nimmt ab!)

Damit das ein für alle Mal klar ist, meine Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen.

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Hause)

Sie rufen immer so doll dazwischen, dass ich Sie einmal ganz freundlich ansprechen möchte. Ich bitte einfach darum, damit ich mich konzentrieren kann, sodass Sie genau hören, was ich sage.

Die mit diesem Kraftakt, liebe Genossinnen und Genossen, erreichte Unterrichtsversorgung wird auch in den kommenden Jahren gewährleistet, und zwar durch den tatsächlich erreichten Unterricht.

(Uwe Harden [SPD]: Wie denn? Was denn nun?)

Hier muss keine Schönrechnerei betrieben werden, wie wir es über Jahre von Ihnen kennen, mei-

ne Damen und Herren. Im Jahre 2004 werden selbstverständlich weitere Lehrkräfte eingestellt, an verschiedenen Einstellungstagen. So hat sich doch z. B. der 1. November bewährt, weil wir auch den Leuten, die aus den Seminaren kommen und zu diesem Zeitpunkt fertig werden, eine Zukunftschance in Niedersachsen bieten wollen. Alle, die die Einstellungspraxis des letzten Jahres kennen gelernt haben, haben sie gelobt, weil wir auf genau diese Fragen Rücksicht genommen haben.

Weitere, zusätzliche Lehrkräfte wird es nicht geben. Selbst wir schaffen einen solchen Kraftakt nicht. Aber - das ist auch ein Kompliment an den Finanzminister - es ist doch eine großartige Leistung, die wir vollbracht haben. Wir haben 81 000 Lehrerinnen und Lehrer auf 69 000 Planstellen im Dienst. Das ist Rekord in Niedersachsen; das hat es noch nie gegeben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen noch eines: Wenn Sie das jemals erreicht hätten, hätten Sie den Stichtag zur Unterrichtsversorgungsberechnung zum niedersächsischen Nationalfeiertag erklärt. Genau das hätten Sie gemacht.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie können mit noch so vielen Sprüchen durch das Land ziehen - diesen Kraftakt lassen wir uns nicht klein reden.

(Beifall bei der CDU)

Wirkliche Probleme gibt es tatsächlich nur durch die Erblasten, die Sie uns hinterlassen haben. - Herr Aller, bleiben Sie ruhig hier, weil Sie jetzt gemeint sind.

Es war nichts anderes als ein betrügerischer Akt, als Sie im November 2002 700 Lehrkräfte eingestellt haben, ohne dafür eine einzige Stelle im Haushalt zu haben.

(Beifall bei der CDU - Uwe Harden [SPD]: Also, alles was Recht ist, aber mäßigen könnten Sie sich doch mal!)

- Wie nennen Sie das denn, Herr Harden? - Wir müssen das jetzt auffangen. Das Folgende sage ich genauso drastisch - wenn Sie ein schöneres Wort haben, sagen Sie es mir gleich -: Es war ebenfalls ein Akt von haushaltspolitischer Willkür, Lehrer auf Arbeitszeitkonten arbeiten zu lassen, ohne Vorsorge dafür zu treffen, wie Sie die Ar-

beitszeit jemals zurückzahlen wollen. Meine Damen und Herren, Sie überlassen das Rückzahlen uns, der Nachfolgeregierung.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Wir hätten es aber gerne selber gemacht! - Gegenruf von Bernd Althusmann [CDU]: Das wollte aber niemand! So einfach ist das!)

Das bedeutet - damit Sie die Relationen kennen; Sie kennen sie nämlich noch nicht; jetzt werden Sie sie gleich kennen lernen -: 700 Vollzeitlehrer 20 Jahre lang bis 2024 haben wir zurückzuzahlen. Das, was Sie aufgetürmt haben, müssen wir abarbeiten. Diesen Wechsel auf die Zukunft hätten Sie so nicht unterschreiben dürfen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich möchte gerne wissen, was Sie heute vorhaben, Herr Jüttner. Deswegen werden Sie gleich nach mir reden. Ich freue mich darauf.

Herr Gabriel hat öffentlich erklärt, er will die 2 500 Lehrer, die wir zusätzlich eingestellt haben, wieder nach Hause schicken.

(Wolfgang Wulf [SPD]: Quatsch! - Uwe Harden [SPD]: Nein, die bleiben, bis sie pensioniert werden!)

- Wir werden es gleich hören. - Es liegt jetzt kein Antrag zum Haushalt vor, weder so noch so. Deswegen bitte ich Sie, dass hierzu Klarheit geschaffen wird. Sie haben heute die Gelegenheit, Klarheit zu schaffen, ob das gilt, was der Fraktionsvorsitzende gesagt hat, oder ob das gilt, was Sie gerne möchten.

Meine Damen und Herren, das Schulgesetz schafft den nötigen Rahmen für verlässliche Arbeit; das ist völlig klar. Wir machen Profilbildung für einzelne Schulformen. Wir schaffen Durchlässigkeit. Die Kernfächer Mathematik, Deutsch und Fremdsprachen werden gestärkt. Ihnen wird durchgängig ein neuer Stellenwert gegeben. Individuelle Förderung kommt.

(Uwe Harden [SPD]: Größere Klassen kommen!)

Meine Damen und Herren, dazu gehört aber auch als Voraussetzung für die Zukunft, dass wir der Schule, in der 70 % eines Jahrgangs zur Schule gehen, nämlich der berufsbildenden Schule, den

Stellenwert einräumen, der ihr zusteht. Das ist über Jahre hinweg vernachlässigt worden. Ich sage Ihnen nur eine Zahl, obwohl wir in vielen Details übereinstimmen - Herr Voigtländer hat viel bei Ihnen gearbeitet -: Sie haben null zusätzliche Lehrer eingestellt. Wir haben 1 000 eingestellt. Genau das ist der große Unterschied zwischen Reden und Handeln.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es wird einen neuen Grundsatzterlass zur Arbeit in der Sonderschule geben, eine besondere Schule für besondere Schüler mit besonders ausgebildeten Lehrern. Außerdem, meine Damen und Herren, werden wir den besonderen Stellenwert des Kindertagesstättenbereichs untermauern. Das ist wahrscheinlich die Stufe, in der die größte Entwicklungsmöglichkeit der Kinder bzw. der größte Lernzuwachs besteht. Insofern gibt es hier einen neuen Stellenwert mit einem neuen Bildungsauftrag. Ich sage Ihnen in aller Klarheit: Wir werden dafür sorgen, dass die Personalausstattung so bleibt, und wir werden dafür sorgen, dass auch die Gruppengröße so bleibt, meine Damen und Herren. Sie können noch so durchs Land ziehen, wie Sie wollen - dort wird nichts passieren.

Wir haben also die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Niedersachsen endlich wieder Anschluss an schulleistungsstarke Länder findet, meine Damen und Herren. Das ist gut so, denn das gibt große Chancen für die Zukunft, und die werden wir jetzt ganz konsequent nutzen.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Frau Korter hat das Wort.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Ich habe mich schon vor drei Stunden gemeldet, Frau Präsidentin!)

Ina Korter (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es gibt kein Plenum, in dem wir uns nicht von der FDP erzählen lassen mussten, dass sie Niedersachsen endlich die Freiheit zurückgeben wolle, und es gibt auch kein Plenum, in dem der Kultusminister nicht betont, dass er seine Wahlversprechen umsetzen werde.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Richtig! - Bernd Althusmann [CDU]: Genau so wird es sein!)

- Beruhigen Sie sich mal. Es dauert noch ein bisschen; ich sage noch mehr.

Ich wäre froh gewesen, wenn er sein Wahlversprechen in einem Punkt nicht umgesetzt hätte, nämlich beim Durchziehen Ihres neuen Schulgesetzes wider jede bildungspolitische Vernunft innerhalb von vier Monaten nach Regierungsantritt. Frau Jürgens-Pieper und Herr Gabriel haben das in drei Monaten geschafft. Das haben Sie nicht ganz erreicht, aber die Schulstrukturreform, die Sie beschlossen haben, war genauso daneben.

(Beifall bei den GRÜNEN - Hans-Christian Biallas [CDU]: Inzwischen hat Herr Gabriel gesagt, das sei alles Murks gewesen!)

- Kann ich weiterreden? - Danke, Herr Biallas.

Das Schulgesetz mit der Weichenstellung noch früherer Trennung angeblich nach Begabungen war eine Fehlentscheidung, und das wissen Sie alle inzwischen längst. Aber zwischen dem Zugeben und dem Wissen, dass man rein ideologisch und falsch gegen den Lauf der Zeit entschieden hat, liegen ja bekanntlich Welten.

Herr Minister Busemann, Sie können gar nicht oft genug betonen, dass Sie Ihre Wahlversprechen auch einlösen. Wollen wir doch einmal sehen, wie es damit aussieht.

(Zurufe von der CDU: Bestens!)

Keine Gelegenheit lassen Sie aus - Herr Klare hat das eben betont -, von dem Kraftakt, der Herkulesaufgabe zu sprechen,

(Ernst-August Hoppenbrock [CDU]: Das war es auch!)

geradezu zu schwärmen, welche die Einstellung von 2 500 zusätzlichen Lehrkräften für Niedersachsen bedeutet habe.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

- Schön, dass Sie mir so viel Applaus geben. Danke schön. - Es ist richtig: Sie haben eine Menge neue Lehrkräfte eingestellt. Aber haben Sie damit tatsächlich die Bildungsqualität in Niedersachsen entscheidend verbessert?

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Ja, natürlich! - Zurufe von den GRÜNEN und von der SPD: Nein!)

Das wollen wir uns einmal genauer ansehen. Wird dadurch, dass man vom Alten ein wenig mehr installiert, die Unterrichtsqualität wirklich besser? Gibt es tatsächlich so viel mehr Unterricht, und dann für alle Schulen? Das muss man sich genauer ansehen. Eines ist inzwischen allen klar, und auch das Ministerium rechnet so: Ein wachsender Teil Ihrer neuen 2 500 Stellen, nämlich bis zu 1 000, wird in den nächsten acht Jahren für das Abitur nach Klasse 12 im Gymnasium verschwinden, weil das seine vorgeschriebenen 265 Stunden erreichen muss. Dass die Schülerinnen und Schüler an den Gymnasien demnächst 34 bis 35 Unterrichtsstunden pro Woche haben werden, das wird inzwischen sogar schon von Ihrer Berater-Connection, den Philologenverbänden Baden-Württemberg und Bayern, infrage gestellt und kritisiert. Nehmen Sie das doch endlich einmal zur Kenntnis!

(Ernst-August Hoppenbrock [CDU]: Bei euch sind die Stunden ausgefallen!)

Wir hören vom Philologenverband, dass selbst leistungsmotivierte Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg inzwischen schulmüde und schulunlustig sind, weil sie zum Teil mehr arbeiten müssen als ihre berufstätigen Eltern. Das ist Ihre schulpolitische Vision.

(Oh! bei der CDU)

Aber das alles interessiert Sie wenig. Sie, Herr Minister, wissen alles besser, und Herr Klare auch, wie ich gestern in der Aktuellen Stunde bei der Diskussion des OECD-Berichts gemerkt habe, den offensichtlich niemand in Ihrer Fraktion kannte.

Sie verbrauchen 700 Stellen dafür, die so genannten November-Lehrer der SPD durchzufinanzieren, wie sie es nennen. In Wirklichkeit rechnen Sie diese Lehrerinnen und Lehrer, die schon vor der Wahl eingestellt worden sind, einfach auf Ihre 2 500 Stellen an.

(Widerspruch bei der CDU - Reinhold Coenen [CDU]: Das stimmt doch einfach nicht!)

- Sind Sie im Kultusausschuss? Rechnen Sie mir das doch bitte einmal vor. Kommen Sie doch

nächstes Mal. Dann wollen wir das einmal durchrechnen. - Weitere 500 Stellen kostet es, aufgrund der Abschaffung der OS und der Einführung des dreigliedrigen Systems nach Klasse 5 mehr Klassen einzurichten. Nochmals 450 Stellen gehen drauf, weil die Orientierungsstufen-Lehrer an anderen Schulformen, an denen sie jetzt eingesetzt sind, weniger Unterrichtsverpflichtung haben. Was bleibt da noch von Ihrer großen Herkulesaufgabe? Bleibt da noch eine einzige Stelle für Förderung? Schon in zwei Jahren wollen Sie die Stellen wieder zusammenstreichen.

(Norbert Böhlke [CDU]: Weil wir weniger Schüler haben werden!)

Erst 50, dann 250, dann 400. Ist das der große Wurf in der Schulpolitik, den Sie hier beschwören wollen? Vom Wiederholen wird es nicht richtiger, Herr Klare. Ich glaube, Ihr Herkules muss noch ganz schön viel trainieren, sonst wird das nichts mit dem Kraftakt. Zumindest fehlt die Ausdauer. Sie wollen doch so gerne beim nächsten Mal PI-SA-Sieger werden. Das ist doch Ihre größte schulpolitische Ansage.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Etwas anderes haben Sie mir in der Diskussion über unsere Große Anfrage nicht sagen können. - Schön, dass Sie klatschen. Offensichtlich wissen Sie nicht, was Sie sonst machen sollen, außer Sieger zu werden.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Frau Korter, so schlimm kann das doch nicht sein!)

Auf die Frage aber, wie das gehen soll, bleiben Sie uns die Antwort schuldig. Eine ganze Menge fehlt noch zum Erfolg, bis zum besseren Abschneiden in internationalen Vergleichstests. Dafür muss man üben, üben, üben und endlich die OECD-Studien einmal zur Kenntnis nehmen.

Aber kommen wir wieder zurück zu Ihren Wahlversprechen. Die Unterrichtsversorgung soll 100 % betragen. Herr Klare hat gerade wieder gesagt, dass das Ihr Ziel sei. Wie aber sieht es wirklich damit aus? Haben Sie dieses Ziel etwa schon erreicht, wie Sie immer betonen? Der Minister sagt, sie soll 99,9 % betragen. An den Grundschulen beträgt sie 102,9 %. Das ist gut. An den Orientierungsstufen beträgt sie 97,8 %. Das sind keine 100. Aber die Orientierungsstufen werden ja ohnehin gestrichen. Hauptschulen: 97,5 %. Das sind

auch nicht 100. Realschulen: 97,4 %. Das sind ebenfalls keine 100.

(Reinhold Coenen [CDU]: Wie war es denn vorher?)

Aber endlich an den Gymnasien: 100,1 %. Siehe da, an den Gymnasien. An den Sonderschulen sind es nur 94,7 %. Das reicht Ihnen anscheinend, um von durchschnittlich 100 % zu sprechen. So kann man das auch sehen.

(Zurufe von der CDU)

- Sie von der CDU-Fraktion sollten ruhig ein bisschen zuhören; denn so etwas erzählt Ihnen Herr Klare nicht, obwohl Sie diese Zahlen in Ihren Wahlkreisen vertreten müssen. Deshalb hören Sie sich die Zahlen ruhig einmal an.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn sich von diesem Kultusministerium nicht 100 % ausrechnen lassen, dann wird einfach die Klassengröße heraufgesetzt, werden Zusatzbedarfe gekürzt, Anrechnungsstunden für Lehrkräfte für Zusatzaufgaben zusammengestrichen. So einfach geht das. Man ist ja jetzt nicht mehr in der Opposition, in der man sich vor mehr als einem halben Jahr noch heftig, heftig über solche Rechentricks aufgeregt hat.

Nein, Herr Minister, Sie haben keine Skrupel, Unterrichtsstunden in Höhe von 2 700 Lehrerstellen umzuschichten, damit es statistisch besser aussieht. Was Ihr neuer Unterrichtsversorgungserlass aber wirklich ergeben wird, ist eine Katastrophe. Jetzt müssen Sie jetzt genau zuhören, weil das das ist, was Ihre Wahlkreise Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, vortragen werden. Sie kürzen den Vollen Halbtagschulen, deren Weiterbestehen Sie doch großartig gefeiert und im Lande verkündet haben, vollständig und ersatzlos die Vertretungsreserve, ohne dass Sie ihnen ein eigenes Budget geben.

(Ursula Körtner [CDU]: Drei Stunden haben sie immer noch!)

Sie streichen den Ganztagschulen die Zusatzbedarfe für Ganztagsangebote so zusammen, dass im besten Falle noch Betreuung übrig bleibt. Bei den Wahlpflichtbereichen wird derartig gekürzt, dass keine Profilbildung oder individuellen Lernschwerpunkte mehr möglich sind, sondern nur noch Einheitsunterricht in großen Lerngruppen.

Am schlimmsten aber gehen Sie an die Gesamtschulen heran. Dort wird alles an integrativem und jahrgangsübergreifendem Unterricht derart zusammengestrichen, dass einzelne Gesamtschulen 10 bis 15 % ihrer Lehrerstundenzuweisungen verlieren.

(Wolfgang Wulf [SPD]: So ist es! -
Karl-Heinz Klare [CDU]: Aber sie werden doch gleich behandelt!)

Herr Minister Busemann, wenn es nicht in Wirklichkeit Ihre Absicht ist, auf kaltem Wege die Gesamtschulen mithilfe dieses Erlasses zu erledigen - und das muss man schon fast denken -, dann korrigieren Sie diesen Gesamtschul-Erledigungserlass ganz deutlich und ganz schnell.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Es liegen hunderte, nein, an die tausend Petitionen und Protestbriefe zu diesem Erlassentwurf vor. Es wäre unverantwortlich, ihn in dieser Form in Kraft treten zu lassen, denn Sie zerstören damit die Motivation der engagierten Lehrkräfte und bewährte pädagogische Konzepte.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Aber Frau Korter, können die nicht genauso arbeiten wie die anderen Schulen, unter den gleichen Voraussetzungen?)

Meine Damen und Herren, manches ändert sich eben allzu rasch nach dem Regierungsantritt. Da wurde noch vor der Wahl von der Stärkung des Bildungsauftrags im Kindergarten und vom kostenlosen Bildungsjahr für Fünfjährige gesprochen. Und jetzt? Keine Rede mehr davon. Im Gegenteil: Im Haushaltsansatz für den Bildungsplan „Kindergarten“ kürzen Sie um über die Hälfte. Dafür wollen Sie aber Ihr bahnbrechendes Programm „Bewegter Kindergarten“ auf den Weg bringen - ohne Haushaltsansatz, wahrscheinlich ehrenamtlich.

Die Kita-Mittel will der Innenminister künftig nach einer Kopfprämie - das scheint jetzt Ihr Lieblingswort zu sein - auf die Kommunen verteilen. Dadurch wird sich dort der Druck verschärfen, Ganztagsgruppen auf eine Halbtagsbetreuung zu reduzieren und zusätzliches Personal in sozialen Brennpunkten zu streichen. So sollen also gerade die Kinder aus benachteiligten Verhältnissen in Ihren Kitas gefördert werden. Ja, meine Damen und Herren, es ändert sich offensichtlich sehr schnell die Perspektive, wenn man in der Regierung ist.

Während vorher die Verlässliche Grundschule von Übel war, der Minister 1999 sogar noch Angst vor ihr hatte, wird sie jetzt als Erfolgsmodell übernommen.

Herr Minister, im Bereich der Grundschulen hatten Sie viel versprochen. Volle Studentafel mit 100 Stunden für die Grundschule war die Zielmarke. Gerade einmal 94 Wochenstunden haben Sie für die Grundschule realisiert. Die Lernmittelfreiheit wollten Sie immer abschaffen. Einverstanden, sage ich, wenn alle, die es zahlen können, selbst ihre Bücher kaufen, damit sie damit auch arbeiten können. Kinderreiche Familien und sozial Schwache müssen die Bücher kostenlos bekommen. Was macht der Minister? Er redet von sozialverträglichen Modellen, streicht dann aber jeden Euro für einkommensschwache Familien aus dem Haushalt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wer soll denn nun die Schulbücher bezahlen? Die Kinder, die Eltern oder die Kommunen, Herr Minister? Darauf bleiben Sie eine Antwort schuldig. Ich schließe daraus: Die Diskussion um die Abschaffung der Lernmittelfreiheit war bei Ihnen eine Scheindebatte. Sie hatten überhaupt nicht vor, ein gerechtes und sinnvolles Modell zu entwickeln. Es ging ausschließlich um Einsparungen. Herr Minister, ich hatte Ihnen tatsächlich abgenommen, dass Sie es mit der Sozialstaffel ernst meinten. Sie selbst haben Kinder. Ich dachte, das kann ich dann wohl glauben, wenn er es hier verkündet. Ich muss mich wohl erst noch an die entschiedene CDU-Politik zugunsten einkommensstarker Familien und zuungunsten einkommenschwacher Familien gewöhnen. Das hatte ich mir nicht so klar vorgestellt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Das passt auch zu Ihren Planungen, die Hausaufgabenhilfe für ausländische und ausgesiedelte Kinder vollständig abzuschaffen. Jahrelang ist in den Haushaltsberatungen immer wieder an dieser Position herumgebastelt worden. Die SPD wollte die 2 Millionen DM schon mal streichen.

(Wolfgang Wulf [SPD]: Wir nicht!)

Der ehemalige Oppositionsführer Christian Wulff griff damals die Landesregierung scharf an. Einer der wichtigsten Bausteine zur Integration werde

gedankenlos zerstört, hat Christian Wulff geschrieben; die Landesregierung - damals SPD - kürze auf Kosten der schwächsten Schüler. - Das war im Jahr 2000. Heute plant die neue CDU-geführte Landesregierung die komplette Streichung der Hausaufgabenhilfe. Was ist denn jetzt anders geworden, dass sie jetzt auf einmal gestrichen werden darf?

(Ernst-August Hoppenbrock [CDU]:
Mehr Unterricht! - Lachen bei der
SPD)

Nichts! Die SPD ist jetzt aber in der Opposition und kritisiert aufs Schärfste, was sie alle Jahre selbst streichen wollte, und die CDU streicht heute rücksichtslos die im Vergleich zum Gesamthaushalt kleine Summe von 1 Million Euro, die aber sehr effektiv dafür gesorgt hat, dass zahlreiche Kinder in Niedersachsen, deren Eltern sich Hausaufgabenhilfe und private Nachhilfe nicht leisten können, auch mal gut vorbereitet in den Unterricht gehen können. Was das bedeutet, kann sich jede Pädagogin und jeder Pädagoge hier vorstellen - vielleicht nicht jeder Jurist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der
SPD)

Herr Minister, mit der Schulpolitik - ich komme langsam zum Schluss - ist es manchmal so wie mit Weihnachten: Sie bereiten einen wunderschönen Tannenbaum vor, machen Bescherung mit 2 500 Lichtern oder 2 500 Stellen, es glänzt in der Weihnachtsstube, es glänzt zunächst auch in der Wahrnehmung Ihrer Schulpolitik,

(Zuruf von der CDU: Es glänzt immer!)

aber nur zu Anfang. Wenn man dann die Pakete unter dem Baum aufmacht, sieht man, was darin ist: unangenehme Erlasse und Verordnungen, die die ganze Schulqualität kaputt machen. Dann wird es in Ihrer Stube immer heißer. Der Weihnachtsbaum - das kennen Sie - beginnt zu nadeln, wenn Sie so etwas überhaupt noch haben. Der schöne Glanz verblasst. So ist es auch bei Ihnen, Herr Minister.

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Frau Korter, Ihre Redezeit ist vorbei.

Ina Korter (GRÜNE):

Ich bin beim letzten Satz, Frau Präsidentin. - Mit der Vorlage Ihrer Grundsatzерlasse, vor allem des Unterrichtsversorgungserlasses, haben Sie dafür gesorgt, dass der erste, ohnehin trügerische Glanz Ihrer Schulpolitik jetzt verblasst.

(Hans-Christian Biallas [CDU]: Das
waren jetzt aber schon 20 Sätze!)

Die Entzauberung des Kultusministers in Niedersachsen hat begonnen. Ein bekanntes schwedisches Möbelhaus

(Zuruf von Hans-Christian Biallas
[CDU])

- Herr Biallas, Sie geben sich ja alle Mühe zu stören; deshalb muss ich die Minute jetzt noch haben - wirbt zurzeit mit dem Slogan: Baum zurück für Kinderglück. - Herr Minister Busemann, wenn Sie so weitermachen, könnte es nächstes Jahr schon heißen: Gebt Busemann zurück für mehr Kinderglück.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der
SPD)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Frau Korter, ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

Ina Korter (GRÜNE):

Ich bin am Schluss, Frau Präsidentin. - Es ist Weihnachten. Deshalb habe ich dem Minister von draußen, von den Kindern der Vollen Halbtagschulen aus dem Landkreis Cuxhaven, ein Weihnachtsgeschenk mitgebracht, das der Minister nicht annehmen wollte. Ich bitte Sie, das hier ent-

(Die Präsidentin schaltet das Mikrophon ab - Ina Korter [GRÜNE]: Frau Präsidentin, es ist nett, dass Sie mir den Ton abgedreht haben! - Zuruf von der CDU: Das ist so, wenn man so lange redet! - Ina Korter [GRÜNE] überreicht Minister Busemann Sterne mit Wunschzetteln)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Das Wort hat der Abgeordnete Jüttner. Herr Jüttner, Ihre Zeit läuft.

(Claus Peter Poppe [SPD]: „Ihre Zeit läuft“ - ich bin hier wohl beim Sprint!)

Wolfgang Jüttner (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einem Zitat beginnen:

„Wir brauchen die bessere Förderung jedes Einzelnen, weil fehlende Chancengleichheit den gesellschaftlichen Zusammenhalt und auf Dauer den sozialen Frieden gefährdet. Wir brauchen sie auch, weil wir in den kommenden Jahren und Jahrzehnten mehr denn je auf qualifizierte Frauen und Männer angewiesen sind, damit deutsche Unternehmen erfolgreich sein können. Soziale Verpflichtung und wirtschaftliche Notwendigkeit weisen also beide in die gleiche Richtung. Wir dürfen niemanden abschreiben. Wir dürfen niemanden fallen lassen. Wir müssen jeden jungen Menschen so fordern und fördern, dass wir ihm gerecht werden.“

Meine Damen und Herren, das ist ein Zitat des Bundespräsidenten Johannes Rau, vor wenigen Wochen in einem Sammelband erschienen. Ich meine, er drückt das aus, was in unserer Gesellschaft eigentlich notwendig ist. Wir stehen vor einem gravierenden Paradigmenwechsel in der Bildungspolitik. Es geht nicht weiter so mit Kleinklein, mit Veränderung hier und Veränderung da, sondern wir brauchen einen Mentalitätswechsel, eine Bildungsrevolution. Der Gedanke, die Schule von den Kindern her zu denken, klingt fürchterlich banal, wird aber unser gesamtes Bildungswesen auf den Kopf stellen. Ich glaube, den meisten auch hier im Hause ist das überhaupt nicht klar. Denn was sind Ihre Antworten, die Sie in den letzten Monaten auf diese Herausforderung gegeben haben, die inzwischen evident ist? - Ihre Antwort heißt: Von Bayern lernen, heißt siegen lernen.

(Zustimmung bei der CDU)

- Dieser Beifall ist richtig angebracht! Das ist Ihre Wahrnehmung!

(Zuruf von der CDU: PISA!)

Sie haben sich nämlich eingeredet, dass es nach den PISA-Untersuchungen Siegerländer in Deutschland gibt, nämlich Bayern und Baden-

Württemberg als Siegerländer aus dieser internationalen Untersuchung. Meine Damen und Herren, das ist doch abwegig! Wir haben zur Kenntnis zu nehmen: Ganz Deutschland hat sich in der bildungspolitischen Debatte der letzten Jahrzehnte vergaloppiert, uns eingeschlossen. Die Defizite, die da erkennbar sind, müssen uns wirklich die Schamesröte ins Gesicht treiben,

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

dass es uns nicht gelungen ist, die richtigen Antworten zu geben. Wir alle miteinander sind zu kurz gesprungen. Und was machen Sie? - Sie geben Ihr Zukurzspringen als neue Perspektive aus, meine Damen und Herren. Das ist das Problem, mit dem wir es gegenwärtig zu tun haben.

Zu einer vernünftigen Therapie in der Bildungspolitik gehört, dass wir uns erst einmal darüber verständigen, wo wir in der Tat nicht auf der Höhe der Zeit waren. Dabei geht es auch um das Ausräumen von gepflegten Vorurteilen. Ein Vorurteil ist - für Sie wirklich die Krone überhaupt -: Unterrichtsversorgung ist alles. - Natürlich ist es bedeutsam, ob Unterricht stattfindet. Das ist keine Frage, meine Damen und Herren.

(Ursula Körtner [CDU]: Aber?)

Aber ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit: 98 % qualifizierten Unterricht erteilt ist besser als 100-prozentiges Mittelmaß. Das ist meine Position an dieser Stelle. Diese Argumentation ist Ihnen aber völlig fremd.

Das Gleiche gilt - das haben Sie ja im Sommer nachgewiesen - für die Bedeutung von Schulstrukturen. Natürlich ist es nicht unbedeutend, wie die Schule aufgebaut wird. Aber Ihre ideologische Verbohrtheit, dass es in dieser Gesellschaft drei definierte Begabungen gibt und dass man für diese drei Begabungen drei Schulformen vorhalten - - -

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Herr Jüttner, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Albrecht?

(Uwe Harden [SPD]: Doch nicht mitten im Satz stören!)

Wolfgang Jüttner (SPD):

Nein, Frau Präsidentin, ich möchte jetzt zu Ende reden. - Dass es zu diesen drei Begabungen drei

entsprechende Schulformen geben muss und dass es nach Möglichkeit darauf ankommt, dass niemand eine Chance bekommt, über den eigenen Zaun zu gucken, und dass im Alter von zehn Jahren klar ist, wohin es im Leben geht, ist doch Verbohrtheit par excellence, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Zu diesen gepflegten Vorurteilen gehört auch, dass die pädagogische Freiheit in Deutschland kein Freifahrtschein für Abschottung sein darf. Auch das ist ein Teil des Problems - inzwischen aufgebrochen, aber zu lange auch bei uns gepflegt. Über solche Dinge müssen wir hier diskutieren, anstatt hier Sachen vorzutragen, deren Begrenztheit offensichtlich ist.

Natürlich ist in den letzten Jahren nicht alles falsch gemacht worden. Es gibt auch Ansätze, die schon in die Zukunft gewiesen haben - in Niedersachsen und auch anderswo. Das gilt beispielsweise für die Einführung der Verlässlichkeit in der Grundschule; das ist überhaupt gar keine Frage. Das gilt für die Neuorientierung der Eingangsstufe. Das gilt für das Vorziehen der Fremdsprache in den Bereich der Grundschule. Das gilt für die Verstärkung des naturwissenschaftlichen Unterrichts. Das gilt auch für eine verstärkte Bedeutung des Ganztagsansatzes, meine Damen und Herren. So manches davon ist in den letzten fünf Jahren von der SPD-geführten Landesregierung auf den Weg gebracht worden - übrigens alles gegen Ihren entschiedenen Widerstand.

(Zustimmung bei der SPD)

Daran will ich erinnern. Das ist ganz interessant.

Aber Herr Busemann ist klug genug

(Zuruf von der CDU: Ist er wirklich!)

- es geht weiter; Vorsicht, Herr Kollege -, relativ schnell zu merken, dass so manches ganz vernünftig war und dass manche Aktion, die wir auf den Weg gebracht haben, ihm ganz gut steht. Deshalb protzt er geradezu mit den meisten Dingen, die wir ihm in den Schoß gelegt haben und wozu die Vorbereitungen abgeschlossen waren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Lachen bei der CDU)

Herr Busemann, ich habe das nicht zu kritisieren; ich finde das in Ordnung. Gute Sachen gehören

fortgesetzt. Ich habe nur festzustellen, dass ein Teil dieses Hauses heute Dinge bejubelt, die er jahrelang scharf geißelt hat. Auf diesen kleinen Sachverhalt wollte ich aufmerksam machen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie haben also viel übernommen, und das war in Ordnung.

Dann haben sie zwei Akzente gesetzt, die für Sie so wichtig sind, dass Sie vor Kraft kaum noch gehen können. Das erste Thema ist die Unterrichtsversorgung. Ich will einmal darauf hinweisen, meine Damen und Herren, dass zwischen 1998 und 2003 in Niedersachsen über 15 000 Lehrerinnen und Lehrer neu in die Schulen gekommen sind,

(Astrid Vockert [CDU]: Wie viele zusätzlich?)

im Übrigen über 3 000 auf zusätzliche Stellen, Frau Kollegin Vockert.

(Wolfgang Wulf [SPD]: Das ist eine SPD-Leistung! - Zuruf von der CDU: Donnerwetter!)

- Donnerwetter! Über 3 000! - Ich glaube, dass das eine kontinuierliche Einstellungspolitik dokumentiert und damit auf die Bedarfe der Schulen über einen längeren Zeitraum angemessen reagiert wurde.

(Zuruf von der CDU: Ist deswegen die Unterrichtsversorgung immer weiter gesunken?)

Dann kommen Sie und schreiben in Ihr Wahlprogramm: 2 500 neue Stellen. Das haben Sie bei Herrn Koch abgeschrieben, nach dem Motto: Man muss Muckis zeigen. - Sie haben allerdings nicht damit gerechnet - dabei haben Sie leider Unrecht gehabt -, dass Sie die Wahl gewinnen.

(Lachen bei der CDU)

Denn an der Einlösung dieses Wahlversprechens haben Sie zu kauen, meine Damen und Herren. Hätten Sie gewusst, dass Sie die Wahl gewinnen, hätten Sie diese Zusage, dieses Versprechen nicht gemacht. Nur um das einzulösen, haben Sie diese Einstellungspolitik vorgenommen. Aber zu welchem Preis?

Erstens. Entgegen den Aussagen von Frau Mundlos - ich zitiere sie: Bildung wird nicht durch

Bildung finanziert - haben Sie in den Hochschulbereich richtig hineingehauen. In den Schulen werden die Zahlen geringer, in den Hochschulen müssen und werden sie steigen. Und was machen Sie? Sie finanzieren Bildung durch Bildung. Das ist eine Katastrophe und ein falsches Signal.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Diese Antwort bekommen Sie zurzeit an jedem Hochschulstandort.

Zweitens. Sie kürzen im Bereich der Sozialpolitik. Dazu hat Herr Schwarz Ihnen einiges ausgeführt.

Drittens. Sie gehen in die Neuverschuldung. Ich glaube, dass das ein verdammt hoher Preis für eine Sache ist, der man an sich etwas Gutes abgewinnen kann, wenn sie denn zur Konsequenz hätte, dass sich darüber die Unterrichtsversorgung in den Schulen verbessert.

(Zuruf von der CDU: Hat sie doch!)

Aber was ist denn aus diesen 2 500 Stellen geworden? - Das will ich Ihnen jetzt einmal erzählen: 1 000 Stellen kommen in den Bereich der beruflichen Bildung. - Respekt! Dies ist wahrscheinlich sinnvoll; das will ich nicht weiter kritisch kommentieren. Es bleiben dann 1 500 Stellen übrig.

Ausweislich der Vorlage 44 im Zusammenhang mit der Beratung des Schulgesetzes stellt das Kultusministerium fest, dass die Auflösung der Orientierungsstufe aufgrund des gültigen Klassenbildungserlasses einen Mehrbedarf von 530 Stellen mit sich bringt. Dann sind noch knapp 1 000 übrig.

Weiterhin wird die Schulzeit auf zwölf Jahre bis zum Abitur umgestellt. Das ergibt einen zusätzlichen Bedarf in der Spitze von 1 000. Dann sind wir bei ungefähr minus 50.

(Zuruf von der CDU: In acht Jahren!)

- In acht Jahren! Diese Relativierung sei gestattet.

(Lachen bei der CDU)

- Ich habe „in der Spitze“ gesagt, meine Damen und Herren. Immer aufpassen! Ich weiß, das ist nicht Ihre Stärke.

Es kommt hinzu, dass die Arbeitszeitverordnung durch die Umsetzung von 10 000 Lehrerinnen und Lehrern weitere 430 Stellen abbildet. Was heißt das konkret? - Das heißt, dass diese 2 500 Stellen

der Preis für die bildungspolitische Rolle rückwärts sind. Genau darum geht es Ihnen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Busemann, Sie haben den Zenit Ihrer Tätigkeit als Kultusminister überschritten.

(Lachen bei der CDU - Zuruf von der CDU: Gut, dass Sie das sagen! Sie haben ihn schon hinter sich!)

Sie haben es noch nicht gemerkt. Es traut sich auch keiner von Ihren Leuten, Ihnen das zu sagen. Ihre Selbstgefälligkeit lässt auch nicht zu, dass Sie das zur Kenntnis nehmen. Das will ich gerne einräumen.

Wissen Sie, wie mir das vorkommt? - Wie das schöne Bild von dem Dachdecker, der sich zu hoch hinaus gewagt hat, oben ausrutscht, vom Dach fällt, sich wundert, warum die Leute aus den Fenstern gucken, und ihnen zuruft: Bisher ist doch alles gut gegangen.

(Zuruf von der CDU: Sprechen Sie von Herrn Gabriel? Da kennen Sie sich offenbar gut aus! - Bernd Althausmann [CDU]: Da kennen Sie sich offenbar gut aus, bei diesem Hochseilakt! Haben Sie das selber so erlebt?)

Genau das ist der Fall: Bisher ist alles gut gegangen, weil der Aufprall erst in nächster Zeit ansteht. Es wird ganz schön hart werden, wenn Sie mit dem Kopf aufknallen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen, warum der Zenit im Sommer überschritten war: Es gab im Kabinett die Haushaltsberatungen für das Jahr 2004 und die Beschlüsse zur Mittelfristigen Planung, Herr Busemann. Da haben Sie kleine Brötchen gebacken.

Erstens. Entgegen Ihrer Zusage hier im Parlament mit Datum vom 14. Mai haben Sie 700 Stellen, die bis dahin finanziert waren und die Sie auf Dauer zugesagt hatten, in Abgang gestellt. Termin: 1. Februar 2004. - 700 Stellen weg.

Zweitens. Sie haben einräumen müssen, dass im Zeitraum der Mipla - Frau Korter hat darauf hingewiesen - weitere 700 Stellen in Abgang zu stellen sind. Das ergibt 1 400 Stellen.

Sie haben gleichzeitig 670 Stellen in Abgang gestellt, die in der Mittelfristigen Planung der alten Landesregierung für den notwendigen Sonderbedarf vorgesehen waren, der sich aus dem ergeben hat, was Sie von uns übernommen haben. - Das ist das Paket, das Sie in Abgang gestellt haben.

Deshalb ist seit dem Sommer eine entsprechende Hektik in Ihrem Hause, Herr Busemann. Sie wissen, dass Sie Ihre Garantie auf Unterrichtsversorgung nicht mehr erfüllen können. Deshalb haben Sie sich der Garantieerklärung verweigert, die wir hier in den Landtag eingebracht haben. Denn Sie wissen, dass Sie sie nicht erfüllen können. Deshalb sind Sie seit dem Sommer dabei, den Übergang von vorgeblicher Transparenz hin zur Trickserie größten Ausmaßes zu organisieren.

Das fängt beim Thema Volle Halbtagschulen an. Im Juni schreiben Sie ins Gesetz, das werde aufrechterhalten, obwohl wir kritische Anmerkungen dazu gemacht haben, was die Qualität des Vorgangs angeht. Schon drei Monate später ist klar: Es wird abkassiert.

Sie können sich ja über den Protest da draußen aufregen, Herr Klare. Aber Sie bekommen wahrscheinlich ähnlich viele Schreiben wie wir von den Vollen Halbtagschulen. Das Zentrale, worauf sie uns aufmerksam machen, ist: CDU macht Wahlbetrug, CDU organisiert Lüge! Das ist der Inhalt der Briefe.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das Problem ist: Diejenigen, die das schreiben, haben Recht. Das ist in der Tat Ihr Problem, nicht meines.

Beim Thema Sprachförderung gilt natürlich das Gleiche: Für die zusätzlichen Stunden hatten wir zusätzliche Stellen vorgesehen. Die werden abkassiert, und es wird aus dem Laufenden erbracht. Sie laufen durch das Land und erzählen etwas von der Qualität der Sprachförderung - das ist in Ordnung; das ist auch unsere Position -, aber es muss aus den Förderbedarfen insbesondere der Grundschulen erwirtschaftet werden. Was ist das für ein politisches Selbstverständnis? Sie erzählen hier etwas von Qualitätssicherung und Qualitätssteigerung, und an jeder Stelle, wo Qualität auf dem Tisch liegt, wird dieses Prinzip mit Füßen getreten. Das ist die Realität.

(Zustimmung bei der SPD)

Ihr nächstes großes Thema ist das Schulgesetz. Wir haben das gründlich diskutiert. Frühe Selektivität: Jeder sagt Ihnen inzwischen - übrigens nicht mehr nur die Baden-Württembergische Handwerkskammer -, dass das unter ökonomischen Gesichtspunkten von vorgestern ist. Sie schränken die Elternrechte ein. Sie behindern alle möglichen Formen von Kooperationen. Sie reklamieren Durchlässigkeit und organisieren - das wird sich im untergesetzlichen Regelwerk zeigen -, dass Durchlässigkeit überhaupt nicht stattfinden kann. Sie organisieren weiterhin, wie ich glaube, wider besseren Wissens einen Kampf gegen die Gesamtschulen, die in der Praxis dokumentieren, dass sie hinreichend wettbewerbsfähig sind. - Mit dieser Situation haben wir es hier zu tun.

Um das Ganze jetzt entsprechend abzubilden, sind Sie in großer Hektik dabei, im untergesetzlichen Regelwerk die Voraussetzungen zu schaffen, damit Ihnen möglichst niemand auf die Schliche kommt. Aber wir werden Ihnen auf die Schliche kommen. Dann bleibt wenig von dem übrig, was Sie zum Thema untergesetzliches Regelwerk formulieren. Dort schreiben Sie, das nächste Schuljahr bringe für alle niedersächsischen allgemein bildenden Schulen einen Neuanfang, der zu mehr Qualität, zu verbesserter individueller Förderung usw. führen werde. - Wissen Sie, wie die Situation ist? - In den Lehrerkollegien herrscht das blanke Entsetzen über das, was Sie als Erlassentwurf auf den Tisch gelegt haben!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir können gern alle Teile durchgehen. Nehmen wir den Hauptschulerlass. Dort ist die Ausrichtung auf die Arbeitswelt formuliert, und zwar in einer Weise, dass die Rechtmäßigkeit zu prüfen sein wird. Die Hauptschule ist in Niedersachsen nämlich eine allgemein bildende Schule, meine Damen und Herren. Erstens deswegen und zweitens wegen der Nichtpraktikabilität dessen, was Sie in den Entwurf geschrieben haben, werden Sie in den nächsten Wochen ganz kleine Brötchen backen und das zurücknehmen.

Für die Hauptschulen haben Sie eine Regelung vorgesehen, wonach die zweite Fremdsprache an einer anderen Schule absolviert werden kann. Fragen Sie einmal die Fachleute! Die werden Ihnen sagen, dass das sogar in einer verbundenen Haupt- und Realschule organisatorisch nicht möglich ist.

Das heißt also, Sie schreiben Dinge in den Entwurf, zu denen spätestens Ihre Fachleute im Ministerium sagen, dass das praktisch nicht geht. Aber das ist Ihnen egal. Im Zweifel geht es bei der so genannten Profilierung der Hauptschule darum, dort die Stunden herauszuziehen, um bessere Verrechnungsmöglichkeiten zu eröffnen.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Es geht nur um Durchlässigkeit! Nur darum geht es!)

- Das ist doch Unfug, Herr Klare! Das glauben Sie doch selber nicht. So begrenzt können Sie doch im Denken nicht sein, wie Sie gerade dokumentieren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CDU)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Herr Kollege Jüttner, ich erteile Ihnen hiermit einen Ordnungsruf!

(Widerspruch bei der SPD)

Wolfgang Jüttner (SPD):

Das Schönste, meine Damen und Herren, ist der Klassenbildungserlassentwurf. Da wird die Stundentafel neu gerechnet. Die Pflichtstunden werden festgelegt. Das Ergebnis ist, dass Schulen, die bisher 100 % hatten, plötzlich mit 110 % verrechnet werden. Im Schnitt haben alle Schulen plötzlich - durch Rechenricks - 10 % mehr. Das gibt dem Ministerium natürlich die Möglichkeit, diese 10 % abzukassieren. Das ist überhaupt keine Frage.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Die Folge dieser neuen Berechnung ist, dass in Niedersachsen nur noch Pflichtstunden stattfinden, dass Förderunterricht kaputtgemacht wird,

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Sie wissen, dass das nicht wahr ist!)

dass Wahlpflichtunterricht weitestgehend kaputtgemacht wird, dass die Unterrichtsqualität sinkt und die Schule in Niedersachsen auf den Weg in eine Paukschule zurückgebracht wird. Das ist die Situation, der Sie sich aussetzen.

Das Ganze wird dann auch noch mit der sozialen Komponente garniert, die mit Ihrer Bildungspolitik angetrieben wird. Das beginnt beim Thema der

Lernmittelfreiheit. Wir hätten über die Ausgestaltung reden können, aber Sie kassieren ab. Das gilt sogar für die Mittel, von denen Sie vor acht Wochen noch gesagt haben, dass sie den Kommunen über den Finanzausgleich zur Verfügung gestellt würden. Das gilt für den Schülertransport, bei dem immer noch nicht klar ist, wie Sie sich verhalten. Das gilt für das Thema Kita-Standards, bei dem der Innenminister mit einer Gedankenskizze die Bildungsarbeit in den Kindertagesstätten in Niedersachsen hochgradig durcheinander bringt.

(Astrid Vockert [CDU]: Das ist Blödsinn!)

Das gilt auch für die Hausaufgabenhilfe. In meinem Wahlkreis Hannover-Linden ist der Anteil schwieriger Schülerinnen und Schüler vergleichsweise hoch. Dort wird relativ viel Hausaufgabenhilfe gegeben. Es gibt sehr gute Gründe dafür. Sie ist nämlich integraler Bestandteil dafür, dass Förderung von Benachteiligten stattfinden kann. Herr Klare hat leider kurzfristig absagen müssen, als wir in der vergangenen Woche eine Veranstaltung zu diesem Thema hatten. Fragen Sie einmal Ihre Kollegin Frau Meißner, die dankenswerterweise da war! Sie war tief beeindruckt von dem, was sie dort erlebt hat. Ihr ist deutlich geworden, dass diese 1 Million Euro, die wir in Niedersachsen dafür ausgeben, relativ wenig Aufwand bei relativ großem Erfolg bedeuten. Dass Sie das jetzt umstandslos auf Null fahren, ist ein gravierender politischer Fehler.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich kann Ihnen nur raten: Überdenken Sie das, was Sie uns auf den Tisch gelegt haben. Niedersachsen hat eine andere Bildungspolitik verdient. – Vielen Dank.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD, in rhythmisches Klatschen übergehend – Beifall bei den GRÜNEN - David McAllister [CDU]: Niedersachsen hat eine bessere Opposition verdient! Wie kann man zehn Monate nach der Wahl so dicke Backen machen? - Bernd Althusmann [CDU]: Wo ist eigentlich der Fraktionsvorsitzende?)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Das Wort hat der Abgeordnete Hans-Werner Schwarz.

(David McAllister [CDU]: Stellen Sie bitte richtig, was gesagt worden ist!)

Hans-Werner Schwarz (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte gerne auf drei Bemerkungen eingehen, die meine Vorredner gemacht haben. Mehr Zeit habe ich nicht,

(Zuruf von der SPD: Das ist gut so!)

obwohl man dazu, wie ich offen gestehe, sehr viel mehr sagen könnte.

Sehr geehrte Frau Korter, es schadet nicht, wenn man Sieger werden will, vor allem dann nicht, wenn man dadurch Chancen für unsere jungen Menschen auf dem Arbeitsmarkt eröffnen will.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Deshalb wollen wir Sieger werden. Wir unterscheiden uns eklatant in der Auffassung zu dieser Frage von Ihnen.

Was haben Sie dagegen, dass an den Gesamtschulen Verhältnisse hergestellt werden, wie sie an anderen Schulen auch herrschen? - Wir scheuen nicht den Wettbewerb zwischen den Schulen. Die Gesamtschulen waren in der Vergangenheit bevorzugt. Das wird in Zukunft nicht mehr der Fall sein. Dagegen kann man nichts haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Verehrter Herr Jüttner, Sie sprechen davon, dass wir ideologisch verbohrt seien.

(Zustimmung bei der SPD)

- Wer immer das auch war – ich suche mir einmal Herrn Wulf aus; ich glaube, er war beteiligt -: Wir wollen mit dem zukünftigen Bildungssystem auch gewährleisten, dass wir Schüler hervorbringen, die, wenn sie mal Landtagsabgeordnete werden, auch zuhören können.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und CDU)

Ich glaube, dass wir das schaffen werden.

Jetzt zur politischen oder ideologischen Verbohrtheit. Die FDP hat, wie jede andere Partei auch, zu jeder Landtagswahl ein Wahlprogramm formuliert. Seit 1994 werfen wir Ihnen vor, dass Sie in ein bildungspolitisches Desaster hineingehen. Seit 1994! Nichts, aber auch gar nichts haben Sie in diesen Jahren getan, damit das verändert wird. Sie haben herumgeeeiert, aber herausgekommen ist dabei nichts. Vor diesem Hintergrund frage ich: Wer ist eigentlich verbohrt? Sind wir das, oder sind das diejenigen, die in den letzten 13 Jahren nichts gemacht haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Bernd Althusmann [CDU], an die Fraktionen von SPD und GRÜNEN gewandt: Dort sind die Ideologen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute ist es Usus, mit einem Zitat zu beginnen. Auch ich will das tun: „Der wahre Liberale begnügt sich in dieser stets unvollkommenen Welt so lange mit dem Guten, bis ihm das Bessere zu erreichen Zeit und Umstände begünstigen.“ Johann Wolfgang von Goethe um das Jahr 1800. Die Zeit, meine sehr verehrten Damen und Herren, das Bildungssystem auf ein solides Fundament zu stellen, war und ist überfällig. Die Umstände begünstigen die Liberalen, seit wir am 2. Februar 2003 durch den Wähler den Auftrag erhalten haben, in der Schulpolitik die Dinge zum Besseren zu wenden.

(Uwe Harden [SPD]: Genießen Sie es! Das kann ein kurzes Vergnügen sein!)

Insofern sind beste Voraussetzungen gegeben, um die Bedingungen zu verändern, die uns im Land Niedersachsen im Vergleich mit den anderen Bundesländern einen Platz im letzten Drittel beschert haben.

(Beifall bei der FDP)

Die bisherige Bildungspolitik ist gescheitert, weil durch die Vorgängerregierungen insbesondere der Wert von Leistung und Anstrengung vernachlässigt worden ist.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Nach Auffassung der FDP zählen Erziehung, Bildung und Ausbildung junger Menschen zu den wichtigsten Aufgaben von Staat und Gesellschaft. Nur mit engagierten, gut ausgebildeten und kreativen Menschen lassen sich die Aufgaben der Zu-

kunft bewältigen. Grundvoraussetzung dafür sind aus unserer Sicht das Beherrschen der Grundfertigkeiten Rechnen, Lesen und Schreiben, eine solide Allgemeinbildung, dazu fundiertes Fachwissen, die Erziehung zu sozialem Engagement und zu Zivilcourage.

Wir sind fest davon überzeugt, dass die Institution Schule alleine in der Zukunft nicht in der Lage sein wird, die erheblichen Defizite im niedersächsischen Bildungsbereich zu beheben. Deshalb war es unser Anliegen, den Dialog zwischen Schule, Schülern und Elternhaus im Niedersächsischen Schulgesetz festzuschreiben. Nur im Dialog kann eine dringend erforderliche Werteerziehung zu Humanität und Toleranz, zu Diskursfähigkeit und Solidarität erfolgreich sein.

Neben weiteren wichtigen Bildungszielen ist aber auch die Bereitschaft zu lebenslangem Lernen zu fördern; denn es besteht - davon sind wir überzeugt - neben dem individuellen Recht auf Bildung auch eine Pflicht zur Bildung. In einer demokratischen Gesellschaft braucht die Schule ein hohes Maß an Autonomie im Sinne von Eigenverantwortung. Gleichzeitig muss natürlich die Vergleichbarkeit durch staatliche Rahmenvorgaben gewährleistet sein. Nicht ohne Grund hat die FDP-Landtagsfraktion das Thema "eigenverantwortliche Schule" am 13. November erneut in das Blickfeld gerückt; damit wollten wir darauf aufmerksam machen, dass wir uns erst am Beginn eines Prozesses befinden.

(Walter Meinhold [SPD]: Das Konzept liegt doch schon vor, Herr Schwarz!)

- Ja, aber das war in vielen Teilen nicht brauchbar.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Herr Kollege Schwarz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Meinhold?

Hans-Werner Schwarz (FDP):

Nein, im Moment nicht; gleich. - Ich will Ihnen nur sagen, Herr Meinhold: Sie können nicht einfach ein Konzept aufschreiben, es den Schulen überstülpen, die Schulträger noch nicht einmal darüber informieren und den Schulen sagen: Jetzt schreibt doch bitte einmal ein Programm, und dann lasst uns bis zum Sankt Nimmerleinstag in Ruhe. - Das kann es nicht sein. So etwas braucht Vorbereitung.

Das war bei Ihnen nicht gegeben, Herr Meinhold; das war anders.

Wenn wir eine Vergleichbarkeit gewährleisten wollen, müssen wir zusehen, dass wir das Thema "eigenverantwortliche Schule" in den Mittelpunkt rücken. Das haben wir getan. Wir wollen den Weg zur eigenverantwortlichen Schule konsequent gehen. Dabei muss natürlich Qualität vor Zeit gehen.

Wenn wir die Lern- und Lebenschancen unserer jungen Menschen in Niedersachsen verbessern und ihnen damit die Möglichkeit eröffnen wollen, ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben zu führen, dann muss die Qualität der schulischen Arbeit insgesamt verbessert werden. Das gelingt ohne Zweifel am besten, wenn Schulen in die Lage versetzt werden, sich einem fairen Wettbewerb zu stellen und in eigener Verantwortung zu entscheiden.

Wir haben übrigens den Begriff "eigenverantwortliche Schule" deswegen geprägt,

(Jacques Voigtländer [SPD]: Weil wir einen anderen hatten!)

weil wir der festen Überzeugung sind, dass es ein Vorteil ist, wenn man sich in eigener Verantwortung mit seiner Schule identifiziert.

(Beifall bei der FDP)

Aber eigenverantwortliche Schule bzw. Eigenverantwortung zu praktizieren heißt auch, dass wir ein Fundament für dieses selbständige Handeln legen müssen. Dieses Fundament haben wir geschaffen. Erstens haben wir die Unterrichtsversorgung an den niedersächsischen Schulen entscheidend verbessert. Zweitens haben wir mit der Verabschiedung des Niedersächsischen Schulgesetzes am 25. Juni 2003 eine unerträgliche Debatte über die Strukturreform beendet. Drittens haben wir ganz wesentliche Schritte zum mittelfristigen Ziel dieser eigenverantwortlichen Schule formuliert. Dazu gehören u. a. die sprachliche Förderung im Vorschulalter, die Stärkung des Elementar- und Primarbereichs sowie eine wesentlich intensivere Berücksichtigung bei der Vermittlung - wie ich es angesprochen habe - von Grundfertigkeiten.

Mit diesem geschaffenen Fundament inklusive der Abschaffung der Orientierungsstufe setzen wir auf ein begabungsgerechtes, differenziertes und leistungsorientiertes Bildungswesen. Auf diesem Fundament muss es in der Zukunft gelingen, den

Schulen in pädagogischen, finanziellen, unterrichtsorganisatorischen und personellen Fragen größere Gestaltungsspielräume für eigene Entscheidungen zu verschaffen.

(Beifall bei der FDP)

Dort, wo heute schon ein erhebliches Stück Eigenverantwortung praktiziert wird - Stichwort: ProReKo; Verdienste auch aus Ihren Reihen -, ist festzustellen, dass viel Kreativität und Schaffensfreude freigesetzt werden. Wir wollen, dass die Schulen in einem Wettbewerb um die bestmögliche Vermittlung von Wissen stehen. Daraus folgt, dass Eltern und Schüler in Zukunft vergleichen und entscheiden können, wenn es darum geht, den am besten geeigneten Weg zu finden.

Wir erwarten für die Zukunft, dass die in den vergangenen Jahren praktizierte bürokratische Regelungsfut dadurch eingedämmt wird, dass die Kollegien eine ausgeprägte Teamarbeit dazu nutzen, dass sich die Unterrichtsqualität verbessert, dass eine noch engere Zusammenarbeit zwischen Schule, Schülern und Elternhaus entsteht und dass durch die Festsetzung von Standard- und Abschlussprüfungen transparente Arbeitsperspektiven eröffnet werden.

Wir haben die flächendeckende Einführung von Einheitsschulen abgelehnt, weil wir eine besondere Klientel stärken wollten, das in der Vergangenheit sträflich vernachlässigt worden ist. Man muss sich in der Tat dazu bekennen, dass es Menschen mit unterschiedlichen Stärken und Schwächen gibt und dass auch diejenigen, die ihre Stärken mehr im praktischen als im theoretischen Teil haben, frühzeitig ihre Chance bekommen, die Persönlichkeit entsprechend ihren Fähigkeiten zu entwickeln. Das ist in der Vergangenheit durch überfrachtete Lehr- und Lernpläne usw. unterdrückt worden.

Die Orientierungsstufe wird abgeschafft. Die weiterführenden Schulen verfügen über zwei zusätzliche Schuljahre. Das wird allen, insbesondere der Hauptschule, zugute kommen. Entscheidend ist allerdings, dass wir hierfür ein attraktives Angebot vorhalten. Nur so wird die Hauptschule wieder die Anerkennung erhalten, die ihr von Haus aus zusteht.

(Beifall bei der FDP)

Ich gebe aber zu: Das ist kein einfacher Weg. Es wird sehr darauf ankommen, inwieweit es gelingt - das ist übrigens kein originär niedersächsisches

Problem -, Bildung in unserer Gesellschaft wieder hoffähig zu machen. Es liegen Zahlen auf dem Tisch, die besagen, dass sich nur 30 % der Menschen überhaupt für das Thema Bildung interessieren. Es ist also zwingend erforderlich, eine offene Bildungsdebatte zu führen, in der der Stellenwert von Bildung in unserer Gesellschaft diskutiert wird, übrigens auch unter Einbeziehung der Schulen in freier Trägerschaft.

PISA hat uns dazu erst die Chance eröffnet. Zwar haben diejenigen, die jahrelang im Schulbereich tätig waren, die PISA-Studie ganz und gar nicht gebraucht, um dieses Desaster bestätigt zu bekommen. Aber die Studie war dringend erforderlich, um nachzuweisen, dass es auch im Bildungsbereich Vergleichbarkeit gibt. Es wäre zu schön, um wahr zu sein, wenn man einfach die Modelle von den so genannten Siegerländern übernehmen könnte. Aber das geht nicht. Bedenken Sie beispielsweise, dass ein Großteil der Bevölkerung in Finnland im ländlichen Raum lebt. Es gibt dort Gegenden mit 16 Einwohnern je Quadratkilometer. Die finnischen Abende sind lang. Man liest, oder man sieht fern.

(Heiterkeit)

- Die fangen um 15 Uhr an und enden am nächsten Vormittag. Fahren Sie einmal dorthin, Frau Korter. Ich weiß nicht, wohin Sie mit Ihrer Fraktion wollen. Wir wollen uns das einmal vor Ort anschauen. Ich brauche das nicht, weil das mein Lieblingsurlaubsland ist und ich die Verhältnisse kenne.

Die finnischen Abende werden, wie gesagt, zum Lesen und Fernsehen genutzt. Ausländische Filme - übrigens auch die Sesamstraße, Frau Korter - werden nicht synchronisiert, sodass die Kinder gezwungen sind, mitzulesen.

(Zuruf von Ina Korter [GRÜNE])

- Wenn Sie das wissen, dann frage ich mich, wieso Sie zu dem Ergebnis kommen, dass die Lesekompetenz ein ganz besonderer Vorteil des dortigen Schulwesens ist. Das ist schlicht und einfach so. Die Bedingungen sind anders. Wir können natürlich auch hier um 15 Uhr das Licht ausmachen und dann am nächsten Morgen wieder anschalten.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Dann geht es vielleicht. Vielleicht kriegen wir das dann auch hin.

40 % aller finnischen Schulen haben nicht mehr als 50 Schüler. Nur 3 % aller finnischen Schulen haben mehr als 600 Schüler. Bei uns ist das der Durchschnitt. Der entscheidende Vorteil ist dort aber die Schulautonomie.

(Zuruf von der SPD: Was sagt uns das? Was ziehen Sie daraus für Folgen?)

- Gehen Sie doch einmal hin, schauen Sie sich das doch einmal an. - Jede Schule wählt dort ihre Lehrer selbst aus. Es gibt kaum Unterrichtsausfall. Um schwache Schüler kümmern sich zusätzlich Sozialkräfte.

Lassen Sie mich ganz schnell noch über einige Punkte sprechen - mir läuft die Zeit weg -, die wir in dem zukunftsfähigen Bildungssystem in Niedersachsen begleiten. Das ist die Frage Ganztagschulen. Ein klares Ja von unserer Seite,

(Zuruf von der SPD: Mit der Halbierung des Stoffes!)

allerdings immer unter der Voraussetzung, dass der Schulträger diese Aufgabe auch bewältigen kann. Eine Anschubfinanzierung reicht nicht aus. Das muss insgesamt vernünftig durchdacht werden. „Ganztagsschule“, so ist heute im *Ratsbrief* zu lesen, „ist kein Allheilmittel.“ Deshalb sprechen wir uns ja auch für die Freiwilligkeit aus.

Da bin ich auch schon bei den Kommunen. Nach unserer festen Überzeugung wird man die Aufgaben der Kommunen in einer künftigen erfolgreichen Bildungslandschaft neu definieren müssen. Es wird nicht mehr ausreichen, allein für bauliche Investitionen und Ausstattung im Schulbereich zuständig zu sein. Wenn wir zur Autonomie der Schulen kommen wollen, müssen die Kommunen mit in die Diskussion einbezogen werden. Sie müssen sich dafür entscheiden können, wie letztendlich vor Ort Bildungspolitik gestaltet werden soll.

Zu den Zielsetzungen gehört aber auch noch mehr, meine sehr verehrten Damen und Herren insbesondere von der Opposition. Nach meiner Meinung kann es nicht Ziel sein, jede Schülerin und jeden Schüler zum Abitur zu führen. Unsere Gesellschaft braucht eine Elite, die nicht nur im theoretisch-wissenschaftlichen Bereich zu Hause ist.

(Widerspruch bei der SPD)

Wir verfügen über ein erstklassiges Potenzial, das seine Stärke im fachlich-praktischen Bereich hat. Nur müssen wir erstens diese Klientel stärken und uns zweitens dazu bekennen, dass diese Menschen in unserer Gesellschaft die gleiche Anerkennung finden.

Die FDP-Landtagsfraktion begrüßt übrigens sehr, Herr Minister Busemann, dass es zu einer Lösung im Bereich der Sozialpädagogen gekommen ist. Nachdem diese Stellen nur bis zum Ende des Monats finanziert gewesen sind, gibt es jetzt Perspektiven.

Fazit: Die Öffentlichkeit hat erkannt, dass in der niedersächsischen Bildungspolitik nicht mehr nur herumdiskutiert wird. Es wird entschieden. Wir stehen am Anfang dieses Weges. Aber wir machen uns gerne auf diesen Weg, weil wir die Chance zur Veränderung nutzen wollen unter dem Motto: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es. Es gibt noch viel zu tun. Packen wir es an.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der FDP und Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Ihr schafft das nicht so lange! Wir waren besser!)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Meine Damen und Herren, wir hatten verabredet, um diese Uhrzeit eine Mittagspause einzulegen. Mir liegen allerdings noch zwei Wortmeldungen vor. Die eine kommt von Frau Körtner, CDU-Fraktion. Die CDU hat noch knapp zwölf Minuten Redezeit. Die andere Wortmeldung kommt von Herrn Minister Busemann. Die vorgesehene Redezeit der Landesregierung ist schon erschöpft. Aber Sie wissen auch, dass die Landesregierung jederzeit sprechen kann.

Wir machen Ihnen den Vorschlag, dass wir diese beiden Redner noch anhören, dann eine Stunde Mittagspause machen und dann entsprechend abends Sitzungszeit anhängen. - Wenn Sie einverstanden sind, hat jetzt Frau Körtner für maximal zwölf Minuten das Wort.

Ursula Körtner (CDU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es tut mir selber sehr Leid, dass es schon so spät ist. Ich will mich auf Weniges beschränken. Aber meine doch sehr geschätzten Kollegen Frau Korter und Herr Jüttner haben sich in einer so erhebli-

chen PISA-Schieflage befunden, dass zu einigen Dingen noch etwas gesagt werden muss.

(Beifall bei der CDU)

Bei Ihnen, Frau Korter von Bündnis 90/Die Grünen, weiß man in der Bildungspolitik, wo Sie stehen. Das ist durchaus zu respektieren. Wir tun das. Nur zitieren Sie ständig irgendwelche Studien, die gegen unser Schulgesetz sprechen.

(Ina Korter [GRÜNE]: Ja, die lesen Sie nicht! - Zuruf von der SPD: Die können lesen! - Wolfgang Jüttner [SPD]: Studien sind dafür da!)

Sie reißen dabei Fakten aus der Argumentation heraus, bringen Dinge in einen Zusammenhang, in den sie nicht gehören. Gebetsmühlenartig wiederholen Sie immer das Gleiche. Aber richtiger, liebe Frau Korter, wird es dadurch nicht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie haben ein einziges Problem mit Ihrer Schulpolitik: Das, was Sie wollen, will die überwiegende Mehrheit der Eltern, der Lehrer, der Schülerinnen und Schüler eben nicht. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sehr geehrter Herr Jüttner, Sie stellen sich hier so staatstragend hin. Das tut schon ein bisschen weh. Es ist gerade zehn Monate her, dass Sie, nachdem Sie 13 Jahre lang dieses Bundesland in ein schulpolitisches Chaos gestürzt haben, abgewählt worden sind - und dann machen Sie dicke Backen. Das tut fast schon weh.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Jüttner, zu unserem Anspruch aus dem Schulgesetz, individuelle Förderung der Starken und der Schwachen, Qualitätssicherung, Unterrichtsversorgung, sagen Sie, das sei aber zu kurz gesprungen. Das ist wirklich eine ganz mutige Aussage. Denn Sie sind bis heute nicht nur nicht gesprungen, Sie haben sich als SPD bis heute noch nicht einmal bewegt.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie haben überhaupt kein schulpolitisches Konzept. Sie wissen überhaupt nicht, wohin Sie wollen. Sie haben noch nicht einmal einen bildungspolitischen Leitfaden. Da ist immer noch so ein bisschen Gesamtschule, so ein bisschen Förderstufe, natürlich so ein bisschen auch gegliedertes Schul-

system - nichts Konkretes, kein vernünftiger Antrag, keine bildungspolitische Grundlage.

Und dann stellen Sie sich hier hin und fordern auch noch sozusagen eine Bildungsrevolution. Herr Jüttner, Herr Jüttner, da müssen Sie wirklich noch ein kleines bisschen mehr in Ihren Laden hineinbringen, bis Sie einen solchen Anspruch auch nur vom Ansatz her erfüllen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Jüttner, noch ein Wort. Sie sagen, dass wir nicht gewusst hätten, dass wir die Wahl gewinnen würden. Herr Jüttner, wir wussten nicht, dass wir die Wahl gewinnen. Wir wussten aber, dass Sie die Wahl verlieren würden, und zwar wegen Ihrer desolaten schulpolitischen - - - Ich will mal sagen, es ist ein schulpolitischer Vandalismus gewesen, den Sie 13 Jahre lang betrieben haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Nun, meine Damen und Herren, ganz kurz, weil es wirklich schön ist: Herr Jüttner will einen Mentalitätswechsel und eine Bildungsrevolution. Man weiß ja nicht so genau, woran man bei der SPD ist. Herr Jüttner hat ein tolles Grußwort für den Philologentag in Goslar geschrieben. Das will ich Ihnen nicht vorenthalten. Ich zitiere mal die Grundaussage dazu, was die SPD will.

(Zuruf von der SPD: Nach der Mittagspause!)

Sie werden erstaunt sein. Herr Jüttner sagt: „Wir benötigen einen Mentalitätswechsel

(Zuruf von der SPD: Das sagten Sie schon!)

in Richtung auf eine Steigerung der Unterrichtsqualität und auf eine individuelle Förderung der Starken wie der Schwachen.“

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das ist richtig. Da spendet die CDU-Fraktion Beifall. Denn diese fundamentale Erkenntnis,

(Unruhe - Zuruf von der SPD: Sie haben es nicht verstanden!)

zu der die SPD jetzt gekommen ist, ist für die CDU-Fraktion seit vielen Jahren Grundlage ihres Handelns. Genau das haben wir aus der Opposition heraus gefordert. Genau das haben wir aus der

Opposition heraus mit unserer Qualitätsschule für Niedersachsen erarbeitet.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben genau das gemacht. Das haben diese von CDU und FDP geführte Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen seit der Regierungsübernahme auf den Weg gebracht, meine Damen und Herren. Und dann stellt sich Herr Jüttner so staatstragend mit dieser fundamentalen Erkenntnis hin! Herr Jüttner, sich auch mal ein bisschen, bevor man redet, der Anstrengung des Denkens zu unterziehen, wäre vielleicht gar nicht so schlecht.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, jetzt kommen wir zum nächsten Klopfer. Herr Jüttner müsste mir vielleicht beim Kaffee einmal eine Antwort geben. Sie kritisieren unseren Erlass zur Klassenbildung und zur Unterrichtsversorgung. Was machen wir? - Wir stellen diesen Erlass auf eine einfache, nachvollziehbare und transparente Berechnungsgrundlage.

(Zuruf von Wolfgang Jüttner [SPD])

- Herr Jüttner, hören Sie lieber einmal zu. Sie sollten vielleicht erst einmal nachdenken. - Das System der Verteilung der Lehrerstunden wird durchschaubar und stärker am Bedarf der einzelnen Schule orientiert. Keine einzige Unterrichtsstunde geht durch den Erlass verloren. Was Sie, meine Damen und Herren auf der linken Seite dieses Hauses, mit Ihrer Kritik an unserem Erlass zur Klassenbildung und zur Unterrichtsversorgung treiben, ist reine Heuchelei. Ich möchte Ihnen das einmal beweisen.

(Walter Meinhold [SPD]: Ja, los!)

Mit Ihren Stimmen, lieber Walter Meinhold, mit Ihrer Mehrheit ist im Ausschuss für Haushalt und Finanzen ausweislich der Drucksache 14/3982 vom 4. Dezember 2002 angeregt worden, dass Anliegen des Landesrechnungshofs - jetzt zitiere ich -, „ein Verteilungssystem zu entwickeln, das sich stärker und transparenter am Bedarf der einzelnen Schulen orientiert“, zu unterstützen und fortzuentwickeln. Was haben wir mit diesem Erlass gemacht? -

(Walter Meinhold [SPD]: Genau das Gegenteil!)

Genau das, was diese Drucksache hergibt, haben wir umgesetzt.

(Walter Meinhold [SPD]: Nein!)

Jetzt stellen Sie sich hier hin und wollen uns dafür rügen, dass wir Ihre Beschlüsse umsetzen. Meine Damen und Herren, das ist reine Rosstäuscherei, das ist reine Heuchelei.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, weil es heute gesagt wurde: Die niedersächsischen Eltern, die Schüler und die Lehrer haben die Nase voll von Ihrem ständigen Hin- und Hergewackele. Sie sind es leid, dass ihre Kinder zu Versuchskaninchen für immer neue ideologische Modellversuche gemacht werden. Sie wollen Verlässlichkeit. Sie wollen Verbindlichkeit. Das bekommen sie nur mit dieser Regierung. Das weiß der Großteil der Eltern ganz genau, meine Damen und Herren. Das wird auch in Zukunft Ihr Problem bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich jetzt noch ganz kurz auf eine Sache eingehen. Dass, Herr Jüttner, die Umschichtung von Anrechnungs- und Ermäßigungsstunden der Lehrkräfte zugunsten der Unterrichtsversorgung an Besitzstände herangeht, das, mein Gott, wissen wir alle. Dass das nicht gern gesehen wird, ist ja wohl klar. Wer könnte das nicht verstehen? Aber: 7 000 Vollzeitlehrer, die nicht im Klassenzimmer unterrichten, also Stellen, die nicht im System sind - das sind eben zum Teil auch Anrechnungs- und Ermäßigungsstunden -, sind nicht zu verantworten. Wer jetzt nicht den Mut hat, wenigstens an einen gewissen Anteil davon heranzugehen, wer hier nicht verantwortungsbewusst bzw. verantwortungsvoll etwas verändert, der verfrühstückt in dieser katastrophalen Finanzsituation, für die Sie verantwortlich sind, die Zukunftschancen unserer Kinder. Herr Jüttner, schon Ihre frühere Landesregierung hatte - wenn ich es einmal so platt sagen darf - unser Oma ihr klein Häuschen verfrühstückt. Als die Regierung Gabriel in den letzten Zügen lag, haben Sie aber auch noch die Saatkartoffeln im Hinblick auf die Zukunftschancen unserer Kinder gefressen. Das ist die Schande!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, zur Umsetzung der Schulreform: Es ist doch einfach lächerlich, wenn gesagt wird, es werde Unruhe erzeugt. Die Umset-

zung der Schulreform zum 1. August 2004 bringt natürlich eine vorübergehende Verunsicherung bei Eltern sowie logistische Herausforderungen und Mehrarbeit für Schulträger und Kollegien mit sich. Das wird doch niemand ernsthaft bestreiten. Jeder Umbruch bringt für eine gewisse Zeit auch eine gewisse Unruhe. Das Modell Ihrer Förderstufe - das vergessen Sie immer allzu leicht - hätte aber zu einer viel größeren Unruhe geführt. Dieses Modell hätte wesentlich mehr Geld gekostet. Im Gegensatz zu uns hatten Sie dafür aber keine Vorsorge getroffen. Das genau ist die Wahrheit. Sie aber stellen es ständig falsch dar. Sie verdrehen immer wieder die Fakten, Herr Jüttner. Bei wenigen Eltern können Sie damit durchaus durchkommen. Die Mehrheit der Eltern in diesem Land aber weiß ganz genau, was sie von den 13 Jahren unter Ihrer Regierung hatte. Das wollte ich nur noch sagen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, mit unserem Schulgesetz gibt es für die Schülerinnen und Schüler, die Eltern und die Lehrkräfte mehr Unterrichtsversorgung, mehr Unterrichtsqualität, eine mehr individuelle Förderung für die Starken und die Schwachen, die Sie ja auch fordern, mehr Verbindlichkeit und mehr Verlässlichkeit. All das hat es in diesem Land unter der SPD 13 Jahre lang nicht gegeben. Deshalb kommen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, erst einmal zu Potte. Sagen Sie erst einmal, was Sie überhaupt wollen. Wenn Sie mal einen schulpolitischen Leitfaden herausgeben, dann werden Sie für uns, für die Eltern, für die Schüler und auch für die Lehrer wieder ein ernst zu nehmender Diskussionspartner sein. Zunächst aber müssen Sie noch ein bisschen tun, Herr Jüttner.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Das Wort hat Herr Minister Busemann.

Bernhard Busemann, Kultusminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch zu fortgeschrittener Stunde sei es mir erlaubt, noch einige grundsätzliche Anmerkungen schwerpunktmäßig auch zum Haushalt zu machen. Frau Korter, Herr Jüttner, Sie können hier tausend Mal auftreten und insbesondere dann, wenn es um den Haushalt geht, immer wieder die alte Ideologiedebatte neu anfangen. Der Wähler hat das am

2. Februar entschieden. Niedersachsen hat ein neues Schulgesetz. Wir setzen es schrittweise um. Das haben Sie zu akzeptieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Schule ist so ein interessanter Bereich. Es gibt genügend Diskussions- und meinetwegen auch Streitfelder, auf denen die Dinge miteinander ausgetragen werden können. Aber doch nicht immer wieder diese alten Ideologiekamellen. Ich habe immer die Angst, dass Sie bei 68 hängen- und steckengeblieben sind und jetzt versuchen, uns einen Knopf an die Backe zu nähen. Wir aber arbeiten einfach weiter. Ich meine, wir betreiben eine erfolgreiche Politik, und Sie versuchen ständig, sich hinter den Zug zu schmeißen. Was soll das eigentlich?

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung - das sage ich auch in einer Zeit schwierigster finanzieller Probleme - kann stolz auf das mit dem Haushaltsplanentwurf vorgelegte Zahlenwerk sein. Das ist auch ein Signal für die Bildungspolitik im Lande Niedersachsen. Man muss sich mit den Zahlen des Einzelplans 07 auch einmal auseinandersetzen. Der Haushalt des Kultusministeriums ist von 3,93 Milliarden Euro um mehr als 5 % und damit um 188 Millionen Euro auf jetzt 4,12 Milliarden Euro gewachsen. Dadurch wird der Anteil des Einzelplans 07 am Gesamthaushalt von 16,5 % im Jahr 2003 vor dem Antritt dieser Landesregierung auf jetzt 18,5 % im Jahr 2004 steigen.

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Wulf?

Bernhard Busemann, Kultusminister:

Nein, ich habe doch gerade erst angefangen. - Auch wenn man - das will er wahrscheinlich fragen - die sinnvolle Rückverlagerung der Aufgabe Kindertagesstätten an das Kultusministerium berücksichtigt und die 161,5 Millionen Euro der Finanzhilfe für die Kindertagesstätten herausrechnet, wächst der Anteil des Kultusministeriums am Gesamthaushalt immer noch auf beachtliche 17,8 %.

In erster Linie - das muss man sich immer wieder vergegenwärtigen - tragen zu dieser deutlichen Steigerung natürlich die von der neuen Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen von CDU und FDP durchgesetzten 2 500 zusätzlichen Lehrerstellen bei. Es ist dann allen Unkenrufen

zum Trotz dazu gekommen, dass wir in diesem Jahr insgesamt 4 200 Stellen ausschreiben und auch gut besetzen konnten. Das hat dazu geführt - Sie können da statistisch herumrechnen, was Sie wollen -, dass wir in diesen Tagen eine Unterrichtsversorgung von 99,7 oder 99,9 % erreicht haben. Angesichts der Vorgeschichte ist das ein ganz, ganz tolles Ergebnis. Das war nur machbar, weil wir die besagten 2 500 zusätzlichen Stellen bekommen haben. Es vergeht kaum eine Veranstaltung, in der nicht ein Lehrer zu mir kommt und sagt: Besten Dank an die Landesregierung. Ich bin ein neuer Lehrer in dieser Zeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Aus den Kollegien kommt die Botschaft: Zum Teil haben wir seit 15 oder 18 Jahren keine jungen Lehrer mehr gesehen. Jetzt kommen endlich wieder neue Gesichter. - Deshalb kann auch ich als Minister nur sagen: Dank an diese beiden Fraktionen dafür, dass sie das mit dem Haushalt möglich gemacht haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
David McAllister [CDU]: Das haben wir gern gemacht! Klatscht doch mal!
Das ist unsere Politik!)

Das war ein Kraftakt, meine Damen und Herren. Das Jahr 2003 war für uns ja kein komplettes Jahr. Erst das Jahr 2004 wird komplett sein. Allein für diese zusätzlichen Stellen sind 110 Millionen Euro in den Haushalt eingespeist worden. Das ist und war ein Kraftakt und darf auch so genannt werden.

Vor diesem Hintergrund der 2 500 neuen Stellen - diese Thema will ich jetzt gar nicht aussparen - stellt sich durchaus die Frage: Was machen wir mit den 700 Stellen der so genannten November-Lehrer aus dem vergangenen Jahr, für die Sie keine solide Finanzierung beigebracht haben? Mit Hilfe des Finanzministers konnten diese Stellen für das Jahr 2003 durchfinanziert werden.

Die Aufgabe war nun, diese 700 Stellen unter Beibehaltung der zusätzlichen 2 500 Stellen auf reguläre Planstellen zu überführen. Dazu - es ist nicht so, dass ich das toll finde - müssen wir allerdings unser Einstellungsverhalten regulieren. Um den Februar des kommenden Jahres herum müssen wir mit den Einstellungen etwas vorsichtig sein, um dann im August wieder das bringen zu können, was erforderlich ist, um eine 100-prozentige Unterrichtsversorgung zu erreichen.

Herr Jüttner, Sie hatten in der alten Mipla angekündigt - da bitte ich auch um Redlichkeit - weitere 670 neue Stellen zu schaffen, und zwar 610 Stellen für Lehrer und 60 Stellen für sozialpädagogische Betreuung. Diese Stellen waren für die Sprachförderung, für die Ganztagsbeschulung, für die Hochbegabtenförderung und für die Reaktion auf ein gewisses Wachstum bei den Schülerzahlen gedacht. Leider konnten wir keine seriöse Finanzierung dieses Vorhabens vorfinden. - Das gehört auch zur Wahrheit dazu.

(Ursula Körtner [CDU]: Genau!)

Natürlich wollen wir die gesteckten Ziele auch weiterverfolgen. Sie werden auf Kontinuität verweisen, aber wir haben sogar noch andere Ansprüche draufgesattelt. Allerdings können wir uns auch nicht beliebig zur Decke strecken. Die Ziele müssen aus dem System heraus erreicht werden. Aber wir schaffen das.

Ich sage Ihnen noch einmal, damit Sie diese Rechenricks beiseite lassen: Meines Wissens haben wir in Niedersachsen derzeit 69 034 Vollzeitlehrerstellen. Das ist ein Mehr von rund 2 500 gegenüber dem, was Sie uns damals etatmäßig hinterlassen haben; da lagen wir bei rund 66 600 Vollzeitlehrerstellen. Dieses Plus lassen wir uns auch nicht wegdiskutieren. Das ist unsere Politik, da sind wir innovativ, und da entwickeln wir Schule nach vorne, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn wir mehr Leistungen erbringen wollen - z. B. mit der Sprachförderung, mit der Ganztagschule und mit dem, was ich sonst noch gesagt habe -, dann müssen wir das aus dem System heraus erwirtschaften. Aber das geht, und zwar verträglich und auch so, dass die Schulen das mitmachen. Das bedeutet allerdings, dass man da und dort auch einmal eingreifen muss. Ich bin der Meinung, dass man auch darüber reden dürfen muss, ob man bei den Anrechnungs- und Ermäßigungsstunden nicht eine gewisse Kürzung vornimmt. Damit würde deutlich, dass wir die 100-prozentige Unterrichtsversorgung beibehalten wollen.

Ich will einen weiteren Punkt ansprechen, damit auch da die Zahlenspielereien aufhören. Für das Jahr 2004 stehen die 69 000 Vollzeitlehrerstellen. Wir haben gemeinsam mit dem Finanzminister geprüft, wie sich die Schülerzahlen entwickeln werden. Dabei haben wir festgestellt, dass wir für das Jahr 2005 50 Stellen weniger, für das Jahr 2006

250 Stellen weniger und für das Jahr 2007 etwa 400 Stellen weniger zur Verfügung stellen müssen. Das sei dem Finanzminister dann aber auch geschuldet. Auch wenn sich jeder über möglichst viel Geld und möglichst viele Stellen freut: Wir können Geld und Stellen nicht beliebig vermehren. Dieser Stellenabbau ist vertretbar, denn damit verhalten wir uns entsprechend dem Zyklus der Schülerzahlen. Aber das versteht die Öffentlichkeit auch.

Ich will nun einen interessanten Bereich ansprechen und dabei der Opposition anheim stellen, gemeinsam mit uns etwas zu entwickeln. Schließlich gab es ja auch rund um die Frage der Sozialarbeiter an Hauptschulen - der Kollege Meinhold ist gerade nicht da - eine gemeinsame Entwicklung hin zu vernünftigen Lösungen. Ich meine die eigenverantwortliche Schule.

Grundsätzlich setze ich sehr stark darauf, dass sich Schulen - wenn sie durch entsprechende Budgets gestärkt werden - manches Know-how, manche Partnerschaft und manche Kooperation selbst einkaufen können, um ihr Angebot und ihre Qualität weiterzuentwickeln.

Ich möchte Sie beruhigen und vielleicht auch etwas ermuntern: Weil die Bezirksregierungen abgeschafft und deshalb die Schulverwaltung neu organisiert werden muss, wegen der Notwendigkeit, einheitliche Bildungsstandards zu entwickeln und ihre Evaluation sicherzustellen, und aufgrund der Frage der Neukonzeption der Schulaufsicht - ich bitte Sie, sich mit dem Begriff der Schulinspektion vertraut zu machen -

(Ina Korter [GRÜNE]: Damit müssen wir uns nicht mehr vertraut machen!)

müssen wir schon recht zeitnah klären, was wir unter eigenverantwortlichen Schulen verstehen.

Ich darf Ihnen sagen: Wir werden uns dieser Frage gleich im nächsten Jahr verstärkt zuwenden. Sie sind aufgefordert, hier mitzudiskutieren. Ich glaube, Sie werden überrascht sein. Es wird recht spannend werden, und Sie werden sagen: Donnerwetter, dieses Kultusministerium ist ein Hort der Kreativität: Was die sich schon wieder alles ausgedacht haben!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

- Da können wir vielleicht einen Konsens erzielen. Ich bin gespannt.

Meine Damen und Herren, die Neufassung des bisherigen Erlasses über die Klassenbildung und die Unterrichtsversorgung ist, wie Sie wissen, auf dem Weg. Darüber wurde ja auch schon diskutiert. Aber nun sollten Sie sich auch nicht hinter die eigene Beschlusslage zurückbegeben.

Der Haushaltsausschuss hatte anheim gestellt, die Unterrichtsversorgungsverhältnisse noch vor Jahresfrist transparent zu machen. Der Landesrechnungshof hatte ja gefordert, die Angaben dazu endlich auf eine vernünftige und ehrliche Basis zu stellen, damit dieses Grauzonenverhalten - Stichwort Zusatzbedarfe - allmählich aufhört.

Jetzt ist es doch für jedermann einsichtig, wenn wir die Stundentafel plus zwei Stunden pro Klasse als 100-prozentige Unterrichtsversorgung definieren - wobei wir die Stundentafeln vorher ja sogar verbessert bzw. das gute Niveau durchweg beibehalten haben. Ich habe den Eindruck, dass die Schulen das sehr freudig aufnehmen. So kann jeder in der Schule, als Elternteil oder als Politiker nachvollziehen, was 100 % Unterrichtsversorgung sind. Meine Damen und Herren, das ist das Maß der Dinge: 100 % Unterrichtsversorgung im Lande Niedersachsen.

Ehrlich gesagt, Herr Jüttner - jetzt ist er schon weg -: 100 % guter Unterricht sind immer besser als 94 % schlechter Unterricht. Oder gibt es da einen Dissens?

(Zuruf von der SPD: Woher wissen Sie das?)

- Lassen wir es doch dabei.

Meine Damen und Herren, im Einzelplan 07, dem Haushalt des Kultusministeriums, sind auch einige Akzente gesetzt worden, und dies insbesondere auf Initiative der Fraktionen. Ich darf einmal vier, fünf Punkte aufgreifen.

Ich nenne zunächst den großen Bereich der Hauptschule. Wir haben bewusst gesagt: Wir erhalten die Hauptschule. - Sie hingegen wollten die Hauptschulprobleme dadurch erledigen, dass Sie sie abschaffen.

(Zuruf von der SPD: Nein, nein!)

Das haben wir Gott sei Dank verhindert.

Die Hauptschule hat ja auch einen Auftrag. Deshalb müssen wir in diesem Bereich politisch agieren, und das haben wir auch getan.

Ich finde, das Hauptschulprofilierungsprogramm, das die Regierungsfractionen mit unserer Assistenz auf den Weg gebracht haben, ist eine wunderbare Sache. Ich kann es nur immer wiederholen: Den Unterricht, die Berufsvorbereitung und die Sozialarbeit miteinander verknüpft und innovativ auf den Weg gebracht zu haben, ist ein Stück Gesellschaftspolitik. Ich bedanke mich, dass die Regierungsfractionen für die Schulsozialarbeit als integralem Bestandteil der Hauptschule 5 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt haben. Das ist ein toller Schritt in eine wunderbare Richtung. Das gibt der Hauptschule entsprechende Chancen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dass auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in ihrem Haushaltsantrag zusätzliche Mittel für die Hauptschule vorsehen, und zwar 7 Millionen Euro, zeigt ebenso wie der Entschließungsantrag der SPD-Fraktion, dass wir uns in der Zielsetzung eigentlich einig sind. Dann sollten wir uns hier auch nicht um das Geld kabbeln. Es ist schon eine tolle Sache, dass hier 5 Millionen Euro bereitgestellt werden. Damit können wir wirklich etwas bewirken.

Meine Damen und Herren, ich möchte nun die Finanzhilfen für die Privatschulen ansprechen. Sie sollen nach dem Willen der die Regierung tragenden Fraktionen weniger stark gekürzt werden als in der Regierungsvorlage ursprünglich vorgesehen, nämlich nur noch um lediglich 750 000 Euro. Auch darin stimmt übrigens der Änderungsantrag der Fraktion der Grünen mit unserer Auffassung überein. Wir werden das kommende Jahr zu Gesprächen mit den Trägern der freien Schulen nutzen. Diese haben bereits Gesprächsbedarf über die derzeitige Finanzierungsregelung für das private Schulwesen in Niedersachsen signalisiert.

Grundsätzlich würde ich sagen: Die Privatschulen und die Schulen in kirchlicher Trägerschaft sind in einem angemessenen und verträglichen Rahmen angesprochen worden. Berücksichtigt man die zusätzlichen anderen Maßnahmen, kann man mit Fug und Recht sagen, sie sind in ihrer segensreichen Arbeit weiß Gott nicht beeinträchtigt und können sie entsprechend fortsetzen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich könnte Ihnen nun einen langen Vortrag darüber halten, was mit den Finanzen los ist, wo die Ursachen dafür im Bereich der Bundespolitik liegen und wie schwierig das alles ist. Aber das will ich uns ersparen. Außerdem begreifen Sie das mittlerweile ja auch so.

(Zuruf von der SPD: Wir sind Schuld!)

Wir haben die 2 500 zusätzlichen Stellen trotzdem hinbekommen; denn die Unterrichtsversorgung ist das oberste Ziel.

Aber plötzlich wird auch dem Kultusminister vorgehalten: Eigentlich ist das Land Niedersachsen pleite, aber trotzdem sollen noch alle möglichen Dinge angepackt werden! Alle müssen sparen, und wir Minister haben durch die Erfüllung der Sparauflagen ja auch dazu beigetragen, dass in diesem Land nach vorn gerichtete Politik gemacht werden kann.

Damit komme ich auf das schwierige Thema der Lehr- und Lernmittelfreiheit. Wir haben uns nach der Haushaltsklausur auf Burg Warberg gefragt, ob wir mit den restlichen 9,7 Millionen Euro noch ein sozialverträgliches Programm auf die Beine stellen können. Aber nach der November-Steuerschätzung mit ihren katastrophalen Zahlen mussten wir diese 9,7 Millionen Euro dann auch noch streichen. Jetzt steht im Landesetat kein Geld mehr für Lehr- und Lernmittel zur Verfügung. Das ist schwierig genug, und auch wir gehen insofern sicherlich nicht vor Freude an die Decke. Auch wir hätten lieber einen prallgefüllten Topf mit Geld, um daraus segensreiche Dinge zu gestalten.

Ich sage Ihnen nun Folgendes: Für eine Übergangszeit sind ja noch genügend Bücher vorhanden. Die Schulen haben in ihren Beständen noch Bücher im Gegenwert von 50 bis 60 Millionen Euro. Das versetzt uns kurzfristig und für das nächste Jahr in die Lage, dafür Sorge zu tragen, den Kindern, in deren Elternhäusern die Finanzen knapp sind, zu erträglichen Konditionen - vielleicht auch umsonst - Bücher an die Hand zu geben.

Meine Damen und Herren, auch im Personalkostenbudget der Schulen sind Einsparungen vorgesehen. Zuletzt wurde uns noch einmal eine Größenordnung von 16 Millionen Euro auferlegt. Diese Einsparungen zu erbringen, ist sehr schwierig, aber, wie ich meine, alternativlos. Ich glaube, von den Grünen gibt es einen Antrag in die Richtung, diese Beträge durch eine flexible Handhabung der Einstellungstermine bei der Wiederbesetzung von

frei werdenden Stellen zu erwirtschaften, und zwar so, dass das Ziel der 100-prozentigen Unterrichtsversorgung noch erreicht wird.

Aus Aktualitätsgründen möchte ich noch auf die Kindertagesstätten eingehen, die die Kollegin Janssen-Kucz angesprochen hatte. Dazu zwei Bemerkungen:

Erstens. Aus meiner Sicht führen Sie hier eine Phantomdiskussion, weil Sie irgendwo Ihr politisches Spielfeld brauchen. Der Ministerpräsident hat doch erst in diesen Tagen klar gemacht, dass wir an die Standards nicht herangehen und dass die inhaltliche Arbeit nicht beeinträchtigt wird.

(Beifall bei der CDU)

Wie das nun technisch geregelt wird, ob die Mittel, die ja ungekürzt bleiben, nun zweckgebunden über den kommunalen Finanzausgleich ausgekehrt werden, ist für die Sache doch nicht schädlich. Wenn der Innenminister hier über eine neue Verteilungsgerechtigkeit nachdenkt, muss man miteinander darüber sprechen. Aber das dient der Sache, und die Mittel bleiben zweckgebunden. Deswegen sollten Sie mit der nötigen Coolness an diese Sache herangehen.

Zweitens. Frau Kollegin Janssen-Kucz, wir stehen bei den Kitas nicht in der Hörigkeit irgendwelcher kommunaler Spitzenverbände. Wir sind derzeit sehr erfolgreich dabei, mit den Trägern der Kindertagesstätten den Orientierungsrahmen für Bildung und Erziehung zu entwickeln. Das läuft wunderbar. In wenigen Wochen wird für jedermann sichtbar sein, was wir leisten, um den Bildungsauftrag der Kindertagesstätten zu erfüllen. Die kommunalen Spitzenverbände sind in der Gruppe, die das ausarbeitet, nicht vertreten; das müssen die mit sich selbst abmachen. Also, von Hörigkeit und ähnlichen Dingen kann keine Rede sein.

Nun noch etwas sehr Ernstes. Das berührt mich sehr, und das finde ich schlicht und ergreifend - ich könnte es auch härter formulieren - nicht in Ordnung.

Nach alter wie nach neuer Rechtslage ist unübersehbar, dass unsere Vollen Halbtagschulen und unsere Gesamtschulen bei der Ausstattung mit Lehrerressourcen unter dem Strich immer noch besser gestellt sind als alle anderen Schulen in Niedersachsen.

Es gibt in Niedersachsen insgesamt 3 700 Schulstandorte. Davon sind 60 Standorte von Gesamtschulen und 244 Standorte von Vollen Halbtagschulen. Offenbar meinen nun manche Leute, während die einen sich sozusagen mit einem Golf durchs Land bewegen müssten, könnten sie das mit einem Mercedes tun. Und kaum wird an dem Mercedesstern ein bisschen gekratzt, proklamieren sie den Weltuntergang und organisieren Protestaktionen. Ich finde es höchst bedauerlich, dass sich Lehrer dazu hergeben, Elternschaften in Bewegung zu setzen und Schüler und kleine Kinder an die Straße zu stellen.

(Jacques Voigtländer [SPD]: Die haben das vorher auch schon gemacht!)

- Herr Voigtländer, es ist nicht in Ordnung, dass das so gemacht wird.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Hier werden Eltern und Kinder von interessierten Kreisen, die irgendwo ein politisches Spielfeld suchen, instrumentalisiert. Der Petitionsausschuss wird das bemerken.

(Jacques Voigtländer [SPD]: Herr Busemann, die haben das jahrelang geübt!)

Warten Sie doch einfach ab, wie die Erlasse ausfallen. Es bleibt immer noch bei einer Besserstellung der Gesamtschulen und der Vollen Halbtagschulen.

Man sieht Kinder mit Zetteln, auf denen steht: „Meine Schule wird geschlossen“ oder „Meine Kindertagesstätte wird abgeschafft“ und Ähnliches. Das ist nicht in Ordnung, das ist nicht pädagogisch, und ich bin von manchen Lehrern, die sich daran beteiligt haben, sehr enttäuscht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich sage Ihnen noch ein Letztes. Die Anträge der Opposition soll man ja immer besonders würdigen. Wenn ich mir die Alternativen ansehe, die die Oppositionsfractionen zu unseren Vorschlägen anbieten, dann bin ich schon ein bisschen erstaunt.

Die Grünen haben immerhin noch acht Änderungswünsche zum Einzelplan 07 vorgelegt. Drei davon stimmen vollständig mit den Vorstellungen der Regierungsfractionen überein. Das betrifft die Finanzhilfe für Privatschulen, die Neuberechnung der Staatsleistung für die Kirchen und die Weiter-

förderung der Landesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen. Zwei Änderungsanträge gehen in die gleiche Richtung; sie betreffen die Hauptschulförderung und die Flexibilisierung der Lehrereinstellung.

Andere Akzente als die Regierungsfractionen wollen die Grünen lediglich im Umfang von 2,3 Millionen Euro setzen, und zwar beim Arbeitsschutz, bei der Fortführung der Hausaufgabenhilfe und bei der verstärkten Sprachförderung im Elementarbereich. Ich finde, wir machen schon genug Sprachförderung, aber wenn es nicht reicht, dann machen wir auch noch mehr.

Deshalb verstehe ich nicht, warum Sie sich so an uns reiben.

(Reinhold Coenen [CDU]: Das haben wir auch nicht verstanden! - Ina Korter [GRÜNE]: Sie haben doch den Ansatz gekürzt!)

Zwischen uns gibt es doch so viel Übereinstimmung. Deshalb verstehe ich unter dem Strich Ihre ganze Rede nicht, Frau Kollegin Korter.

Bei der SPD-Fraktion ist das ein bisschen anders. Von der SPD-Fraktion haben wir ja gewaltige Reden gehört: heute von Herrn Jüttner, gestern von Herrn Gabriel und auch in der jüngeren Vergangenheit.

(Ursula Körtner [CDU]: Ja, die Reden sind toll!)

Gleichwohl liegen von Ihnen nur zwei bescheidene Änderungsvorschläge auf dem Tisch. Angesichts dessen, was Sie so alles gefordert haben, ist das schon erstaunlich.

Herr Jüttner, zwischen uns gibt es einen ganz gravierenden Unterschied. Wir haben für gute Arbeit an den Schulen 2 500 Stellen mit entsprechenden Kräften im System drin. Dazu kommt der Gegenwert von 2 700 Stellen für zusätzliche Leistungen in der Sprachförderung und bei den Ganztagschulen; ich habe das alles erklärt. Zwischen Ihnen und uns liegen also fast 5 200 Lehrerstellen.

(Lachen bei der SPD)

- Da brauchen Sie gar nicht zu lachen.

Es kommt ja immer wieder durch: Sie waren und sind gegen die Neueinstellung von 2 500 zusätzlichen Lehrern.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Jüttner hat sich dazu nicht geäußert!)

Ich mahne noch einmal an - das tue ich notfalls auch noch in den nächsten zehn Plenarsitzungen -: Sie haben im Sommer angekündigt, das sei alles nicht nötig, jetzt sei kreatives Sparen angesagt. - Aber wo ist denn nun Ihre Kreativität? Kommen Sie noch einmal ans Rednerpult und sagen Sie uns, wie Sie das machen würden, wenn Sie insgesamt auch noch weniger Lehrerinnen und Lehrer im System haben.

(Reinhold Coenen [CDU]: Heiße Luft!)

Ich kann nur sagen: Von Ihnen kommen keine Alternativen. Ich bin von Ihnen ausgesprochen enttäuscht.

(Ursula Körtner [CDU]: Das war die Bildungsrevolution!)

Also, meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir werden das schon - wie bisher - selbst machen müssen.

Zum Schluss darf ich Ihnen noch sagen, da ja Weihnachten vor der Tür steht: Auch im Kultusministerium, im Schiffgraben 12, hat es eine Veränderung gegeben. Am Weihnachtsbaum hängt wieder Lametta. - Danke schön.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zu diesem Haushaltsschwerpunkt liegen mir nicht mehr vor.

Wir haben vereinbart, dass wir eine Stunde Mittagspause machen. Ich schlage vor, dass wir uns pünktlich um 15.40 Uhr wieder hier einfinden. - Vielen Dank. Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 14.37 Uhr.

Wiederbeginn: 15.40 Uhr.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Meine Damen und Herren, wir setzen unsere heutige Sitzung fort.

Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2004 - Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte (einschl. einzubringender Änderungsanträge) unter Einbeziehung der betroffenen Ressortminister (Wissenschaft und Kultur - Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Umwelt - ländlicher Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien)

Für die nunmehr zu behandelnden Themenbereiche stehen den Fraktionen wieder folgende Redezeiten zur Verfügung: CDU und SPD jeweils 76 Minuten, FDP und Bündnis 90/Die Grünen jeweils 48 Minuten. Der Ältestenrat ist davon ausgegangen, dass die Landesregierung eine Redezeit von 48 Minuten nicht überschreiten wird.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich bitte Sie wiederum, sich schriftlich zu Wort zu melden und dabei anzugeben, zu welchem Themenbereich Sie sprechen möchten.

Wie im Ältestenrat vereinbart, behandeln wir zunächst den Themenbereich **Wissenschaft und Kultur**. Als erste Wortmeldung liegt mir die von Frau Dr. Andretta vor. Bitte schön!

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Das wird ganz schwer heute!)

Dr. Gabriele Andretta (SPD):

Ich weiß, Herr Klare, Sie sind mein Gegner. Ich zittere schon.

(Heiterkeit bei der SPD - Oh! bei der CDU)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn wir jetzt über den Wissenschaftsetat reden, dann reden wir darüber, wie wir heute die Weichen stellen müssen, um morgen in Niedersachsen hoch qualifizierte Arbeitskräfte zu haben und im Wettbewerb um die besten Köpfe und Talente mithalten zu können.

Ein Land wie Niedersachsen, das über wenig Industrie und Rohstoffe verfügt, ist darauf angewiesen, in Bildung und Forschung zu investieren. Nur dann können Innovation, Wachstum und Beschäftigung in unserem Land gesichert werden.

Im Unterschied zu dieser Landesregierung haben die Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande

dies längst begriffen. Überall im Lande sind zigtausende von Menschen - Studierende, Lehrende, Beschäftigte, Schülerinnen und Schüler und Eltern - auf die Straße gegangen, um gegen die Kahlschlagpolitik an den Hochschulen zu demonstrieren.

Zahlreiche Resolutionen von Gemeinden, Städten und Landkreisen - übrigens auch von CDU-Bürgermeistern und -Ratsfraktionen mitgetragen - sowie aus Wirtschaft und Gewerkschaften appellieren an diese Landesregierung, den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Niedersachsen nicht durch eine kurzsichtige und konzeptlose Sparpolitik zu gefährden.

Meine Damen und Herren, der Hochschuletat soll im Haushaltsjahr 2004 um 40,6 Millionen Euro gekürzt werden; 2005 sollen noch einmal weitere 10 Millionen Euro dazukommen. Schon heute steht fest: Diese 50 Millionen Euro kommen das Land teuer zu stehen - um ein Mehrfaches teurer als der heutige Einspareffekt;

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

denn die Hochschulen werden gezwungen sein, auch in forschungsintensiven und drittmittelstarken Bereichen Stellen abzubauen.

Jede Wissenschaftlerstelle weniger verschlechtert die Chance, erfolgreich Drittmittel einzuwerben. Hier geht es nicht allein um das Prestige von Hochschulen oder um Rankings. Hier geht es um die Wirtschaftskraft unseres Landes. Jeder von den Hochschulen angeworbene Euro Drittmittel schafft weitere 5 Euro für das Bruttoinlandsprodukt von Niedersachsen. Wo sonst erreicht man noch eine solche Wertschöpfungsquote? - Im Agrarbereich jedenfalls nicht, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, schon jetzt sind die niedersächsischen Hochschulen gegenüber den süddeutschen klar im Nachteil; wir haben hier darüber geredet. Herr McAllister zitierte gestern das jüngste DFG-Förderranking und beklagte, dass die niedersächsischen Hochschulen abgerutscht sind. Das stimmt. 450 Millionen Euro Drittmittel fließen pro Jahr nach Niedersachsen, dagegen 950 Millionen Euro nach Bayern und 930 Millionen Euro nach Baden-Württemberg. Doch wie lautet die

Antwort dieser Landesregierung auf diesen Befund? - Sie verschlechtert die Grundausrüstung der schon jetzt unterfinanzierten Hochschulen, kürzt am meisten bei den forschungsstärksten Universitäten und nennt das ganze euphemistisch „Optimierung“.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die schlichte Wahrheit ist: Sie optimieren nicht, sondern Sie minimieren die Chancen unserer Hochschulen, zukünftig im Wettbewerb um Drittmittel mithalten zu können. Es ist zu befürchten, dass die Schere zukünftig noch weiter auseinander klaffen wird. Denn wie sagte der DFG-Präsident Winnacker zutreffend? - „Wer hat, dem wird gegeben.“

Sie erinnern sich: Herr McAllister hat hier gestern darüber schwadroniert,

(Zuruf von der CDU: Schwadroniert? - Nie!)

dass Sie in Ihrer Oppositionszeit das Bayern des Nordens werden wollten. Meine Damen und Herren von der CDU, sorgen Sie dafür, dass Niedersachsen mit seinen Hochschulen in Ihrer Regierungszeit nicht das Mezzogiorno Deutschlands wird. Sie sind auf dem besten Wege!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, hier im Hause macht sich niemand mehr Illusionen darüber, wie wenig der zuständige Wissenschaftsminister seine Hochschulen vor Kürzungen schützt. Aber wo bleibt der Einsatz des Ministerpräsidenten und des Wirtschaftsministers für die Hochschulen?

Eine Beschädigung der Hochschulen in diesem Ausmaß bedeutet langfristig eine Gefährdung der künftigen Wirtschaftskraft des Landes und direkt einen Einbruch des Arbeitsmarktes und der Konsumkraft der betroffenen Regionen. Ein Wissenschaftlerarbeitsplatz sichert vier weitere Arbeitsplätze in den Regionen. Auf diese Arbeitsplätze können wir in Niedersachsen nicht verzichten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es geht aber nicht nur um neue Arbeitsplätze für Niedersachsen, es geht auch um die Sicherung der bestehenden. Fragen Sie einfach einmal bei

Siemens in Braunschweig oder bei VW in Wolfsburg nach, wo sie ihre hoch qualifizierten Ingenieure und Wissenschaftler herbekommen. - Doch von der TU Braunschweig, der Universität Hannover und der TU Clausthal. Diese Universitäten sind für Siemens und VW der Standortfaktor Nummer eins. Ausgerechnet diese Universitäten stehen auf der Kürzungsliste ganz oben. Und dann nennt es Herr McAllister wirtschaftsfeindlich, wenn wir vorschlagen, statt an den Hochschulen bei den Landwirtschaftskammern und im Radwegebau zu kürzen? - Innovations- und wirtschaftsfeindlich ist Ihre Politik, nicht unsere.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Kürzungen im Hochschuletat sind nicht nur kurzfristig, bezogen auf die wirtschaftlichen Entwicklungschancen von Niedersachsen. Die Kürzungen kommen uns auch deshalb teuer zu stehen, weil die Qualität der Lehre sich weiter verschlechtern wird. Die schon jetzt in den Massenfächern wie Betriebswirtschaft, Jura oder Sozialwissenschaften vorhandenen schlechten Studienbedingungen werden durch das HOK nicht etwa korrigiert. Im Gegenteil: Der Stellenabbau macht auch vor Massenfächern nicht Halt - mit den bekannten Folgen: Die Seminare werden voller, die Begutachtungszeiten von Examensarbeiten länger und die Studienbetreuung schlechter. Schon jetzt sind in den Massenfächern Proseminare mit bis zu 200 Teilnehmern eher die Regel als die Ausnahme und finden Anfängervorlesungen im Audimax statt.

Solche Studienbedingungen tragen weder zur Senkung der zu hohen Abbruchquoten bei, noch werden die Studienzeiten kürzer. Beides ist aber dringend geboten; denn überlange Studienzeiten und hohe Abbruchquoten sind eine Verschwendung von Ressourcen, die wir uns schon lange nicht mehr leisten können.

Meine Damen und Herren, nun wollte der Wissenschaftsminister nicht nur sparen und gehorsam das Geld der Hochschulen beim Finanzminister abliefern. Er wollte intelligent sparen, indem er ein Strukturkonzept mit den Sparauflagen verknüpfte. Das so genannte HOK - Sie wissen es - erblickte das Licht der Welt. Heute wissen wir: Diese Verknüpfung von Haushalts- und Strukturentscheidungen ist auf der ganzen Linie gescheitert.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der FDP, Sie können hier auch klatschen; denn Ihr Vorsitzender, Herr Rösler, kam nicht umhin, kürzlich bei einem Besuch in Göttingen festzustellen - ich zitiere die FAZ vom 6. Dezember -: Es gibt einen Unterschied zwischen intelligentem Sparen und dem, was jetzt passiert. - Wo er Recht hat, hat er Recht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir finden es auch nicht intelligent, wenn forschungsstarke Fakultäten wie in Göttingen, Clausthal, Braunschweig oder Hannover am meisten bluten müssen. Wir finden es auch nicht intelligent, wenn bewährte Standorte wie Buxtehude und Nienburg dichtgemacht, erfolgreiche Studiengänge geschlossen oder verlagert werden und die Berufungsfähigkeit von Hochschulen für Jahre infrage gestellt wird.

Meine Damen und Herren, wenn schon die Intelligenz des HOK nicht überzeugen mag, wie sieht es dann mit dem Sparen aus? - Tatsächlich ist höchst unklar, welche Einspareffekte die geplanten Strukturmaßnahmen bringen werden.

Ein Beispiel: Da soll die Ausbildung von Grund-, Real- und Hauptschullehrern zukünftig von Hannover nach Hildesheim verlagert werden, auf Empfehlung der Wissenschaftlichen Kommission. In den gleichen Empfehlungen steht aber auch, dass diese Verlagerung wenn überhaupt, dann erst ab dem Jahre 2009 mit einem Kapazitätsabbau in Hannover einhergehen kann, da dort ja noch die Ausbildung der eingeschriebenen Lehramtsstudierenden und vor allem der dort in den anderen Lehrämtern verbleibenden Studierenden sichergestellt werden muss.

Für die nächsten Jahre jedenfalls bringt diese Verlagerung, über deren Sinnhaftigkeit man noch zu Recht streiten kann, keinen müden Euro Einsparung. Im Gegenteil: Bereits im Wintersemester 2004 soll an der Universität Hildesheim mit den neuen Studiengängen begonnen werden. Dafür sind neue Stellen und zusätzliche Investitionen notwendig. Wo diese zusätzlichen Stellen aber herkommen sollen, darüber schweigt sich der Haushalt aus.

Gleiches gilt für den Aufbau von neuen BA- und MA-Studiengängen an der neuen Bologna-Uni-

versität Lüneburg oder für den Aufbau des neuen Schwerpunkts Energie- und Rohstoffversorgungstechnik an der TU Clausthal. Solche Reformkonzepte, meine Damen und Herren, sind richtig, aber es gibt sie nicht zum Nulltarif, und ihre Umsetzung braucht Zeit. Das sagen Ihnen alle Hochschulen, und das müssen Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Wir stellen fest: Es bleibt völlig unklar, mit welcher Strukturmaßnahme wie viel gespart werden kann. Das HOK ist für uns, aber nicht nur für uns, sondern auch für die Betroffenen im Lande eine einzige Blackbox. Mit seriöser Haushaltsplanung hat das jedenfalls nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Haushalt, Herr Minister, ist das Gegenteil von Optimierung. HOK ist in Niedersachsen inzwischen - Sie kennen es - die Abkürzung für eine Hochschulpolitik ohne Konzept geworden.

(Beifall bei der SPD)

Diese können wir uns am wenigsten leisten. Wir brauchen endlich eine Landeshochschulplanung, welche die Frage der Arbeitsteilung zwischen den Hochschulen, der Fächerpräsenz im Land und den Studienangeboten und Forschungsschwerpunkten nicht je nach Kassenlage und regionaler Opportunität, sondern nach gesellschaftlichem Bedarf und nach Qualität entscheidet.

Herr Minister, Sie haben zwar Qualität als zentrales Kriterium genannt. Nur, wir fragen uns: Warum wenden Sie es nicht an? Wie wollen Sie beispielsweise den Ausbau der Lehrerbildung ausgerechnet in Vechta, der am schlechtesten evaluierten Hochschule in ganz Niedersachsen, mit Qualität rechtfertigen?

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, Sie haben nicht nur wenig intelligent, aber dafür wirtschafts- und innovationsfeindlich gespart, Sie haben darüber hinaus durch die Art Ihres Umgangs mit den Hochschulen das Vertrauensverhältnis zwischen Wissenschaft und Politik in diesem Lande nachhaltig geschädigt.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben nicht den Weg offener, transparenter Verfahren gewählt, sondern mit Ihrer Geheimdip-

lomatie Misstrauen in die Hochschulen hineingetragen und so billigend die Diskreditierung von Hochschulleitungen in Kauf genommen. An die Stelle nachvollziehbarer und verbindlicher Kriterien, die Sie selbst gefordert haben, sind undurchsichtige Kungeleien und Willkür getreten.

Meine Damen und Herren, die Hochschulen sind bereit, ihren Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts zu leisten. Sie verweigern sich nicht. Aber die Hochschulen schaffen die Höhe der Kürzungen nicht, und sie schaffen es nicht im Hauruckverfahren. Bis die Umsetzung von Strukturmaßnahmen in der Kasse spürbar wird, vergeht Zeit, oft viele Jahre. Zwingen Sie die Hochschulen nicht, intakte Strukturen zu schädigen, um das Geld irgendwie aufzutreiben. Hochschulen müssen in der Lage bleiben, Stellen wieder zu besetzen, wenn diese dringend für die Profilbildung in der Forschung, für die Aufrechterhaltung des Lehrangebots oder für die Nachwuchsförderung gebraucht werden.

Damit die bisherige Arbeit an Reformen nicht zerstört und den Hochschulen Handlungsspielräume erhalten bleiben, müssen die Kürzungen deutlich reduziert werden. Die SPD-Fraktion beantragt daher, die Kürzungen im vorgelegten Haushaltsplanentwurf um 23 Millionen Euro zurückzunehmen. Die Maßnahmen zur Gegenfinanzierung sind in unserem Haushaltsantrag dargelegt.

Gleichzeitig erwarten wir und mit uns die betroffenen Hochschulen, dass jene Kürzungs- und Strukturentscheidungen korrigiert werden, die auf falschen Zahlen, unvollständigen Informationen und unterdrückten Fakten basieren.

(Beifall bei der SPD)

Dies gilt zuallererst für Nienburg und Buxtehude. Kein einziges Argument, das Sie für deren Schließung ins Feld geführt haben, hielt einer kritischen Überprüfung stand.

(Beifall bei der SPD)

Die Buxtehuder und Nienburger erwarten ein klares Signal von diesem Landtag, dass die Schließung der Standorte endlich vom Tisch kommt.

(Beifall bei der SPD)

Ihr CDU-Antrag reicht dazu nicht aus. Sie fordern von dem Minister eine Schonfrist. Gleichzeitig verweigern Sie Buxtehude und Nienburg, neue Studierende aufzunehmen. So etwas führt nicht zur

Rettung, sondern zu einem sicheren Tod auf Raten, und das wissen Sie.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, meine Fraktion beantragt erstens die Rücknahme der Kürzung um 23 Millionen Euro, und meine Fraktion beantragt zweitens, im Interesse der Wiederherstellung einer verlässlichen Kooperationsbasis mit den Hochschulen, Artikel 9 Abs. 2 im Haushaltsbegleitgesetz zu streichen.

Liebe Kollegen und Kolleginnen von CDU und FDP, Sie fordern in Ihrem Antrag, dass von der Verordnung für Buxtehude und Nienburg kein Gebrauch gemacht werden soll. Wenn Sie es ernst meinen, dann dürfen Sie der Verordnung erst gar nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Es doch ganz einfach und klar: Wer die Schließung nicht will, der darf Artikel 9 Abs. 2 Haushaltsbegleitgesetz nicht seine Zustimmung geben. Alles andere ist Hinhaltetaktik und Augenwischerei, und damit muss endlich Schluss sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen diese Verordnung nicht für Buxtehude, nicht für Nienburg und nicht für andere Studiengänge. Mit dieser Verordnung wird in den Kern des NHG eingegriffen. Hier sollen die Hochschulautonomie auf kaltem Wege abgeschafft und in Niedersachsen wieder der Rückwärtsgang eingelegt werden. Ich frage Sie: Was ist das Selbstbestimmungsrecht der Hochschulen noch wert, wenn in Zukunft der Minister nach Belieben die Brechstange einsetzen kann?

Herr Rösler hat im Landtag verkündet - Sie erinnern sich -, den Bürgern im Lande die Freiheit bringen zu wollen. Ich glaube, diesen Bürgern würde es schon genügen, wenn Sie den Hochschulen wenigstens die Freiheit erhalten, die ihnen das Gesetz bisher garantiert.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es gibt keinen Zweifel: Wer dieser Verordnung seine Zustimmung gibt, der stimmt der Entmündigung der Hochschulen zu.

(David McAllister [CDU]: Wann kommt endlich der gute Teil Ihrer Rede?)

Hochschulen sind - vielleicht fällt es Ihnen schwer, das zu verstehen, meine Damen und Herren von der CDU - keine Kasernen, in denen mit Befehlen kommandiert werden kann. Wir lehnen die Entmündigung ab.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - David McAllister [CDU]: Sind Sie jetzt verteidigungspolitische Sprecherin?)

Meine Damen und Herren, wer morgen Innovation und Wachstum will, muss heute in Bildung und Forschung investieren. Genau dazu gibt es keine Alternative. Deshalb nutzen Sie die Chance, und stimmen Sie unseren Änderungsanträgen zu!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Der nächste Redner ist nunmehr Herr Kollege Klare. Bitte schön!

Karl-Heinz Klare (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Dr. Andretta, wenn Sie mir eine kleine Replik erlauben: Ich bin nicht Ihr Gegner, sondern allenfalls Ihr Mitbewerber.

(Ernst-August Hoppenbrock [CDU]: Bewunderer! - Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP)

- Lieber Herr Kollege, ich habe sie an anderer Stelle, bei anderer Diskussion, durchaus schätzen gelernt.

(Oh! bei allen Fraktionen)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Wertschätzung, die ich Ihnen entgegengebracht habe, ist mit dieser Rede mit Sicherheit nicht gesteigert worden. Das kann ich Ihnen versichern.

Wenn man in einer solchen sachlichen Diskussion, die natürlich auch emotional ist, Begriffe verwenden wie Geheimdiplomatie, wenn es um Gespräche mit einem Präsidenten einer Universität geht - und andere Gespräche als mit einem Präsidenten einer Universität kann es für einen Wissenschaftsminister und seinen Staatssekretär gar nicht geben; und das hat er mit allen getan -, dann wissen Sie nicht, worüber Sie reden. Ich habe hier auch Begriffe wie Kungelei oder Willkür gehört. Wir

sind hier doch nicht in einem Gaunerstück, sondern wir sind hier in einer ernsten Auseinandersetzung, und am Ende soll herauskommen, dass unsere Forschung und unsere Lehre auf die Zukunft ausgerichtet werden. Deswegen sage ich Ihnen: Wenn ich der Minister wäre, wüsste ich eine Antwort. Ich würde mit Ihnen in dieser Form, in dieser Art und Weise nicht mehr reden. Ich finde, das geht zu weit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Aber ich meine, dass Sie den Weg noch finden werden. Wenn dieser Demonstrationsruf weg ist, dann werden Sie auch zur sachlichen Arbeit zurückfinden,

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Stand das schon im Redemanuskript? Klasse!)

meine Damen und Herren, weil sich gerade in schwierigen Zeiten zeigt, dass man eben keine Wohltaten mehr verteilen kann. Sie haben das über 13 Jahre verpasst. Es zeigt sich, ob eine Regierung und die sie tragende Fraktionen zu Recht gewählt sind, es zeigt sich, ob sie in der Lage sind, auch äußerst schwierige und notwendige Entscheidungen zu treffen,

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Notwendig, aber unter Polizeischutz!)

und es zeigt sich - das ist vielleicht das Ausschlaggebende -, ob sie imstande sind, ihren Wahlversprechen und Grundüberzeugungen auch dann treu zu bleiben, wenn der Gegenwind immer stärker wird. Ich habe die Entwicklung seit 1990, seit Sie regieren, sehr klar verfolgt. Wir haben dank Ihrer 13-jährigen Vorarbeit und der leider fortdauernden Zuarbeit aus Berlin ohnehin eine schwierige Zeit vor uns. Wir haben keine Wohltaten mehr zu verteilen, dank Ihrer Vorarbeit, meine Damen und Herren. Das ist die politische Realität.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Frau Andretta, ein bisschen Selbstkritik hätte ich mir auch gewünscht. Wenn man sagt, wir stünden unten im Ranking, dann sollte man sich bewusst werden, dass das ja wohl nicht daran liegen kann, dass Lutz Stratmann erst neun Monate im Amt ist. Das muss doch andere Gründe haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Warum um der politischen Glaubwürdigkeit willen nicht einmal ein bisschen Selbstkritik, meine Damen und Herren? Das würde ich auch tun.

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Der Haushalt ist von der CDU gemacht, nicht wahr?)

Damit der Sachverhalt in der Gesamtschau richtig dargestellt ist: Während in Berlin seit der Wiederwahl von Rot-Grün Wahlversprechen überhaupt nichts mehr gelten - ich brauche dazu keine Einzelheiten zu nennen: das Gesamtbild ist völlig chaotisch -, macht sich Niedersachsen jetzt auf diesen schwierigen Weg. Wir werden verlässlich und konsequent die Probleme des Landes lösen.

Meine Damen und Herren, ich sage das, weil ich weiß, was im Ministerium und auch bei Lutz Stratmann abläuft. Es ist ein schwieriger, ein mühsamer Weg. Das wissen wir. Aber wir haben dafür den Auftrag bekommen, und wir tun unsere Pflicht, auch wenn es manchmal schmerzlich ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich stelle natürlich das Hochschuloptimierungsprogramm in den Mittelpunkt dieser Haushaltsrede. Wir alle - FDP und CDU - sind gemeinsam der Meinung, und wir sind ganz sicher, dass dieses Hochschuloptimierungskonzept die Grundlage für die Problemlösung des Hochschulbereiches darstellen wird. Es gibt Antworten auf Fragen, meine Damen und Herren, die Sie sich nicht einmal getraut haben zu stellen. Schade, dass Herr Oppermann nicht da ist. Er hat manchmal Dinge ange-tickt, ist aber dann ganz schnell wieder zurückge-piffen worden.

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Welche sind das denn?)

- Ich komme darauf zu sprechen, meine Damen und Herren. Ich fange mit der Rede gerade erst an.

Ich sage Ihnen angesichts des öffentlichen Pro-tes-tes sehr deutlich: Das Hochschuloptimierungs-konzept ist Bestandsaufnahme und Zukunftspers-pektive zugleich. Das Hochschuloptimierungs-konzept gibt sehr klar vor, welche Maßnahmen und Schritte jetzt erforderlich sind, um effiziente Struk-turen zu schaffen, um Leistung und Qualität als die entscheidenden Kriterien durchzusetzen und um internationale Konkurrenzfähigkeit herzustellen.

Meine Damen und Herren, weil uns das alle be-wegt, füge ich meinen Ausführungen einen Satz zu

den Demonstrationen, die es gestern gegeben hat und die es zum Teil heute noch gibt, an. Ich habe überhaupt nichts gegen Demonstrationen, wenn sie friedlich und gewaltlos ablaufen. Das war im großen Teil der Fall. Ich habe jedenfalls nichts Ne-gatives gehört. Aber, meine Damen und Herren, wir reden über Kürzungen von 1,7 %, wenn Sie ei-ne andere Berechnungsgrundlage haben, über Kürzungen um maximal 3 %. Aber wenn hier jetzt wegen dieser Kürzungen der Untergang des A-bendlandes oder der Untergang von Forschung und Lehre in Niedersachsen postuliert wird, dann haben Sie alle Maßstäbe verloren. Ich muss das in dieser Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Frau Dr. Andretta, bei der letzten Veranstaltung hier im Hause, als über Buxtehude und über Nien-burg gesprochen wurde, waren Sie aggressiv, wie ich Ihnen sagen kann.

(Dr. Gabriele Andretta [SPD]: Das muss man ja!)

Sie haben den Minister beleidigt. Mit dieser Art und Weise der Diskussion schüren Sie weiter Unruhe. Das hilft niemandem in Buxtehude oder in Nien-burg, und das hilft auch niemandem in Göttingen und an anderen Hochschulstandorten. Meine Da-men und Herren, Sie wecken mit dieser Art und Weise Hoffnungen, die Sie nicht halten können, und Sie werden unglaubwürdig, weil Sie sie nicht halten können. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich habe den Eindruck, dass es Ihnen schwer fällt, die Wahlniederlage zu verkraften. Sie sitzen in ei-nem Schmollwinkel, und aus diesem Schmollwin-kel heraus versuchen Sie zu argumentieren.

(Widerspruch bei der SPD)

Meine Damen und Herren, niemand zuvor hat die Struktur- und Effizienzprobleme der Hochschulen in Niedersachsen mit all den Konsequenzen so offen und ungeschminkt auf den Tisch gelegt wie unser Minister Lutz Stratmann. Er hat sich dieser Riesenaufgabe angenommen. Die Art und Weise, wie er das gemacht hat, findet große Zustimmung.

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Deshalb müssen die Gitter aufgestellt werden!
- Isolde Saalman [SPD]: Bei Ihnen!)

- Bei uns sowieso; das ist doch keine Frage. - Da, wo man mit ihm redet, und da, wo Studentinnen und Studenten mit ihm ins Gespräch kommen können, gibt es Beifall, wenn er abtritt, gibt es Zustimmung, wenn er abtritt,

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Ja, wenn er abtritt! - Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

weil er ihnen die Situation überzeugend klar machen kann und nicht mit wildgewordenen Sprüchen auf die Leute zugeht, meine Damen und Herren. Deshalb gilt unser Dank Lutz Stratmann, seinem Staatssekretär und seinen Mitarbeitern für diese gute und schwere Arbeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, es ist unserem Ministerium zu verdanken, dass die Hochschulen endlich wissen, welche Schritte zur Stärkung von Forschung und Lehre erforderlich sind. Wir befinden uns in einem sehr aufwändigen Prozess mit sehr detaillierten Fragen, obwohl wir wissen, wie steinig der Weg ist. Aber obwohl der Weg steinig ist, muss er gegangen werden. Es werden in dem Konzept klare Wege aufgezeigt, wie trotz Mittelknappheit die Wettbewerbsfähigkeit, die Qualität und die Leistungen erreicht werden können. Meine Damen und Herren, in Wahrheit ist es doch das Ergebnis Ihrer Verschuldungspolitik über Jahre, dass einige der erforderlichen Schritte so hart ausfallen müssen. Darüber darf man doch noch reden. Trotzdem - ich wiederhole es -: Es gibt wirklich keine Alternative zu diesem steinigen Weg, wenn man die Probleme tatsächlich lösen will. Das gilt im Übrigen auch für die Regionen Buxtehude und Nienburg, Frau Dr. Andretta. Was die Regionen in so kurzer Zeit auf den Weg gebracht haben, sucht seinesgleichen. Damit das auch deutlich ist und vielleicht auch bei Ihnen überkommt, weise ich darauf hin, dass diese Initiativen vor Ort nur deswegen in Gang gekommen sind, weil es die Diskussion und dieses Hochschuloptimierungskonzept gibt. Das kann man doch auch einmal positiv sehen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, es ist doch diesen Anstrengungen vor Ort zu verdanken, dass wir unseren Antrag, der Ihnen vorliegt, in dieser Form eingebracht haben. Wir hätten diesen Antrag nicht eingebracht und, Frau Dr. Andretta, es hätte dieses Aufrufes auch gar nicht bedurft, wenn nicht die berechtigten Hoffnungen beständen

(Dr. Gabriele Andretta [SPD]: Nur eine geschlossene Hochschule ist eine optimierte Hochschule! Das ist Ihre Logik!)

- hören Sie jetzt einmal zu, weil das ein wichtiger Satz ist, den Sie sich merken sollten-, mithilfe des örtlichen Engagements Alternativen zu den Schließungen der Standorte umsetzen zu können. Es wurden Kräfte mobilisiert, die kaum jemand für möglich gehalten hätte. Wir wecken keine falschen Hoffnungen, sondern wir wollen, dass alle Beteiligten die notwendige Zeit haben, auf dem vor Ort eingeschlagenen Weg fortzufahren. Die Anstrengungen in den betroffenen Regionen sind doch genau das, was unser Land braucht. Davon könnten sich andere Bereiche sogar etwas abschneiden: privates Engagement, Einbindung der Wirtschaft, das Heft vor Ort selbst in die Hand nehmen. Wir unterstützen dieses Engagement, begrüßen die vielen Initiativen und danken ausdrücklich all denen, die sich vor Ort darum gekümmert haben.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Klare, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Dr. Andretta?

Karl-Heinz Klare (CDU):

Nein. - Meine Damen und Herren, natürlich müssen Voraussetzungen erfüllt sein.

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Es wäre auch eine peinliche Angelegenheit gewesen, wenn da noch eine Nachfrage gekommen wäre! - Zuruf von Dr. Gabriele Andretta [SPD])

- Sie haben wohl 15 Minuten Redezeit, haben sie aber noch nicht ausgeschöpft, Frau Dr. Andretta. Ich erlaube Ihnen gerne, hierher zu kommen und mit mir auf diese Weise zu kommunizieren, wie es sich gehört.

Natürlich müssen Voraussetzungen erfüllt sein. Natürlich sind die Mittel des Landes weiterhin begrenzt und muss ein Großteil privat finanziert werden. Selbstverständlich muss das jeweilige Konzept mit dem HOK im Übrigen vereinbar sein. Aber das sind eindeutig Hürden, die nach derzeitigem Stand überwindbar zu sein scheinen. Dieser Stand ist von heute. Insofern kann ich auch ein bisschen Hoffnung nach draußen geben. Entscheidend ist aber, dass jetzt nicht auf halbem Wege stehen geblieben wird. Genau in diese Richtung geht un-

ser Antrag. Wir wollen, dass die Möglichkeiten realistisch genutzt werden. Wir ringen gemeinsam mit der Landesregierung und mit den Betroffenen vor Ort darum, dass es dort weitergeht. Nehmen Sie uns dieses Ringen wirklich ab, meine Damen und Herren. Ihr Antrag, den Sie eingebracht haben, hilft nicht, sondern schadet. Wenn Sie uns vor das Loch führen wollen, meine Damen und Herren, nur Ja oder Nein zu sagen - genau das ist doch die Absicht aus parteipolitisch motivierten Gründen -, dann werden Sie keine vernünftige Antwort von uns erhalten, sondern dann blockieren Sie den Prozess, der vor Ort abläuft. Genau das ist Ihr Wunsch. Sie wollen uns vor ein parteipolitisches Loch zerren.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie helfen nicht, meine Damen und Herren, sondern Sie stören eher mit diesem Antrag.

Während des Hochschuloptimierungskonzept sowie unser Antrag zu Nienburg und Buxtehude realistische Zukunftsperspektiven berücksichtigen, bleibt Ihnen nur ein einziger großer Ruf, nämlich immer mehr Geld hineinzugeben.

Nach den wochenlangen Überlegungen zur Gegenfinanzierung, die Sie hier angestellt haben, liegt deren Ergebnis nun vor. Wir haben gestern kurz darüber geredet. Leider ist das nichts anderes als wirtschaftsfeindliche Polemik ohne Substanz. Ihr ganzes Gerede von Stärkung des ländlichen Raumes - es sollte ja eine Stärkung des ländlichen Raumes sein, die Hochschulen zu erhalten - wird ad absurdum geführt, wenn Sie gerade da einsparen, wo der ländliche Raum gestärkt wird: beim Radwegbau und im Bereich der Landwirtschaft. Wenn Sie auch noch den ganzen investiven Bereich kürzen würden, dann würden Sie unser Land weiter ins Minus bringen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie wirklich etwas für Niedersachsen tun wollen, dann sorgen Sie dafür, dass in Berlin endlich eine vernünftige Politik gemacht wird.

(Beifall bei der CDU - Wilhelm Heide-
mann [CDU]: So ist es!)

Wie weit Lippenbekenntnisse und tatsächliches Handeln auseinander liegen, beweist gerade die Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn mit ihrem Haushalt. Danach werden im nächsten Jahr 4 Milliarden Euro - das sage ich sehr deutlich - für Schulmauern, für Steine ausgegeben. Ich weiß

sehr genau, wie wichtig Ganztagsangebote sind. Dabei geht es darum, dass wir die Lernzeiten verändern, dass wir sozialpädagogische Betreuung machen und vieles mehr. Aber diese 4 Milliarden Euro gehen in Baumaßnahmen. Ich kann Ihnen sagen, wohin das führt: Das führt zu Mitnahmeeffekten bei den Schulträgern. Das ist die Folge, dass Sie diese 4 Milliarden Euro so eingesetzt haben. Ich kann Ihnen sagen, das ist ein falscher Ansatz. Das war gut gemeint, geht aber in die falsche Richtung. Im Gegenzug werden die Mittel für Forschung und Entwicklung drastisch gekürzt. 184 Millionen Euro werden herausgestrichen. Das ist ein Stück aus dem Tollhaus, meine Damen und Herren.

Der Anteil der öffentlichen Hand an den deutschen Forschungsaufgaben sinkt und sinkt. Projektförderung und Hochschulbau sind massiv von Kürzungen betroffen. Wir in Niedersachsen wissen, wie sehr gerade wirtschaftliche Entwicklung und innovative Forschung miteinander verbunden sind. Wir haben deswegen 3 Millionen Euro zusätzlich im Haushalt zur Verfügung gestellt. Wissenschaftlicher Nachwuchs und Spitzenwissenschaftler wandern immer häufiger ab. Auch darauf müssen wir reagieren.

Mit der Optimierung der Hochschulen in Niedersachsen schärfen wir deshalb die Profilbildung der Schulen. Wir sorgen für mehr Wettbewerb durch Evaluation, für weniger Bürokratie und für mehr Autonomie. Wir sorgen für flexiblere Verwendungsmöglichkeiten von Forschungsmitteln und schaffen Anreize für das Einwerben von Forschungsmitteln, indem diese zukünftig bei der Verteilung von Landesmitteln zusätzlich prämiert werden.

Hochschulen brauchen zudem mehr Freiheit zur Auswahl von Studierenden, meine Damen und Herren. Studierende brauchen mehr Freiheit bei der Auswahl ihrer Hochschule. Wir haben bereits im Juni in diesem Hause einen Entschließungsantrag eingebracht, in dem das sehr klar beschrieben worden ist. Entsprechende Konzepte und eine Initiative des Bundesrates für mehr Freiheit der Hochschulen liegen vor. Aber das wird leider aus ideologischer Sicht von der Bundesbildungsministerin blockiert.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Niedersachsen geht seinen Weg der Problemlösung trotz

der aufgezeigten Widrigkeiten zielstrebig und konsequent weiter. Wir werden den schwierigen Prozess der Optimierung verlässlich durch Zukunftsverträge absichern und gleichzeitig leistungsorientierte Mittelvergabe auch bei den Universitäten einführen und schrittweise ausbauen. Nur derjenige, der gestaltet, wer neue Wege aufzeigt und wer auch bereit ist, diese zu gehen, wird die Zukunft gewinnen. Lassen Sie uns gemeinsam für die Hochschulen arbeiten! Denn so können wir die Zukunft Niedersachsens besser sichern als durch zu scharfe und polemische Reden, wie Sie sie gerade gehalten haben. - Ich danke Ihnen.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Das Wort erteile ich nunmehr Frau Dr. Heinen-Kljajić.

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister Stratmann, Sie bewerben Ihre Einsparungen in Wissenschaft und Kultur mit dem Slogan des intelligenten Sparens. Wie erklären Sie sich dann, dass dieses angeblich intelligente Sparkonzept derartigen öffentlichen Protest auslöst, dass Sie sich genötigt sehen, sich hier im Landtag hinter einer Festung von Sicherheitskräften zu verbarrikadieren?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Dass Sie kürzen können, haben Sie gezeigt. Aber den Beleg dafür, dass Sie konzeptionell etwas vorzuweisen haben, sind Sie mit Ihrem Haushalt und den daraus resultierenden Entscheidungen schuldig geblieben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich das kurz auch am Kulturbereich verdeutlichen: Kürzungen - allemal dann, wenn sie Jahr für Jahr fortgesetzt werden - bringen Kultureinrichtungen irgendwann an eine Grenze, an der die Politik die Antwort schuldig ist, wie sie sich die zukünftige Ausgestaltung des Gesamtangebots vorstellt. Die Landesmuseen sind dafür nur ein Beispiel von vielen.

Wenn Einsparvorgaben nicht von perspektivischen Zielformulierungen und Konzepten flankiert werden, dann erzeugen sie nur Qualitäts- und damit Effizienzverluste und sind in den Folgewirkungen haushaltspolitisch fatal. Nach dem Prinzip der Echternacher Springprozession - drei Schritte vor, zwei Schritte zurück - scheint auf den ersten Blick die Vernunft gesiegt zu haben. Bei den Staatstheatern haben Sie sich auf eine teilweise Rücknahme bzw. Aufschiebung der Einsparungen eingelassen. Gerettet ist damit allerdings nichts. Die betroffenen Theater müssen mit drastischen Maßnahmen reagieren und wissen trotzdem nicht, wie sie die hohen Einsparsummen in der Kürze der Zeit umsetzen sollen. Das Programm wird reduziert, betriebsbedingte Kündigungen werden ausgesprochen, der mit Millionen ausgebaute Ballhof steht vor dem Aus. Die im Haushalt festgeschriebenen Einsparungen werden sich voraussichtlich am Ende des Jahres als Luftbuchungen erweisen, wenn sich die zurückgehende Attraktivität in sinkenden Einnahmen ausdrückt. Oder Sie kürzen den Etat der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur weit überproportional um 250 000 Euro, obwohl die Soziokultur ein konkurrenzlos kostengünstiger Leistungsträger im Bereich kultureller Bildung ist, der Angebote für alle Altersgruppen, soziale Schichten und Nationalitäten vorhält, der mit einem hohen Anteil an Ehrenamt arbeitet und der sich mit ca. 50 % seines Mitteleinsatzes der kulturellen Versorgung des ländlichen Raums verpflichtet fühlt. Dieser Kürzungsvorschlag zeugt von absolutem kulturpolitischen Dilettantismus und wird von uns nicht mitgetragen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Man kann nur froh sein, dass sich die FDP, allen voran der Chef-Opernkritiker Hirche, nicht mit ihrem Ruf nach weiteren Einsparungen bei den Freien hat durchsetzen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Erwachsenenbildung setzt sich Ihre planlose Politik fort. Die teilweise intransparenten Strukturen in der Erwachsenenbildung sind zweifelsohne reformbedürftig. Die Weiterbildungslandschaft muss an die Anforderungen des Konzeptes des lebenslangen Lernens angepasst werden. Sie, Herr Stratmann, kürzen, und Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion und von der FDP-Fraktion, kündigen die Novellierung des Erwachsenenbil-

derungsgesetzes an. Wir sind deshalb mehr als misstrauisch; denn wenn Sie von Strukturreformen sprechen - das haben wir gerade leidvoll im Hochschulbereich erleben dürfen -, meinen Sie tatsächlich nichts anderes als das Zusammenstreichen von Haushaltsansätzen. Auf Ihr angekündigtes Eckpunktepapier zur Erwachsenenbildung warten wir noch immer.

Nun haben Sie sich hier zugunsten der Qualität mehr Zeit ausbedungen. Aber, meine Damen und Herren, wenn Sie schon einen Zusammenhang zwischen der Dauer der Vorbereitung einer Entscheidung und deren Qualität herstellen, warum haben Sie dann diese Einsicht nicht auch bei den Hochschulen walten lassen?

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD - Wolfgang Wulf [SPD]: Eine gute Feststellung!)

Damit komme ich zum eigentlichen Problem Ihres Haushaltes, Herr Minister Stratmann, zu Ihrem so genannten Hochschuloptimierungskonzept. Hierbei handelt es sich um nichts anderes als eine richtungspolitische Fehlentscheidung, um die vom Finanzminister vorgegebene Einsparsumme von 41 Millionen Euro zu realisieren. Das HOK ist ein Bildungs- und Studienplatzabbauprogramm. Hochschulpolitische Überlegungen oder gar ein Gesamtkonzept bleiben außen vor.

Meine Damen und Herren, Herr Minister Stratmann, Sie preisen Ihr Papier als intelligent und konsequent. Aber schon das von Ihnen gewählte Geheimverfahren macht Sie unglaubwürdig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bis heute können Sie nicht darlegen, wie die einzelnen Entscheidungen zustande kamen. Hinter verschlossenen Türen zu tagen, ist kein Beteiligungsverfahren. Den Präsidenten der Hochschulen mit der Pistole auf der Brust Kürzungsmaßnahmen herauszupressen und uns dann weismachen zu wollen, es handele sich um einen Verständigungsprozess, ist reine Augenwischerei.

(Beifall bei den GRÜNEN - Karl-Heinz Klare [CDU]: Was schlagen Sie denn vor, mit wem man reden soll?)

Auch die Anwendung der zugrunde gelegten Kriterien geschieht absolut willkürlich. Sie berufen sich auf die Evaluationsergebnisse von ZEvA und Wissenschaftlicher Kommission, weichen aber von de-

ren Empfehlungen laufend ab. Sie schließen positiv evaluierte Fachbereiche und Standorte, etwa die Wirtschaftswissenschaften in Hildesheim, und setzen gleichzeitig auf Vechta, obwohl die Wissenschaftliche Kommission zu dem Schluss kommt, hierbei handele es sich um eine - ich zitiere aus dem Bericht - „Hochschule, die in ihrem Kernbereich und Hauptaufgabenfeld nicht legitimationsfähig ist“. Sie beharren auf den dortigen Kapazitäten in der Lehrerausbildung, obwohl die Kommission der Hochschule attestiert, dass „eine qualitätsorientierte Lehrerausbildung dort nicht sichergestellt werden kann“. Auch das ist ein Zitat aus dem Bericht.

Herr Minister, selbst die derzeitigen Engpässe in der Lehrerausbildung können kein Argument dafür sein, ein derart vernichtendes Urteil zu ignorieren. Diese Entscheidung ist anscheinend nichts anderes als ein Kotau vor der CDU-Hochburg Vechta.

Die Gutachter der Wissenschaftlichen Kommission haben an anderer Stelle selbst moniert, dass das HOK Strukturentscheidungen vorwegnimmt, obwohl noch keine abschließenden Evaluierungen vorliegen. Das gilt etwa im Falle der Studiengänge Soziologie und Romanistik in Hannover.

Aber auch andere Ungereimtheiten im Zusammenhang mit dem HOK können Sie nicht auflösen. Sie argumentieren mit falschen Zahlen, so bezüglich der Auslastung von Studiengängen im Falle von Göttingen oder Nienburg.

Ein anderes Beispiel ist die nachweislich falsche Auslegung von Empfehlungen des Wissenschaftsrates, wobei Mindestkriterien bei der Hochschulbauförderung bei Neugründung einfach auf bereits bestehende Standorte, wie Nienburg, übertragen wurden.

Schließlich haben Sie zugeben müssen, dass die Hochschulen von den Kürzungen weit härter betroffen sind, als Sie ursprünglich behaupteten. Nun hat Herr Klare, der neue hochschulpolitische Sprecher der CDU,

(Ursula Körtner [CDU]: Nein, ist er gar nicht!)

hier heute wieder von 1,7 % gesprochen. Staatssekretär Dr. Lange hat seinerzeit im Finanzausschuss - auch das ist ein wunderschöner Euphemismus - von „optimierten Zahlen“ gesprochen.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Ich habe das, glaube ich, etwas differenzierter dargestellt!)

Tatsächlich hat die Landeshochschulkonferenz vorgerechnet, dass es sich um 3,7 bis 4,2 % - je nach Rechenart - handelt.

Liebe Kollegen und Kolleginnen von CDU und FDP, hören Sie bitte endlich mit dem Jonglieren mit falschen Zahlen auf!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, so intransparent die Entstehung des HOK ist, so fatal ist es in seiner Wirkung. Es wird nationalen wie internationalen Anforderungen, die an ein Land gestellt werden, dessen Wettbewerbsfähigkeit einzig von der Nutzung der Ressource Wissen abhängt, in keiner Weise gerecht. Das HOK baut in großer Zahl Studienplätze ab, obwohl allein schon demografisch bedingt die Zahl der Studierenden in den nächsten Jahren zunehmen wird. Es steht völlig konträr zur Notwendigkeit, die Zahl der Hochschulabsolventen zu steigern. Ferner blendet es komplett aus, dass sich Hochschulen in Zukunft im Rahmen des Konzeptes des lebenslangen Lernens verstärkt öffnen müssen.

Die Streichung von 1 100 Stellen beim wissenschaftlichen Personal wird die Qualität von Lehre und Forschung weiter senken. Der schlechtere Betreuungsschlüssel wird weder dem Problem der langen Studiendauer noch der hohen Abbrecherquote gerecht.

Die Höhe der Einsparsumme kann in der Kürze der Zeit nur über eine Wiederbesetzungssperre realisiert werden. Damit sind die meisten Hochschulen auf absehbare Zeit berufungsunfähig. Das wiederum wird Auswirkungen auf die Drittmittelwerbung haben. Eine stärkere Profilbildung wird so unmöglich gemacht.

Auch in starken Bereichen wird es im Rahmen der Realisierung der Kürzungsvorgaben zu Stellenstreichungen kommen.

Im Resultat wird Niedersachsen bei Hochschulrankings weiter absinken. Auch hier gibt es also keine Optimierung, sondern eine Demontage.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, so langsam dämmert Ihnen doch anscheinend selbst, dass das HOK mehr als mangelhaft ist. Einzelentscheidungen, wie etwa die Schließung des Fachbereiches Wirtschaft in Hildesheim, werden angeblich noch einmal überprüft, und beim Hochschulstandort Leer verhält sich Minister Stratmann mit einem Male auffallend zögerlich.

Geehrte Kolleginnen und Kollegen von den Fraktionen von CDU und FDP, auch mancher von Ihnen hat inzwischen offenbar begriffen, dass es konstruktive Alternativen zum HOK gibt. Für die Standorte Buxtehude und Nienburg beantragen Sie sogar eine Aufschiebung der Entscheidung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch ich bin der Auffassung, dass alle Möglichkeiten einer anderen Organisation geprüft werden müssen. Alle Beteiligten müssen sich aber darüber im Klaren sein, dass die Hürde, die der Minister aufgebaut hat, enorm hoch ist. Privat geführt Hochschulen haben in diesem Lande finanziell starke vertraglich gebundene Kooperationspartner aus der Wirtschaft. Sie haben weitaus geringere Studienplatzkapazitäten als die jetzigen Hochschulstandorte und verlangen oftmals Studiengebühren von mehreren tausend Euro pro Semester.

Ich frage Sie ernsthaft: Ist das wirklich eine realistische Option für Nienburg und Buxtehude? Was bedeutet z. B. der bis dahin andauernde Aufnahmestopp für die Standorte, wie Ihr Antrag ihn vorsieht? Ich glaube, es ist ein Gebot der Fairness, auch die entschlossen zusammenhaltenden Akteure vor Ort mit solchen Fragen zu konfrontieren.

(Hermann Eppers [CDU]: Sagen Sie doch einmal, woher Sie die Gelder nehmen wollen!)

Deren Protest ist beeindruckend und zeigt, wie stark diese Hochschulen vor Ort verankert sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Fraktionen von CDU und FDP, Sie haben sich doch hier über den Tisch ziehen lassen. Denn Ihr Minister hat längst definitiv beschlossen - das hat er auch gesagt -, dass Buxtehude und Nienburg zukünftig weder staatliche Fachhochschulen sein werden noch weitere Landesmittel erhalten werden.

(Björn Thümler [CDU]: Das stimmt ja gar nicht!)

Meine Damen und Herren, wie Minister Stratmann es zukünftig mit der Beteiligung halten will, zeigt Artikel 8 des Haushaltsbegleitgesetzes. Die Schließung von Studiengängen soll demnach per Verordnung durch das MWK entschieden werden. Parlament und Hochschulen werden damit ausgebootet. Hier wird ein wichtiges Stück Hochschulautonomie wieder zu Grabe getragen.

Herr Minister Stratmann, wenn das Ihre Vorstellung von zukunftsweisender Hochschulpolitik ist, dann graut uns schon jetzt vor Ihren nächsten Vorhaben. Ich kann nur hoffen, dass zumindest Sie, liebe Ausschusskolleginnen und -kollegen von CDU und FDP, aus den jüngsten Tumulten um die NHG-Novelle gelernt haben: Es lohnt sich auch für Regierungsfractionen, Gesetzentwürfe, die man selbst einbringt, vorher versuchsweise einmal nachzuvollziehen, statt sich blind auf die Zuarbeit aus dem MWK zu verlassen.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Minister Stratmann, mit der Vielzahl der Widersprüche, der Halb- und Unwahrheiten haben Sie das Vertrauen in die Seriosität der Hochschulpolitik der Landesregierung verspielt, bei Studierenden ebenso wie bei Lehrenden.

(Reinhold Coenen [CDU]: Das haben Sie schon ein paar Mal gesagt! - Gegenruf von Sigmar Gabriel [SPD]: Das kann man nicht oft genug sagen!)

Bei allen weiteren Bestrebungen einer im Prinzip notwendigen Reform des Hochschulwesens werden Sie bei den Betroffenen auf Argwohn stoßen. Denn Sie haben längst ein Glaubwürdigkeitsproblem. Wer sich zeitgleich zu radikalen Einschnitten im Hochschuletat für Studiengebühren ausspricht, dem schlägt zu Recht Misstrauen entgegen. Ihr Versprechen, die Gebühren würden ausschließlich den Hochschulen zugute kommen, ist nicht viel wert, nachdem Sie bereits die Langzeitstudiengebühren nicht, wie geplant, den Hochschulen, sondern dem Landeshaushalt zugeführt haben.

(Hermann Eppers [CDU]: Das können Sie aber so nicht sagen! Wir halten unser Wort immer!)

Sie wollen Studiengebühren einführen, um Etatkürzungen zu kompensieren. Nach Ihren Plänen werden Studierende zum Stopfen von Haushalts-

löchern erhalten, ohne dass sich ihre Studienbedingungen auch nur im Geringsten verbessern werden.

Meine Damen und Herren, wollen Sie Buxtehude und Nienburg sowie allen anderen betroffenen Standorten und Fachbereichen eine tatsächliche Chance in einem fairen Wettstreit einräumen, müssen Sie unserem Weg zustimmen, der da heißt: Zurücknahme der Streichungen und Einleitung einer transparenten und verlässlichen Hochschulentwicklung für Niedersachsen.

Dabei sei ausdrücklich den Kolleginnen und Kollegen von der SPD gesagt: Das macht man nicht, indem man à la HOK light die Kürzungssumme einfach halbiert.

(Beifall bei den GRÜNEN - Karl-Heinz Klare [CDU]: Seht ihr! - Sigmar Gabriel [SPD]: Ich finde, bis eben war die Rede ganz gut!)

Wer wie wir der Forschung und Lehre nicht nur verbal Vorfahrt einräumen will, sondern tatsächlich auch qualitative Verbesserungen erreichen will, muss das umfassend machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion und von der FDP-Fraktion, seien Sie konsequent, stimmen Sie diesem Haushalt nicht zu, und geben Sie echten Reformen eine Chance, statt dem Hochschulstandort Niedersachsen Kürzungen aufzubürden, die lediglich Strukturen zerschlagen, statt sie zu optimieren! - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Der nächste Redner ist Herr Rickert. Bitte schön!

(Zuruf von der SPD: Der kommt aus Oldenburg! - Sigmar Gabriel [SPD]: Ob man reden darf, ist das jetzt davon abhängig, wo man wohnt?)

Klaus Rickert (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, es mag den einen oder anderen wundern, dass ausgerechnet ich zum Thema Wissenschaft das Wort nehme.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Ich verstehe in der Tat von Wirtschaftspolitik mehr. Aber das Thema Wissenschaft hat, wie wir alle wissen, sehr viel mit Wirtschaftspolitik, Herr Gabriel, mit Arbeitsplätzen und mit Wachstum zu tun.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Warum machen Sie dann Hochschulen zu?)

Ich möchte Ihnen einen Aspekt aus unserer Klausurtagung in Cuxhaven mitteilen. Wir haben unsere Klausurtagung im Ergebnis unter die Überschrift gestellt: Forschung stärken, Wachstum fördern. Dieses Motto steht weiß Gott nicht im Dissens zu den vorgeschlagenen Kürzungen im Hochschulbereich.

Jedes Unternehmen, jeder Beschäftigte eines Unternehmens wäre froh, wenn sein Betrieb bzw. sein Arbeitsplatz durch eine ca. vierprozentige Kürzung der Kosten zukünftig gesichert wäre.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe gelegentlich den Eindruck, dass einige Vertreter unserer Hochschulen nicht wahrnehmen wollen, in welcher komfortablen Situation sie sich eigentlich befinden. Unter unserem Sparkurs setzen wir dennoch forschungspolitische Akzente, indem wir zusätzliche Mittel in diesen Bereich geben. Denn Forschung ist von hoher Bedeutung. Ebenso wichtig ist aber die Umsetzung der Ergebnisse in marktfähige Produkte. Dafür setzen wir auf anwendungsorientierte erfolgreiche Forschungsinstitute in Niedersachsen. Wir haben für diesen Bereich 3 Millionen Euro zusätzlich beantragt. Dazu zählen CUTEC, das Laserlabor in Göttingen, Office e. V. in Oldenburg - also nicht nur Oldenburg. Diese Institute zeichnen sich durch eine enge Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft aus, die die Weichen für Schlüsseltechnologien stellt. Allen Instituten gemeinsam ist der sehr hohe Anteil von Drittmitteln in Höhe von über 50 %. Das Office-Institut - eine weiß Gott großartige Erfolgsgeschichte - schafft es sogar auf über 80 % an Drittmitteln, schafft über 200 Arbeitsplätze in dem eigenen Institut, und drumherum entstehen im Umfeld mehrere hundert Arbeitsplätze. Das ist die richtige Zielrichtung.

Die Stärkung dieser Schnittstellen zwischen Wirtschaft und Forschung - das ist das Motto, unter dem die Hochschulpolitik zu stehen hat - führt zu mehr Effektivität, zu mehr Wirtschaftlichkeit, zu mehr Wachstum und auch zu mehr Arbeitsplätzen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ferner fördern wir mit zusätzlich 3 Millionen Euro schwerpunktmäßig das Innovationszentrum in Hannover. Auch hier erreichen wir einen praktischen Bezug. Es wird geforscht in den Bereichen Produktionstechnik, Fahrzeugtechnik und auch Umwelttechnik, Frau Harms.

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Nichts gegen Forschung!)

Auf diese Weise werden die Weichen für die Schlüsselindustrien gestellt, damit die Zukunft des Landes Niedersachsen gesichert wird. Wir wollen, dass sich neue Technologien in Niedersachsen für Niedersachsen entwickeln. Wir wollen, dass Spitzentechnologie nicht nur im Lande genutzt wird, sondern auch exportiert wird. Wir wollen aber nicht, dass sie, wie der Transrapid, einfach aus dem Lande herausgeht und hier nicht genutzt wird. Wir wollen selbstverständlich modern bleiben, aktuell bleiben, innovativ bleiben. Das gilt auch für das Projekt Reaktortechnologie.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wiederhole unsere Botschaft, die lautet: Forschung stärken, Wachstum fördern. Denn erfolgreiche, praxisnahe Institute sind positive Standortfaktoren für unser Land. Sie sind Motoren für den dringend benötigten wirtschaftlichen Aufschwung und für die Schaffung von Arbeitsplätzen in unserem Land. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Dr. Gabriele Andretta [SPD]: Fachhochschulen auch!)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Nächster Redner ist Herr Professor Dr. Zielke.

(Zuruf von der SPD: Zweimal!)

Bitte schön!

Professor Dr. Dr. Roland Zielke (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der Gewerkschaftszeitung ver.di, Ausgabe vom November 2003, schreibt Hans-Jürgen Immerthal, Personalrat der Fachhochschule Nordwest, für ihn bedeute HOK - ich zitiere - Handeln ohne Kapital. Recht hat er, völlig Recht. Niedersachsen hat kein Kapital, Niedersachsen hat einen gigantischen

Schuldenberg. Deswegen muss diese Regierungskoalition handeln. Es wäre verantwortungslos, die Dinge einfach weiter treiben zu lassen. Wir haben uns an viele Wohltaten gewöhnt, jede einzelne gut begründet. Wir haben geglaubt, uns hohe Renten, eine totale Gesundheitsversorgung, Milliarden für die Steinkohle oder einen glitzernden Kulturbetrieb leisten zu können. Aber die fetten Jahre sind vorbei. Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt. Jetzt stellen sich einst verpönte Fragen nach den Kosten, und zwar in jedem Bereich.

Wir haben uns auch bei den Hochschulen viele schöne und sinnvolle Dinge geleistet. Jetzt müssen wir nach dem Kosten-Nutzen-Verhältnis fragen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Hochschulen und insbesondere die Universitäten als Stätten, an denen zweckfrei und fern der Gesellschaft nach Erkenntnis gestrebt wird, sind durchaus ein Teil der Wirklichkeit. Aber 90 % der Studierenden streben in erster Linie eine akademische Berufsausbildung an und keine intellektuelle Selbstverwirklichung. Deshalb hat der Staat, solange er die Hochschulen aus den Steuergeldern aller Bürger finanziert, auch die Verantwortung dafür, dass das Geld sinnvoll ausgegeben wird. Ein Drittel Studienabbrecher, Studienzeiten von über sechs Jahren im Durchschnitt - das kann uns nicht egal sein. Da liegt auch die Grenze von Hochschulautonomie.

Der pauschale Ruf, überall dürfe gekürzt werden, nur nicht bei der Bildung, unterstellt stillschweigend zwei Dinge. Zum einen: Bildung sei etwas Unvergleichbares, sozusagen inkommensurabel mit Straßenbau oder Krankenhäusern. Zitat von Stephan Kühnappel, Asta-Sprecher der Universität Oldenburg: Bildung ist keine Ware, über die verhandelt werden sollte. - Für Politik, die Interessen abwägen muss, kann das nicht die Richtschnur sein.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Zum anderen wird unterstellt, jeder Euro für die Hochschulen sei gleich gut angelegt, jedes Studienfach sei gleich wichtig für das Wohl unserer Gesellschaft.

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Wer unterstellt das?)

Wenn das stimmen würde, käme bei Kürzungen in der Tat nur der Rasenmäher infrage. Aber das ist falsch. Ich jedenfalls behaupte - und nehme zwei

nicht ideologisch verdächtige Gebiete als Beispiel -, Medizin ist wichtiger als Astronomie. Außerdem werden manche Zweige wissenschaftlicher Erkenntnisse mit der Zeit uninteressanter, während andere neu hinzukommen.

Lassen Sie mich etwas abschweifen. Von der Handwerksrolle sind in den letzten 30 Jahren Lehrberufe wie Sattler oder Mützenmacher gestrichen worden. Dafür gibt es keine Lehrlingsausbildung mehr. Stattdessen gibt es jetzt die Ausbildung zum Mechatroniker und zum Objektbeschichter. Vor 30 Jahren gab es noch nicht das Studienfach Informatik. Aber welche Fächer sind von der intellektuellen Handwerksrolle gestrichen worden, mal abgesehen von Marxismus/Leninismus?

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich möchte auf ein weiteres Problem hinweisen und dazu Thilo Sarrazin, SPD-Senator im Land Berlin, zitieren. Er schreibt: Die Industrie stützt sich aber im Wesentlichen auf natur- und ingenieurwissenschaftliche Absolventen. Ein steigender Anteil der Abiturienten drängt jedoch in Fächer, die für den Wirtschaftsstandort weniger relevant sind und die nicht zu den produktiven gehören. - All das will bedacht sein.

Wir haben uns bemüht, das HOK nach vernünftigen Kriterien zu gestalten, so gut und so intelligent das in der knappen Zeit möglich war.

Natürlich fallen, Frau Dr. Andretta, wenn man Strukturen verändern will - Stichwort „Verlagerung der Lehrerausbildung nach Hildesheim“ - Abwicklungs- und Aufbaukosten an. Verlassen Sie sich darauf: Das werden wir schon wuppen.

Wenn in Deutschland genauso viele Architekten ausgebildet werden wie in der ganzen übrigen Europäischen Union zusammen, dann stimmt etwas nicht. In Niedersachsen gibt es weniger Allgemeinärzte als Architekten. Krank wird man leider öfter, als man ein Haus baut. Daher stellt sich natürlich die Frage: Braucht man so viele Architekten?

(Zurufe von der SPD)

Denken Sie darüber nach. Dann werden Sie es vielleicht errahnen.

Wenn an einer Hochschule A in einem Studiengang hohe Sachinvestitionen erforderlich sind und an einer Hochschule B derselbe Studiengang gut

und modern ausgestattet ist, dann sollte man darüber nachdenken, den Studiengang von A nach B zu verlagern. Jeder Einzelfall einer Kürzung hat viele Aspekte. Aber eines ist bei allem Hin und Her der Argumente klar: Für die Betroffenen ist und bleibt es bitter, und sie sind selten von der Rationalität einer Maßnahme zu überzeugen. Sie haben meistens auch ein Stück Recht. Das muss man bei jeder einschneidenden Entscheidung dieser Art im Blick behalten.

Durch unseren Antrag „Zukunftsperspektiven für die Hochschulstandorte Buxtehude und Nienburg“ wollen wir den jetzt neu in Gang gekommenen regionalen Initiativen die nötige Zeit geben, aber auch den nötigen Druck aufrechterhalten, ihre Konzepte so zu untermauern, dass eine Schließung nicht zu erfolgen braucht.

Noch eines zu den Zahlen, was die generelle Höhe der Kürzungen betrifft. In Berlin unter einer rot-roten Landesregierung liegt das Einspar Soll bei mehr als 7 %. Im CSU-regierten Bayern wird um 5 % gekürzt. Da sind die 3,6 % bei uns in Niedersachsen noch relativ milde.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Letztlich haben wir nur zwei Möglichkeiten: Entweder wir kürzen heute und machen aus der Not eine Tugend, indem wir die niedersächsische Hochschullandschaft effizienter gestalten, oder wir nehmen heute die Kürzungen zurück mit der Konsequenz, dass wir morgen ganz sicher Hochschulstandorte komplett schließen müssen. Das beträfe dann vielleicht ganz andere als die jetzt gefährdeten.

Wissen Sie, einen Baum optimiert man auch, indem man morsche oder fehlwachsene Äste herausnimmt. Nichts anderes macht das Hochschuloptimierungskonzept. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Zu Wort gemeldet hat sich nun die Kollegin Frau Trost. Frau Trost, bitte schön!

Katrin Trost (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Hochschuloptimierungskonzept, zu den neuen Strukturen in unserer Hochschullandschaft ist von meinen Vorrednern einiges ge-

sagt worden. Wir haben uns in den letzten Wochen und Monaten intensiv damit auseinandergesetzt. Daher möchte ich diesmal zwei andere Punkte aufgreifen, die hier noch wenig Beachtung gefunden haben oder zumindest bei Ihnen inhaltlich nicht umgesetzt worden sind.

Sie haben immer wieder versucht, Schule und Hochschule gegeneinander auszuspielen.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben gesagt, wir investierten in Schule und kürzten bei den Hochschulen. Es hat auch für den Bereich der Hochschulen Sinn und Verstand, dass wir die Schulen stärken und dass sich das in diesem Haushalt abbildet. Vor einigen Wochen auf dem Bundesparteitag haben Sie im Rahmen der Agenda 2010 beschlossen, die Zahl der Studienanfänger eines Jahrgangs innerhalb von vier Jahren auf 40 % anzuheben. Ich frage mich, wo diese 40 % an Studienanfängern eines Jahrgangs in den nächsten Jahren herkommen sollen, wenn in Deutschland gerade einmal 36,1 % aller Jugendlichen eines Jahrgangs das Abitur oder die Fachhochschulreife erwerben.

(Beifall bei der CDU)

Da beißt sich die Katze in den Schwanz.

Zudem haben wir beklagt, dass wir zu viele Studienabbrecher und zu viele Langzeitstudierende haben. Wir müssen unsere Schulen so ausstatten, dass unsere jungen Menschen, die ein Studium aufnehmen, studierfähig sind, dass sie das Rüstzeug dafür mitbekommen, das Studium erfolgreich abzuschließen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Abbrecherquoten von weit mehr als 30 % - in einigen Fächern von bis zu 50 % - können und dürfen wir nicht mehr hinnehmen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dann möchte ich aus der Zeitung *Erziehung und Wissenschaft* vom Dezember 2003 zitieren. Dort heißt es unter der Überschrift „Es wäre so schön, wenn ...“:

„Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Mehr Bildung und berufliche Qualifikation, mehr Investitionen in Hochschulen, Forschung und Entwicklung sowie eine bessere

Förderung von Innovationen, das sind die Perspektiven, mit denen die Sozialdemokraten nach der Agenda 2010 die deutsche Gesellschaft erneuern und wirtschaftliches Wachstum ankurbeln und Arbeitsplätze schaffen wollen. Die von den aktuellen Sparmaßnahmen betroffenen Hochschulangehörigen vernehmen diese Nachricht derzeit mit Staunen. Denn die Realität an den Hochschulen auch in SPD-geführten Bundesländern sieht derzeit ganz anders aus: rigider Studienplatzabbau in Berlin und Nordrhein-Westfalen, weitere Eingriffe in die Hochschulstrukturen in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, drastische Kürzungen der Studentenerkennungszuschüsse in Rheinland-Pfalz.“

Diese Kürzungen fallen übrigens wesentlich höher aus als das, was wir mit diesem Haushalt unseren Hochschulen leider zumuten müssen.

Meine Damen und Herren, Sie haben in der Verantwortung gestanden, haben aber das, was Sie hier heute als Opposition einfordern, nicht umgesetzt. Sie haben versagt. Wir müssen jetzt genau das umsetzen, was Sie damals nicht gemacht haben. Es kann schmerzhaft sein ohne Ende. Das interessiert Sie noch nicht einmal; denn Sie hören noch nicht einmal zu.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir werden unser Konzept umsetzen. Wir werden die Hochschulen dazu bringen, dass sie auch in Zukunft vernünftig ausbilden können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Frau Dr. Heinen-Kljajić, wahrscheinlich haben Sie es vorhin und auch in den letzten Wochen und Monaten nicht vernommen; daher wiederhole ich es: Wir werden den Hochschulen Planungssicherheit geben durch einen Zukunftsvertrag, der durch Kabinetts- und Landtagsbeschlüsse abgesichert sein wird, der nicht der freien Willkür - wie es früher bei den Innovationspakten der Fall war - der Landesregierung ausgesetzt wäre, sondern in dem ganz klar festgelegt wird, dass für die künftigen Jahre Planungssicherheit besteht. Die Hochschulen werden damit leben können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zum Bereich Kultur bleibt mir aufgrund der mir noch verbleibenden extrem kurzen Redezeit nur noch eines zu sagen: Kulturpolitischer Dilettantismus ist es nicht, wenn wir die Kultur in den ländlichen Bereichen fördern. Wir wollen - das können Sie in den Koalitionsvereinbarungen und im Regierungsprogramm nachlesen - das „Musikland Niedersachsen fördern“ und das Profil Niedersachsens als europäische Kulturregion stärken. Wir werden in Zusammenarbeit mit den Landschaften und Landschaftsverbänden die kulturelle Infrastruktur fördern. Es wird ja am 29. Januar 2004 eine Anhörung dazu stattfinden.

Was die Theater angeht, so muss Hannover natürlich ein Theater haben, aber nicht nur Hannover. Die Zuschüsse für unsere kommunalen Theater haben wir in diesem Jahr nicht kürzen müssen - das steht im Gegensatz zu den Kürzungen, die in den letzten Jahren unter Ihrer Regierungsverantwortung vorgenommen worden sind -, sondern es besteht in den Regionen weiterhin Planungssicherheit.

(Im Plenarsaal klingelt ein Handy)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Entschuldigung, Frau Kollegin Trost, dass ich Sie unterbreche. - Herr Kollege Rolfes, ich weiß nicht, ob das Ihr Handy ist. Aber ich möchte bei dieser Gelegenheit darum bitten, dass auch die anderen ihre Handys ausschalten, damit das nicht wieder passiert und wir nicht wieder unterbrechen müssen.

Katrin Trost (CDU):

Meine Damen und Herren, wir werden uns mit der Kulturpolitik im nächsten Jahr intensiv auseinandersetzen und dort neue Strukturen auf den Weg bringen. Ich freue mich schon auf die Diskussion mit Ihnen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Es ist heute Morgen schon dreimal vorgekommen, dass ein Handy klingelt. Das gibt mir Anlass zu der Überlegung, ob wir uns im Ältestenrat einmal mit der Frage beschäftigen sollten, dass Handys grundsätzlich draußen abzugeben sind. Aber wenn wir das bei dieser Plenarsitzung noch einigermaßen vernünftig hinbekommen, glaube ich, werden wir von einer derartigen Maßnahme absehen können.

nen. Denken Sie also bitte daran, wenn Sie hereinkommen, Ihre Handys auszuschalten.

Als letzte Rednerin auf meiner Liste steht Frau Bührmann. Frau Kollegin Bührmann, bitte schön!

Christina Bührmann (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Thematisierung der Kulturpolitik in dieser Haushaltsdebatte zeigt zum einen den Stellenwert, den meine Fraktion der Kulturpolitik zumisst, zeigt zum anderen aber auch die Dramatik, die sich in der Kulturpolitik in diesem Jahr und - wie abzusehen ist - offensichtlich auch in den kommenden Jahren abzeichnet.

Nun haben Sie, liebe Frau Trost, doch noch zwei, drei Sätze zur Kulturpolitik gesagt. Ich wollte Ihnen eigentlich sagen: Schade, dass CDU-Fraktion und FDP-Fraktion offensichtlich völlig vergessen haben, dass dieses Ministerium nicht nur „Wissenschaft“, sondern auch „Kultur“ heißt.

(Beifall bei der SPD)

Ihre drei Sätze waren ein bisschen wenig.

Aber ich möchte bei allem Scherz doch sagen, dass ich es nicht in Ordnung finde, das Thema Kultur so sträflich zu vernachlässigen. Ich glaube, deswegen werden Sie mir zustimmen, dass wir das noch einmal grundsätzlich thematisieren müssen.

Sie, sehr geehrte Damen und Herren von den Fraktionen von CDU und FDP, sagen auf Seite 21 Ihrer Koalitionsvereinbarung - Frau Trost, Sie sind ein bisschen darauf eingegangen; ich wiederhole das mit großer Freude -:

„Die neue Landesregierung wird die kulturelle Infrastruktur dieses Landes stärken.“

Dem kann man eigentlich nur zustimmen, mit Ausrufezeichen versehen und sagen „Wunderbar!“. Weiter heißt es:

„Dabei wird der ländliche Raum auch in Zusammenarbeit mit den Landschaften und Landschaftsverbänden vorrangig gefördert.“

Nun, sehr geehrte Damen und Herren, was ist eigentlich bisher aus dieser Vereinbarung geworden? Welche Ergebnisse können Sie vorweisen?

Was ist von Ihnen in Zukunft noch zu erwarten? - Ich will Ihnen einiges dazu sagen.

Sie, sehr geehrte Damen und Herren, polarisieren zwischen Städten und ländlichem Raum und erreichen damit ein Gegeneinander, ja eine Zwietracht von Kulturschaffenden, wie es sie in diesem Lande noch nie gegeben hat.

(Beifall bei der SPD)

Sie wollen die gesamte Kulturförderung des Landes umstellen. Die Landschaften und Landschaftsverbände sollen nach Ihren Aussagen eine große Rolle spielen. Dagegen ist vom Prinzip her nichts zu sagen. Das Problem ist nur, sehr geehrte Damen und Herren von den Fraktionen von CDU und FDP, Sie haben offensichtlich keine Vorstellungen, wie Sie z. B. mit den gewachsenen Strukturen der Kommissionen und der Landesverbände umgehen wollen. Ich nenne hier nur drei, die mit die stärksten sind: Landesmusikrat, Museumsverband und der LAGS. Sie haben also überhaupt keine konzeptionelle Idee.

Sie haben den Staatstheatern finanzielle Lasten auferlegt, die sie nicht tragen können. Das Verhältnis zu den Theaterintendanten in Oldenburg, Braunschweig und Hannover - das ist das Ergebnis dieser Sparpolitik - ist zerrüttet. Eigentlich wollte ich sagen, es ist tief zerrüttet. Aber ich habe die Hoffnung, dass alle lernfähig sind.

Sie haben durch Ihr unsensibles Vorgehen beim Staatstheater Hannover permanent die Diskussion um den Weggang des Intendanten Schulz provoziert. Und Sie haben letztendlich auch zu verantworten, Herr Stratmann - aus dieser Verantwortung, das tut mir sehr Leid, kommen Sie auch nicht heraus -, dass der Intendant der Oper, Albrecht Puhlmann, 2006 nach Stuttgart gehen wird. Sicher, Stuttgart wird sich freuen, Stuttgart ist auch eine große Aufgabe. Aber dass Herr Puhlmann nach Stuttgart geht - da sind wir uns wohl alle einig -, ist für Hannover, ist für das Land Niedersachsen ein großer Verlust.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie, Herr Minister Stratmann, haben jegliches Vertrauen der Direktoren der staatlichen Museen in Niedersachsen verloren.

Fazit: Die Kulturpolitik in unserem Lande wurde völlig unter das Diktat der Ökonomisierung gestellt.

Die Ergebnisse, die ich Ihnen nur in Teilen darstellen konnte, sehen wir jetzt. Aber nicht nur dass Sie, Herr Minister Stratmann, bisher jeglichen Ansatz von Konzeption haben vermissen lassen, diese Konzeptionslosigkeit macht alle Sparauflagen zunichte, weil Sie keine Struktur vorgeben. Das ist das generelle Problem in Ihrem Hause. Es ist zu befürchten - ich muss hier heute leider auch sagen, es deutet sich an -, dass es in dieser Landesregierung an jeglicher kulturellen Vision fehlt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Reduzierung der Mittel und Personalabbau sind noch keine Reform. Es muss schon von dem zuständigen Minister eine Vorstellung entwickelt werden, wie mit weniger Geld - das wissen wir alle - in Zukunft z. B. gutes Theater, gute Museen, gute Kulturförderung insgesamt möglich sind. Ohne dass sich Politik darüber klar ist, wie viel Oper, wie viel Theater, wie viel Museen usw. sie sich leisten will und wie wenig sie sich leisten darf, wird die Verantwortung auf die Kulturschaffenden verlagert, indem ihre Arbeit als etwas Ungehöriges dargestellt wird.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

- Wenn Sie dem widersprechen, will ich gerne auf die Presseinformationen aus dem Hause von Herrn Stratmann verweisen, in denen aufgerechnet worden ist, was eigentlich ein Opernbesuch kostet.

(Prof. Dr. Dr. Roland Zielke [FDP]:
Was ist daran ungehörig?)

- Ich habe zu wenig Zeit, Herr Zielke, um das hier zu vertiefen. Es ist aber eine spannende Debatte. Wir werden sie sicherlich noch führen.

Ich will Ihnen für die Konzeptionsarbeit einige Beispiele geben. Der Ballhof in Hannover, eben schon erwähnt, ist gefährdet; vielleicht ist er mehr als gefährdet. Diese Spielstätte ist aber eine, mit der gerade junge Menschen angesprochen werden. Das wissen wir alle. Wenn wir uns einig darin sind, dass kulturelle Bildung ein Baustein für Persönlichkeitsentwicklung ist, was hier immer gefordert wird, dann darf der Ballhof nicht dem Zufall einer Schließung überantwortet werden.

(Beifall bei der SPD)

Am Beispiel der Landesmuseen wird deutlich, dass die Einnahmen, welche die alte Landesregierung den Museen überlassen hatte - Herr Oppermann -,

jetzt wieder als Einsparpotenzial, sozusagen als Spargroschen, gegengerechnet werden. Das ist eine Todsünde für vertrauensvolle Zusammenarbeit und für die Entwicklung von Budgets.

(Beifall bei der SPD)

Warum, sehr geehrter Herr Minister, weisen Sie nicht ein Gesamtbudget aus und schließen mit den Häusern Zielvereinbarungen, die für alle planbar und überschaubar sind? - Vielleicht prüfen Sie das einmal, weil die Entwicklung, wie wir sie jetzt haben, so nicht hingenommen werden darf.

Ein gutes Beispiel will ich hier auch nennen, allerdings aus der Zeit der alten Landesregierung. Sie hat bei den eingeleiteten strukturellen Veränderungen der LAGS mit klaren Strukturen als beliebener Unternehmer Zukunftsperspektiven gesetzt. Davon können Sie sich vielleicht auch ein bisschen abgucken.

Zum Schluss, sehr geehrte Damen und Herren, ein Wort zur Kulturpolitik allgemein, auch vor dem Hintergrund der Bedeutung dieses Themas und vielleicht auch der Behandlung dieses Themas. Wir alle wissen, dass es auch in der Kultur keine Chance gibt, mehr Geld zu bekommen. Das ist wichtig, um das klarzustellen, damit wir nicht eine Debatte führen, die eigentlich an dem Thema vorbeigeht.

Das unterscheidet die Gegenwart wesentlich von der Vergangenheit, wo es nicht darum ging, ob man weniger bekommt, sondern ob man nur so viel mehr oder noch mehr als mehr bekommt. Das ist vorbei; das wissen wir. Aber wenn wir unsere kulturelle Tradition verkaufen, dann verkaufen wir unser Herz, und wir verkaufen unsere Seele. Es wäre fatal zu glauben, die Kultur und insbesondere die Kunst seien etwas Zweitrangiges, etwas, dem man sich auch noch später widmen kann, nachdem man die ökonomischen Probleme eines Landes in den Griff bekommen hat. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Zu Wort gemeldet hat sich Minister Stratmann. Herr Minister!

Lutz Stratmann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss jetzt ein bisschen aufpassen, dass ich nicht die gesamte Redezeit der Landesregierung für den heutigen Nachmittag verbräuche, weil so viel gesagt worden ist, was eigentlich richtiggestellt werden müsste. Aber ich habe von hier aus schon in den letzten Wochen viel zu dem Thema Hochschulpolitik gesagt.

(Walter Meinhold [SPD]: Genau!)

Insoweit bemühe ich mich, mich etwas kürzer zu fassen.

In der Tat räume ich freimütig ein, liebe Frau Dr. Andretta, dass mir die zehn Monate, seitdem ich in diesem Amt bin, sehr, sehr viel länger vorkommen in Anbetracht der Erlebnisse, die ich in den letzten Wochen machen musste und machen durfte. Ich sage das deshalb, weil ich finde - ich versuche, dabei wirklich sehr ruhig zu bleiben -, dass Ihre Ausführungen vor dem Hintergrund des Horrorszenarios, das Sie für die niedersächsische Hochschulpolitik beschrieben haben, erheblich glaubwürdiger gewesen wären, wenn Sie zum einen zugegeben hätten, dass für die Bedingungen, die Sie beschrieben haben, nicht diese Landesregierung verantwortlich sein kann, weil sie erst seit zehn Monaten im Amt ist. Verantwortlich ist diese Sozialdemokratische Partei und deren Fraktion, die 13 Jahre in diesem Land regiert hat und damit die Situation, die Bedingungen verursacht hat, die hier vorherrschen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das muss doch einmal an dieser Stelle gesagt werden dürfen.

Sie wären auch viel glaubwürdiger gewesen, wenn Sie zugegeben hätten, dass die Probleme, die wir im Hochschulbereich haben, dass die Demonstrationen, die im Hochschulbereich stattfinden, keine singulären Probleme Niedersachsens sind. Es gibt in allen Ländern die gleichen Probleme, an der einen Stelle mehr, an der anderen Stelle weniger. Die Demonstrationen haben in diesen Tagen in allen Ländern ähnliche Ausmaße angenommen, übrigens in den sozialdemokratisch regierten Ländern noch viel schärfer als bei uns. Ich denke etwa an das Beispiel Berlin,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

wo sogar die Partei des Demokratischen Sozialismus mitregiert. Wenn Sie in die Programme schauen, dann könnte die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit nicht größer sein.

Lassen Sie uns doch in Gottes Namen aufhören, hier ständig Sonntagsreden zu halten. Lassen Sie uns doch auch damit aufhören, Sätze zu formulieren, die hier jeder unterstreichen kann. Ich habe das wiederholt von diesem Podium aus gesagt. Natürlich hätten wir gern mehr Geld für die Hochschulen, für Wissenschaft und Forschung. Aber dies bleibt ein frommer Wunsch, der mit der Realität überhaupt nicht in Übereinstimmung zu bringen ist und sich übrigens noch dadurch verschärft, wenn ich das sagen darf, dass es auch Beschlüsse der SPD-geführten Bundesregierung gibt, die uns etwa im HBFGBereich die Situation noch viel, viel schwieriger gestalten, als das vor der angesagten Reduzierung der Fall war.

Beim HBFGB werden die Mittel von 1,1 Milliarden Euro auf 925 Millionen Euro heruntergefahren - das, liebe Frau Dr. Andretta, bereitet uns Probleme, mit denen wir in den nächsten Jahren noch werden umgehen müssen. Ich hoffe in diesem Zusammenhang ein Stück weit auf Ihre Unterstützung, weil wir an diesem Punkt, glaube ich, alle an einem Strang ziehen sollten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dann habe ich wieder einmal das alte Lied gehört - übrigens von allen, und übrigens, liebe Frau Bührmann, auch zur Kulturpolitik -: Es soll alles so bleiben, wie es ist.

(Widerspruch bei der SPD)

Das wäre ja auch wunderbar. Sie, Frau Dr. Andretta, haben aber wiederum mit keinem einzigen Satz gesagt, wie Sie es denn unter den schwieriger gewordenen Bedingungen anders machen wollen. Kein einziger Satz dazu! Ich habe sehr genau hingehört. Sie sagen: Wir wollen weniger kürzen. Wir haben Kürzungs- bzw. Reduzierungs- oder Kompensationsvorschläge zum Haushaltsplanentwurf unterbreitet. - Der Herr Finanzminister hat gestern zur Seriosität dieser Vorschläge das Richtige gesagt. Deshalb brauche ich dazu nichts weiter auszuführen. Kein einziges Wort von Ihrer Seite dazu, wie es besser laufen soll.

Ich will Ihnen sagen, was der Grund dafür ist. Wenn wir uns weiterhin darin einig sind, dass man in der Situation, in der wir uns zurzeit nun einmal

befinden, eben nicht mehr wie in der Vergangenheit mit dem Rasenmäher, sondern nur noch strukturiert vorgehen darf und dass sich dieses strukturierte Vorgehen an vier Kriterien orientieren muss, die übrigens nicht auf unserem Mist gewachsen sind, sondern diese Kriterien sind vom Wissenschaftsrat und von anderen zu solchen Fragestellungen immer und immer wieder entwickelt worden, dann müssten Sie zugeben, dass Sie auch nur diesen *einen* Weg gehen könnten. Wenn Sie es zugäben, dann wäre auch dies ein Beitrag zu etwas mehr Glaubwürdigkeit Ihrer Rede.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt passiert in diesem Land genau das, was ich befürchtet habe. Es war nämlich völlig klar, dass es passieren würde. Nun wird gesagt: Wenn wir uns alle darin einig sind, dass man nur noch so vorgehen darf, dann ist natürlich die Anwendung der Kriterien fehlgeleitet. Dann ist es natürlich falsch, dass da mehr und da weniger gekürzt wird und dass Standorte - keine Hochschulen; bitte die Kirche im Dorf lassen - geschlossen werden sollen. Es war völlig klar, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Opposition auf dieses Thema aufspringen und sagen würde: Die Anwendung der Kriterien ist falsch. - Darüber können wir im Einzelfall ja auch streiten, gar kein Problem. Ich weiß auch, dass Kürzungen um 40,624 Millionen Euro und um 10,25 Millionen Euro nicht ohne Probleme abgehen und dass auch Stellen tangiert sind, die unter normalen Umständen nicht tangiert wären.

Ich frage aber noch einmal: Welches ist denn die Alternative? – Ein aktuelles Beispiel: Heute Morgen wieder ein Gespräch hier hinter der Regierungsbank. Da kommen Leute - aus deren Sicht völlig zu Recht - und bekunden ihr Interesse daran, dass eine Entscheidung, die die Schließung ihres Fachbereiches anbelangt, revidiert wird. Sie schlagen dann vor, bei einem sowieso schon zu geringen Stellenbestand noch weitere Stellen abzubauen und diese abzuliefern. - Darauf können wir nur sagen: Wir finden das sehr sympathisch. Das ist aber genau das, was wir nicht wollen. - Für uns wäre es der Weg des geringsten Widerstandes, zu sagen: Jawohl, macht das so. - Vor Ort hätten wir dann Ruhe. Wir würden damit aber erneut eine Situation schaffen, die nur zu einer weiteren Verschlechterung, nicht aber zu einer Verbesserung der Bedingungen beiträgt.

(Beifall bei der CDU)

Das heißt Prinzip der Schwerpunktbildung. Dieses Prinzip ist natürlich mit viel Ärger vor Ort verbunden. An diesem Prinzip führt aber überhaupt kein Weg vorbei. Deshalb, meine Damen und Herren, werden wir an diesem Prinzip festhalten.

Ich sage Ihnen noch etwas. Ich habe immer geglaubt, dass ich das von diesem Podium häufig genug gesagt habe. Offensichtlich ist das aber nicht der Fall. Das Hochschuloptimierungskonzept ist ein Konzept, das in wesentlichem Umfang Kürzungen beinhaltet. Dieses Konzept müssen Sie aber auch immer in der Mittelfrist- und Langfristsperspektive sehen. Deshalb haben wir doch den Vorschlag der Wissenschaftlichen Kommission zur Lehramtsausbildung in Hannover aufgegriffen. Wir haben dies nicht etwa deshalb getan, weil wir gesagt haben, dass sich daraus sofort Kürzungspotenziale ergeben, sondern deshalb, weil uns die Wissenschaftliche Kommission gesagt hat: Die Qualität der Arbeit muss besser werden. Das schafft ihr, wenn ihr beide Bereiche zusammenlegt und eine Verlagerung vornehmt. - Wir haben diesen Vorschlag der Wissenschaftlichen Kommission deckungsgleich übernommen und damit etwas gemacht, was selbst Sie nicht kritisieren können.

Ich möchte noch ein anderes, immer wieder kritisierendes Beispiel anführen, nämlich die Romanistik in Hannover. Die Wissenschaftliche Kommission hat den Romanisten gesagt: Eure Arbeit ist nicht gut genug. Legt ein Konzept vor. - Die Romanisten haben aber nicht hören wollen. Sie haben kein Konzept vorgelegt. Die Folge war, dass uns der Präsident, das Präsidium, vorgeschlagen hat, daraus die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen und die Romanistik zu schließen.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das bestreitet der Präsident aber, Herr Minister Stratmann!)

Wie überhaupt zum Stichwort „Autonomie“, liebe Frau Dr. Andretta, lieber Herr Jüttner, noch einmal gesagt werden muss: Wir alle wissen doch, wie schwierig so manche Entscheidung in diesen Tagen ist. Ich mache an dieser Stelle aus meinem Herzen überhaupt keine Mördergrube. Ich habe so manchem Hochschulpräsidenten gesagt: Wenn es tatsächlich Probleme gibt, dann habe ich kein Problem damit, wenn Sie mit dem Finger auf den Minister zeigen. Denn letztendlich bin ich bzw. ist die Landesregierung die Ursache; denn wir verlangen Kürzungen ab. Das ist auch die Wahrheit. Ich

will gar nicht darum herumreden. Das ist doch völlig klar.

Natürlich weiß ich, Frau Dr. Andretta und all die anderen lieben Kollegen, die sich zu diesem Thema zu Wort gemeldet haben, dass es an manchen Stellen unter optimalen Bedingungen hätte anders laufen müssen und können. Dass diese Bedingungen aber nicht optimal sind, hat damit zu tun - es tut mir Leid, dass ich das wieder so sagen muss -, dass Sie in den vergangenen 13 Jahren nie den Mut hatten, all die Dinge zu tun, die auch Widerstände und auch Demonstrationen auslösen, die aber notwendig gewesen wären.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Darum gibt es keine Alternative zu unserem jetzigen Vorgehen.

Buxtehude und Nienburg: Was ist denn so verwerflich daran - ich weiß, dass sich diesbezüglich auch Ihr Staatsverständnis offensichtlich noch etwas erweitern muss -, wenn wir eine Entscheidung treffen und auch geradlinig durchziehen, dann aber die Region und die örtliche Wirtschaft sagen: „Okay, wenn das so ist, dann müssen wir uns selber helfen.“? Meine Damen und Herren, ich finde, das ist ein positives Signal.

(Beifall bei der CDU)

Es entspricht übrigens auch klassischer christdemokratischer und liberaler Politik, nämlich zu sagen: Der Staat ist sozusagen mit der Vollkasko-Mentalität des 20. Jahrhunderts am Ende. Wir müssen die Eigenverantwortung stärken. Wir müssen die Leute stärker mit ins Boot nehmen. Wir können nicht alles regeln. Für die Fläche - Buxtehude, Nienburg und andere Orte könnte ich jetzt nennen - gibt es nach meinem Dafürhalten nichts Besseres als die Schaffung einer privaten Institution im tertiären Bereich, die durch die Region und die Wirtschaft getragen wird und der der Staat dann, wenn es notwendig werden sollte, unter Umständen hilft. Wir befinden uns derzeit in der Prüfungsphase und sind offen. Ich wäre stolz darauf, wenn unser Hochschuloptimierungskonzept zu diesen Ergebnissen führen würde. Nach allem, was ich diesbezüglich höre und sehe, bin ich im Prinzip sehr optimistisch.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb möchte ich mich noch einmal bei denjenigen Kollegen vor Ort bedanken, die es in den

letzten Tagen wirklich schwer hatten, die eben nicht mit Polemik und mit Gift durch die Gegend gegangen sind, sondern versucht haben, für ihren Wahlkreis sehr sachlich und fair zu kämpfen, ohne dabei den Menschen Stratmann, sondern immer nur den Minister in den Mittelpunkt ihrer Kritik zu stellen. Ich habe mich in den letzten Tagen - davon kann bei Ihnen manch einer etwas lernen - ganz außerordentlich auch über einen Brief von Braunschweiger Studentinnen und Studenten gefreut. Sie haben mir geschrieben: Herr Minister, wir entschuldigen uns dafür, dass es in Braunschweig zu Ausschreitungen gekommen ist. Das haben wir nicht gewollt. Das ist nicht unsere Politik. Wir kritisieren Ihre Politik. Wir kritisieren vielleicht das Amt. Wir kritisieren aber nicht die Person Lutz Stratmann, die dahinter steht. - Das war fair, und ich bin stolz darauf, dass Studenten in diesem Land den Mumm haben, so etwas zu Papier zu bringen und dem Minister mitzuteilen. Davon kann sich mancher eine Scheibe abschneiden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Hier ist auch wieder auf dem alten Thema Vechta herumgeritten worden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe es hier bereits mehrmals betont. Wenn Sie möchten, dass wir uns von 1 500 Lehramtsstudienplätzen verabschieden, dann können wir darüber reden. Ich halte dies aber für die falsche Politik. Wir brauchen jetzt eher mehr Lehramtsstudenten als weniger. Das ist überhaupt keine Frage. Die Inkonsequenz, die bei Ihnen in diesem Punkt wieder deutlich wird - sie zeigt, dass Sie hier nichts weiter als nur parteipolitisches Kalkül betreiben -, ist doch, dass Sie, wenn Sie konsequent geblieben wären, mich dieser Tage hätten auffordern müssen, sofort den Standort Leer zu schließen und den Verwaltungssitz von Emden nach Oldenburg zu verlegen. Aber das haben Sie nicht getan. Warum? - Das brauche in diesem Raum wohl eigentlich nicht weiter zu erläutern: Weil Sie Ihre eigene Klientel vor Ort schonen wollen und damit das tun, was Sie mir vorwerfen, was man mir aber nun wirklich nicht vorwerfen kann. Ich habe mich bemüht, die Dinge so zu erledigen, wie es richtig ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Lassen Sie mich einige Abschlussbemerkungen zum Thema Kultur machen. Liebe Frau Bührmann, das Thema ist leider in den letzten Wochen etwas in den Hintergrund geraten; das gebe ich gerne zu. Das hat mit der Hochschulpolitik zu tun. Ich glau-

be, wer mich kennt, weiß, dass mir das Thema Kulturpolitik ein wirkliches Anliegen ist. Aber es muss in Zeiten wie diesen dennoch erlaubt sein, dass ich einer großen Kultureinrichtung wie dem Staatstheater Hannover sage: Jetzt ist Schluss damit, dass ihr Budgets bekommt und mit diesen Budgets niemals auskommt, sodass jedes Jahr mehrere Millionen Euro nachgeschossen werden müssen. Was ist, wenn man so etwas als zuständiger Minister sagt, daran denn verwerflich, zumal ich dafür gesorgt habe, dass dann endlich ein Kostencontrolling in diesem Bereich mit fast 1 000 Mitarbeitern und einem Haushaltsvolumen von mehr als 50 Millionen Euro durchgeführt wurde?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Unter der SPD-geführten Landesregierung gab es niemals ein Kostencontrolling. Das Theater wusste bis vor wenigen Monaten nicht, woher die Defizite kommen - ein unvorstellbarer Vorgang, für den Sie die Verantwortung tragen.

Ich bedaure genau so wie Sie, dass Herr Puhlmann nach Stuttgart geht. Ich habe mit Herrn Puhlmann darüber viel persönlich gesprochen, und ich weiß, dass er als Argument nicht anführt, dass es in Hannover zu Kürzungen kommt. Jeder von uns weiß, dass Stuttgart das Opernhaus in Deutschland ist. Ein Intendant, der die Chance hat, nach Stuttgart zu gehen, der muss diese Chance ergreifen.

Liebe Frau Bührmann, eine Bemerkung muss ich noch machen. Wenn Ihre Landesregierung vor knapp zehn Jahren die Stadt Hannover nicht aus der Verantwortung für das Staatstheater in Hannover entlassen hätte, dann wären wir heute in der Lage, ihm ein Budget zu bieten, das dem Budget von Stuttgart noch überlegen ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Aber wir müssen das Staatstheater Hannover alleine finanzieren - in diesem Jahr mit über 51 Millionen Euro -, wohingegen Stuttgart zu 50 % von der Stadt und zu 50 % vom Land finanziert wird. Wenn die Stadt Hannover von Ihnen nicht fahrlässig aus der Verantwortung entlassen worden wäre, stünden wir heute in diesem Bereich viel besser da.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Lutz Stratmann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Nein. - Gleichwohl möchte ich auch an dieser Stelle einen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatstheater in Niedersachsen aussprechen, die sehr konstruktiv mitarbeiten und die keinerlei Verantwortung für die Haushaltsprobleme tragen. Sie haben nur das gemacht, was Menschen in solchen Situationen machen: Sie haben das in Anspruch genommen, was Ihnen die Landesregierung immer wieder geboten hat.

Sie haben gesagt, alle hätten das Vertrauen zu mir verloren, z. B. auch die Museumsdirektoren. Ich habe in der letzten Woche mit den Museumsdirektoren zusammengesessen. Wenn Sie hier so etwas behaupten, dann nennen Sie mir hier bitte auch Ross und Reiter. Ich habe genau das Gegenteil erfahren. Wir alle haben nämlich feststellen müssen, dass auch der Museumsbereich eine der vielen Baustellen ist, die uns hinterlassen worden sind. Der Museumsbereich ist seit Jahren völlig unterfinanziert. Sie haben das Prinzip der Haushaltsklarheit missachtet. Sie haben im Laufe der Haushaltsjahre immer wieder Ausgabereise zugegeben, damit nach außen der Eindruck entsteht, der Museumsbereich käme mit wenig Geld aus. In Wirklichkeit braucht er am Ende des Jahres viel mehr. Wir werden auch damit aufhören. Wir werden auch dort die Strukturen so verändern, dass Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit im Haushalt wieder gelten. Das kann nicht von heute auf morgen bewerkstelligt werden. Das gehört auch zur Wahrheit dazu.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dies werden wir in den nächsten Jahren für den Museumsbereich und für den Bibliotheksbereich - und für die Staatstheater sowieso - erledigen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden das so erledigen, dass die Fläche dabei nicht unter die Räder kommt, sondern dass Kulturpolitik in Niedersachsen auch in der Fläche stark bleibt. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Meine Damen und Herren, damit kommen wir zu dem Themengebiet **Wirtschaft, Arbeit und Verkehr** sowie **Umwelt**. Zu Wort gemeldet hat sich zunächst einmal der Herr Kollege Hoppenbrock. Bitte schön!

Ernst-August Hoppenbrock (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich halte zunächst eine kleine Rückschau. Die meisten von Ihnen können sich wohl noch an Frau Dr. Knorre, die letzte Wirtschaftsministerin der alten SPD-Landesregierung, erinnern.

(Zurufe von der SPD)

Frau Dr. Knorre war erst kurze Zeit im Amt, als sie entgeistert feststellte: Dort, wo ich entwickeln soll, wo ich die Wirtschaft fördern soll, ist ja überhaupt nichts da. Es sind keine finanziellen Mittel vorhanden, es ist kein Geld da, die Kasse ist leer. Ich habe überhaupt nichts mehr für neue, wichtige Projekte.

(Zuruf von der CDU: Das haben wir immer schon gewusst!)

Frau Dr. Knorre hatte Recht. Fast alle Haushaltspositionen des Ministeriums waren festgelegt, sei es durch Verpflichtungsermächtigungen oder freihändige Zusagen des ehemaligen Ministerpräsidenten. So haben wir das dann auch übernehmen müssen. Deshalb war Minister Hirche bestimmt nicht zu beneiden, als er im März sein schweres Amt antrat. Die Finanzlage war katastrophal und der Haushalt total überschuldet.

(Vizepräsidentin Silva Seeler übernimmt den Vorsitz)

Meine Damen und Herren, Herr Oppermann, ich meine, es ist uns allen klar, dass die Zeiten, in denen das Kabinett oder die Minister mit dem Füllhorn oder z. T. auch mit ungedeckten Schecks durchs Land zogen, endgültig vorbei sind.

(Thomas Oppermann [SPD]: Neue Ideen würden uns schon reichen!)

Die Bürger und auch die Wirtschaft haben das längst verstanden. Sie haben es akzeptiert. Trotzdem gibt es große Erwartungen in die neue Landesregierung. Wir werden die Erwartungen erfüllen, genauso wie wir das bei den 2 500 Lehrern und bei den 1 000 Polizeibeamten gemacht haben.

(Uwe Harden [SPD]: Wann nehmen Sie die eigentlich wieder zurück?)

Die Bevölkerung erkennt an, dass da eine neue bürgerliche Regierung ist, die Konzepte hat, die sie zu Ende bringt. Die sind zu Ende gedacht; die Regierung erledigt ihre Arbeit mit Ernsthaftigkeit, und sie definiert verlässliche Ziele, die dann auch nachvollziehbar sind, und zwar nicht nur für andere, sondern die Regierung handelt auch selbst danach. Wenn die Bürger dann den Eindruck haben, dass die da oben auch ernst machen mit dem Sparen, mit der Haushaltskonsolidierung, dann fassen sie wieder Vertrauen. Die Betriebe stellen ein, sie vergeben wieder Aufträge, und es entsteht eine Stimmungslage für Aufbruch, für Konsum und für neue Investitionen.

(Uwe Harden [SPD]: Das hat aber mehr mit der Agenda 2010 zu tun als mit Ihnen!)

Seit März macht die neue Landesregierung nun ohne viel Aufhebens ihre Arbeit. Die Wahlversprechen und die Koalitionsvereinbarung werden umgesetzt. Es werden Ziele formuliert, es wird dereguliert, und die Verwaltungsreform nimmt Konturen an. Wir machen Tempo für zusätzliches Wachstum und für Beschäftigung.

Wir reden nicht nur am Sonntag von der Stärkung des Mittelstandes, um dann am Montag die Axt an die Handwerksordnung zu legen. Das tun wir nicht! Das machen andere.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, unter der alten SPD-geführten Landesregierung war Niedersachsen immer eines der letzten westlichen Bundesländer in der Arbeitslosenstatistik. Seit dem Wahlsieg von CDU und FDP hat sich da eine ungeheure Dynamik entwickelt.

(Zustimmung bei der CDU - Lachen bei der SPD)

So standen wir bereits im Juli auf Platz fünf nach Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen. Das hat es noch nie gegeben. Bereits am 3. Februar - vielleicht haben Sie es mitgekriegt, am Tag nach der Wahl - hat das Münchener ifo-Institut festgestellt, dass der Index hochgegangen ist. So schnell geht das mit uns!

(Zurufe von der SPD)

Die Opposition hat gar nicht so viel zu kritisieren. In den Ausschussberatungen gab es nur wenige Diskussions- und Kritikpunkte. Dazu zählen die Folgenden:

Erstens. Die Einsparungen dieser Landesregierung wurden generell kritisiert. Man wollte am liebsten weitermachen wie bisher.

Zweitens wurden die Kürzungen speziell bei den Verbraucherberatungen diskutiert und drittens die Umschichtungen von Regionalisierungsmittel für die Schülerbeförderung nach § 45 Beförderungsgesetz.

Meine Damen und Herren, auch der linken Seite des Hauses müsste inzwischen klar sein: Weitermachen wie bisher, ist nicht möglich; das hat dem Land bisher schon genug geschadet. In Zeiten der SPD-Landesregierung wurde die Zukunftsfähigkeit aufs Spiel gesetzt. Frau Körtner hat gesagt: Sie haben die Pflanzkartoffeln aufgeessen. - Ich sage: Sie haben sie verfrühstückt. - Das machen wir so nicht weiter.

Hinsichtlich der Verbraucherberatungen wurde Einvernehmen erzielt. Die Kürzungen halten sie im Rahmen und sind über einen abgestimmten Zeitraum zu leisten.

Die Opposition äußerte in einem Antrag die Sorge, wir würden den ÖPNV in der Fläche massiv schwächen, indem wir die § 45 a-Mittel durch Regionalisierungsmittel auffüllten. Ich sage Ihnen: Das Gegenteil ist der Fall. Erst weil die § 45 a-Mittel erhalten bleiben, kann die Schülerbeförderung im ländlichen Raum und in der Fläche weiterhin so durchgeführt werden - und damit auch der ÖPNV, der ja direkt an der Schülerbeförderung hängt.

(Beifall bei der CDU - Enno Hagenah [GRÜNE]: Die § 45 a-Mittel sind gesetzlich verbrieft; da können Sie nicht raus!)

Meine Damen und Herren, langfristig gesehen bietet nur ein konsolidierter Haushalt die sichere Grundlage für eine nachhaltige Wirtschaftsförderung. Dazu gibt es keine Alternative. Deshalb hat Minister Hirche die Sanierungspolitik der Landesregierung aktiv unterstützt. Dafür sollten wir ihm dankbar sein. Wir sollten unserem Freund Walter Hirche von dieser Stelle aus gute Genesung wünschen.

(Beifall im ganzen Hause)

Meine Damen und Herren, viele Bereiche machen seit dem Regierungswechsel wieder neuen Mut. So hat die Tourismusförderung inzwischen wieder ihren Namen verdient. Das zeigt sich nicht zuletzt an dem Auftritt des Landes Niedersachsen auf der ITB in Berlin. Früher musste man sich schämen, wenn man dahin kam.

Wir haben das Radwegeprogramm mit über 5 Millionen Euro wieder aufgelegt.

(Reinhold Coenen [CDU]: Das ist ganz wichtig!)

Das dient dem Tourismus und der Schulwegsicherheit. Gerade in einem Flächenland wie Niedersachsen ist der Radwegebau sehr, sehr wichtig für die Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung.

(Enno Hagenah [GRÜNE]: Das ist doch eine Mogelpackung! - Uwe Harden [SPD]: Nicht das Beispiel!)

- Sie wollen es kürzen.

Wir sanieren Landesstraßen, die sich teilweise in einem desolaten Zustand befinden. Außerdem versuchen wir - das wird Ihnen zum Teil nicht schmecken -, die GVFG-Mittel für die Kommunen noch weiter zum Straßenbau hin umzuschichten,

(Enno Hagenah [GRÜNE]: So ist es!)

ohne dabei den Schienenpersonennahverkehr zu vernachlässigen. Das werden wir auch schaffen.

(Enno Hagenah [GRÜNE]: Das ist aber eine wunderbare Sache!)

Der Wirtschaftsförderfonds wurde gegenüber der ursprünglichen Planung um 3 Millionen Euro aufgestockt. Im kommenden Jahr werden alle Förderaktivitäten bei der NBank zusammengeführt. Damit hat der Mittelstand dann nur noch einen Ansprechpartner, und das wird ihm helfen.

(Enno Hagenah [GRÜNE]: Es wäre schön, wenn es so wäre!)

Meine Damen und Herren, große Sorge macht uns allerdings die unberechenbare und auch sprunghafte Politik der Bundesregierung in Berlin.

(Thomas Oppermann [SPD]: Darüber reden wir jetzt einmal ausführlich!)

So hat das Fördergefälle für Westdeutschland inzwischen dazu geführt, dass immer mehr Betriebe in die östlichen Bundesländer abwandern. Spektakulärstes Beispiel war die Braunschweiger Firma Schubert Helme. Aber ich glaube, alle, die aus dem ehemaligen Zonenrandgebiet kommen, könnten viele kleine Schubert nennen, die aus diesem Grunde hinübergegangen sind.

(Hans-Hermann Wendhausen [SPD]:
Was macht Ihr jetzt dagegen?)

Es ist ein Skandal, dass 13 Jahre nach der Wiedervereinigung die westlichen Bundesländer gerade einmal 1,80 Euro Fördermittel je Einwohner bekommen, die östlichen Bundesländer dagegen 27,10 Euro.

(Hans-Hermann Wendhausen [SPD]:
Wann war das?)

Herr Steinbrück hat das ja auch angesprochen. Er hat Recht, wenn er sagt, wir sollten das Geld nicht nach Himmelsrichtungen, sondern mehr nach der Förderwürdigkeit der Regionen verteilen.

Meine Damen und Herren, ich habe aber trotzdem große Hoffnung, dass sich in diesem Land vieles zum Besseren wenden wird. Diese Hoffnung beruht darauf, dass Ministerpräsident Christian Wulff mit in Berlin verhandelt, wenn es darum geht, die Einigungsverhandlungen im Vermittlungsausschuss zu führen.

Dabei setzen wir auf eine Öffnung des Arbeitsrechts für betriebliche Bündnisse. Wir müssen die Arbeitsverfassung endlich wieder den Gegebenheiten anpassen. Gerade die kleinen Betriebe mit weniger als 20 Mitarbeitern warten darauf, dass sie endlich wieder einstellen können, ohne dass sie sich vor dem Arbeitsgericht rechtfertigen müssen, wenn wieder eine Auftragsflaute eintritt.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich denke, Sie haben es gemerkt: Zur Politik der CDU/FDP-Landesregierung gibt es keine Alternative. Diese Politik nützt den Menschen, sie nützt den Arbeitsplätzen in Niedersachsen, und sie nützt dem ganzen Land. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Der nächste Redner ist Herr Oppermann von der SPD-Fraktion.

Thomas Oppermann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Hoppenbrock, Sie haben hier verschiedene Standort-Rankings zitiert, insbesondere dasjenige, bei dem Niedersachsen in diesem Sommer auf Platz 5 landete. Ich darf Sie darauf hinweisen, dass diese Untersuchungen Zahlenmaterial aus den drei vorhergehenden Jahren verwenden. Es ist also noch kein Material aus dem Jahr 2003 in die Untersuchung eingeflossen, in der Niedersachsen auf Platz 5 stand.

(Bernd Althusmann [CDU]: Das ist falsch! Das ist seit März erhoben worden! - Ernst-August Hoppenbrock [CDU]: Das stimmt nicht!)

Die letzten Zahlen, die eingeflossen sind, stammen aus 2002. Wenn Sie behaupten, dass dieses Abschneiden im Standortwettbewerb ein Indiz für die Aufbruchbewegung in Niedersachsen sei, dann war das die Aufbruchbewegung, die noch von der alten Regierung ausgegangen ist.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Rankings werden im nächsten Jahr publiziert, und dann werden wir abrechnen.

(Oh! bei der CDU)

- Ja, dann gucken wir mal, wo Sie mit dem, was Sie machen, stehen.

Auch ich möchte Herrn Hirche alles Gute wünschen. Er ist erkrankt, und ich möchte auf jede Polemik verzichten. Wir sind zwar selten einer Meinung, aber ich denke, wir alle wünschen ihm gute Gesundheit.

(Beifall im ganzen Hause)

Das ist auch nötig; denn wir werden im nächsten Jahr wieder kräftig miteinander streiten müssen.

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr ist zuständig für Wachstum, Beschäftigung und Mobilität in Niedersachsen. Dieses Land hat mit Wachstum und Beschäftigung große Probleme. Wir haben eine überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit, wir haben einen unterdurchschnittlichen Anteil an Aufwendungen im Bereich von Forschung und Entwicklung - er wird durch die Kürzungen im Wissenschaftsetat noch niedriger -, und wir haben auch eine unterdurchschnittliche Selbständigenquote. Das sind Dinge, die wir schon aus der Alb-

recht-Zeit übernommen und an denen wir gearbeitet haben.

(Oh! bei der CDU - Bernd Althusmann [CDU]: Sie wollten doch auf Polemik verzichten!)

- Entschuldigung, Frau von der Leyen, ich meine: aus der früheren Regierungszeit. Ich will das gar nicht alles mit dem Namen Ihres Vaters verbinden. Er trägt ganz bestimmt nicht alleine die Schuld dafür.

Das sind die Probleme. Deshalb müssen, wenn Sie in Niedersachsen jetzt einen Aufbruch verkünden wollen, von diesem Wirtschaftsetat, der für Wachstum und Beschäftigung zuständig ist, neue Ideen und frische Impulse kommen. Die sind leider nirgendwo zu verzeichnen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die vier wichtigen Projekte, die Sie im Augenblick bearbeiten, sind ausnahmslos Projekte, die Sie von der Vorgängerregierung übernommen haben.

Erstes Beispiel: die NBank. Das Konzept wurde von Frau Dr. Knorre entwickelt und war schon angeschoben.

(Heinrich Aller [SPD]: So ist es!)

Diese Investitionsbank, auf die die niedersächsische Wirtschaft dringend wartet, sollte schon spätestens zum 1. Juli 2003 starten. Sie haben aus der Etablierung der NBank das Tempo herausgenommen. Nun soll sie am 1. Januar 2004 starten. - Wir hoffen, dass das klappt.

(Inse-Marie Ortgies [CDU]: Warum sagen Sie nicht die Wahrheit, dass das nicht möglich war?)

Beispiel Nr. 2. Das größte Infrastrukturprojekt dieser Landesregierung - der Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven - ist ein Projekt, das die SPD-geführte Landesregierung vorher entwickelt hatte. Ich bin froh, dass wir über dieses Projekt keinen Streit haben. Von der Internationalisierung der Logistikmärkte werden wir nur dann profitieren, wenn wir diese Einrichtung schaffen. Davon wird der gesamte norddeutsche Raum profitieren. Das wird Folgeinvestitionen mit sich bringen wie z. B. den Bau der A 22. Ich glaube, dass wir in Norddeutschland nur mit massiven Verbesserungen und Investitionen in Infrastrukturprojekte dieser Art

eine Chance haben, die Aufholjagd gegenüber den süddeutschen Ländern erfolgreich zu gestalten.

Also: Auch das zweite Projekt der SPD ist in diesem Haushalt gut abgesichert. Damit sind wir zufrieden.

Oder schauen Sie sich den Schienenverkehr an. Herr Staatssekretär Werren eröffnet ständig neue Strecken - alles Ausschreibungen, die schon aus der Zeit der alten Landesregierung stammen.

(Zuruf von der CDU: Das sind alles nur Gerüchte!)

Sie ergehen auf der Basis des Zehnjahresvertrages, den die alte Landesregierung mit der Deutschen Bahn abgeschlossen hat. Diese Politik wird nahtlos fortgesetzt. Da gibt es eine große Kontinuität, und daran haben wir momentan auch nichts zu kritisieren. - Wir werden im Januar noch über Braunschweig sprechen müssen. Da läuft es leider nicht so zufriedenstellend.

Oder nehmen Sie ein wichtiges Straßenbauprojekt für Niedersachsen: A 39. Noch nach der Regierungsübernahme haben Sie das X-Konzept vertreten, das gar keine Chance hatte, weil Sachsen-Anhalt, auf dessen Gebiet das überwiegend realisiert werden musste, damit nicht einverstanden war. Durch den Einsatz von Sigmar Gabriel bei Stolpe ist es gelungen, die A 39 zu finanzieren.

(Beifall bei der SPD - Oh! bei der CDU und bei der FDP)

Sie hätten das beinahe ver stolpert, weil Sie auf das falsche Konzept gesetzt hatten. Jetzt haben wir wieder die Hosenträger-Lösung, und die wird realisiert.

(Inse-Marie Ortgies [CDU]: Glauben Sie eigentlich selbst, was Sie da sagen?)

- Das glaube ich; aber klar. Und deshalb bin ich auch glaubwürdig.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wobei ich mir nicht ganz sicher bin, ob Sie immer das glauben, was Sie hier vortragen.

Aber die entscheidende Frage ist: Was leistet der Wirtschaftsetat, was leistet der Verkehrsetat für eine dringend notwendige Wachstumsstrategie in Niedersachsen? Wie wollen Sie - Herr Hoppenbrock, das haben Sie leider nicht erklärt; vielleicht

macht das Herr Rösler gleich noch - den Wohlstand in Niedersachsen sichern? Wie wollen Sie dafür sorgen, dass der Wohlstand nicht nur erhalten bleibt, sondern in den kommenden Jahren in Niedersachsen wächst? Wie wollen Sie die Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Unternehmen verbessern? Und wie wollen Sie die Selbständigenquote in diesem Land steigern, so dass auch von dort Beschäftigungsimpulse kommen?

(Bernd Althusmann [CDU]: Indem wir uns ins eigene Fleisch schneiden, Herr Oppermann!)

Wenn Sie das machen wollen, dann müssen Sie, glaube ich, drei Aufgaben gleichzeitig ins Visier nehmen. Sie müssen erstens die Innovationschwäche in Niedersachsen überwinden, Sie müssen zweitens das Investitionsdefizit abbauen, und Sie müssen drittens die Entbürokratisierung vortreiben.

(Inse-Marie Ortgies [CDU]: Das hätten Sie doch jahrelang machen können!)

- Haben Sie was dagegen, Frau Kollegin? - Das sind die drei Dinge, die Sie machen müssen.

(Inse-Marie Ortgies [CDU]: Warum haben Sie das 13 Jahre lang nicht gemacht?)

- Wir haben das gemacht.

Was aber machen Sie in Wirklichkeit? - Der Haushalt für Forschung und Entwicklung setzt überhaupt keine Akzente beim Thema Innovation. Aber Sie haben ja offenbar selbst gemerkt, dass das Thema Innovation im Haushaltsplan vollständig ausgeblendet war.

(Zuruf von der FDP: Haben Sie eben nicht zugehört?)

- Ich bereite gerade ein Kompliment vor; hören Sie aufmerksam zu!

Die FDP hat das also gemerkt, und Sie haben ganz schnell ein paar hunderttausend Euro zusammengekratzt,

(Zuruf von der FDP: Über 3 Millionen Euro!)

die dann drei Institute, nämlich OFFIS in Oldenburg, das Laserlabor in Göttingen und Cutec in Clausthal-Zellerfeld, bekommen haben. Übrigens:

Diese drei Institute hatten gar keinen Mehrbedarf angemeldet. Es ist allerdings nicht so, dass sie mit dem Geld nichts anfangen könnten. Schließlich sind das gute Einrichtungen, keine Frage, und ich bin froh, dass Sie das gemacht haben. Damit zeigen Sie den Willen, guten Forschungseinrichtungen Geld zu geben. Zwar nehmen Sie anderen guten Forschungseinrichtungen unendlich viel mehr weg - das wird durch das, was Sie gemacht haben, also nicht kompensiert -, aber immerhin haben Sie gemerkt, dass in dem Haushalt etwas fehlt und dass Sie etwas korrigieren müssen.

Aber ansonsten ist bei Ihnen keinerlei Innovationsstrategie zu erkennen. Sie haben 3,8 Millionen Euro, die für Existenzgründungen vorgesehen waren, gestrichen. Die sind weg.

(Zuruf von Minister Hartmut Möllring)

- Es waren 3,9 Millionen Euro, Herr Möllring; ich lasse mich von Ihnen gerne korrigieren. Die haben Sie gestrichen. Die standen im Übrigen insbesondere für Existenzgründungen bei den Handwerkern zur Verfügung standen. Wir haben den Handwerkern eine Meisterprämie gezahlt. Wer sich selbstständig machte und innerhalb eines Jahres mindestens zwei Beschäftigte hatte, konnte damals eine Prämie von 5 000 Euro kassieren. Das hat durchaus funktioniert.

(Bernd Althusmann [CDU]: Damit haben sie Existenzen gegründet? Mit 5 000 Euro?)

- Das Programm ist von den Handwerkskammern begrüßt worden. Es hat auch gegriffen, aber Sie haben es gestrichen.

Ich sehe auch sonst nicht, dass diese Landesregierung an der Seite der Existenzgründer steht und für sie ein positives Klima in diesem Lande schafft. Diesbezüglich habe ich von Ihnen überhaupt noch nichts gehört.

Wenn Sie sich die Ausgaben für Forschung und Entwicklung anschauen, sehen Sie, dass in Deutschland 4,2 % des Gesamtaufwandes im Bereich des produzierenden Gewerbes für Forschung und Entwicklung ausgegeben werden. In Bayern und Baden-Württemberg sind es mehr als 5 %, in Niedersachsen jedoch weniger als 4 %. Das heißt, wir hinken hinterher.

Deshalb müssen wir hier aufholen. Bereits durch die Kürzungen im Wissenschaftsetat haben Sie

diesen Vorsprung der süddeutschen Länder noch vergrößert. Aber auch an anderen Stellen haben Sie gezeigt, dass Ihnen dieses Thema nicht wichtig ist.

Zweiter Punkt: die Überwindung der Investitionsschwäche. Sie haben bei der Busbeschaffung 18 Millionen Euro gekürzt. Die Busbeschaffung ist eine Subvention; darüber besteht überhaupt kein Streit. Die Busunternehmen haben für die Neuanschaffung Geld bekommen, damit sie die Busse überhaupt finanzieren können. Diese Mittel werden in diesem Jahr gekürzt. Sie haben gesagt, dass sie im nächsten Jahr wiederkommen sollen: Wir werden das natürlich sehr genau beobachten.

Wir haben mit dem niedersächsischen Verkehrsgewerbe darüber gesprochen. Diese Kürzung wird dazu führen, dass in Deutschland keine Busse mehr bestellt werden. MAN hat inzwischen auch ein Werk in Posen. Dort werden Busse gebaut, die 30 000 Euro billiger sind. Wenn andere Landesregierungen Ihrem Beispiel folgen, werden Verkehrsomnibusse künftig nicht mehr in Deutschland hergestellt werden. Das hat auch Konsequenzen für den Arbeitsmarkt in diesem Land, aber die haben Sie sicherlich nicht gesehen.

Beim Wirtschaftsförderfonds haben Sie 18 Millionen Euro gekürzt. Damit fehlen Ihnen Wirtschaftsfördermittel. Hier kürzen Sie, ohne mit der Wimper zu zucken, während Sie gleichzeitig lauthals jammern - Herr Hoppenbrock, Sie haben das eben auch gemacht -, wenn der Bund seine GA-Mittel reduziert. Dann wird gejammert, gekeilt und geklotzt, aber selbst kürzen Sie die Mittel für die Wirtschaftsförderung auch und sorgen damit mit dafür, dass die Investitionsschwäche in diesem Land nicht überwunden wird.

Dritter Punkt: Entbürokratisierung. Da haben Sie in der Tat zwei große Würfe hingelegt. Der erste Wurf war medienpolitisch einwandfrei - Kompliment, das hat Hirche klasse gemacht -: die Beseitigung der Stehhilfe in Fleischereien und Bäckereien, die für solche vorgeschrieben war, die keine eigene Toilette vorgehalten haben. Das war in der Tat ein schönes Symbol für Bürokratieabbau, aber mehr leider auch nicht.

(Anneliese Zachow [CDU]: Aber es war gut!)

- Das war gut gemacht. Hätte er noch drei oder vier Sachen davon hinterhergeschaltet, dann hätte

ich gesagt, das war sogar sehr gut. Aber davon ist bisher leider noch nichts gekommen.

Der zweite Vorschlag für Bürokratieabbau in der niedersächsischen Wirtschaft war, dass die Taxis nicht mehr in dieser Elfenbeinfarbe lackiert sein müssen, sondern dass wir bunte Taxis bekommen. Also, freie Entfaltung der Persönlichkeit von Taxiunternehmen und Taxifahrern.

(Bernd Althusmann [CDU]: Wir geben den Taxis die Freiheit zurück!)

Bunte Taxis in Hannover. Das war eine aufseherregende Forderung, die bei der Wirtschaft aber nicht auf Zuspruch gestoßen ist.

Allerdings stellen wir fest, dass Sie beim Thema Bürokratieabbau immer dann die größte Sensibilität, also die feinsinnigsten Differenzierungen in Ihrer Argumentation an den Tag legen, wenn es um Regelwerke wie z. B. die HOAI geht.

(Bernd Althusmann [CDU]: War das mit den Hamstern nicht in Göttingen?)

Ich weiß nicht, ob Sie alle wissen, was die HOAI ist. Die HOAI ist ungefähr so etwas wie ein Flächentarifvertrag für Architekten und Ingenieure. Wirtschaftsminister Clement hatte in seinem ersten Reformüberschwang vor einem halben Jahr vorgeschlagen: Weg mit der HOAI! Lassen Sie uns in einer Wettbewerbsgesellschaft, in einer Marktwirtschaft die Preise und Honorare frei vereinbaren.

Der Wirtschaftsausschuss hatte also eine Anhörung zur HOAI durchgeführt, und plötzlich kamen die Bedenken der Kollegen von der FDP, den größten Entbürokratisierern aller Zeiten, und von der CDU: Mensch, da gibt es ja Preisdumping, und darunter könnte die Qualität leiden. - Aber wenn es darum geht, gegen den Flächentarifvertrag mit den Gewerkschaften zu polemisieren, stehen Sie an erster Stelle. Das ist keine glaubwürdige Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das Gleiche gilt für die Handwerksordnung. Man kann sich in Deutschland in 94 Berufen nur selbstständig machen, wenn man vorher den Großen Befähigungsnachweis errungen hat, also die Meisterprüfung bestanden hat. Die Meisterprüfung ist in der Tat ein Qualitätsnachweis. Darüber gibt es überhaupt keinen Streit. Ich glaube, dass man-

che Handwerksmeisterausbildung inhaltlich wertvoller ist als manches Hochschulstudium.

(Bernd Althusmann [CDU]: Es ist noch kein Meister vom Himmel gefallen!)

Deshalb habe ich zu meiner Zeit als Wissenschaftsminister ja auch allen Handwerks- und Industriemeistern die allgemeine Hochschulreife zugebilligt, sodass sie im Prinzip studieren können, was sie wollen. Damit sprechen wir ja eine Kompetenzvermutung aus und bezeugen den Handwerksmeistern unsere Wertschätzung.

(Beifall bei der SPD)

Das ist nur ein Symbol, aber ich glaube, ein Symbol, das richtig verstanden worden ist.

Was passiert jetzt? - Nach Vorschlag der Bundesregierung sollen von den 94 Berufen mit Meisterzwang nur noch die 29 übrig bleiben, in denen sicherheitsempfindliche Gewerke bearbeitet werden. In den anderen Berufen soll im Prinzip Gewerbefreiheit herrschen. Diejenigen, die sich selbständig machen wollen, sollen das auch dürfen.

(Anneliese Zachow [CDU]: Ansonsten haben Sie nichts zu diesem Haushalt zu sagen? - Gegenruf von Uwe Harden [SPD]: Es geht doch um Wachstum und Dynamik, Frau Kollegin!)

- Es geht darum, wie die Leute zu einer selbständigen Existenz kommen können.

Sie aber haben dazu gesagt, das sei ein Schlag gegen das Handwerk; das ruiniere die wirtschaftliche, ökonomische Basis des bedeutendsten Wirtschaftszweigs, den wir haben.

Aber was lese ich heute Morgen in der Zeitung? - Man bewegt sich aufeinander zu. Herr Kauder, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU, hält es im Vermittlungsausschuss inzwischen für ausreichend, wenn der Meisterzwang nur noch in 40 von den 94 Berufsfeldern verlangt wird und in den anderen nicht mehr. - Offenbar ist der Weltuntergang also doch nicht so nahe gewesen, wie Sie uns das noch vor ein paar Wochen im Landtag haben glauben machen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Aber jetzt, meine Damen und Herren, kommt etwas dazu. Die CDU hat nämlich etwas Neues erfunden, und das ist die neueste Erfindung im Be-

reich bürokratischer Klientenschutz. - Das habe ich alles aus der Tageszeitung. - Herr Kauder schlägt ein Kumulationsverbot vor. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Dahinter verbirgt sich Folgendes: In den 54 Berufen, in denen inzwischen auch nach CDU-Vorstellung der Meisterzwang nicht mehr gelten soll - in denen also Gewerbefreiheit herrscht bzw. Berufsfreiheit verwirklicht wird -, soll es den Handwerkern jedoch verboten sein, mehrere Handwerksdienstleistungen gleichzeitig anzubieten. Man will also verhindern, dass z. B. ein Malerbetrieb, der nicht mehr vom Meisterzwang betroffen wäre, gleichzeitig auch Tischlereidienstleistungen erbringt. Jedes Gewerk soll nur noch für sich arbeiten können.

Ich kann nur sagen, meine Damen und Herren: Das ist eine hoch bürokratisierte Gestaltung unserer Wirtschaft. Das ist alles andere als Marktwirtschaft. Das ist reiner Klientenschutz und so antiquiert wie das Zunftwesen, das wir - auch mit vielen positiven Aspekten - aus dem Mittelalter übernommen haben. Wenn es um Klientenschutz geht, sind Sie immer dabei. Aber wenn es wirklich um Wettbewerbsfähigkeit geht, sind Sie es eher selten. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Für die Landesregierung spricht Herr Minister Möllring.

Hartmut Möllring, Finanzminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf mich bei Herrn Oppermann ausdrücklich bedanken: für die Genesungswünsche, die wir gerne weiterreichen wollen, aber insbesondere auch für diese konstruktive Rede. Ich habe mich die ganze Zeit gefragt, wann denn endlich einmal Kritik kommt. So viel Lob für die Landesregierung geht aber auch in Ordnung, denn wenn sie einen solchen Haushalt vorlegt - insbesondere einen Wirtschaftshaushalt -, dann muss dieser auch gelobt werden. Es ist gut, wenn die Opposition das unterstützt. Das bringt uns auf unserem Weg nach vorne weiter.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Dorothea Steiner [GRÜNE]: So etwas nennt man selektive Wahrnehmung!)

Herr Oppermann, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass es insbesondere bei Baumaßnahmen häufig so ist, dass sie von denjenigen eingeweiht werden, die sie gar nicht auf den Weg gebracht haben. Aber das ist bei einem Regierungswechsel nun einmal so.

Wir haben aber auch in anderen Punkten Kontinuität bewahrt. Herr Gabriel, der dessen nicht so kundig ist wie Sie, hat gestern erklärt, wir hätten die Förderung von Existenzgründungen gestrichen. Ich habe mir das nun mitgebracht und wusste deshalb auch, dass im Ursprungshaushalt 3,922 Millionen Euro standen. Hier haben wir die Kontinuität der SPD gewahrt, denn Frau Knorre hatte diesen Betrag auch schon gesperrt und für das 50-Millionen-Programm des Ministerpräsidenten abgeliefert. Diese Förderung ist nie abgefordert worden, und der Betrag war übrig.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Deshalb haben wir gesagt: Wenn Frau Knorre das schon gestrichen hat, dann kann es ja wohl nicht der Kritik der Opposition unterfallen, wenn wir es ebenfalls streichen. Schließlich kann das, was die SPD vorgeschlagen hat, dann, wenn CDU und FDP es weitermachen, ja nicht falsch sein. Deshalb danke ich Ihnen auch, dass Sie darauf hingewiesen haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Was die GA-Mittel des Bundes betrifft, müssen wir einen doppelten Dank aussprechen. Zum einen müssen wir Herrn Werren danken, der gestern in der Wirtschaftsministerkonferenz dafür gekämpft hat, dass auch weiterhin GA-Mittel des Bundes in die westlichen Bundesländer fließen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zum anderen müssen wir aber auch den fünf oder sechs, wie Sie wollen, Ost-Ländern danken, die Solidarität nicht als Einbahnstraße verstehen, sondern von den 700 Millionen Euro GA-Mitteln 100 Millionen Euro an die West-Länder abgegeben haben. Das ist gestern festgezurr worden. Sie sehen, die Ost-Länder jammern nicht immer nur, sondern sehen ein, dass es eine Wirtschaftsförderung in Zukunft auch im Westen geben muss. Schließlich stehen die zehn schlechtesten Regionen im Westen inzwischen deutlich schlechter da als die zehn besten Regionen im Osten. Dort tut sich also was.

Niedersachsen als grenznahe Land mit der längsten Grenze zu vier Bundesländern im Osten - nur Sachsen hat keine gemeinsame Grenze mit uns - kann dieses Gefälle in der Wirtschaftsförderung nicht hinnehmen. Deshalb sind wir dankbar, dass Herrn Werren das gelungen ist. 30 Millionen der 100 Millionen Euro kommen nach Niedersachsen. Der Bund stellt sie als VE in seinen Haushaltsplan 2004 ein, und wir können dann darüber verfügen.

Meine Damen und Herren, wir haben gestern im Rahmen der allgemeinen Aussprache bereits ausführlich über die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die dem Haushaltsplan 2004 zugrunde liegen, diskutiert. Trotz aller Spar- und Streichzwänge - das habe ich gestern schon in der allgemeinen Aussprache dargestellt - wird der Wirtschaftshaushalt 1,5 Milliarden Euro umfassen. Davon sind mehr als ein Drittel reine Landesmittel. Sie wissen, das andere sind EU- und Bundesmittel, die wir durchleiten.

Natürlich kann man bei einem derartigen Haushalt, der schon fast ausgepresst ist, nicht alle Wünsche befriedigen. Ich habe gestern schon gesagt, nicht das Nette, nicht das Nützliche, sondern nur das Notwendige können wir uns leisten. Allerdings werden wir in der Wirtschaftsförderung auch einiges Nützliches machen.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat für diese Landesregierung von Anfang an eine ausgesprochen große Rolle gespielt. Herr Oppermann, Sie haben darauf hingewiesen, dass die Arbeitslosigkeit in Niedersachsen traditionell hoch ist. Deshalb müssen wir - wie Sisyphus - den Stein immer wieder auf den Berg rollen. Da wir hier ein schweres Erbe übernommen haben, werden wir nicht alles von einem Tag auf den anderen erreichen. Wir werden hier einige konzeptionelle Vorarbeiten machen, um das Notwendige in die Tat umzusetzen.

Der beste Weg, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, besteht aber zunächst einmal darin, Menschen gar nicht erst arbeitslos werden zu lassen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deshalb hat diese Landesregierung schon in den ersten 100 Tagen ihrer Amtszeit eine Weiterbildungsoffensive für den Mittelstand mit einer jährlichen Dotierung von immerhin 13 Millionen Euro beschlossen. Das Ziel ist dabei, Beschäftigte und Unternehmen - denn beide müssen ja zusammen gefördert werden - durch Weiterbildung so fit zu

machen, dass sie den Anforderungen des Strukturwandels gewachsen sind. Mit diesem Programm werden wir jährlich bis zu 40 000 Beschäftigte in der Weiterbildung unterstützen.

Auch bei den Qualifizierungsprogrammen für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger werden wir umfangreiche Neuregelungen einführen. Die bisher getrennten Programme werden wir zu einem Programm, nämlich „Arbeit durch Qualifizierung“, mit immerhin 12 Millionen Euro - das sind 1 Million Euro pro Monat -, zusammenfassen. Langzeitarbeitslose werden somit ein Angebot aus einer Hand erhalten, und Kommunen und Bildungsträger werden von überflüssigem, unnötigem bürokratischem Aufwand entlastet.

Es ist schon ein paar Mal gesagt worden: Hier hat uns die Bundesregierung mit ihren Hartz I- und Hartz-II-Gesetzen einen bösen Streich gespielt, weil die Kombination von Bundes- und Landesprogrammen in vielen Fällen Arbeitsmarktprojekte verhindert.

Aber wir haben auch diese Hürde genommen. Das neue Programm wird nicht nur kompatibel zu den Regelungen auf Bundesebene sein, sondern auch - und das ist das Wichtigste - für das Zustandekommen vernünftiger und innovativer Projekte für den Arbeitsmarkt sorgen.

Darüber hinaus werden strukturprägenden Unternehmen in Krisensituationen Finanzhilfen in Höhe von bis zu 5,3 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Diese Mittel werden wir für innovative Personaltransferprojekte einsetzen. So kann den von Arbeitsplatzabbau betroffenen Personen schnell und unbürokratisch geholfen werden.

Vom ersten Tag an hat diese Regierung deutlich gemacht, dass ihr die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ein besonderes Anliegen ist. Wir haben die Voraussetzungen geschaffen, zusätzliche Ausbildungsplätze bei niedersächsischen kleinen und mittleren Unternehmen in den strukturschwachen Regionen Niedersachsens zu fördern.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Aber eines ist wohl auch unstrittig; ich meine, Herr Oppermann hat es auch gesagt: Die effektivste Arbeitsbeschaffungsmaßnahme ist eine wachsende Wirtschaft. Denn wenn nicht mehr Aufträge reinkommen, muss nicht mehr gearbeitet werden, und wenn nicht mehr gearbeitet werden muss, brau-

chen wir nicht mehr Arbeitskräfte. Deshalb müssen wir etwas für die Wirtschaftsförderung tun.

Sie wissen, dass der Wirtschaftsförderfonds eines der wichtigsten Instrumente ist, mit dem die Landesregierung Wirtschaftsförderung betreibt. Die Zuführungen des Landes für das Jahr 2004 betragen immerhin 50,8 Millionen Euro. Dieser Ansatz erscheint uns ausreichend, um mit einer strukturierten Förderpolitik Signale für einen niedersächsischen Aufholprozess in der Vermarktung neuer Technologien zu setzen, Netzwerke für niedersächsische Unternehmen zu den internationalen Wachstumsmärkten zu knüpfen und nicht zuletzt - Herr Hoppenbrock hat darauf hingewiesen - die touristische Attraktivität des Landes fortzuentwickeln; denn der Tourismus ist ja auch ein sehr bedeutender Wirtschaftszweig in unserem Lande.

Sie haben zur NBank gesprochen und gestern Kritik daran geübt, dass die NBank nicht schneller in Gang gekommen ist. Ich muss Ihnen sagen, dass die Vorarbeiten der alten Landesregierung hier leider nicht sehr hilfreich gewesen sind. Es musste sogar noch der Name geändert werden, weil der zunächst geplante Name inzwischen schon von anderen geschützt worden war.

Außerdem müssen wir feststellen, dass das nun einmal nicht so schnell geht. Das BAFin hat der NBank nämlich erst Ende letzter Woche die Banklizenz zum 1. Januar 2004 erteilt. Man braucht nun einmal eine Genehmigung; es kann nicht jeder eine Bank aufmachen. Als für die Beteiligungen zuständiger Minister habe ich gestern den entsprechenden Herrn bevollmächtigt, zum Notar zu gehen und die Gesellschaft zu gründen. Das wird er, wenn ich es richtig erinnere, am 16. Dezember tun, sodass die NBank am 1. Januar 2004 ihre Arbeit aufnehmen kann und ein Darlehensprogramm anbieten wird, das der Bedürfnisbandbreite der niedersächsischen Unternehmen sowie der Gründerinnen und Gründer Rechnung trägt.

Die NBank wird zunächst mit 60 Mitarbeitern starten. Sie wird an den Standorten, wo jetzt die Bezirksregierungen die Wirtschaftsförderung betreiben, Außenstellen haben. Bei erfolgreichem Wirken wird sie auch noch weitere Mitarbeiter aufnehmen.

Ein Bereich, der auch der Hilfestellung durch die Wirtschaftspolitik des Landes bedarf, sind die außenwirtschaftlichen Aktivitäten des Mittelstandes. Nach mehreren neuesten Studien hat Niedersach-

sen im Vergleich mit anderen Bundesländern in den letzten Jahren deutlich an internationaler Wettbewerbsfähigkeit verloren. Die niedersächsischen kleinen und mittleren Unternehmen müssen sich aber im zunehmend schärfer werdenden internationalen Wettbewerb behaupten können. Die Deutsche Managementakademie Niedersachsen in Celle ist dabei ein wichtiger Baustein.

Lassen Sie mich jetzt etwas zum Verkehr sagen. Natürlich ist die A 39 ein sehr wichtiges Projekt. Aber, Herr Oppermann, dass die Hosenträger-Lösung besser als die X-Lösung ist, ist mit Sicherheit nicht richtig, denn für den Hosenträger brauchen Sie noch den Querriegel. Oder Sie haben den Hosenträger von hinten gesehen, denn auf dem Rücken kreuzt er sich, und dann sind wir uns wieder einig.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP - Bernd Althusmann [CDU]: Es gibt auch andere Hosenträger! - Thomas Oppermann [SPD]: Genau so habe ich das gemeint! - Heiterkeit bei der SPD)

Dann könnten auch Sie sich für den Hosenträger aussprechen. Wenn er aussieht wie ein X, dann ist uns egal, wie Sie ihn nennen und ob Sie die Angelegenheit mit Herrn Stolpe, mit Herrn Gabriel oder mit sonst wem absprechen. Hauptsache, wir handeln.

(Zuruf von Axel Plaue [SPD])

- Dass das bei Ihnen wie ein Ypsilon aussieht, ist mir klar!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Im Bereich des Landesstraßenbaus müssen wir erkennen, dass die Versäumnisse der Vergangenheit nicht von heute auf morgen beseitigt werden können. Für eine flächendeckende, dem herkömmlichem Standard angemessene Instandhaltung, die in den letzten Jahren bewusst unterlassen wurde - in Ihren Erfolgsprogrammen steht: „Wir haben beim Straßenbau nichts gemacht“ -, fehlt uns gegenwärtig schlicht das Geld. Jedoch sind wir in der Lage, über betriebswirtschaftliche Lenkungsinstrumente im Rahmen der neu eingeführten Budgetierung eine Optimierung des Landesstraßenbaus zu erreichen.

Herr Oppermann, Sie müssen sich irgendwann entscheiden. Sie haben soeben wieder beklagt, dass zu wenig Investitionen getätigt würden. In Ihrem Antrag steht drin: Kürzungen bei den Investitionen beim Straßen- und Radwegebau: 7,5 Millionen Euro.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

7,5 Millionen Euro Kürzungen sind 7,5 Millionen Euro weniger Investitionen. Sie können natürlich sagen, dass Sie diese Forderung in den Antrag hineingeschrieben haben, weil Sie wussten, dass sie von der vernünftigen Seite dieses Parlaments abgelehnt werden wird. Aber Sie müssen sich doch wenigstens Ihre eigenen Anträge zurechnen lassen.

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Möllring, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Oppermann?

Hartmut Möllring, Finanzminister:

Bitte schön!

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Oppermann!

Thomas Oppermann (SPD):

Herr Möllring, stimmen Sie mir zu, dass man die in dem Antrag richtigerweise vorgesehene Umschichtung dieser Mittel vom Straßenbau in die Hochschuletats als Investitionsmaßnahme in die Köpfe bezeichnen kann und dass dies nicht bloß Konsumausgaben sind?

Hartmut Möllring, Finanzminister:

Herr Oppermann, ich weiß natürlich, dass die Investitionen in die Bildung Investitionen in die Zukunft sind. Deshalb geben wir ja auch 1,6 Milliarden Euro in diesen Bereich hinein, und deshalb haben wir die Hochschulen auch nur mit 40 Millionen Euro Kürzungen belegt. 18 Millionen Euro davon bekommen sie zurück, weil Sie als Wissenschaftsminister damals zwei Jahre lang den Hochschulen jeweils 9 Millionen Euro mit dem Versprechen weggenommen haben, ihnen diese 18 Millionen Euro im Jahre 2004 wieder zurückzugeben. Das heißt, Sie haben bei den Hochschulen einen Kredit genommen, den wir zurückzahlen müssen. - Das gehört auch zur Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP
- Zurufe von der SPD)

- Das war für die VBL. Das hätte der Staat zahlen müssen, das hätte nicht aus der Liquidität der Hochschulen kommen dürfen. Aber so ist das nun einmal: mit der Haushaltswahrheit und der Haushaltsklarheit. Sie haben es durch Schattenhaushalte finanziert, und wir müssen es in 2004 mit 18 Millionen Euro ausgleichen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Von diesen 18 Millionen Euro bekommt Ihre Hochschule in Göttingen allein 8 Millionen Euro, obwohl sie nur 7 Millionen Euro abliefern muss. Das heißt, die, die am lautesten schreit, hat, jedenfalls in der Liquidität, noch 1 Million Euro plus.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Hermann Eppers [CDU]: Wenn ich
das gewusst hätte!)

Sie haben nicht gesagt, dass es gerechtfertigt sei, im Straßenbau zu kürzen, sondern Sie haben gesagt - gerade hier; wir diskutieren ja über den Wirtschaftshaushalt -, im Straßenbau dürfe nicht gekürzt werden. Sie selbst haben das vorgeschlagen. Lesen Sie sich einfach Ihre eigenen Anträge durch! Oder kommen Sie vorher zu mir und fragen Sie mich. Ich werde Ihnen das dann erklären.

(Thorsten Thümler [CDU]: So viel zur
Wahrheit!)

Ich komme jetzt zu den Radwegen. Im Frühjahr dieses Jahres hat Herr Minister Hirche den Bau- und Planungsstopp für Radwege aufgehoben; so etwas war nämlich auch verfügt. Danach war der Weg frei für den Weiterbau, die Planung und eine neue Bedarfserhebung für Radwege. Für Radwege werden im nächsten Jahr 5,2 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Eine Prioritätenverschiebung erfolgt hier auch bei der Dotierung der so genannten Dienstleistungen Dritter im Straßenbau. Für eine begrenzte Zeit soll sich die Straßenbauverwaltung auf die Verwirklichung von Straßenbauprojekten konzentrieren, für die schon heute viele der notwendigen Dienstleistungen Außenstehender vorliegen.

Weitere große Investitionen im Verkehrsbereich werden aus Mitteln des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes finanziert. Die GVFG-Mittel werden dem Land vom Bund zur zweckgebundenen Verwendung zugewiesen. Dem Land obliegt es,

diese Mittel bedarfsgerecht einzusetzen. Das heißt, das Land hat selbst zu entscheiden, in welchem Umfang Maßnahmen des kommunalen Straßenbaus oder des ÖPNV bezuschusst werden sollen. Die bereits geschilderten großen Bedarfe im Bereich Straßenbau wird die Landesregierung dazu veranlassen, hier eine deutliche Umschichtung zugunsten des Straßenbaus vorzusehen.

(Zustimmung bei der CDU)

Das hatten ja auch Sie gefordert. Insofern müssten eigentlich auch Sie klatschen.

Schließlich möchte ich einiges zu den Landeshäfen sagen. Neben dem Straßenbau ist die Häfen- und Schifffahrtsverwaltung der zweite Bereich, in dem wir vor einer Umbruchsituation mit dem Ziel von Organisationsveränderungen stehen. Wir befassen uns hier mit der Frage, ob wir im Hafenbereich Privatisierungen vornehmen können, vielleicht auch ganze Häfen privatisieren. Hinderlich ist dabei natürlich der niedrige Kostendeckungsgrad. Man muss aber auch immer sehen: Ein Hafen ist ja nicht nur Infrastruktur, die sich selber trägt, sondern sie schiebt auch weitere Wirtschaft an und ist dafür da, Dienstleistungen und insbesondere Waren zu verteilen. Deshalb müssen wir Häfen vorhalten und haben wir auch gesagt - deshalb ist es wichtig, dass diese Koalition gewählt worden ist -: Wir machen den Tiefwasserhafen Wilhelmshaven. Denn eines wäre klar gewesen: Sie hatten das alles zwar gesagt, es aber noch nicht finanziell abgesichert.

(Zustimmung bei der CDU und bei der
FDP)

Dabei ist auch klar: Selbst wenn Sie gewonnen hätten, hätten Sie nicht die absolute Mehrheit gehabt. Die Grünen haben hier immer Anträge gestellt - in Wilhelmshaven haben sie anders geredet; da hat Frau Harms gesagt: wir sind für den Hafen -, die Ansätze zu streichen und diesen Hafen auf keinen Fall zu realisieren. Herr Wenzel hat das gestern hier in der allgemeinen Diskussion noch einmal vorgetragen. Deshalb sind wir froh, dass wir jetzt diesen Tiefwasserhafen auf die Schiene setzen

(Enno Hagenah [GRÜNE]: Auf die
Schiene?)

oder ins Wasser setzen, dass wir die Aufspülungen machen, dass wir diese Aufträge erteilen können. Vielleicht haben Sie ja heute von der Hafengewirt-

schaft gehört, dass sie uns ganz dankbar und froh ist, dass wir jetzt regieren und keine andere Koalition.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Hans-Dieter Haase [SPD]: Es kommt darauf an, mit wem Sie reden!)

- Ich habe sie eben gefragt. Die haben gesagt: Es ist toll, dass Sie jetzt regieren und dass Sie den Tiefwasserhafen absichern. - Das ist so. Es ist für die Region Wilhelmshaven von existenzieller Bedeutung, ob der Tiefwasserhafen kommt oder nicht. Deshalb ist es gut, dass er jetzt durchgesetzt wird und dass er trotz knapper Kassen gebaut wird; denn das ist eine Infrastrukturmaßnahme für die nächsten Jahrzehnte. Darauf sind wir stolz.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Die mit diesem Haushalt finanzierte Wirtschaftspolitik des Landes ist ein Beitrag dazu, in Niedersachsen einen Mentalitätswechsel herbeizuführen. Die Aufgeschlossenheit gegenüber modernen Technologien gedeiht am besten in einem Klima des Verwurzeltheits mit seinem Land. Niedersachsen muss die Attribute ansteuern, die in einer globalisierten Wirtschaft erforderlich sind. Diese lassen sich in vier Schlagworten zusammenfassen: Innovation, Flexibilität, Mobilität und Internationalität. Hieran arbeiten wir, und hieran werden wir uns auch messen lassen. - Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Nächster Redner ist Herr Hermann von der FDP-Fraktion.

Wolfgang Hermann (FDP):

Frau Präsidentin! Verehrte Damen, meine Herren! Lieber Herr Oppermann, als wir beide schon einmal über das Handwerk diskutiert haben, habe ich Ihnen gesagt, dass ich mein Haus nicht auf ein Streifenfundament setzen würde, das Sie hergestellt haben. Ich möchte damit klar machen: Schuster, bleib' bei deinen Leisten.

Lieber Herr Oppermann, wir sind uns aber über eines einig: Es ist langsam an der Zeit, unsere Wirtschaftspolitik neu auszurichten. Für viele Jahre bestand in diesem Land - aber nicht nur in Nieder-

sachsen, sondern auch in Deutschland - Wirtschaftspolitik darin, einfach viel Geld auszugeben. Nach dem Motto „Viel hilft viel“ wurde jedes Problem mit so viel Geld zugeschüttet, dass es kaum noch zu sehen war. Ob das Geld dann sinnvoll investiert wurde, war dabei nicht immer ganz wichtig. Dass damit die Probleme nicht immer gelöst worden sind, fiel weiter nicht auf; zumindest solange genügend Geld da war, war es kein Problem.

Die Folgen sind übrigens überall zu sehen und auch zu spüren: Dauersubventionen, Investitionsruinen speziell in den neuen Bundesländern und nicht zuletzt die hohen Schulden und Steuern, die jetzt unsere Handlungsmöglichkeiten einschränken.

Meine Damen und Herren, wir akzeptieren diese Situation und begreifen diese Krise als Chance für eine neue Wirtschaftspolitik.

(Zuruf von Hans-Hermann Wendhausen [SPD])

- Hören Sie zu! Sie können jetzt eine Lehrstunde bei mir nehmen.

(Zustimmung bei der FDP)

Daher ist der Haushalt des Wirtschaftsministeriums von einer Frage geprägt: Wie macht man in Zeiten leerer Geldbeutel Wirtschaftspolitik? - Hätten sich andere diese Frage schon früher gestellt, dann wäre sie heute wesentlich einfacher zu beantworten. Ein paar gute Antworten findet, wer sich die Politik der Landesregierung etwas näher ansieht, insbesondere - man möge es mir auf der rechten Seite verzeihen - die des Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr. Auch wenn es heute schon mehrfach gesagt wurde, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir alle wünschen ihm gute Besserung.

(Zustimmung bei der FDP)

Eine gute Nachricht ist die, dass es ihm schon besser geht.

Meine Damen und Herren, es gilt das alte Motto: Sparen ist nicht alles, aber ohne Sparen ist alles nichts. - Über die eigentlich selbstverständliche Tatsache, dass wir die Ausgaben kürzen und im nächsten Jahr insgesamt 51 Millionen Euro weniger ausgeben als im Jahr 2003, möchte ich eigentlich nicht mehr viel sagen. Denn auch das hat die Opposition anerkannt. Für viele von Ihnen mag es zu ernst sein; denn Sie kennen ja nicht Plus und Minus.

Aber wenden wir uns lieber der Frage zu, wie wir die derzeitige Wirtschaftspolitik neu ausrichten, um Niedersachsen für die Zukunft fit zu machen. Der Kern einer modernen, liberalen Wirtschaftspolitik besteht darin, dass die Politik einfach die Wirtschaft stärker mit einbezieht, meine Damen und Herren, und dass sie sich selbst nur als Mittler zwischen diesen Parteien empfindet und nicht hineinredet. Herr Oppermann ist jetzt nicht da. - Verzeihung, da ist er. Er sitzt sogar ganz vorne in der ersten Reihe. Mein Freund, das freut mich. Herr Oppermann, wenn Sie sich da nicht einmischen würden, dann würde es den Unternehmen wirklich besser gehen. Ich sage Ihnen noch eines: Das Schlimmste ist, die Politiker verstehen nichts davon, und trotzdem reden sie herein. - Lassen Sie doch die Unternehmer alleine entscheiden! Dann werden Sie auch erfolgreiche Wirtschaftspolitik machen können.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das wichtigste Handlungsfeld unserer Politik ist der Arbeitsmarkt. Die Förderung konzentrieren wir dort, wo dauerhafte Arbeitsplätze entstehen. Daher gilt für die Neuorientierung der niedersächsischen Arbeitsmarktpolitik eines: Wir sagen: Der erste Arbeitsmarkt zuerst. - Wirtschaft und Arbeitsmarktpolitik werden nun miteinander verzahnt. Bisher war es ja so: Die eine Schiene war Wirtschaftspolitik und die andere Schiene Arbeitsmarkt. Beide wussten nichts voneinander. Wir machen etwas Synchrones daraus. Wir werden das verzahnen. Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik gehören zusammen.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, erste Erfolge sind schon zu verbuchen. Als einziges westliches Bundesland sind bei uns die Arbeitslosenzahlen von November 2002 zu November 2003 heruntergegangen, wenn auch nur ein bisschen: um 0,1 %. Das ist übrigens westdeutscher Rekord. - Es wäre schön, wenn Sie da einmal klatschen könnten.

(Hans-Jürgen Klein [GRÜNE]: Das machen die Weihnachtsbaumschläger!)

Auch auf dem Ausbildungsmarkt wurden große Anstrengungen unternommen, möglichst allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen - mit Erfolg! Bei der Lehrstellenlücke stehen wir besser da als der Bundesdurchschnitt.

Aber damit wollen wir uns natürlich nicht zufrieden geben.

Besonders bei Bewerbern mit Migrantenhintergrund haben wir viel erreicht. Wir haben die Zusammenarbeit zwischen den Arbeitsämtern und den türkischstämmigen Akquisiteuren gefördert. Es wurden gezielt Unternehmen mit Migrantenhintergrund angesprochen. Sie werden es nicht glauben - aber wir haben es schon gehört -: Es sind in diesem Bereich mittlerweile über 60 Ausbildungsplätze in nur zwei Monaten geschaffen worden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Dr. Philipp Rösler [FDP]: Sehr gut!)

Diese Erfolge werden wir im nächsten Jahr noch überbieten - Herr Wenzel, das gilt auch für Göttingen -, das ist doch klar.

Große Erfolge, ohne tief in die Tasche zu greifen - das ist moderne Wirtschaftspolitik.

(Zustimmung bei der CDU)

Der nächste Schwerpunkt unserer Arbeit betrifft die Verkehrsinfrastruktur. Herr Lenz, Sie werden es aus Ihrem Konzern kennen: Ein reibungsloser Verkehrsablauf ist immens wichtig, um die Menschen an die Zentren anzubinden, um die Fläche dadurch lebenswert zu machen und um die Wirtschaft dort zu stärken.

In den Bundesverkehrswegeplan hat Niedersachsen wichtige Projekte nachträglich einfügen können. Leider haben wir bei weitem nicht den Anteil erhalten, der uns eigentlich zustehen sollte. Wir müssen also die Mittel noch effizienter einsetzen.

Daher erarbeitet das Wirtschaftsministerium bereits konkrete Pläne, wie der Bau und der Betrieb von Straßen privat durchgeführt werden können. Dadurch erreichen wir Einsparungen beim Bau und Unterhalt der Straßen und eine bessere Anlastung der Kosten an die Nutzer.

Als eine Partei, die übrigens alle Verkehrsmittel unter dem Aspekt des Bedarfs sieht, Herr Hagenah, haben wir natürlich auch an die Schiene gedacht. Wilhelmshaven erhält eine Verbesserung seiner Schienenanbindung. Die Planung der Y-Trasse ist schon ziemlich weit vorangeschritten. Meine verehrten Damen und Herren, das ist ganzheitliche und langfristige Wirtschaftspolitik. Denn die wirtschaftspolitische Maßnahme JadeWeserPort wird verkehrspolitisch ergänzt, sodass sich

das Puzzle für ein wachstumsstarkes Niedersachsen vervollständigt.

Das alles nützt aber nichts, wenn wir nicht ein Klima schaffen, in dem sich die Unternehmen wohl fühlen, ein Klima, das Innovationen ermöglicht und Investitionen erleichtert. Das erreichen wir nicht, indem wir große Summen für fragwürdige Projekte ausgeben. Im Gegenteil: Wir müssen Plattformen bieten, Kooperationen initiieren und Impulse geben. Das kann der Staat am besten.

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Hermann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Lehmann? - Sie bekommen gerade die rote Karte gezeigt.

Wolfgang Hermann (FDP):

Mein Geschäftsführer hat mir die rote Karte gezeigt. Ich muss wohl gleich zum Ende kommen. Ich bin aber auch bald fertig.

Eines muss ich noch sagen: Der wichtigste Jobmotor bleibt der Mittelstand. Sein Herzstück - das merken Sie sich, Herr Oppermann! - ist das Handwerk. Wenn wir diesen Motor wieder voll zum Laufen bringen wollen, müssen wir strukturelle Reformen am Arbeitsmarkt, die wir so oft angeht haben, auch angehen.

Wir werden auch unsere Marketinganstrengungen verstärken. Damit möchte ich nach dem harten Wirtschaftsthema zum Schluss auf einen erholsameren Bereich zu sprechen kommen, er ist dennoch von hoher Bedeutung für Niedersachsen: der Tourismus. Vom Harz bis an die Nordsee haben wir eine Vielzahl sehr attraktiver Erholungsgebiete. Leider sind diese nicht oder - besser - noch nicht so bekannt, wie sie es verdienen. Dort werden wir das Marketing jetzt betreiben.

Ich gebe Ihnen zum Schluss noch ein kurzes Beispiel: die ITB in Berlin. Das kennen Sie, Sie haben dort im letzten Jahr einen Niedersachsen-Stand gehabt.

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Hermann, darf ich Sie - Sie sind ja neu im Landtag - kurz unterbrechen? - Sie verbrauchen gerade die Redezeit Ihrer Nachredner.

Wolfgang Hermann (FDP):

Ich bin ja schon durch.

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Sie müssen wirklich zum Schluss kommen, sonst wird Ihre Fraktion in Schwierigkeiten kommen.

Wolfgang Hermann (FDP):

Das wusste ich schon. - Verehrte Damen, meine Herren, wir können in Niedersachsen beobachten - jetzt komme ich wirklich zum Schluss - , dass die Ausgaben nicht mehr der Indikator für eine vermeintlich gute oder schlechte Wirtschaftspolitik sind. Vielmehr sind ein effizienter Einsatz der Mittel und vernünftige Rahmenbedingungen für Unternehmen wichtig, damit wir eine gute Wirtschaftspolitik machen können. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Hagenah von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bitte!

(Bernd Althusmann [CDU]: Oh nein, dass Sie uns das antun!)

Enno Hagenah (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Hermann, Sie selbst werden bei Ihrer Rede eben gemerkt haben: Es ist Ihnen nicht gelungen, die Wirtschaftspolitik der Koalition hier als neu oder modern darzustellen.

(Widerspruch bei der FDP)

Letztendlich haben sich Herr Oppermann und Möllring vorher schon darauf geeinigt, dass Sie als CDU und FDP keine andere Wirtschaftspolitik machen als vor Ihnen schon die SPD alleine.

Die gescheiterte Wirtschaftsförderung mit der Gießkanne der vergangenen Jahrzehnte wird auch vom neuen Wirtschaftsminister weiter am Leben gehalten, und zwar trotz der wiederholten Kritik des Landesrechnungshofes und trotz diverser Fehlsubventionen. Dazu zählt z. B. die jüngste Schlappe, die Sie bei der IMH Consult einstecken mussten, wo wieder Geld verbrannt wurde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die neue Regierung steht hier ganz für altes Denken.

(Zuruf von der CDU: Das ist falsch!)

Auch mit der NBank wird das strukturelle Problem nicht gelöst, weil das Vorhaben nur halbherzig umgesetzt wird. Die diversen Förderreservate im Wirtschaftsministerium bleiben weiter erhalten. Es kommt eben nicht darauf an, dort möglichst viel Geld einzusetzen, Herr Oppermann, sondern möglichst effizient. Deshalb sind wir für Kürzungen, solange es kein besseres Konzept gibt.

Das sieht auch der Landesrechnungshof so. Dort werden unsere Bedenken bei der Gründung der NBank geteilt. Im Mai sagte er dazu:

„Die Wirtschaftsförderung in Niedersachsen weist in konzeptioneller Hinsicht Mängel auf. Eine organisatorische Neuordnung durch Errichtung einer Investitions- und Förderbank ist als Einzelmaßnahme allein nicht geeignet, die Effizienz der Wirtschaftsförderung zu verbessern. Vielmehr müssen auch die materiellen Schwachstellen, insbesondere Unübersichtlichkeit der Förderprogramme, fehlende konkrete Förderziele und Erfolgskontrollen sowie die Mittelverteilung nach dem Gießkannenprinzip, beseitigt werden.“

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Hagenah, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Eppers?

Enno Hagenah (GRÜNE):

Ich befürchte, ich habe einen zu langen Text und zu wenig Zeit. Ich möchte nicht in die gleichen Schwierigkeiten wie Herr Hermann geraten. Vielleicht am Ende.

(Bernd Althusmann [CDU]: Kürzen Sie doch ab! Wesentliches kommt doch jetzt nicht mehr!)

Zunächst schienen Sie den Bedenken nachkommen zu wollen. Ziel der Landesregierung ist es - das sagte Herr Minister Hirche noch im September -, alle Wirtschaftsförderprogramme des Landes durch die NBank abwickeln zu lassen. Darüber

hinaus ist das Ziel der Zusammenarbeit mit der Innovations- und Fördergesellschaft Niedersachsen, die bestehenden Programme zu bündeln und zu straffen. Das wäre schön. „Gut gebrüllt, Löwe“, könnte ich dazu sagen. Aber was zeigt jetzt Ihr Haushalt 2004?

(Hermann Eppers [CDU]: Alle Verbände loben die neue Wirtschaftspolitik!)

In Ihrem Konzept verbleiben jetzt doch reichlich Mittel für den allgemeinen Wirtschaftsförderfonds nach Gießkannenprinzip. Da bleibt vom Löwen allenfalls noch eine Schoßkatze übrig. Jetzt sollen nur noch weite Teile des Wirtschaftsförderfonds ab 2004 bei der NBank angesiedelt werden - weite Teile! Erst nach einer Startphase soll es irgendwann zu einer sukzessiven Anreicherung des Fördergeschäfts bei der NBank kommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, derzeit sieht es bei der NBank so aus, dass genau das, was wir immer befürchtet haben, leider eintreffen wird: Die NBank wird einfach nur teuer werden. Sie kann aber den Förderwirrwarr in Niedersachsen keinesfalls beheben. Wie sich das jetzt entwickelt, wird den zahlreichen Förderstellen einfach nur eine weitere, besonders teure hinzugefügt. Wenn sich das nicht ändert, haben wir die Befürchtung, dass eine Prüfung der NBank in fünf oder sechs Jahren genauso desaströs ausfallen könnte wie jetzt die Prüfung bei IMH Consult. Die NBank macht nur dann Sinn, wenn die Landesregierung die Gelegenheit nutzt und in Zukunft komplett auf eine zusätzliche Wirtschaftsförderung verzichtet. Dazu werden wir im neuen Jahr erneut eine parlamentarische Initiative ergreifen, um den Prozess voranzubringen.

Auch die Verkehrspolitik wird von der CDU-FDP-geführten Regierung stramm ideologisch betrieben. Hier wird einseitig in Richtung Straßenverkehr umgesteuert - gegen alle wirtschaftliche und ökologische Vernunft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die mühsam erarbeitete Finanzbasis des ÖPNV in Niedersachsen wird dabei massiv angegriffen, und zwar nicht nur durch eine vorrangige Vergabe der Mittel aus dem GVFG in den Straßenbau, sondern auch durch die Umwidmung der zum Bahnausbau gegebenen Bundesmittel für das Begleichen des Landesanteils an der Schülerbeförderung.

Der Nahverkehr ist das Stiefkind dieser Regierung. Mit Salami taktik schneiden Sie Stück für Stück Teile der Finanzierung heraus. Die erste Scheibe, Herr Eppers, ist durch die Verwendung von 40 Millionen Euro Regionalisierungsmittel für die Schülerbeförderung weg. Anstatt, wie es bisher üblich war und im Übrigen auch gesetzlich vorgeschrieben ist, die Schülerbeförderung aus dem Landeshaushalt zu finanzieren, bedient sich der Minister aus der Kasse der Regionalisierungsmittel.

(Beifall bei den GRÜNEN - Hermann Eppers [CDU]: Was machen Ihre Parteifreunde in Nordrhein-Westfalen?)

Diese Kasse wird vom Bund jedoch nur für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs gefüllt, nicht für Haushaltslöcher.

Für die zweite Scheibe sind die Messer ebenfalls bereits gewetzt. Das Ministerium will weitere Landesmittel bei der Schülerbeförderung durch eine Reduzierung der Ausgleichszahlungen an die Verkehrsträger einsparen. Konkret soll dies durch eine Reduktion der bei der Schülerbeförderung angerechneten Schulwochentage erfolgen. Was auf den ersten Blick mit vier angerechneten Schultagen im Monat harmlos daherkommt, würde sich bei den Verkehrsträgern mit Kürzungen um mehr als 30 % auswirken, also, Herr Eppers, 20 bis 30 Millionen im Jahr weniger. Im Haushalt ist dies noch nicht dokumentiert, aber die Verkehrsunternehmen sind bereits informiert und haben Panik. Die Folgen dieser einseitigen Politik gegen den öffentlichen Verkehr in Niedersachsen werden sein, dass gerade bei uns der stark entwickelte ÖPNV-Fahrzeugbau leiden wird. Herr Oppermann hat das schon dargestellt. Die Aufträge werden ausbleiben. Das gilt gerade auch für Salzgitter, Herr Eppers. Der Verlust von Qualität und Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs und damit sinkende Fahrgastzahlen gefährden gerade die Mobilitätssicherung im ländlichen Raum

(Hermann Eppers [CDU]: Dafür brauchen wir Straßen!)

und erhöhen den Zuschussbedarf der Kommunen. Ich glaube nicht, dass für den ÖPNV im ländlichen Raum im Augenblick zusätzliche Straßen gebraucht werden. Sie wollen aber zusätzliche Straßen bauen.

(Hermann Eppers [CDU]: Wir müssen die kaputten Straßen sanieren!)

- Zunächst einmal sollte man die kaputten Straßen reparieren. Darin sind wir uns einig. - Nicht zuletzt gefährdet das niedersächsische Vorgehen den Fortbestand der Regionalisierungsmittel des Bundes, wenn sie auf diese Art und Weise umgewidmet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch bei dem zweiten großen Topf, den uns der Bund für den Nahverkehr zur Verfügung stellt, bei der Gemeindeverkehrsfinanzierung, planen CDU und FDP eine massive Umverteilung zulasten des ÖPNV. Mehr noch als die SPD-Alleinregierung wird die neue Landesregierung die Mittel nicht gleich zwischen Straße und ÖPNV verteilen, sondern der Straße deutlich mehr Geld zur Verfügung stellen.

(Hermann Eppers [CDU]: Damit haben Sie Recht!)

Wir zeigen mit unseren Haushaltsanträgen, dass diese einseitige Benachteiligung des ÖV vermieden werden kann.

(Hermann Eppers [CDU]: Wir sind Überzeugungstäter!)

Herr Althusmann, wir wollen die Mittel zwischen ÖV und Straßenverkehr, die Sie in die falsche Richtung ziehen, wieder zurückverschieben. Wir wollen nicht bei den GVFG-Mitteln kürzen.

(Bernd Althusmann [CDU]: Wie ist das mit der globalen Minderausgabe?)

- Da gibt es keine Minderausgabe. Lesen Sie unseren Antrag zu Ende.

(Bernd Althusmann [CDU]: 11,8 Millionen globale Minderausgabe! Das ist Ihr Antrag!)

- Nicht beim GVFG. Sie müssen unseren Antrag zu Ende lesen. Sie müssen schon wirklich jede Zeile lesen. Wir wollen die Umverteilung, die Sie zulasten des ÖPNV vorgenommen haben, rückgängig machen und zeigen damit, dass angesichts der demografischen Entwicklung und der Überalterung in Zukunft ein wachsender Anteil der Bevölkerung gerade im ländlichen Bereich auf einen gut ausgebauten ÖPNV angewiesen sein wird. Diesen Men-

schen nützen Ihre neuen Straßen überhaupt nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN - Hermann Eppers [CDU]: Doch!)

Hier die Qualität zu halten, ist viel zukunftsge-rechter als Ihre Straßenneubauwut. Die Unterhal-tung der Straßen können Sie in Zukunft ohnehin nicht sicherstellen.

Im Verkehrshaushalt ist es möglich, eine gleich-mäßige Belastung der Verkehrsträger trotz des Spardrucks hinzubekommen und damit neben notwendigen Straßenerneuerungen auch Mittel für den Erhalt des ÖV-Angebots im Land sicherzu-stellen. Dies ist dringend nötig, um die wenigen zukunftsweisenden Ausbauprojekte des öffentlichen Verkehrs wie z. B., Herr Eppers, die Regional-stadtbahn in Braunschweig finanzieren zu können. Sie von der CDU fanden dieses Projekt scheinbar nur gut, solange Sie in der Opposition waren.

(Hermann Eppers [CDU]: Ein tolles Projekt!)

Beim Radwegebau machte die neue Regierung dagegen zunächst noch besonders dicke Backen. Herr Hirche sagte dazu im Mai, eine der ersten verkehrspolitischen Entscheidungen der neuen Landesregierung sei die Aufhebung des von der Vorgängerregierung verhängten Baustopps für Radwege in Niedersachsen, der Radwegebau solle in Niedersachsen wieder seinen festen Platz haben. Herr Möllring hat das gerade wiederholt. Angesichts dessen, was Sie im Haushalt nieder-gelegt haben, klingt das sehr hohl.

(Hermann Eppers [CDU]: Das ist mehr als vorher!)

- Eben nicht. Darauf kommen wir gleich noch. – Da ist es wieder, das Löwengebrüll der ersten Tage. Im September hieß es weiter von Herrn Hirche: Wir machen Niedersachsen zum Fahrradland Nummer eins.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Hagenah, warten Sie bitte einmal. - Ich bitte um etwas mehr Ruhe. Man kann den Redner kaum noch verstehen.

(Bernd Althusmann [CDU]: Ich verstehe das sowieso nicht.)

Enno Hagenah (GRÜNE):

Ich muss immer lauter reden. Das ist nicht gut für meine Stimme.

Herr Hirche versprach ein modernes Routennetz mit einer durchgängig hohen Wegequalität und einer einheitlichen Wegweisung. Alles wunderbar. Auf die Frage, woher das Geld kommen soll, wurden im September lapidar nur noch EU-Mittel, die Kommunen und private Geldgeber genannt. Mit der Vorlage des Haushalts 2004 kommt jetzt der Offenbarungseid, Herr Eppers. Der Löwe wird zum Bettvorleger. Vorgesehen für den Radwegebau sind nur noch ganze 5,2 Millionen Euro – genauso wenig wie von der von Ihnen zu Recht gescholtenen alten SPD-Regierung für dieses Jahr eingeplant. Wo ist Ihre Schwerpunktsetzung, wenn Sie lediglich die mittelfristige Finanzplanung der SPD-geführten Regierung fortschreiben, die Sie zuvor dafür gescholten haben, dass sie zu wenig im Radwegebau getan habe?

Was bei der SPD zu wenig war, muss auch heute zu wenig sein. Wir dagegen haben in unserem Änderungsantrag 10 Millionen Euro für das nächste Jahr für den Radwegebau vorgesehen, damit im Land sichtbar die Chance für ein besser ausgebautes Radwegenetz genutzt werden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN - Hermann Eppers [CDU]: Das ist ein Schau-fensterantrag.)

Meine Damen und Herren, die Wirtschafts- und Verkehrspolitik der neuen Landesregierung wird in vielen Punkten auch den selbstgesetzten Zielen nicht gerecht. Sie bleibt nicht nur in den alten Strukturen verhaftet, sondern verwendet auch besonders viel Geld und Energie einseitig für einen massiven Straßenausbau und für Gießkannenförderung alter Prägung.

(Uwe Harden [SPD]: Das stimmt nicht! Das ist weniger!)

So bringen Sie unser Land nicht nach vorne, sondern produzieren Stillstand und Rückschritt. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Als Nächstem erteile ich Herrn Dinkla von der CDU-Fraktion das Wort.

(Hermann Eppers [CDU]: Die Position der SPD zum GVFG würde uns auch schon einmal interessieren!)

Hermann Dinkla (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Oppermann, ich hätte mir nicht träumen lassen, dass Sie sich heute hier hinstellen und aus einer Zwangssolidarität heraus den Ministerpräsidenten a. D. und Pop-Beauftragten über den Klee loben müssen. In Ihrer Regierungszeit ist Ihnen das manches Mal schon schwer genug gefallen. Aber das hätte ich mir nicht erträumt.

Sie haben auch auf die Bundespolitik abgehoben. Deshalb eine grundsätzliche Bemerkung. Wer den Menschen im Lande, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, den Unternehmern, den Arbeitnehmern, den jungen Menschen etwas nimmt, was im Ergebnis viel schwerer wiegt als der Verlust an Geld,

(Zuruf von der SPD: Er bezieht sich auf die Hochschulen!)

wer das Vertrauen in die Zukunft systematisch zerstört, wer den Unternehmen im Lande ständig in die Knie tritt, anstatt ihnen auf die Beine zu helfen, wer die Handwerksordnung, Herr Oppermann, skalpieren will, wer Ausbildungsplatzabgaben einführt, wer auf der anderen Seite über Vermögensteuer und Erbschaftsteuer diskutiert, darf sich nicht wundern, wenn die Einnahmen des Bundes, der Länder und der Kommunen dramatisch einbrechen. Das trifft Niedersachsen im Mark,

(Beifall bei der CDU)

zusätzlich zur verfehlten Landespolitik. Wir müssen - das ist Aufgabe der Landes- und der Bundespolitik - Vertrauen schaffen und für positive Lebensperspektiven sorgen. Das ist das Ziel der neuen Landesregierung. Sie ist auf einem guten Weg, vernünftige Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu schaffen.

Herr Kollege Hagenah, das ist nicht das alte Denken. Das ist neues Denken. Die Zustimmung aus der Bevölkerung, aus den Verbänden ist jeden Tag spürbar.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Thomas Oppermann [SPD]: Die kommen bis zum Landtag, um ihre

Freude auszudrücken! Das Polizeiaufgebot lenkt die Besucherströme!)

Wir wollen in diesem Lande den Wechsel. Wir wollen den mentalen Umstieg. Die Niedersachsen, Herr Kollege Oppermann, haben längst begriffen: Niedersachsen wird neue Wege gehen, damit das Land künftig von Investoren als dynamisch, innovativ und risikobereit wahrgenommen wird. Der vorgelegte Haushaltsplanentwurf 2004 ist trotz aller Sparzwänge ein konstruktiver Beitrag, um mit den noch vorhandenen Mitteln die Stärken der niedersächsischen Wirtschaft zu unterstützen. Die Struktur der Ausgaben zeigt, wie schmal der Rahmen ist - das gebe ich zu -, in dem wir mit Geld unterlegte eigene Wirtschaftspolitik machen können.

(Präsident Jürgen Gansäuer übernimmt den Vorsitz)

Wir diskutieren den Haushalt 2004, aber wir diskutieren auch über Erblasten. Meine Damen und Herren, eines kann ich nicht verstehen.

(Thomas Oppermann [SPD]: Bis zum Tage der Abwahl werden Sie das tun!)

Wenn Sie sich hier hinstellen und den Eindruck vermitteln, Sie wären jahrelang in der Emigration gewesen, und uns hier Ratschläge geben, dann darf ich Sie daran erinnern: Sie haben dort auf dem Platz gesessen. Sie haben von dort aus zumindest den Versuch unternommen, Landespolitik zu gestalten. Dass es hier und da ergebnislos war, ist eine andere Sache. Aber so zu tun, als wäre man außen vor, dann jedoch wie Phönix aus der Asche hierher zu kommen und uns gute Ratschläge zu geben, ist nicht so ganz der richtige Weg.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Thomas Oppermann [SPD]: Wenn die Ratschläge gut sind!)

Dann haben Sie auch noch gesagt, Sie hätten die Fehler von Ministerpräsident Dr. Albrecht aufarbeiten müssen, und das sei schwer gewesen.

(Thomas Oppermann [SPD]: So habe ich das nicht gesagt!)

Dieses Land hat Schaden daran genommen, dass Dr. Albrecht von 1990 bis 1994 nicht weiter regiert hat. Das waren nämlich Jahre, die für Niedersachsen schwer waren. Wir sind heute noch damit beschäftigt, z. B. bei der Verkehrsinfrastruktur, die Fehlentscheidungen dieser Jahre aufzuarbeiten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Bertelsmann-Stiftung ist angesprochen worden. Ich lege großen Wert darauf, dass die Zahlen, die Sie hier genannt haben, Herr Kollege Oppermann, richtig sind. Der Bezug auf die Bertelsmann-Stiftung ist, was die Jahre 2001 und 2002 angeht, auch ein Stück weit „negative Erfolgsbilanz“ Ihrer Arbeit.

(Zustimmung bei der SPD)

Was die Frage der Arbeitslosigkeit betrifft - darauf hat der Kollege Hermann schon hingewiesen -, so bezieht sich die aktuelle Bewertungszahl auf den Zeitraum von November 2002 bis November 2003. Diese ist positiv. Das kann man ruhig einmal so sagen. Man sollte wenigstens bei der Wahrheit bleiben. Alles andere finde ich nicht fair.

(Thomas Oppermann [SPD]: Warum haben sich die Einnahmen während Ihrer Regierungszeit verschlechtert?)

Es wird auch Zeit, dass man die Tatsachen im Rahmen der Haushaltsberatungen deutlich macht. Es wird keine Fortführung der geschönten Haushaltsdarstellungen geben. Zwingend notwendige Einsparungen müssen durchgeführt werden. Sie sollen auch nicht verheimlicht werden. Viele Unternehmen in Niedersachsen erwarten keine Wunder, keinen Euro-Segen. Aber sie wollen Klarheit, sie wollen klare Entscheidungen. Wir haben uns in Niedersachsen sehr lange den Luxus der Langsamkeit geleistet. Frau Dr. Knorre hat ein Benchmarking mit den anderen Bundesländern durchgeführt. GA-Anträge haben hier 14 Monate gelegen und sind nicht entschieden worden. Das hat die Wirtschaft in Niedersachsen gelähmt. Das ist etwas, was so nicht weitergehen wird.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es gibt vieles in Niedersachsen, das wir ändern wollen; das ist überhaupt keine Frage.

Abschließend möchte ich noch Folgendes sagen: Wissen Sie, was scheinheilig ist? - Wenn der Kollege Möhrmann - wie es in der letzten Plenarsitzung geschehen ist; der Kollege McAllister hat schon darauf hingewiesen - vormittags bei den Mündlichen Anfragen moniert, dass zu wenig Radwege gebaut würden, dass mehr Geld dafür im Lande da sein müsste, und Herr Gabriel nachmittags bei der Diskussion zum Hochschuloptimierungskonzept so flapsig nebenbei sagt, dass round

about 7 Millionen Euro aus dem Landesstraßenplafond einschließlich Radwegebau eingespart werden sollten. Das ist scheinheilig in Hochpotenz. So kann man mit uns nicht umgehen!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Bei einer ehrlichen Bewertung wird bis zum Ende der Plenarwoche deutlich geworden sein: Die SPD-Fraktion in diesem Land ist seit dem 2. Februar politisches Notstandsgebiet. Von einer kraft- und wirkungsvollen sowie überzeugenden Oppositionsarbeit sind Sie noch Lichtjahre entfernt; denn sonst hätten Sie im Rahmen dieser Debatte überzeugende Alternativen vorgelegt. Das ist jedoch nicht der Fall. - Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege Riese hat das Wort.

Roland Riese (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Meinem Kollegen Wolfgang Hermann könnte ich stundenlang zuhören. Ich bin ihm aber sehr dankbar, dass er mir noch ein bisschen Redezeit übrig gelassen hat.

„Es kommt ein Schiff, geladen bis an seinen höchsten Bord“, singen wir in diesen Tagen, wenn wir die Kirche von innen betrachten. So werden wir auch am 23. November 2009 in Wilhelmshaven zusammenkommen und dieses schöne Lied miteinander anstimmen. Warum? In der *taz* vom 29. November dieses Jahres stand zu lesen:

„Darauf, dass der erste 10 000-Container-Kracher am 23. November 2009 in Wilhelmshaven anlegen wird, freute sich Joachim Erdmann aus dem Wirtschaftsministerium.“

Am Tag zuvor hatte die Regionalkonferenz der Wilhelmshavener Wirtschaftsvereinigung stattgefunden, in der es eine umfängliche Aufklärung über den Stand des Verfahrens beim JadeWeserPort gegeben hat. Selbst die *taz* hat gemerkt, dass dieses Datum, 23. November 2009, natürlich ein Mittel des Marketingmixes ist, mit dem die Region ihre Bürger zum Tiefwasserhafen mitnehmen will, der das größte Investitionsprojekt des Landes Niedersachsen ist und im vorliegenden Haushaltsplan-

entwurf mit einer Verpflichtungsermächtigung von 354 760 000 Euro abgebildet ist. Als Ansatz für 2004 sind 13,1 Millionen Euro ausgebracht.

Da der Kollege Oppermann es heute an Artigkeiten für die FDP nicht hat fehlen lassen, will ich hier sagen: Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie haben die Zeichen der Zeit rechtzeitig erkannt, ganz im Gegensatz zu den Kollegen unserer kleineren Oppositionsfraktion. Sie haben dieses Projekt rechtzeitig angefasst, wenn auch nicht solide durchfinanziert.

Die Zusage der Europäischen Union, die Untersuchungen zum Bau mit 2 Millionen Euro mitzufinanzieren, bedeutet, dass die europäische Flagge auf dem Projekt gehisst wird. Dieser Betrag, so klein er auch ist, sollte uns wesentlich mehr wert sein als die 90 Millionen Euro, die der frühere Ministerpräsident Sigmar Gabriel im November 2002 froh verkündet hat und die der Bund zur so genannten Basisinfrastruktur beisteuern sollte.

Dass allerdings die Grünen in ihrem Änderungsantrag zum Haushaltsplanentwurf 2004, bei dem ich, als ich ihn gelesen habe, nicht wusste, ob ich lachen oder weinen sollte, vorschlagen, die Mittel für diesen Tiefwasserhafen einzusparen, ist aus mehreren Gründen eine Bodenlosigkeit. Erstens nämlich haben Ihre Freunde in Wilhelmshaven immer verkündet, dass sie für den JadeWeserPort seien, was sie auch sein müssten, da Sie doch angeblich für umweltfreundliche Verkehrsträger sind. Aber auch Sie, liebe Freunde, werden es nicht fertig bringen, aus Südostasien mit dem Fahrrad oder zu Fuß die Microchips mitzubringen, die auch Sie in Ihren Computern brauchen.

Zweitens, liebe Kollegen von den Grünen, haben Sie noch am 31. Oktober - das war der Kollege Janßen, der jetzt dahinten ungläubig das Haupt schüttelt - hier behauptet, Ihr Antrag, den Bau des JadeWeserPorts zeitlich zu verschieben, habe nichts mit der Haushaltsdeckung zu tun. Keine sechs Wochen später wollen Sie das schon vergessen haben. Liebe Freunde von der SPD, wie regieren Sie nur in Berlin mit derartig wankelmütigen Partnern?

(Zustimmung bei der CDU)

Auch das Hafensbudget, das angesichts der wünschenswerten und notwendigen Investitionen bereits sehr knapp ist, wollen Sie noch kannibalisieren.

(Bernd Althusmann [CDU]: Die schreiten von einer Niederlage zur nächsten!)

Liebe Grüne, Sie sollten sich schämen.

An größeren Maßnahmen können wir erfreulicherweise im nächsten Jahr noch die Emspier in Emden fertig stellen, außerdem eine Verbindungsstraße in Brake und die Kaimauer im alten Vorhafen in Wilhelmshaven.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir haben noch die Kraft, in gewissem Rahmen die Wettbewerbshilfe für den Handelsschiffbau aufrechtzuerhalten. Angesichts der schwierigen Situation bei einigen Schiffbauunternehmen sollten wir das auch tun, und zwar so lange, bis durch unsere Mithilfe die internationalen Wettbewerbsverzerrungen in diesem Wirtschaftszweig beseitigt sind. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Jetzt hat der Kollege Björn Thümler das Wort. Bitte sehr!

Björn Thümler (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist mir eine Freude, im Rahmen der heutigen Beratungen des Haushalts 2004 einige Eckpunkte für den Bereich der Häfen- und Schifffahrtsverwaltung darstellen zu dürfen. Allen Unkenrufen zum Trotz hat die Häfenverwaltung die Einnahmen des Landes aus dem Betrieb der Häfen in den letzten Jahren um etwa 25 % steigern können. Im gleichen Zeitraum aber ist das Personal um etwa 20 % reduziert worden, sodass die Hafenerhaltung auf dem nominalen Kostenniveau von Mitte der 90er-Jahre fortgeführt werden konnte. Das ist eine Leistung, die sich in anderen Bereichen der Landesverwaltung schwerlich finden lässt.

Da es angesichts der von der SPD hinterlassenen katastrophalen Haushalts- und Schuldenlage des Landes Niedersachsen eine große Herausforderung ist, nicht immer mit neuen Schulden und damit auf Kosten unserer Kinder und Enkelkinder die Zukunft zu verspielen, haben sich auch im Bereich der Häfen- und Schifffahrtsverwaltung einige Aus-

gabenwünsche an den Finanzierungsmöglichkeiten auszurichten.

(Zuruf von der SPD)

- Das Neue kommt ja gleich. - So mussten auch im Bereich Häfen und Schifffahrt zum Teil schmerzliche Konsolidierungsbeiträge geleistet werden, um den Gesamthaushalt in die richtige Richtung, nämlich auf Konsolidierung und Schuldenvermeidung, trimmen zu können. Dennoch haben sich die neue Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen eindeutig für den Bau und damit auch für die Finanzierung des Tiefwasserhafens in Wilhelmshaven ausgesprochen. Ausdrückliches Dankeschön auch an Finanzminister Hartmut Möllring, der dieses im Wesentlichen mit möglich gemacht hat.

(Beifall bei der CDU)

Wir verbinden mit diesem Projekt große Hoffnungen für die Menschen an der Küste sowie das gesamte Land. Diese Landesregierung war es, die die Finanzierung dieses herausragenden Projektes auf eine grundsätzliche Finanzierungsbasis gestellt hat. Denn die SPD hat völlig falsche und abwegige Vorstellungen zur Finanzierung dieses wichtigen Hafenprojektes hinterlassen, immer von der Prämisse geprägt: Hoffnung, Hoffnung, Hoffnung. So wurde z. B. wie eine Litanei ein Bundeszuschuss von ca. 90 Millionen vor sich hergetragen, der nirgends und zu keinem Zeitpunkt abgesichert war. Man könnte sagen, dass Sie die Absicht hatten, dieses wichtige Hafenprojekt auf Treibsand zu bauen.

Ich möchte hier auch erwähnen, dass wir es waren, die im Nachtragshaushalt 2003 das notwendige Stamm- und Gründungskapital für die JadeWeserPort-Realisierungsgesellschaft zur Verfügung gestellt haben. Sie hatten nichts, aber auch gar nichts vernünftig vorbereitet.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Nach einer nunmehr neunmonatigen und sieben-tägigen Verantwortung für dieses Projekt stelle ich fest, dass das Kind in der Welt ist und sich gut entwickeln wird, nicht nur weil die notwendigen Verpflichtungsermächtigungen bereitgestellt werden, sondern auch weil wir 2004 für das Vorantreiben dieses Projekts 13 Millionen Euro zur Verfügung stellen werden. Insgesamt werden in den nächsten Jahren in Wilhelmshaven 355 Millionen Euro für dieses Projekt zur Verfügung stehen.

Zudem weht seit einigen Wochen die europäische Fahne auf dem Projekt des Tiefwasserhafens. 2 Millionen Euro wurden von Brüssel im Rahmen von Drittmittelförderung zur Verfügung gestellt. Damit ist eine Tür aufgestoßen worden, weitere Drittmittel für dieses bedeutende Projekt akquirieren zu können. Dafür danke ich vor allem Ministerpräsident Christian Wulff und Wirtschaftsminister Walter Hirche ganz herzlich.

Weitere Bereiche, in denen wir Häfen- und Schifffahrtspolitik neu gestalten werden, sind erstens Entwicklung eines Küstenprogramms, zweitens Neuorganisation der Hafen-Marketing-Strukturen, drittens Ausbau der Binnenwasserstraßen und Schleusen sowie der Stichkanäle und viertens Bau der notwendigen Küstenautobahn A 22, fünftens die vernünftige Anbindung der Schieneninfrastruktur, um unsere Häfen wirtschaftlicher betreiben zu können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir erhoffen uns von diesen Maßnahmen, insbesondere des JadeWeserPorts, mittel- bis langfristige bis zu 5 000 neue direkte und indirekte Arbeitsplätze. Darüber hinaus können neue Impulse für die strukturschwachen Küstengebiete gesetzt werden. In diesem Sinne: Es gibt noch viel zu tun. Packen wir es an!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen nur zur zeitlichen Orientierung einen kleinen Tipp geben. Wir haben jetzt noch unverbrauchte Redezeit von fast zwei Stunden, ohne dass die Landesregierung geredet hat. Nun verstehe ich, dass diese Reden alle sehr wichtig sind, zumal die Pressetribüne sehr voll ist.

(Heiterkeit)

Jeder möge das bedenken. Ich weiß, dass es heute Abend auch noch ein paar Veranstaltungen gibt. Im Rahmen dessen, was jeder vermag, möge er sich kurz fassen, ohne dass ich jemanden abwürgen will. Vielleicht ist dieser Hinweis nicht ganz unwichtig.

Dann hat jetzt Herr Kollege Janßen das Wort. Bitte sehr!

Hans-Joachim Janßen (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will mir das gerne zu Herzen nehmen und mache es dann auch sehr kurz. Aber die Ausführungen der Vorredner haben doch dazu geführt, dass ich noch etwas sagen möchte.

Zum einen noch einmal: Wir stehen durchaus zum JadeWeserPort. Aber die Rahmenbedingungen müssen stimmen. Die sind ursprünglich anders festgelegt worden. Jetzt versichern Sie allerorten, die Finanzierung des JadeWeserPorts sei gesichert. Ja, aber wie denn? - Doch nur durch neue Schulden, die über Generationen zurückgezahlt werden müssen. Ein Refinanzierungskonzept haben Sie bislang noch nicht durch Zahlen untermauert. Es gibt nur vage Aussagen, man rechne mit gewerblichen Investoren, die sich im Hafenbereich ansiedeln würden. Mit Zahlen ist da bislang nichts hinterlegt. Das Finanzierungskonzept ist also Schulden machen und mühsames Abstottern, nicht innovativ und unter den gegebenen finanziellen Bedingungen so auch nicht tragfähig.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf)

- Ja, dazu kann man auch etwas sagen. - Deshalb hatten wir beantragt, die Planungen auszusetzen, bis sich auch Private an den Investitionen beteiligen - eigentlich ein Punkt, der Ihren Sparbemühungen entgegenkommen müsste. Sie wollen doch sogar ganze Häfen privatisieren, wie wir das gerade gehört haben. Auf Nachfrage im Ausschuss war aber zu hören, dass es dazu keinerlei Konzepte gibt. Es ist bis jetzt auch nicht erkennbar, dass irgendjemand mal nachgefragt hat und gesagt hat, er möchte einen Hafen übernehmen. Nein, Sie haben es bis jetzt noch nicht geschafft, den Hafen, der im Bau ist, anteilig durch private Investoren finanzieren zu lassen. Das sind also bis jetzt alles nur Luftbuchungen. Da muss noch deutlich unterfüttert werden. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Meine Damen und Herren, dieser Bereich ist jetzt abgeschlossen. Wir kommen nun zur Diskussion des Bereiches **Umwelt**. Zunächst hat Herr Kollege Haase das Wort.

Hans-Dieter Haase (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es juckt natürlich einen gelernten Hafropolitiker, zwei Sätze vor die Ausführungen zur Umweltpolitik zu stellen. Ich meine, Herr Riese, sich nur mit fremden Fahnen gerade bei dem JadeWeserPort zu schmücken, ist nicht der richtige Weg. Sie sollten sagen, wir wollen es gemeinsam tun. Wir stehen nach wie vor dazu. Die Menschen wissen das, und die Sozialdemokraten werden Sie aus dieser Verantwortung nicht herauseliminieren können. - Aber wir wollen uns jetzt dem Thema Umwelt zuwenden.

Große Worte, meine Damen und Herren, standen am Anfang. Die Umweltpolitik in Niedersachsen soll nach dem Willen des Umweltministers seit dem 1. März unbürokratisch, kostengünstig und mit den Menschen gemacht werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Nach fast einem Jahr sollten wir heute - im Rahmen der Haushaltsdiskussion ist wohl hier der richtige Platz dafür - einmal ein erstes und objektives Resümee der Arbeit des verehrten Umweltministers ziehen. Dieses Resümee kann leider zurzeit auf einen Satz beschränkt werden, den Herr Sander selbst im Übrigen öffentlich geäußert hat. Ich zitiere aus dem *Weserkurier*: „Staatlichen Naturschutz können wir uns nicht leisten.“ Hätte er nicht besser gesagt: Wir wollen uns staatlichen Naturschutz in der bisherigen, aber auch notwendigen Form nicht mehr leisten.? - Ich glaube, dieser Satz bringt es auf den Punkt, was das scheinbar erklärte Ziel des Umweltministers in Niedersachsen ist. Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, schlimmer und ehrlicher könnte man es wohl auch nicht ausdrücken.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, dieses erklärte Ziel des Umweltministers spiegelt sich natürlich folgerichtig nicht nur im Einzelplan 15 des Haushaltes wider, sondern auch in vielen unsäglichen und teilweise wirklich zweifelhaften Entscheidungen. Wir haben hier bereits mehrfach darüber diskutiert: Brenntageverordnung, Höflichkeitserlass, Endlagerthematik. Ich muss das hier nicht alles wiederholen.

(Zuruf von der FDP: Gute Politik!)

Statt, wie von mir mehrfach gefordert, mit dem Pfund des gut organisierten Umwelt- und Natur-

schutzes über die Grenzen Niedersachsens hinaus zu wuchern, stellen die Regierungsfractionen Haushaltsanträge, die der Umweltpolitik in Niedersachsen zunehmend den Boden entziehen.

Meine Damen und Herren, aber der Minister holt, unterstützt durch die Regierungsfractionen - mit Verlaub, Frau Zachow, hier hätte ich dann doch ab und zu etwas mehr Stehvermögen gerade gegenüber ihrem Juniorpartner erwartet -, zum großen Schlag gegen den erfolgreichen Umwelt- und Naturschutz in Niedersachsen aus.

(Beifall bei der SPD)

Was zunächst nur als Gerücht durch die Gänge geisterte, wurde bald zur bitteren Wahrheit. Der Innenminister selbst verkündete oder beschloss ganz nebenbei in einer Parlamentsdebatte die Auflösung des NLÖ. Bis auf einen irritierten Blick des Umweltministers - war er etwa nicht informiert? - war keine Reaktion, leider auch nicht an den folgenden Tagen, zu vernehmen. Im Gegenteil, der Eindruck ließ sich nicht vertreiben, dass der Innenminister dem Kollegen Sander einen unbequemen Klotz vom Bein geschafft hat. Das nennt man wohl im Neudeutschen Teamgeist.

Herr Minister Sander, auf das Mindeste, was man von einem Dienstherren erwarten dürfte, nämlich dass er persönlich die schlechte Nachricht überbringt, sich der Diskussion stellt, mussten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des NLÖ sehr, sehr lange warten. Nun, kurz vor Weihnachten - Sie wissen das ganz genau -, sozusagen als schlechte Weihnachtsbotschaft, teilt der Minister bei der Personalversammlung des NLÖ am Montag dieser Woche die Auflösung des NLÖ mit. So geht man mit engagierten Mitarbeitern nicht um; so erstickt man Motivation.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, dann die Umwelt- und Naturschutzverbände. Die Akteure, die gehofft haben, in Niedersachsen über Jahrzehnte hinweg Natur und Landschaft zu schützen, zu erhalten und zu entwickeln, werden vom Umweltminister seit seinem Amtsantritt vernachlässigt und zum Teil sogar diffamiert. Wir alle wissen doch: Qualifizierte Natur- und Umweltschutzarbeit gibt es nicht zum Nulltarif, auch wenn gerade auf diesem Feld das ehrenamtliche Engagement heute glücklicherweise noch überproportional ausgeprägt ist. Angesichts der enormen Leistungen und der relativ geringen finanziellen Unterstützung des Landes erstaunt es

dann doch sehr, dass gerade in diesem Bereich drastisch gekürzt werden soll.

Die Gefahr, dass das ehrenamtliche Engagement statt einer Stärkung eine erhebliche Schwächung erfährt, weil ihm die ohnehin geringen finanziellen Mittel weiter gekürzt werden, ist mehr als deutlich, mittlerweile fast schon Realität. Muss man etwa vermuten - ich habe diese Vermutung schon einmal geäußert -, dass Sie, Herr Sander, doch noch alte Rechnungen mit den Umweltverbänden offen haben?

Meine Damen und Herren, das aber ist es nicht allein. Nicht nur, dass die Finanzierung der umfangreichen Projektarbeit der Verbände durch die Deckung der Bingo-Mittel in Zukunft erheblich eingeschränkt wird und ehrenamtliches Engagement im Keim erstickt - nein, es kommt noch schlimmer. Der Minister hat wirklich die Dreistigkeit, die gesetzliche Förderung der Umwelt- und Naturschutzverbände schmerzhaft zu kürzen - je Verein auf knapp mehr als 100 000 Euro -, aber seine Freunde - nun hören Sie einmal gut zu - wie etwa den Landwirtschaftlichen Naturverein bestückt er mal eben - im ersten Jahr! - mit 50 000 Euro für die Vereinskasse. Das ist Lobbyismus pur, sage ich Ihnen. Andere nennen es sogar einen Skandal.

Die Zeitung *Rheiderland* berichtet dazu am 29. November 2003 nahezu begeistert:

„Nicht die Fläche wird also gefördert, sondern Vereinsarbeit.“

Während die Umwelt- und Naturschutzverbände vom Minister mit einem Höflichkeitserlass gegängelt werden, was zu mehr Bürokratie und Kosten führt, bekommt der selbsternannte Landwirtschaftliche Naturverein quasi einen Freifahrtsschein vom Minister. Ich zitiere erneut die Zeitung *Rheiderland*:

„Den Bauern solle nichts angetragen oder übergestülpt werden, sondern sie würden über den Verein mit den 50 000 Euro in die Lage versetzt, auf ihrem eigenen Gut und Boden was für die Natur zu machen und dabei die Lufthoheit zu haben.“

Ohne Auflagen, ohne Ziel- und Zweckbestimmung. So etwas nennt man einen wohl klassischen K.o. für die Umwelt- und Naturschutzverbände in Niedersachsen.

Aber nein, selbst damit noch nicht genug. Öffentlich verkündet der Minister:

„Wer über Jahrzehnte das Land gepflegt hat, müsse beim Thema Natur und Umweltschutz mehr zu sagen haben, als ein Funktionär eines Naturschutzverbandes.“

Nachzulesen im *Weser-Kurier*. Welch ein Bild der Funktionäre bei den Natur- und Umweltverbänden steckt eigentlich dahinter? - Ich glaube, ein völlig falsches und verqueres Bild. Ich kann nur konstatieren: Nach 13 Jahren endlich wieder freie Bahn für uneingeschränkte Klientelpolitik. Es fehlte nur noch, dass der Minister - ich habe das beim letzten Mal auch schon gesagt - fordert: Freiheit für die geknechteten und unterdrückten Landwirte, Grundeigentümer und - ich füge aus anderen aktuellen Diskussionen hinzu - Atomkraftbetreiber.

(Ernst-August Hoppenbrock [CDU]:
Das ist akademischer Hochmut!)

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerade angesichts der von den Umweltverbänden in den letzten Jahrzehnten geleisteten Arbeit ist dieses Verhalten von Herrn Sander als Umweltminister meines Erachtens nicht sachgerecht. Man kann auch sagen: nicht würdig. Der Minister sollte endlich aufhören, mit seiner Politik die Verbündeten, die über Jahre die erfolgreiche Umweltpolitik in Niedersachsen über die Landesgrenzen hinweg mitgestaltet haben, derart vor den Kopf zu stoßen, wie er es in den letzten Monaten leider immer wieder getan hat. Wir brauchen diese Menschen für eine nachhaltige Politik; denn angesichts der mehr als angespannten Haushaltslage - hierin sind wir uns ja wahrscheinlich wieder einig - werden wir in Zukunft stärker denn je auf das hohe Engagement der ehrenamtlichen Umwelt- und Naturschutzverbände angewiesen sein. Die Landwirte und Grundeigentümer allerdings werden sich jede ihrer Leistungen auf Euro und Cent erstatten lassen. Woher wollen Sie dieses Geld eigentlich nehmen, Herr Minister? - Eingestellt in den Haushalt ist es jedenfalls nicht.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss - damit Sie noch ein bisschen etwas haben, worüber Sie sich aufregen können - einmal von der Homepage des Umweltministeriums zitieren.

(Zuruf von der CDU)

- Ich habe keinen Bauernhof. - Hier finden wir zum Thema Naturschutz Folgendes:

„Von zentraler Bedeutung ist die Verbesserung der Akzeptanz und Umsetzungsbedingungen des Naturschutzes. Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit des Naturschutzes, Förderung einer ‚Lobby‘ und Stärkung der Naturschutzverwaltung und Kooperation innerhalb des Naturschutzes und mit Nutzern von Natur und Landschaft sind die notwendigen Rahmenbedingungen, um zu einer gleichgewichtigen Vertretung der Naturschutzziele im Vergleich zu anderen Ansprüchen an Natur und Landschaft zu gelangen.“

Dies unterschreibe ich Ihnen auch heute noch gern, Herr Sander. Da sind wir uns einig. Der Einzige, der sich nicht an diese Vorgabe des Umweltministeriums zu halten scheint, ist der Umweltminister selbst. Anders kann man jedenfalls seine Politik nicht interpretieren.

Meine Damen und Herren, Herr Sander beraubt sich mit seiner Form der Umweltpolitik selbst seiner Aufgaben. Ich fasse zusammen: Er löst die wichtige Fachverwaltung für Natur und Ökologie auf, er stimmt der Auflösung der Bezirksregierungen und damit der wichtigen Bündelungsbehörde für Umweltaufgaben zu, er schafft bürokratische Hürden für den ehrenamtlichen Natur- und Umweltschutz, er unterstützt schmerzhaft Kürzungen im Einzelplan 15, er verweigert den Umwelt- und Naturschutzverbänden die Zusammenarbeit und fördert stattdessen Landwirte und Grundeigentümer.

Auf die Feststellung seiner eigenen Belegschaft, seiner eigenen Mitarbeiter hin, dass das Umweltministerium durch die Zerschlagung des NLO überflüssig werden könnte, sagt der Minister - ich zitiere aus der *Hildesheimer Zeitung* -:

„Wenn es mit ihrer Hilfe dazu käme, wäre es aus meiner Sicht eine erfolgreiche Arbeit.“

Nun komme ich wirklich zum Schluss und damit auf den von mir zu Beginn meiner Rede zitierten Dreiklang der Sander'schen Umweltpolitik zurück. Herr Sander, Sie sollten sich überlegen, das zu tun, was Sie nicht müde werden, uns immer wieder gebetsmühlenartig vorzutragen. Leisten Sie einen

eigenen Haushaltsbeitrag. Stellen Sie doch einfach unbürokratisch Ihr Amt zur Verfügung. Damit hätten wir die kostengünstigste aller Lösungen und könnten wieder Politik mit den und für die Menschen in Niedersachsen machen. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege Dürr, Sie haben das Wort.

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Meinhold, Herr Haase, bevor ich auf einzelne Punkte des Einzelplans des Umweltministeriums zu sprechen komme, möchte ich etwas Generelles zum Umwelthaushalt sagen. Ich bin dem Minister und seinem Haus für den vorgelegten Haushaltsplanentwurf sehr dankbar.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Nicht nur die Einsparvorgaben wurden von ihrer Höhe her umgesetzt, sondern auch die Zielrichtung und die Schwerpunktsetzung stimmen: weniger Staat und stattdessen mehr Verantwortung für die Menschen vor Ort. Das Beispiel des Vertragsnaturschutzes zeigt dies sehr exemplarisch.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von Walter Meinhold [SPD])

- Das kommt gleich noch, Herr Meinhold. Warten Sie ab.

Doch nun zu einigen Punkten im Einzelplan des Umweltministeriums. Ich fange - weil für uns auch Ehrlichkeit dazugehört - mit einer der Kürzungen an. Für das Jahr 2004 - Herr Haase hat es vorhin schon erwähnt - wird es bei den vier Verbänden - es gibt übrigens mehr als vier Verbände, um auch das in Richtung SPD einmal ganz deutlich zu sagen -

(Beifall bei der FDP)

die nach dem Gesetz unterstützt werden, Kürzungen in Höhe von 166 000 Euro geben. Die Verbände erhalten dann noch 450 000 Euro. Den Fraktionen von FDP und CDU ist bewusst, dass Verbände nie glücklich über eine Verringerung staatlicher Mittel sind. Ohne jeden Zweifel leisten die vielen tausend Ehrenamtlichen im Naturschutz, die in diesen vier Verbänden organisiert sind, einen entscheidenden Beitrag für Natur und Umwelt.

(Brigitte Somfleth [SPD]: Und dafür werden sie belohnt!)

Frau Somfleth, ich möchte an dieser Stelle aber auch einmal mit einer Mär aufräumen. Sie betonen hier ständig, dass sich jeder Euro für Verbände, die aus ehrenamtlichen Mitgliedern bestehen, wieder mehrfach auszahlt. Das ist ja nicht grundsätzlich falsch. Ich werde danach aber oft von denjenigen Ehrenamtlichen angesprochen, die auch ohne Landesmittel hervorragende Arbeit leisten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Akzeptieren Sie, dass staatliche Gelder nicht die einzige Voraussetzung für ehrenamtliches Engagement sind. Das diskreditiert die vielen, die hier in Niedersachsen ohne staatliche Zuschüsse und zum Teil sogar mit privatem Geld eine ausgezeichnete Arbeit leisten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Dr. Philipp Rösler [FDP]: Sehr richtig!)

Ich möchte mich einem zweiten Punkt zuwenden, bei dem gekürzt wird: die Agenda 21-Prozesse. Mit Ausnahme der so genannten Ziel-2-Gebiete sind die Mittel dafür auf null gesetzt worden. In Haushalt 2003 waren es noch 100 000 Euro. Sie haben dies im Ausschuss bei den Haushaltsplanberatungen mehrfach kritisiert. Zur Wahrheit gehört dann aber auch, dass die Mittel von 2002 auf 2003 bereits um 79 000 Euro gekürzt worden sind, weil schon letztes Jahr sage und schreibe überhaupt nur 3,5 % der Mittel abgeflossen sind, meine Damen und Herren.

Im Übrigen gibt es einige Beispiele dafür, dass vormals ehrenamtliche Arbeit vor Ort durch hauptamtliche ersetzt worden ist und daraufhin das Engagement der Bürger in den Kommunen zurückgegangen ist. Es stimmt eben nicht, dass staatliche Gelder automatisch - ich habe das vorhin schon deutlich gemacht - zu mehr bürgerschaftlichem Engagement führen. Meine Damen und Herren, nicht selten macht der Staat durch sein Eingreifen sogar etwas kaputt.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Ich spreche noch einen dritten Punkt an, den wir - wenn ich mich recht erinnere - alle im Umweltausschuss, auch Sie, Herr Haase, gelobt haben. Die Gelder für den Küsten- und Hochwasserschutz

sind mit 70 Millionen Euro hoch angesetzt. Sicherlich kann es hierfür selten zu viel Geld geben; aber ich meine, das ist ein echter Erfolg und zeugt vor allem im Umwelthaushalt von richtiger Schwerpunktsetzung.

Fazit: Die Minderausgaben betragen für das Jahr 2004 etwa 14,5 Millionen Euro. Die Mindereinnahmen in Höhe von 8 Millionen Euro begründen sich durch das Abschalten des Kernkraftwerkes Stade, weil das Land weniger aus der so genannten Wasserentnahmegebühr erhält. Da sieht man schon, wo die Hauptursache für die Kürzung liegt.

(Zuruf von der CDU: Bei den Grünen!)

Es ist wirklich ein Anachronismus - ich hätte es gerne Frau Harms selbst ins Gesicht gesagt -, wie Sie von den Grünen sich verhalten. Sie haben bei Ihrer gemeinsamen Party mit Jürgen Trittin nicht nur den Verlust von hunderten von Arbeitsplätzen gefeiert. Nein, die Grünen feiern auch, dass der Umweltpolitik in Niedersachsen 8 Millionen Euro fehlen, was einen Großteil der Minderausgaben ausmacht. Meine Damen und Herren, das zahlt auch noch der Steuerzahler!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Zuruf von Dorothea Steiner [GRÜNE])

Jetzt komme ich zum netten Teil der Grünen. Ich sage noch etwas zu den Änderungsanträgen der Oppositionsfractionen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat einige Vorschläge gemacht. In der Sache kann man sicherlich darüber streiten. Sie wollen u. a. die Mittel für die Bisambekämpfung auf null setzen; davon abgesehen, dass die Mittel wegen eines Vertrages bis 2005 sowieso gebunden sind; aber gut, darüber kann man sicherlich streiten. Aber im Vergleich zu den Änderungsvorschlägen der SPD-Fraktion ist hier jedenfalls Substanz zu erkennen. Der einzige Einsparvorschlag der SPD-Fraktion im Bereich Umwelt ist so pauschal, dass man darüber nicht diskutieren kann. Das ist allerdings nicht verwunderlich. Es passt zu dem Bild, das die SPD-Fraktion bei den Haushaltsberatungen abgibt, meine Damen und Herren. Ihr Fraktionsvorsitzender und Pop-Beauftragter hat gestern kritisiert, dass es im Haushalt auch Kürzungen bei Investitionen gibt. Tatsächlich schlägt aber die SPD-Fraktion genau das zum Einzelplan des Wirtschaftsministeriums vor. Meine Damen und Herren, da muss man sich fragen, ob Sie ihre eigenen Anträge überhaupt lesen.

(Zuruf von der CDU: Lesen ja, aber nicht verstehen!)

- So wird es sein. - Liebe SPD-Fraktion, zusammenfassend ist festzustellen, dass Sie das Klassenziel nicht erreicht haben. Aber in dem Haushalt, den wir morgen verabschieden - auch im Umweltbereich -, sind die Schwerpunkte richtig gesetzt. Ein guter Minister, ein guter Haushalt - so macht die Arbeit Spaß! - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Frau Kollegin Steiner hat das Wort.

Dorothea Steiner (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei den Haushaltsberatungen im Umweltausschuss hat sich Herr Sander als ministerieller Musterknabe präsentiert, der vorbildlich alle Einsparauflagen erfüllt hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das ist deswegen so traurig, weil der Umweltbereich schon seit langem äußerst knapp ausgestattet ist, auch unter der vorhergehenden Regierung, und weitere Kürzungen an die Substanz von Umweltpolitik gehen. Größer als der Schaden durch finanzielle Restriktionen im Umweltbereich ist allerdings das verquere Verständnis des Ministers von Umwelt- und Naturschutzpolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Sander reist durch die Lande und bekundet seine Absicht, Umweltpolitik als Landwirt gestalten zu wollen.

(Zuruf von der CDU: Bravo!)

Er macht aber auf dieser Basis hauptsächlich gefühlte Umweltpolitik.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Tatsächlich ignoriert er Fakten und Grundlagen moderner Umweltpolitik. Im März hat Herr Sander noch die Bedeutung des Vertragsnaturschutzes unterstrichen, ihn als Alternative zum staatlichen Naturschutz aufgebaut und seine Ausweitung versprochen. Im Haushalt müssen wir allerdings feststellen, dass er bei Erschwernisausgleich und Ver-

tragsnaturschutz nicht nur nichts dazulegt, sondern auch hier 250 000 Euro herunternimmt. Dabei sind das noch die Bereiche, in denen Landwirte mit EU-Geldern über das PROLAND-Programm für naturnähere Wirtschaftsweisen entgolten werden.

Bei den Flächen für Trinkwasserschutz sieht es schon schlechter aus. Bei den Zuschüssen für Pacht und Kauf von Flächen in Wasserschutzgebieten an öffentliche Wasserversorger werden insgesamt 966 000 Euro gekürzt. Das widerspricht dem Gebot nachhaltiger Flächenpolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Aber selbst die Einstellung des Ministers zum Vertragsnaturschutz ist zwiespältig. Im *Rheiderland* wird er mit der Aussage zitiert:

„Nicht mehr die sture und starre Flächenprämie mit Einzelverträgen, viel Bürokratie und Vorschriften und der Geldzahlung am Schluss sei angesagt, sondern Vertrauensvorschuss und Eigenverantwortung.“

Deshalb stiftet er dem Landwirtschaftlichen Naturverein - Herr Haase hat es gerade schon erwähnt -, einer Neugründung der CDU-Bundestagsabgeordneten Gitta Connemann, mal eben 50 000 Euro für die Vereinskasse,

(Beifall bei den GRÜNEN)

ganz ohne Vertrag und ganz ohne Zielfestlegung. Und jetzt kommt es: Die Zielvorgabe des Vereins lautet nämlich lapidar: Viele Tiere. So kann man den Nutzungskonflikt zwischen Landwirtschaft und Naturschutz ganz einfach bearbeiten. Man gibt einem Verein von Landwirten Geld mit der Aussage: Ich vertraue euch, hier ist das Geld, nun macht was daraus. Das ist doch absurd!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ganz anders geht es den anerkannten Naturschutzverbänden. Die Zuschüsse für ihre Arbeit werden um fast ein Drittel auf 450 000 Euro gekürzt. Die Verbände machen anerkannte fachliche Arbeit und organisieren ehrenamtliche Arbeit. Der NABU kommt in seinen Berechnungen auf 240 000 ehrenamtliche Arbeitsstunden allein im Jahr 2003. Auch beim BUND wird ein hohes Maß an ehrenamtlicher Arbeit initiiert. Sie können den Stundenlohn ansetzen wie Sie wollen, das multipli-

zieren, und dann wissen Sie, was die Verbände an tatsächlicher Leistung erbringen.

Herr Minister, Sie setzen doch auf Bürgerengagement und Eigeninitiative. Warum setzen Sie gerade hier den Hobel an? - Auch die nun wirklich kleine Summe - Herr Dürr, wir haben das immer kritisiert und immer für eine Aufstockung plädiert - für die Arbeit von Agenda-21-Initiativen kommt bei Ihnen noch auf die Streichliste. Nur ein umfassender Proteststurm hat Sie davon abgebracht, auch noch die Axt an die Umweltlotterie zu legen und die Erlöse der Lotterie der Umweltstiftung einzuverleiben. Das alles ist nicht Unterstützung, sondern Verhinderung der ehrenamtlichen Arbeit im Umwelt- und Naturschutz.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Sander, wir hören immer von Ihnen, Sie wollten Politik mit den Menschen und für die Menschen machen. Dankenswerterweise haben Sie uns jetzt aufgeklärt, wie das zu verstehen ist. Im *Landvolk* vom November 2003 finde ich:

„Naturschutz und Umweltpolitik müsse eben mit den Menschen umgesetzt werden, die die Flächen gestaltet haben, und nicht mit denen, die mit der Karte vor dem Bauch durch die Gegend laufen.“

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Vermutlich meint Herr Sander diejenigen, die Fachdaten für Natur- und Artenschutz sammeln und auswerten. Wir wissen ja, dass in der FDP-Fraktion eine Biotophobie herrscht; Herr Rösler hat uns das gestern auch wieder bestätigt und sich in dieser Richtung geoutet. Aber dass Sie, Herr Minister, alle Leute, die Basisdaten sammeln, so diskreditieren, das ist höchst entlarvend.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Dazu passt auch Ihr schikanöser Betretenserlass.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Eines wird allerdings deutlich: Wenn es um Grundlagenarbeit geht, um fachliche Bewertungen und Schlussfolgerungen daraus, dann schlagen Sie zu, so wie beim NLÖ. Dessen Arbeit ist für Sie Theorie und eigentlich überflüssig - ein merkwürdiges Verständnis von Theorie, und ein merkwürdi-

ges Verständnis von der Arbeit des NLÖ. Ein Umweltminister will das Landesamt für Ökologie auflösen und damit 400 Stellen einsparen.

(Zuruf von der CDU: Gut so!)

Er tut das nicht, weil er ein besseres Konzept dafür hat, wie die Grundlagenarbeit im Umweltbereich besser organisiert werden kann, sondern weil ihm die gesamte Arbeit des NLÖ ein Dorn im Auge ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das lässt sich belegen. Auf die bei der Personalversammlung des NLÖ gestellte Frage, warum ein Verbund unabhängiger, allseits anerkannter Fachkompetenz zerschlagen werden sollte, antwortete der Minister, die wissenschaftlichen Daten des NLÖ seien im Nachhinein nicht mehr korrigierbar, und die von ihm vorgeschlagene Struktur sei viel kundenfreundlicher. Wir wissen jetzt, wie das zu verstehen ist. Das NLÖ ist ihm zu unabhängig. Es besteht die Gefahr, dass unbequeme Entwicklungen registriert und gar veröffentlicht werden - also ab mit den Restbestandteilen des NLÖ in den Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft und Küstenschutz. Dort gibt es ja schon reichlich Pläne, wie Geräte und Mitarbeiter des NLÖ für die Aufgaben des Niedersächsischen Landesbetriebes für Wasserwirtschaft und Küstenschutz verwertet werden können.

Ich sage Ihnen, was effizienter wäre für Natur- und Umweltschutz: Sie müssen das Landesamt für Ökologie und das Landesamt für Bodenforschung verschmelzen und daraus ein Landesumweltamt aufbauen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

So haben es alle anderen Bundesländer, die wegen ihrer effizienten Verwaltungsstruktur gerühmt werden, getan. Ich nenne nur einmal die beiden CDU- und CSU-regierten Länder Bayern und Baden-Württemberg.

Spätestens dann, wenn Niedersachsen EU-Vorgaben nur mangelhaft erfüllen kann, weil die fachlichen Instrumente in der Umweltpolitik fehlen, werden Sie merken, dass Sie hier ein teures Experiment veranstalten - zum einen, weil Sie den Anforderungen für Förderprogramme nicht mehr gerecht werden können und kein Geld mehr bekommen, und zum anderen, weil Sie Bußgelder wegen mangelnder Erfüllung von Richtlinien und Verein-

barungen zahlen müssen. Das sollten Sie gleich für den Haushalt 2005 oder 2006 einplanen, falls Sie dann noch Minister sind.

Während das Umweltministerium die Grundlagenarbeit für Natur- und Artenschutz ruiniert, leistet es sich für 500 000 Euro ein Bisambekämpfungsprogramm. Herr Möllring hat gestern erklärt: Bei den Kosten für die Bisambekämpfung seien keine Einsparungen möglich; denn es gebe bis zum Jahre 2005 vertragliche Verpflichtungen gegenüber der Landwirtschaftskammer. Das ist nicht überzeugend. Ich möchte Ihnen das erläutern: Niedersachsen ist das einzige Bundesland, das sich noch eine systematische staatliche Bisambekämpfung leistet. Ist in Niedersachsen der Bisambefall besonders hoch und gravierend?

(Zurufe von der CDU: Ja!)

Wir wissen es nicht.

(Clemens Große Macke [CDU]: Das kann ich mir vorstellen, dass Sie das nicht wissen!)

Eine Antwort auf die Frage kann aber auch die Landwirtschaftskammer nicht geben. Laut Jahresbericht der LWK Weser-Ems wurden in 2002 ca. 2 000 Bisame gefangen; zumindest wurde für 200 000 tote Tiere eine Fangprämie gezahlt. Etwas Genaueres weiß man nicht. Einen Rückschluss auf die tatsächliche Größe der Bisampopulation lässt diese Zahl nicht zu. Das sagt die Kammer selbst. Es lässt sich auch nicht nachweisen, dass die Schäden durch Bisame tatsächlich abnehmen, wenn möglichst viele der Tiere gefangen werden. Es fehlt jegliche Erfolgskontrolle darüber, ob die knappen Landesmittel an dieser Stelle überhaupt sinnvoll eingesetzt werden. Wir meinen, sie werden vergeudet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sicher ist nur: Die Landwirtschaftskammer finanziert aus diesen Gelder zwei Stellen. Oberster Bisambekämpfer der Kammer ist ein leibhaftiger Professor. Herr Möllring, wenn Sie wollten, dann könnten Sie. Verträge kann man auflösen oder kündigen, wenn das Ziel der vertraglichen Regelung nicht erreicht wird. Aber Sie wollen den Kammern und auch den Deichverbänden nicht weh tun. Das ist der Grund.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, die Zeit rennt.

Neben allem anderen möchte ich Herrn Minister Sander auch sagen: Mit Ihrem Haushaltsplan lassen Sie das Parlament darüber im Unklaren, mit welchen Radikaleinschnitten Sie die globale Minderausgabe von 3,6 Millionen Euro erwirtschaften wollen. Nach Ihren Äußerungen über die Zukunft des staatlichen Naturschutzes haben wir schlimmste Befürchtungen, woher Sie das Geld nehmen wollen. Vielleicht stehen ja die Naturschutzstationen zur Disposition.

Sie wollen doch Umwelt- und Naturschutz mit den Menschen machen. Wenn Sie Ihre Politik so weiterführen, bleiben Ihnen am Ende die Menschen, aber Umwelt- und Naturschutz sind ruiniert. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Das Wort hat jetzt Frau Kollegin Zachow.

Anneliese Zachow (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Erstes möchte ich feststellen: Die beiden Oppositionsfraktionen haben ein neues Feindbild, nämlich den Umweltminister. Nun will ich hier den Umweltminister nicht verteidigen. Das macht er gleich selbst; das macht er sicherlich hervorragend.

Herr Haase, Ihre Rede soll objektiv gewesen sein? - Na ja. Wenn Sie meinen, dass ich mehr Standhaftigkeit gegenüber dem Juniorpartner beweisen sollte, will ich Ihnen sagen: Zum einen arbeiten wir partnerschaftlich zusammen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zum anderen kennen wir uns noch nicht sehr lange. Meine Steherqualitäten können Sie aber irgendwann noch kennen lernen. Das verspreche ich Ihnen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wundere mich auch über diese Reden; denn im Ausschuss verlief das alles völlig anders. Wir hatten im Ausschuss Kritik an Kürzungen erwartet. Wir hatten gedacht, dass im Ausschuss auch an den einzelnen Positionen Kritik geübt werden würde. Von Bingo haben Sie im Ausschuss erst einmal

gar nichts gesagt. Vielleicht hat es Ihnen im ersten Durchgang die Sprache verschlagen.

Dann wurde gelobt - das ist im Protokoll alles nachzulesen -, dass das FÖJ gesichert wurde, dass der Vertragsnaturschutz bestehen bleibt und der Erschwernisausgleich weiterhin bedient wird.

(Clemens Große Macke [CDU]: Zu Recht!)

Wir waren uns im Ausschuss alle einig, dass es gut ist, dass der Küsten- und Hochwasserschutz nicht nur konstant bleibt, sondern dass er eine leichte Erhöhung erfahren hat. Dann höre ich heute diese Rede und bin doch etwas erstaunt.

(Christian Dürr [FDP]: Herr Haase, da schauen Sie! - Dr. Philipp Rösler [FDP]: Herr Haase, stimmt das?)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns jetzt aber in Ruhe noch einen Blick auf den Haushalt werfen.

(Zuruf von Brigitte Somfleth [SPD])

- Frau Somfleth, darauf können wir jetzt auch eingehen, wenn Sie das wollen.

Wir halten erst einmal fest, dass in diesem Jahr bei Bingo 1,7 Millionen Euro auf das nächste Jahr übertragen werden. Das heißt, dass uns das im nächsten Jahr noch nicht drücken wird. Wie es dann im nächsten Jahr sein wird, werden wir sehen. Aber für das Jahr 2004 brauchen Sie sich noch keine Sorgen zu machen. - So viel zu Bingo.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dann möchte ich Ihnen noch eines sagen: Wir haben Mittelkürzungen dadurch, dass wir bei der Abwasserabgabe 5 Millionen Euro weniger einnehmen. Das ist umweltpolitisch äußerst positiv zu bewerten. Die einzelnen Gemeinden werden natürlich traurig sein, dass sie keine Zuschüsse mehr für ihre Abwasseranlagen bekommen. Aber wenn ein positiver Lenkungseffekt da ist, ist das eine gute Sache. Zum Kernkraftwerk hatte mein Kollege Dürr schon einiges gesagt.

Ich sehe noch ein weiteres Problem. Man soll auch über Kürzungen sprechen. Das wurde von Ihnen auch nicht angeschnitten. Im Gegenteil: In einem Änderungsantrag wird es ja noch schlimmer gemacht. Wir haben auch Kürzungen bei den § 104-Verbänden. Diese Kürzungen sind aber absolut im

erträglichen Rahmen. Davon bin ich fest überzeugt.

Wir müssen aber für die nächsten Jahre überlegen, wie wir überhaupt unsere Verbandsstruktur in diesem Bereich organisieren. Das muss zusammen mit dem Wasserverbandstag gemacht werden. Wo geht die Reise hin? - Das müssen wir im Zusammenhang mit den Wasserrahmenrichtlinien sehen. Wir müssen die Einheiten sicherlich größer fassen. Ob das in Kooperationsmodellen läuft oder ob das echte Zusammenschlüsse sind, um dort noch mehr Effizienz zu erreichen, muss man sehen. Diese Effizienz ist in dem Bereich erreichbar. Ich meine, das ist ein wichtiges Aufgabengebiet, das uns natürlich auch im nächsten Jahr bei den Haushaltsberatungen beschäftigen wird.

Meine Damen und Herren, die Kürzungen bei den institutionellen Förderungen der Naturschutzverbände stoßen auf wenig Begeisterung. Das kann ich auch nachvollziehen. Wenn aber überall gespart werden muss, müssen auch die Verbände einen Anteil dazu leisten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

In der Form - das möchte ich noch einmal ganz klar sagen -, wie Niedersachsen fördert, fördert kein einziges anderes Land in der Bundesrepublik.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben außer diesen vier Verbänden, die gefördert werden, noch neun weitere anerkannte Verbände. Seit Jahren beklagen sich diese neun Verbände - - -

(Zuruf von Brigitte Somfleth [SPD])

- Nein, Frau Somfleth, wenn die geklagt hätten. Bleiben wir hier einmal bei den Tatsachen. Die haben doch damals bei Frau Griefahn erwogen, gegen diese Sache zu klagen. Sie haben nicht geklagt, weil es niemandem genutzt hätte, und nicht, weil sie keine Erfolgsaussichten gehabt hätten. Dann wäre das Geld ganz weg gewesen.

Meine Damen und Herren, die kleinen Verbände beklagen sich seit Jahren bei uns, dass Sie ohne jegliche Förderung dieser Art sind. Ich habe Verständnis für diese Klagen. Aber darüber müssen wir dann noch einmal in Ruhe miteinander reden.

Wichtig ist für uns, dass wir Schwerpunkte setzen. Das gilt für den Vertragsnaturschutz und auch für den Klimabereich. Der scheint hier mittlerweile völ-

lig unwichtig geworden zu sein. Wenn ich an die Brennstoffzellen, an die Förderung der Forschung bei der Solarenergie und an die Landesinitiative zur Energieeinsparung denke, muss ich eines feststellen: Trotz angespannter Haushaltslage ist es eindeutig so, dass hier noch Schwerpunkte gesetzt werden und diese Bereiche noch eine deutliche Handschrift tragen. Ich kann mich nur ganz herzlich bei dem Haus bedanken, das unter den erschwerten Bedingungen diesen Haushalt so gut austariert hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich möchte aber auch noch eines hinzufügen: Diese Bisams sitzen ja wohl in den Köpfen richtig fest. Über die Zählung könnte man sich auch einigen. Ich will das aber nicht näher ausführen. Wer die Bisambekämpfung vernachlässigt, den wird das teuer zu stehen kommen. Denn natürlich gibt es in Baden-Württemberg nicht so viele Deiche wie in Niedersachsen. Wir wissen, dass große Schäden an den Deichen angerichtet werden.

Also, wir müssen das effektiv machen. Vielleicht ist da ja noch ein bisschen Reserve vorhanden. Wenn Reserve da ist, dann müssen wir daran, das ist gar keine Frage. Aber wer dort spart, der spart nach dem Motto: koste es, was es wolle.

Das, meine Damen, meine Herren, macht wenig Sinn. Lassen Sie uns mit den knapper werdenden Ressourcen vernünftig umgehen. Mit diesem Haushalt geschieht das. Ich glaube, wir werden in Niedersachsen nach wie vor eine gute Umwelt- und Naturschutzpolitik machen können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Minister Sander, Sie haben das Wort. Bitte schön!

Hans-Heinrich Sander, Umweltminister:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei den Beratungen des Einzelplans 15 in den Ausschüssen habe ich klar und deutlich gesagt, Herr Kollege Haase und Frau Kollegin Steiner, dass sich erfolgreiche niedersächsische Umweltpolitik seit dem 4. März an zwei Maßstäben messen lassen wird:

Erstens. Fachlich sind die Projekte und Vorhaben kontinuierlich fortzusetzen. Das werden wir auch organisieren.

Zweitens. - Das ist ein ganz wesentlicher Punkt, den Sie auch anerkennend zum Ausdruck gebracht haben, wobei ich bei Ihnen aber immer vorsichtig sein muss; denn wenn Sie mich loben, muss ich irgendetwas falsch gemacht haben. - Wir werden nur die zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, die aber effizient. Ich bin bestrebt, gemeinsam mit meinen Mitarbeitern - ich finde es toll, wie sie mich tragen - diese Vorgaben, die Sie durch Ihr finanzpolitisches Handeln in der Vergangenheit herbeigeführt haben, korrekt umsetzen. Auch der Umweltschutz und die Umweltpolitik müssen dazu ihren Beitrag leisten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, weder die Diskussionen in den Ausschüssen noch Ihre insgesamt vier Änderungsanträge zeigen eine wirklich ernsthafte Alternativen zur gegenwärtigen Regierungspolitik auf.

Die Grünen fordern eine Erhöhung der Verbände-förderung um 166 000 Euro. Das wundert mich schon sehr. Kein anderes Bundesland - Frau Steiner, nehmen Sie das doch einmal zur Kenntnis -, nur Niedersachsen hat eine institutionelle Förderung der Umweltverbände auf diesem Niveau.

(Zuruf von Dorothea Steiner [GRÜ-NE])

Es gibt für diese Förderung auch keine gesetzliche Garantie. - Bei dieser Gelegenheit will ich darauf hinweisen, dass für uns nicht die institutionelle Förderung oben an der Spitze das Wichtigste ist, sondern die Projektförderung unten im Land, bei den Menschen und in den Umweltverbänden vor Ort.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von David McAllister [CDU]: Das musste mal gesagt werden!)

Frau Steiner, dadurch erreichen wir - Sie werden das erleben -, dass Besitzstände, die es an der einen oder anderen Stelle vielleicht geben könnte, vermieden werden. Wir werden einen Wettbewerbscharakter entstehen lassen und eine flexible Förderung ermöglichen.

Meine Damen und Herren, Sie haben darauf hingewiesen: Ein wesentlicher Teil meiner Politik ist die Modernisierung der Umweltverwaltung.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: So nennt man das jetzt? Umweltverwaltung? - Zuruf von Brigitte Somfleth [SPD])

- Frau Somfleth, ich werde Ihnen gleich Ihren Antrag vorlesen, mit dem Sie mir bei der Organisation der Abschaffung des NLÖ sehr behilflich sind.

Wir streben eine Umweltverwaltung an, die konsequent zweistufig aufgebaut ist. Den Vorschlag des SPD-Antrags, den Mittelansatzes beim NLÖ in Höhe von 0,5 Millionen Euro zu kürzen, nehme ich gerne auf. Das wird eine der Möglichkeiten sein, um die 3,6 Millionen Euro globale Minderausgabe zu erwirtschaften. Jedenfalls, Herr Kollege Haase, fasse ich Ihren Vorschlag, diese Mittelkürzung herbeizuführen, als eine Bestätigung meiner Überlegungen zum NLÖ auf.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Zerschlagungspolitik!)

Lassen Sie mich dabei ganz klar und deutlich sagen: Die Vorgabe ist, in diesem Bereich 400 Stellen abzubauen. Das werden wir auch erreichen, und zwar zusammen mit den Mitarbeitern.

Frau Steiner, Sie waren ja nicht auf der Personalversammlung. Wir haben, als die Entscheidung am 18. November gefallen ist, sofort die Spitze des Hauses und den Personalrat informiert. Wir haben auch sofort eine Personalversammlung vereinbart und das dann gemeinsam mit den Mitarbeitern, mit den Fachleuten des Hauses erörtert. Mehr war zeitlich nicht drin. Ich glaube im Übrigen, dass wir hier die Zustimmung sehr vieler Mitarbeiter haben, weil sie einfach wissen, dass es zu dieser schlanken Umweltverwaltung keine Alternative geben wird.

Meine Damen und Herren, wir steuern auch im Naturschutz um. Schließlich haben uns die Wähler am 2. Februar doch nicht gewählt, damit wir Ihre verfehlte Politik in den nächsten fünf Jahren fortsetzen. Nehmen Sie das einfach einmal zur Kenntnis!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie erzählen ja immer das Märchen, im Naturschutz würde übermäßig gekürzt. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass die Mittelausstattung in

dem Bereich gegenüber dem letzten Jahr mit 28 Millionen Euro fast konstant ist.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch Folgendes sagen, weil Sie diesen Bereich gar nicht angesprochen haben. Für uns ist Umweltpolitik auch ein Teil der Wirtschaftspolitik. Es darf in diesem Land nicht dazu kommen, dass Arbeitsplätze mit übermäßigen Strangulierungen und Regulierungen vernichtet werden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich als Umweltminister wäre heute gerne mit den Betriebsräten von Rexam nach Berlin gefahren und hätte dort protestiert. Ich finde es unerhört, was ein Staatssekretär im Bundesumweltministerium gesagt hat. Mir liegt eine Abschrift der eidesstattlichen Erklärung vor:

„Die Erschienenen ersuchen mich um die Beurkundung einer eidesstattlichen Versicherung und erklären, dass Herr Staatssekretär Baake am 26. September 2003 während eines Gespräches mit den Betriebsräten der Dosen-, Glas- und abfüllenden Industrie Folgendes erklärt hat: Auf die sinngemäße Feststellung eines Betriebsrates, dass die Einwegindustrie ‚den Bach runter ginge‘ und mit ihr Arbeitsplätze vernichtet werden, sagte Herr Baake: Ja, meine Herren, dieses ist politisch auch so gewollt.“

- Das, meine Damen und Herren, ist ein Skandal! Das sind niedersächsische Arbeitsplätze.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der CDU: Pfui! - Weiterer Zuruf von der CDU: So sind sie!)

Genauso doppelzünftig ist Ihre Politik in Bezug auf Stade. Sie feiern, das Stade abgeschaltet wird, sagen aber nicht, dass uns dadurch 8 Millionen Euro an Wasserentnahmegebühr entgehen.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Sie zitieren doch nicht aus dem Zusammenhang heraus, Herr Minister! Das ist Blödsinn!)

Noch schlimmer ist es, dass Sie dazu auch noch eine Anzeigenkampagne gestartet haben. Diese Kampagne hat 191 000 Euro gekostet. Das ist mehr als der Öffentlichkeitsetat des Niedersächsischen Umweltministeriums. - Meine Damen und

Herren, dafür hätten Sie besser drei Arbeitsplätze in Niedersachsen schaffen können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Das nächste Mal bewerben Sie sich als Wirtschaftsminister, Herr Minister, dann können Sie sich einmal richtig ausleben!)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege Wenzel, schön ruhig bleiben!

Hans-Heinrich Sander, Umweltminister:

Meine Damen und Herren, nach alledem, was Sie hier ausgesagt haben, kann ich nur feststellen, dass Sie weder eine Alternative zu der Politik der Landesregierung im Umweltbereich aufgezeigt haben noch dass Sie Vorschläge erkennen lassen, wo wir umsteuern müssen. Im Unterschied zu Ihnen sagen wir in der Öffentlichkeit nämlich genau das Gleiche wie im Parlament. Das werden wir auch beibehalten.

(Starker Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Das Wort hat die Kollegin Stief-Kreihe.

Karin Stief-Kreihe (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In die Aussprache zu den Einzelplänen 09 und 10 beziehe ich den Antrag „Existenzgefährdende Kürzungen in der Landwirtschaft durch die rot-grüne Bundesregierung verhindern“ der Fraktionen von CDU und FDP ein. Dieser Antrag war der Versuch, von dem, was sie selbst zu verantworten haben - nämlich dem vorliegenden Haushaltsentwurf -, abzulenken.

Der Haushalt des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft - das habe ich bereits bei der Einbringung gesagt - soll um ca. 7,4 % gekürzt werden, der Landeshaushalt in den Einzelplänen 09 und 10 um ganze 10 %. Wenn man das reine Zahlenwerk nimmt, liegen Ihre Kürzungen sogar bei fast 15 %. Daran ändern auch Ihre über den Änderungsantrag eingebrachten kleinen Schönheitsreparaturen nicht sehr viel.

Kurz zu Ihrem Antrag gegen den Haushalt auf Bundesebene. Sie wissen, dass der Haushalt des BMVEL zu ca. 75 % aus Zuschüssen für den sozialen Bereich besteht. Aus diesem Grunde kommen Sie bei Einsparungen auf Bundesebene gar nicht an diesem Bereich vorbei - anders als beim Landeshaushalt, der für soziale Leistungen nicht zuständig ist. Wir sind froh, dass die Einsparung bei den landwirtschaftlichen Krankenkassen abgemildert werden konnte. Hinsichtlich Ihrer Forderung zur Umsatzsteuerpauschale haben Sie Ihren Antrag sicherlich nicht Herrn Koch vorgelegt. Bevor Sie also hier im Niedersächsischen Landtag Anträge zum Bundeshaushalt stellen, sollten Sie sich mit Ihren Abgeordneten im Bundestag zusammensetzen und vielleicht erst einmal gemeinsame Absprachen treffen.

Schädlich für unseren Landeshaushalt, für unseren ländlichen Raum ist allerdings der Antrag der CDU-Bundestagsfraktion auf Senkung der Mittel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung des Küstenschutzes und der Agrarstruktur“ um ca. 100 Millionen Euro. Die Kürzung dieser Mittel trafe uns direkt. Von daher begrüßen wir es sehr, dass die SPD dieses Spiel nicht mitgemacht hat. Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, hatten allerdings bis zum Schluss gehofft, dass es zu einer weiteren Reduzierung der GA-Mittel kommen würde, damit Sie für Ihre Einsparung auf Landesebene den schwarzen Peter nach Berlin schieben könnten.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: So ein Quatsch!)

Jetzt leisten Sie mit diesem Landeshaushalt den Offenbarungseid. Ihre seit Jahren bestehenden Forderungen - Herr Oetjen, da waren Sie leider noch nicht dabei - auf Kofinanzierung aller Bundes- und Europamittel können Sie selbst nicht mehr einhalten. Aber auch hier handeln Sie getreu Ihrem Vorsatz: Was stört mich mein Geschwätz von gestern? - Oder gilt hier vielleicht eher ein anderer Spruch von Konrad Adenauer: Lüge nie, denn du kannst ja doch nicht behalten, was du alles gesagt hast? - Die Realität hat Sie eingeholt.

Entgegen seinen Äußerungen in der letzten Legislaturperiode scheint Finanzminister Möllring jetzt Weltmeister in der Bildung von Haushaltspositionen wie der globalen Minderausgabe zu werden.

(Zuruf von der CDU: Ha, ha!)

Die globalen Minderausgaben in den Einzelplänen 09 und 10 belaufen sich auf fast 5 Millionen Euro. Wie sie erbracht werden sollen, wird im Laufe des Jahres festgelegt, heißt es lapidar in einer Aufstellung der Kürzungsvorschläge aus dem Ministerium.

(Bernd Althusmann [CDU]: In Ihrem Änderungsantrag stehen 10 Millionen Euro!)

Wie sieht es aber nun in einigen exemplarisch ausgewählten Punkten im Haushalt des Ministeriums für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz aus?

„Nachwachsende Rohstoffe und Bioenergie bieten gute Chancen für die Land- und Forstwirtschaft, die wir wahrnehmen wollen und müssen“, erklärte Herr Minister Ehlen.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Da hat er auch Recht!)

Recht hat er, doch den Worten folgen keine Taten. Die Zuschüsse werden um 40 % gekürzt.

(Uwe Bartels [SPD]: Hört, hört!)

„Verarbeitung und Vermarktung ökologisch oder regional - die Vermarktungsstrukturen sollen verbessert werden“, sagt Herr Ehlen. Aber was macht er? - Er kürzt den Ansatz um 80 %.

„Verbraucherschutz hat für das Ministerium einen besonderen Stellenwert“, sagt Herr Ehlen.

(Friedrich Kethorn [CDU]: Das ist auch so!)

Der Verbraucherschutz hört aber nicht beim LAVES auf, Herr Kethorn. Dazu gehört auch die Arbeit der Verbraucherzentrale, ressortübergreifend. Resultat bis 2007: Kürzung um 1 Million Euro und Schließung von Beratungsstellen in der Fläche.

Tierseuchenbekämpfung, Tierseuchenkasse:

(Friedrich Kethorn [CDU]: Da kürzen Sie um 1 Million Euro!)

Die bisherige Aufteilung - SRM-Tiere jeweils zu 50 % Tierseuchenkasse und Land, sonstige Tierkadaver zwei Drittel Landkreis und ein Drittel Tierseuchenkasse - wird ab 1. Januar 2004 nicht mehr möglich sein.

(Minister Hartmut Möllring: Sie haben doch selbst Kürzungen beantragt!)

- Ich komme noch dazu, Herr Möllring. Immer sachte!

Zwingend vorgeschrieben durch die EU ist eine Belastung der Tierhalter mit 25 % der Kosten. Damit, Herr Möllring, wäre auch eine Reduzierung des Haushaltsansatzes möglich. „Diese Regelung lehne ich ab“, sagt Herr Ehlen. Die Konsequenz dieser Haltung: Kürzung der Zuschüsse für die Tierseuchenkasse um 20 % durch CDU und FDP und Kostenerhöhung für die Landkreise. Das Ganze nennt man dann Konnexitätsprinzip. Ich habe immer den Eindruck, dass die Fraktionen von CDU und FDP eine etwas falsche Vorstellung von dem Wort Konnexität haben.

(Zuruf von der CDU: Das haben wir unter Ihnen auch noch nicht gelernt!)

Beratungsleistungen: Keine vernünftige Übergangsregelung bis zum Inkrafttreten der EU-Agrarreform. Beratung ist aber auch gerade im Hinblick auf Umstellung und Entwicklung zukunftsfähiger landwirtschaftlicher Betriebe von großer Bedeutung. Es drohen - das wurde uns von der Landberatung deutlich gemacht - Strukturen wegzubrechen.

Zur Fischereiverwaltung: Der Fischereistandort Cuxhaven spielte bei der Vorstellung des Haushalts keine Rolle. Vielleicht gilt aber auch hier nur der Spruch von Herrn Ehlen: „Gott hilft dem guten Seemann stets, doch steuern muss er selbst“. Kostenreduzierung: 75 %. - Aus Gesprächen vor Ort wird deutlich: Die Menschen in Cuxhaven fühlen sich von dieser Landesregierung verraten. Die Existenz der niedersächsischen Fischerei ist gefährdet.

(Beifall bei der SPD)

Zur Forstverwaltung: Der Holzverkauf, die schwarze Null und die Umstrukturierung der Forstverwaltung bestimmen die Diskussion. Die Multifunktionalität des Waldes auch im Hinblick auf den Umweltschutz wird vernachlässigt.

Das sind nur einige markante Punkte, die deutlich machen, welche Bereiche für diese Landesregierung nur noch wenig Bedeutung haben.

Durch den ganzen Haushalt zieht sich aber, und zwar ressortübergreifend, ein eklatanter Wahlbetrug - Herr Kethorn, Sie haben eben darauf hinge-

wiesen -: die angebliche Stärkung des ländlichen Raumes. Es wird immer wieder beteuert, dass das eine ressortübergreifende Aufgabe sei und dass die Leitung dieser Querschnittsaufgabe im Ministerium für den ländlichen Raum liegt.

„Durch die Kofinanzierung der Gemeinschaftsaufgabe fließt wichtiges Geld in den ländlichen Raum, welches zur Belebung der Wirtschaft, zur Stärkung der Landwirtschaft und zur Sicherung von Arbeitsplätzen führt“, sagt Herr Ehlen. Genau diese Chance nutzen Sie entgegen Ihren Reden aber nicht im gesamten Umfang der Möglichkeiten aus. Auch die kleine Nachregulierung der Fraktionen von CDU und FDP kann nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass die Reduzierung der Kofinanzierungsmittel dazu führt, dass Flurbereinigung, PROLAND und hier insbesondere die Dorferneuerung, die Entwicklung typischer Landschaften und Räume sowie die agrarstrukturelle Entwicklungsplanung nicht in vollem Umfang ausgeschöpft werden können, was zulasten der ländlichen Räume geht, die mit diesem Geld gerade für die zukünftigen Herausforderungen fit gemacht werden sollen. Damit wird ein wichtiges Konjunkturprogramm für den ländlichen Raum geschwächt.

(Zuruf von der SPD: Das Handwerk auch!)

Der Gesamthaushalt der Landesregierung bedeutet nicht eine Stärkung, sondern eine Schwächung des ländlichen Raums.

(Beifall bei der SPD)

Viele Kürzungen in allen Einzelplänen gehen eindeutig zulasten des ländlichen Raums. Im Koalitionspapier der CDU/FDP heißt es: „Die Koalition sieht eine wesentliche Aufgabe darin, die Strukturpolitik für den ländlichen Raum auszuweiten.“ Die Realität sieht anders aus. Kürzung in der Erwachsenenbildung, Kürzung in der Verbraucherberatung, Kürzung der Konversionsmittel, Kürzung beim Straßen- und Radwegebau, Kürzung beim Hochwasserschutz im Binnenland, Schließung von Krankenhäusern, Reduzierung von Betten, Ablehnung unseres Antrags auf Beibehaltung der Schülerbeförderung, Kürzung der Zuschüsse für Bus und Bahn, Schließung von Fachhochschulstandorten in der Fläche und, und, und. Letztendlich steht mit der geplanten Verwaltungsreform so manche Behörde, so mancher Arbeitsplatz in der Fläche auf dem Spiel. Mit der Agrarverwaltungsreform ist auch noch geplant, einige Steuerungs-

funktionen für den ländlichen Raum, z. B. Flurbereinigung und Dorferneuerung, aus der Hand zu geben.

Meine Damen und Herren, bei aller Notwendigkeit einer sparsamen Haushaltsführung und Kostenreduzierung: Die Schwerpunktsetzungen der Kürzungen im vorliegenden Haushaltsentwurf im Einzelplan 09 richten sich gegen den ländlichen Raum, sie hemmen die Konjunktur und gefährden vorhandene Strukturen und Arbeitsplätze. Ich kann die Auswirkungen mit einem Zitat aus der heutigen *Braunschweiger Zeitung* zusammenfassen: „Es drohen Dauerschäden.“

(Beifall bei der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege Biestmann, Sie haben das Wort. Bitte schön!

Friedhelm Biestmann (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Stief-Kreihe, auch Sie scheinen in den letzten Jahren politisch abgetaucht zu sein.

(Widerspruch bei der SPD)

Das, was wir hier zuzeiten der Regierungsverantwortung der SPD seit 13 Jahren diskutiert und politisch beschlossen haben, scheint Ihnen völlig entgangen zu sein. Die Situation, die wir zurzeit politisch beklagen, ist weitgehend Ergebnis Ihrer politischen Arbeit.

Meine Damen und Herren, die neue Landesregierung hat sich vorgenommen, mit einer durchgreifenden und nachhaltigen Haushaltssanierung neue Spielräume für künftiges politisches Handeln zu schaffen. Frau Stief-Kreihe, Sie haben vergessen, dass wir heute dank Ihrer Politik eine Haushaltssituation vorfinden, die vieles von dem, was wir in den letzten Jahren gefordert haben, einfach nicht mehr finanzieren lässt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zu diesem nachvollziehbaren Sanierungskonzept der Landesregierung gibt es sowohl vom Umfang als auch vom zeitlichen Ablauf keine Alternative. Folgerichtig wurden auch die Einzeletats 09 - Landwirtschaft - und 10 - Forstwirtschaft - zur Ader gelassen und müssen wie andere Bereiche auch ihren Konsolidierungsbeitrag leisten.

Wenn man sich die gegenwärtige Einkommenssituation der Landwirtschaft vor Augen führt, wird deutlich, wie schwierig gerade in diesem Bereich Mittelkürzungen sind. Wir können nicht nachvollziehen, wieso der SPD-Fraktionsvorsitzende Sigmar Gabriel gestern in seiner Haushaltsrede weitere Einsparungen im Agrarbereich forderte und als Beleg die von der CDU abgelehnte Heraufsetzung der Umsatzsteuer in der Landwirtschaft, im Gartenbau und im Forst anführte.

(Ilse Hansen [CDU]: Hört, hört!)

Frau Stief-Kreihe, möglicherweise ist Ihnen das gestern alles entgangen. Die gegenwärtige finanzielle Situation der Landwirte ist alles andere als rosig.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: So ist es!)

Neueste Betriebsabschlüsse sagen aus, dass das Durchschnittseinkommen der Bauern in Niedersachsen im soeben ablaufenden Wirtschaftsjahr um 38 % gesunken ist. Die Hälfte der gut 30 000 Haupterwerbsbetriebe hat nur einen Gewinn von, man höre und staune, 469 Euro. Die meisten Betriebe leben von der Substanz, immer mehr Bauern haben Liquiditätsprobleme. Besonders betroffen sind die Veredelungsbetriebe. In dieser schwierigen Einkommenssituation muss die Politik genau hinschauen, wie und wo sie im Agrarbereich Kürzungen vornimmt. Das ist verantwortbare Politik.

Die Landesregierung hat sich in bemerkenswerter Weise bemüht, im Gegensatz zu Agrarbereichskürzungen der rot-grünen Bundesregierung vorrangig dort Mittel einzusparen, wo es sich um indirekte Einkommensfaktoren für die Landwirte handelt. Ich meine in diesem Zusammenhang die Reduzierung der Mittel in den EU-Agrarstrukturfonds, der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur, aber auch die Anpassung der Seuchenreserve in der Tierseuchenbekämpfung.

(Uwe Bartels [SPD]: Dazu habt ihr doch immer fleißig jedes Jahr Anträge gestellt!)

Insgesamt, Herr Bartels, werden im Einzelplan 09 28,7 Millionen Euro eingespart, bei noch verbleibenden 407,7 Millionen Euro im gesamten Agrarbereich.

Vor dem Hintergrund dieser außerordentlichen Notwendigkeiten der Haushaltssanierung ist ein

Aussetzen der Dorferneuerung für 2004 vertretbar, nachdem noch in 2003 47 neue Dörfer aufgenommen worden sind. Das Dorferneuerungsprogramm wird aber fortgesetzt, die Umsetzung wird zeitlich gestreckt. Auch das Flurbereinigungsprogramm wird fortgesetzt. Ich habe Ihnen die Haushaltsnotwendigkeiten erläutert. Das Flurbereinigungsprogramm wird fortgesetzt, wenngleich die Gegenfinanzierung der EU-Mittel auf Folgejahre gestreckt wird.

Sie stellen andauernd Anträge zur Frage der Mischfinanzierung. Ihr Fraktionsvorsitzender bemüht sich in jeder zweiten Rede, darauf hinzuweisen, dass wir endlich die Frage der Mischfinanzierung anders politisch angehen müssen. Das, was Sie hier vorgelegt haben, hat mit Ihren Anträgen aber nicht viel zu tun.

Die Beratungsförderung ist in den letzten Jahren stetig zurückgefahren worden und steht auch in diesem Haushalt auf der Kürzungsliste. Wir halten dies für grundsätzlich problematisch, nicht nur aus Gründen des anhaltenden Strukturwandels, der mit fachlicher Beratung begleitet werden muss, sondern auch aus Gründen künftiger Anforderungen im Rahmen der EU-Agrarreform und der Vorbereitung auf die so genannte Cross-Compliance-Regelung. CDU und FDP haben sich in Gesprächen mit dem ML erfolgreich dafür verwenden können, dass zur Einführung einzelbetrieblicher Managementsysteme zusätzlich GA-Mittel gegenfinanziert werden, die die Beratungsringe in ihrer Struktur erhalten.

Meine Damen und Herren, wir bedauern, dass es Haushaltseinschnitte und Haushaltsumfang bisher nicht erlaubten, weitere Mittel für die Tierkörperbeseitigung zur Verfügung zu stellen. Vor dem Hintergrund neuer EU-Vorgaben zur Mitfinanzierung der Landwirte wird uns dieses Thema noch beschäftigen. Mittelfristig wird es hier zu einvernehmlichen Regelungen zwischen Landwirten, Tierseuchenkasse, Landkreisen als Aufgabenträger und dem Land kommen müssen.

Nicht unerwähnt bleiben soll, dass es CDU und FDP in einem haushaltspolitischen Kraftakt geschafft haben, entgegen ursprünglicher Kürzungsansätze bei den Agrarstrukturfonds 2 Millionen Euro zusätzlich zu erhalten. Wir wünschen uns diese Mittel vornehmlich für die Agrarinvestitionsförderung - die Agrarinvestitionsförderungsaktivitäten der Landwirtschaft tendieren gegenwärtig gegen

null -, aber auch für weitere Ansätze in der Dorferneuerung.

Meine Damen und Herren, wir sind froh, dass dieser Agrarhaushalt weitere Schwerpunkte unserer Politik erkennen lässt. So hat die Landesregierung es vermieden, trotz schwieriger Haushaltslage größere Kürzungen im Bereich ökologischer Landwirtschaft und ökologischer Beratung vorzunehmen. Wir halten es für richtig, die nachfrageorientierten Entwicklungen in diesem Bereich zu fördern.

Froh sind wir darüber, dass es der Landesregierung gelungen ist, an der Finanzierung der Landesgartenschau 2006 in Winsen/Luhe festzuhalten mit einem zusätzlichen Ansatz von 1 Million Euro.

(Uwe Harden [SPD]: Da habt ihr nur 1 Million Euro gespart!)

Ich habe eigentlich gehofft, dass die Abgeordneten aus diesem Bereich jetzt Beifall klatschen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Die hervorragend verlaufene Landesgartenschau in Bad Zwischenahn hat gezeigt, dass Strukturentwicklung und wirtschaftliche Bedeutung des Gartenbaus für Niedersachsen herausragende Bedeutung behalten und die Identität der Regionen stärken. Die Bundesregierung hat mit ihren energiepolitischen Beschlüssen und ihren Aktivitäten in Sachen Umsatzsteueranpassung diese Branche offenbar aufgegeben.

Meine Damen und Herren, wenn man die jüngsten Einsparvorschläge der SPD-Landtagsfraktion zu Rate zieht - Frau Stief-Kreihe ist sie ganz elegant umgangen -, wird man erkennen, dass die SPD sowohl bei der Finanzierung der Landwirtschaftskammer als auch im Bereich der Tierseuchenkasse und der Agrarstrukturfonds weitere 5 Millionen Euro kürzen will, um sie woanders wieder auszugeben.

(Beifall bei der CDU - Friedrich Kethorn [CDU]: Das hat sie eben aber nicht gesagt! Unerhört!)

Dieses lehnen wir ab. Wie Frau Stief-Kreihe uns nun auffordern kann, weitere Mittel zur Verfügung zu stellen, während gleichzeitig die SPD in einem Antrag die Kürzung dieser Ansätze fordert, ist mir allerdings schleierhaft.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mit dem beschlossenen Haushaltsbegleitgesetz 2004 mutet die rot-grüne Bundesregierung der Landwirtschaft einiges zu. Sie macht deutlich, dass sie die Landwirtschaft abgeschrieben hat. Wer in dieser Zeit, in der unsere Landwirte in einem immer härter werdenden Wettbewerb EU-weit zu bestehen haben

(Uwe Bartels [SPD]: Da wird gekürzt auf Deubel komm raus!)

- Herr Bartels, dazu haben Sie nicht immer ausreichend einen Beitrag geliefert -, den Steuersatz für Agrardiesel von 25,5 auf 47 Cent nahezu verdoppeln will, die Beschränkung der Pauschalbesteuerung bei der Umsatzbesteuerung und die Anhebung der Vorsteuerpauschale von 7 auf 16 % initiiert sowie die Bundeszuschüsse zur landwirtschaftlichen Krankenkasse um 218 Millionen Euro senkt, der greift direkt und unmittelbar in das Existenzminimum landwirtschaftlicher Betriebe ein. Wer dazu noch, wie die Bundesregierung es wiederholt praktiziert hat, EU-Tierhaltungsrichtlinien entweder gar nicht umsetzt, wie wir es leider zurzeit zu beklagen haben, oder sachfremd und wettbewerbsfeindlich umsetzt, der handelt ebenfalls agrarpolitisch verantwortungslos.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der vorliegende Agrarhaushalt von Minister Ehlen macht deutlich, meine Damen und Herren, dass die Landesregierung sich bemüht, auch in schwierigen Zeiten den Schulterchluss mit der Landwirtschaft und den bäuerlichen Familien zu halten. Der Regierungswechsel in Niedersachsen war für die Landwirtschaft unseres Landes und für den ländlichen Raum eine gute und notwendige Entscheidung. - Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege Klein, Sie haben das Wort.

Hans-Jürgen Klein (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte meinen Beitrag an dem Anspruch orientieren, den die CDU im Wahlkampf vor etwa einem Jahr formuliert hat. Dieser Anspruch war „Besser!“. Besser sollte alles werden:

(David McAllister [CDU]: Es ist schon besser!)

bessere Politik für den ländlichen Raum, besser für die Landwirtschaft, besser für die Verbraucher und eine bessere Agrar- und Forstverwaltung.

(Bernd Althusmann [CDU]: Genau so ist es eingetreten!)

Um das deutlich zu machen, bekam das Ministerium sogar einen neuen, besseren Namen. „Ländlicher Raum“ und „Verbraucherschutz“ wurden mit aufgenommen. Misst man aber diesen ersten eigenen Haushalt an diesen Ansprüchen, dann muss man sagen: Herr Tur Tur lässt grüßen. Sie kennen vielleicht diesen Scheinriesen bei Jim Knopf. Bei dem wirkt alles aus der Ferne groß und gewaltig, aber mit zunehmender Nähe und Konkretion schrumpfen die Dinge auf ein Zwergenmaß zusammen. Genau so ist es mit Ihrer Ankündigungspolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte das an einigen Beispielen festmachen. Thema ländlicher Raum: Schauen wir uns einmal die Veranschlagungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz an: Kürzung der Flurbereinigungsmittel um mehr als ein Viertel, bei Dorferneuerung fast eine Halbierung der Mittel. Das kennzeichnet die Situation. Man kann natürlich darüber streiten, wie sinnvoll die Maßnahmen waren, die damit im Einzelnen gefördert worden sind. Aber, ich denke, es ist unbestritten, dass das bedeutet, dass fast 12 Millionen Euro weniger im ländlichen Raum ankommen. Wie Sie das als Stärkung des ländlichen Raums definieren wollen, kann ich mir nun wirklich nicht vorstellen, vor allen Dingen wenn man weiß, dass diese Mittel der Gemeinschaftsaufgabe, insbesondere die Dorferneuerung, einen Investitionswirkungsgrad von 1 : 10 haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Das zweite Stichwort ist „Modulation“. Herr Landwirtschaftsminister, mit Ihrer andauernden Kritik - ich bin geneigt, ein stärkeres Wort zu benutzen - gegen die Modulation machen Sie gerade *das* zentrale Instrument mies, mit dem künftig noch eine nennenswerte Förderung des ländlichen Raums möglich ist, und das mit steigender Tendenz.

Bei dem Stichwort „ländlicher Raum“ muss man natürlich auch über Ihren Umgang mit der Verbraucherzentrale sprechen, meine Damen und Herren. Wenn Sie hier Ihren ideologischen Kreuzzug, wie beabsichtigt, bis 2007 fortsetzen, wird es im ländlichen Raum keine Beratungsstellen mehr geben und werden die entsprechenden Arbeitsplätze verloren gehen. Zugegeben, das sind nicht so viele, wie Sie durch Ihre Verhinderungspolitik bei der Windenergie vernichten werden. Aber bekanntlich macht im ländlichen Raum ja auch Kleinvieh Mist.

Schon den Kürzungen im Haushalt 2004 fallen vier hoch qualifizierte Stellen in der hannoverschen Zentrale zum Opfer, darunter so wichtige Qualifikationen wie die Beratung im Bereich Telekommunikation und Gesundheitsförderung und Gesundheitsdienstleistungen. Das sind unverzichtbare Ressourcen und Informationsquellen, auf die gerade auch die Beratungskräfte im ländlichen Raum dringend angewiesen sind.

Ich könnte dieses Sündenregister gegen den ländlichen Raum noch ellenlang weiterführen, wenn man auch alle anderen Häuser mal unter die Lupe nimmt. Die Zeit reicht nicht dafür. Ich will nur kurz einige Stichworte nennen: Nienburg, Buxtehude - das sind sicherlich die wichtigsten -, Kürzung bei der Soziokultur, überproportionaler Aufwand für Ihre Schulreform im ländlichen Raum, ortsnahe Krankenhausgrundversorgung, ÖPNV und Ihr Witz von Radwegebauprogramm, das man dabei nicht vergessen sollte.

(Beifall bei den GRÜNEN - David McAllister [CDU]: Wo sind denn ihre Vorschläge in diesem Bereich?)

- Herr McAllister, wenn man den Landkreisen verkündet, sie dürfen wieder Radwege bauen, aber den zweiten Halbsatz verschweigt „... aber jeder Landkreis nur 250 m“, dann ist das nicht nur ein Witz, sondern ein schlechter Witz.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - David McAllister [CDU]: Wo sind denn Ihre Anträge zum Radwegbau? - Kein Antrag!)

Was haben Sie im ländlichen Raum zu bieten, Herr McAllister? - Sie haben eine „Ländlicher-Raum-Verträglichkeitsprüfung“ Ihrer Staatssekretärsrunde zu bieten, wie wir es vor kurzem lesen konnten. Meine Damen und Herren von der CDU, das können Sie beim Wettbewerb um das Spiel des Jahres

einreichen. Dem ländlichen Raum wird das aber nicht helfen.

(Zustimmung von Dr. Brigitte Trauernicht-Jordan [SPD] - David McAllister [CDU]: Da klatscht nur Frau Dr. Trauernicht! - Uwe Harden [SPD]: Ich auch!)

Nun zum Stichwort Ökolandbau. Er ist, wie wir wissen, einer der letzten Wachstumssektoren im ländlichen Raum. Trotz des Abflauens des BSE-Effekts und trotz des Nitrofen-Rückschlags werden auch weiterhin bis zu zweistellige Wachstumsraten prognostiziert. Trotzdem karikieren Sie das mit überproportionalen Kürzungen in diesem Bereich. Zuschüsse bei den Maßnahmen für ökologischen Landbau und für die Verarbeitung und Vermarktung ökologischer Produkte werden gestrichen.

Meine Damen und Herren, die Kürzung bei den ökologischen Maßnahmen auf landwirtschaftlichen Flächen - minus mehr als 6 Millionen - wiegt angesichts der Antinatorschutzpolitik im Umweltministerium doppelt schwer. Wir werden in diesem Zusammenhang darauf achten, wie die globale Minderausgabe von 3,8 Millionen Euro aufgebracht wird. Das große Schweigen im Landwirtschaftsministerium dazu lässt schon den Verdacht aufkommen, dass in diesem Rahmen wieder weitere Einschnitte geplant sind und dass die Landesregierung hier trotz aller Lippenbekenntnisse einen Bereich, der zukunftsfähig ist, weiter beschneidet. Das ist kontraproduktiv.

Auch die Landwirtschaft selbst ist natürlich betroffen, auch wenn sich die Landwirtschaftsvertreter hier in Niedersachsen gerne einäugig geben und den Mantel der Freundschaft darüber decken. Es gibt auch hier erhebliche Kürzungen, die die konventionelle Landwirtschaft zumindest nicht besser machen. Ein paar größere Brocken sind genannt worden: Tierseuchenkasse, Beratungsleistungen, Agrarinvestitionsförderprogramm, Leistungsprüfungen, Förderung nachwachsender Rohstoffe.

In diesem Zusammenhang auch ein Satz zur Agrarverwaltungsreform. Auch wenn es schon ein bisschen ausgelutscht ist, Herr Landwirtschaftsminister, fällt mir dazu kein treffenderer Spruch ein als „Als Tiger gesprungen und als Bettvorleger gelandet“.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Widerspruch bei der CDU - Zuruf von der FDP: Das ist ja langweilig!)

- Aber sehr treffend. - Von angekündigter eingleisiger Verwaltung ist jedenfalls nichts in Sicht. Die Landesregierung versucht offensichtlich mangels anderer Kreativtechniken über die Chaosstufe zu neuen, besseren Lösungen zu kommen. Mein Eindruck ist allerdings, dass sie nicht dabei ist, die Fäden zu entwirren, sondern dass sie einen gordischen Knoten zurrt, der von Tag zu Tag fester wird.

Ein letzter Aspekt, den ich nennen will, macht mir besondere Sorgen: eine neue Qualität von Lobbyismus, die die Arbeit des neuen Ministers prägt. Nicht das Allgemeininteresse, auf das er vereidigt wurde, nicht das Interesse von Verbrauchern und von bäuerlicher Landwirtschaft bestimmen das Agieren des Hausspitze. Entscheidender sind offensichtlich sehr enge Beziehungen in die Chefetagen einiger agrarindustrieller Unternehmen und deren Profitinteressen,

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Eine Unverschämtheit!)

selbst wenn das aktuellen Markttendenzen widerspricht, wie ich das eben beim ökologischen Landbau ausgeführt habe.

(Zuruf von der CDU: Angriff ist die beste Verteidigung!)

Aber es gibt weitere Beispiele, erstens etwa die Hennenhaltung. Mit der neuen Verordnung von Renate Künast wurde den Wünschen der Mehrheit der Verbraucher entsprochen.

(David McAllister [CDU]: Wie bitte? Diese Ministerin ist ein Ladenhüter!)

Fachleute prognostizierten neue Betätigungs- und Einkommensmöglichkeiten für ca. 4 000 bäuerliche Betriebe. Aber unser Landwirtschaftsminister kämpft entschlossen und mit fragwürdigen Mitteln auf der Seite von Big Dutchman und Deutschem Frühstücksei.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Salmonellen aus Freilandhaltung!)

Zweites Beispiel: Gentechnik. Mindestens 70 % der Landwirte lehnen sie ab, und über 90 % der Verbraucher wollen die Wahlfreiheit gesichert haben. Die Märkte sprechen eine deutliche Sprache. Die übergroße Mehrheit der Handelsunternehmen lehnt GVO-Lebensmittel ab. Amerikanische Farmer

erleiden Millionenverluste, da niemand mehr ihre GVO-Futtermittel haben will.

Und was macht unser Landwirtschaftsminister? - Er macht sich zur Speerspitze einiger Gentechnik-Multis und betreibt eine Politik, die innerhalb kurzer Zeit zu gentechnischer Verunreinigung auf der gesamten niedersächsischen Anbaufläche führen würde.

(Zuruf von der CDU: Das ist doch nicht zu glauben!)

Herr Ehlen, ich meine es fürsorglich: Wenn Sie damit fortfahren, machen Sie sich mangels Klientel bald überflüssig. Die paar industriellen Unternehmen in der Landwirtschaft können wir dann gerne dem Wirtschaftsminister zueignen. - Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege Oetjen, Sie haben das Wort.

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich, bevor wir zu einigen Eckdaten des Einzelplans 09 kommen, ganz kurz die Grundsätze auflisten, von denen sich die FDP-Fraktion in dieser Agrarpolitik, auch bei der Aufstellung dieses Haushalts hat leiten lassen. Das möchte ich aus deswegen, weil wir uns nach neun Jahren außerparlamentarischer Zeit wieder zum Wohle des Landes einbringen wollen.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Im Mittelpunkt der Anstrengungen einer liberalen Agrarpolitik steht immer der unternehmerisch orientierte landwirtschaftliche Betrieb. Ich will damit sagen: Die Agrarpolitik der FDP und auch die Agrarpolitik dieser Landesregierung sind auf Zukunft angelegt und nicht auf Vergangenheit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zurufe von der CDU: Richtig! - Wo er Recht hat, hat er Recht!)

Um die Zukunftsfähigkeit dieser landwirtschaftlichen Unternehmerinnen und Unternehmer und - das ist mir besonders wichtig - auch ihrer Familien zu sichern, werden wir gewährleisten, dass alle fi-

nanziellen Belastungen - das hat der Kollege Biestmann hier schon ausgeführt - nicht direkt in die Tasche der Betriebe und Familien hineingreifen. Vielmehr geschieht das durch alle Belastungen, die wir im Einzelplan 09 zu vertreten haben, nur indirekt.

Das ist übrigens anders, als es die rot-grüne Bundesregierung und Frau Ministerin Künast machen. Sie greift nämlich tief und direkt in die Tasche der Bäuerinnen und Bauern und geniert sich dabei nicht einmal.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Als Beispiel nenne ich nur die landwirtschaftliche Krankenkasse und den Agrardiesel. Die Maßnahmen des Bundes haben direkte Auswirkungen auf das Portmonee der Betriebe.

Ich möchte mich hier ausdrücklich bei Heiner Ehlen als unserem Minister bedanken, dass er sich im Bundesrat im Sinne unserer heimischen Landwirtschaft eingesetzt hat.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Zuruf von der SPD: Was hat er denn gesagt?)

Aber auch der Einzelplan 09, also unser Agraretat, hat natürlich Kürzungen hinzunehmen, Frau Stiefkreihe. Das ist selbstverständlich.

(Zurufe von der SPD: Das gibt es doch nicht! - Unglaublich!)

Die sind natürlich der schlechten, desolaten Finanzlage unseres Landes geschuldet, die Sie uns hinterlassen haben.

(Beifall bei der FDP - Ah! bei der SPD
- Zuruf von der SPD: Wir sind schuld!)

- Ganz genau, Sie sind schuld. - Aber wir machen das ohne direkten Griff in die Tasche der Bäuerinnen und Bauern. Das ist ganz wichtig.

Diese Kürzungen in Höhe von 28,7 Millionen Euro sind zwar notwendig und bitter. Aber trotzdem werden wir sie durchführen müssen, um den Haushalt zu konsolidieren.

Für die Zukunft müssen wir allerdings darauf achten, dass bei uns in Niedersachsen weiterhin eine starke unternehmerische Landwirtschaft möglich ist. Schließlich ist die Frage einer starken Landwirtschaft nicht nur für den Agrarbereich, also für die Bäuerinnen und Bauern, in diesem Lande

wichtig, sondern sie ist auch für die Agrarwirtschaft insgesamt wichtig. Sie ist mit ihren vor- und nachgelagerten Bereichen der zweitwichtigste Wirtschaftszweig in Niedersachsen. Das muss hier ganz deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der FDP)

Dafür ist es notwendig, Herr Bartels, dass wir unsere Landwirtschaft, die landwirtschaftlichen Unternehmerinnen und Unternehmer, für den Wettbewerb fit machen, der in einem größer werdenden Europa immer schärfer wird.

(Uwe Bartels [SPD]: Abbau von Beratungsleistungen und Abbau von Zuschüssen!)

Daher wird sich die FDP-Fraktion weiter dafür einsetzen, dass europäisches Recht konsequent 1 : 1 in Deutschland umgesetzt wird. Es darf im internationalen Wettbewerb für uns keine weiteren Nachteile geben. Dies gilt für den Bereich Tierchutz, also Hennenhaltung und Schweinehaltung, genauso

(Uwe Harden [SPD]: Tiertransporte!)

wie für den Bereich der grünen Gentechnik, über den wir morgen noch reden werden, sowie für alle anderen Bereiche. Wir wollen unseren Bäuerinnen und Bauern nicht weitere Knüppel zwischen die Beine werfen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ganz entscheidend für die Zukunft unserer heimischen Landwirtschaft ist auch die Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik. Daher möchte ich für die FDP-Fraktion drei Dinge hier feststellen:

Erstens. Wir begrüßen ausdrücklich die Entkopplung aller Zahlungen von der Produktion.

Zweitens. Wir haben das Ziel, mittelfristig eine einheitliche Flächenprämie auf den Weg zu bringen, die alle bisherigen Zahlungen ersetzt.

Drittens. Für den Übergang hin zu diesem Ziel ist es notwendig, den besonderen Bedürfnissen speziell der Milchbauern und der Fleischproduzenten in unseren Grünlandregionen Rechnung zu tragen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

(Beifall bei der FDP)

Bei allen Schwierigkeiten, die übrigens jedes der diskutierten Modelle mit sich bringt, glaube ich,

dass wir mit dem so genannten Kombimodell übermäßige betriebliche Härten vermeiden können und dass wir am Schluss ein konsequentes und klares Flächenmodell bekommen. Wichtig ist vor allen Dingen, dass wir eine Lösung auf den Weg bringen, die eine klare Zukunftsperspektive für unternehmerisch orientierte Betriebe eröffnet.

Eines ist mir ganz wichtig: Bei der Umsetzung der EU-Reformen ist darauf zu achten, dass wir das mit einem möglichst geringen Bürokratieaufwand in Deutschland umsetzen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir können unseren Betrieben nicht noch mehr Zeit am Schreibtisch zumuten. Das ist heute schon viel zu viel. Ich bin eigentlich guter Hoffnung, dass wir mit der Agrarverwaltungsreform weitere Bürokratie und bürokratische Hürden in diesem Lande abschaffen werden.

(Zuruf von der SPD: Es wird noch ein größerer Ernüchterungsprozess eintreten!)

Lassen Sie mich noch einige wenige Punkte zum Einzelplan 09 aus Sicht der FDP erwähnen. Die Fraktionen von FDP und CDU ermöglichen mit dem Änderungsantrag ein Nachsteuern bei den GA-Mitteln. Natürlich wünsche auch ich mir mehr. Wohl wir alle wünschen uns z. B. im Bereich der Flurbereinigung und Dorferneuerung mehr.

(Uwe Bartels [SPD]: Machen Sie noch ein paar Anmerkungen zum Haushalt! Wir haben Zeit genug! Erzählen Sie uns etwas!)

Aber das ist das Äußerste, was wir hier herausholen können, und wir ermöglichen damit wohl einen angemessenen Spielraum.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von der SPD: Das ist zu wenig! Das platte Land braucht mehr!)

Ein weiterer Punkt: Sie haben eben die landwirtschaftliche Beratung angesprochen. Es ist natürlich ärgerlich, dass wir da kürzen müssen. Aber das ändert nichts daran: Wir ermöglichen es, zukünftig auf GA-Mittel zurückzugreifen, um sich in der sich verändernden Agrarwelt weiterhin am Markt und in der Beratungslandwirtschaft behaupten zu können.

(Uwe Bartels [SPD]: Dann frage mal die Jungs draußen, was sie davon halten!)

Der dritte Punkt: Der Förderfonds Hamburg-Niedersachsen wird im bisherigen Maße fortgeführt. Dieses Mittel dient der Stärkung des ländlichen Raums. Gerade weil ich aus dieser Region komme, freut mich das und begrüße ich das ganz besonders.

Ein Wort zu den Kürzungsvorschlägen von SPD und Grünen: Wir können gerne darüber diskutieren, wie wir mit den Landwirtschaftskammern in Zukunft verfahren, welche Aufgaben sie haben und wie wir sie aufstellen. Aber Ihre Kürzungsvorschläge von 2 Millionen respektive 4 Millionen Euro zeigen wirklich keine Würdigung der Arbeit der Landwirtschaftskammern in diesem Land.

(Beifall bei der FDP - Uwe Bartels [SPD]: Das muss aber noch einmal erläutert werden! - Hans-Dieter Haase [SPD]: Das muss begründet werden!)

Ich bin der festen Überzeugung - damit komme ich zum Schluss -, dass wir mit dem vorgelegten Agrarhaushalt eine gute Basis für eine hervorragende Agrarpolitik im Jahr 2004 haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Minister Ehlen, Sie haben das Wort.

Hans-Heinrich Ehlen, Minister für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will nicht mit großen Zahlen all das wiederholen, was hier richtigerweise von der CDU, aber auch schon von der SPD gesagt wurde.

(Uwe Bartels [SPD]: Sagen Sie mal etwas zum Vorruhestand!)

Es ist müßig, hier zu wiederholen, dass wir die Haushaltssituation, wie wir sie vorgefunden haben, von der Vorgängerregierung übernommen haben. Von der Spardebatte ist auch die Landwirtschaft nicht ausgenommen worden. Wir haben hier in Niedersachsen 28,7 Millionen Euro einsparen müssen. Schauen wir uns doch einmal an, was auf

Bundesebene den niedersächsischen Landwirten zugemutet wird. Nehmen wir ruhig nur einmal ein Zehntel. Bei vielen Maßnahmen ist es ein Fünftel. Auf Bundesebene sollen im Bereich der landwirtschaftlichen Sozialversicherungen und beim Agardiesel 440 Millionen eingespart werden.

(Uwe Bartels [SPD]: Das ist in niedersächsischen Euro noch viel schlimmer.)

Für Niedersachsen bedeutet das dann 44 Millionen Euro. Wir sollten - dies richtet sich insbesondere an die Grünen - nicht so tun, als würden wir in Niedersachsen insbesondere in Bereiche eingreifen, die die Landwirtschaft an sich betreffen.

Meine Damen und Herren, viel schlimmer ist der Verdross in der Landwirtschaft aufgrund der wirtschaftlichen Lage.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Diese ist nicht auf Landesebene, sondern auf Bundesebene zu verantworten. Wenn hier propagiert wird, dass sich Frau Künast hauptsächlich für die Modulation eingesetzt habe, dann kann ich nur feststellen: Um alle anderen Dinge, die wesentlich wichtiger wären für Niedersachsen und für Deutschland, hat sie sich nicht gekümmert. Oder hat sie nur davon geträumt? Der Milchmarkt als solcher liegt am Boden. Sie hätte sich mehr um die wirklich wichtigen Dinge kümmern sollen als gerade um die Modulation.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich möchte ein Beispiel nennen. Wir werden im Jahr 2007 ein Problem bekommen. Wenn wir die Modulation hochrechnen, haben wir dann den Bauern in Niedersachsen 32 Millionen Euro wegzunehmen, um dieses Geld für die Modulation zu verwenden. Hinzu kommt, dass wir anschließend aus öffentlichen Mitteln, aus Bundes- und aus Landesmitteln, noch einmal 32 Millionen dazutun müssen. Dieses Geld wird man wahrscheinlich aus dem Agrarhaushalt, also wieder den Bauern, wegnehmen. Dann haben wir den Landwirten 64 Millionen weggenommen. Sie sprechen von einer vernünftigen Aufteilung, Sie sprechen davon, wie das Geld verwendet werden soll. Das ist wirklich nicht einfach. Die Mittel, die den Landwirten notwendigerweise zur Verfügung gestellt werden müssen, um einzelbetriebliche Förderung zu ermöglichen, um andere Dinge im Bereich der För-

derung in Gang zu halten, stehen dann nicht mehr zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, eines will ich hier ganz klar sagen: Mittel, die wir z. B. im Bereich des ökologischen Landbaus oder im Bereich der Beratung gekürzt haben, sind in der Vergangenheit zum Teil nicht abgerufen worden. Wir sollten ehrlich sein und darüber streiten, wo man kürzen kann.

Wir stellen die verschiedenen Wirtschaftsformen gleichberechtigt nebeneinander. Ich meine, durch meinen persönlichen Einsatz für die Ökolandwirtschaft, für den Verkauf und für den Vertrieb gezeigt zu haben,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

das wir das fördern wollen, worauf es ankommt, nämlich Märkte für diese Produkte zu schaffen, aber keine Ideologie zu betreiben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Uwe Bartels [SPD]: Euer Stichwort!)

Meine Damen und Herren, der Kollege Klein ist mit seinen platten Argumenten besser als Bettvorleger geeignet als der Landwirtschaftsminister.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich möchte nun noch einige Dinge zum ländlichen Raum sagen, Frau Kollegin Stief-Kreihe. Wir haben morgen den Tagesordnungspunkt Mündliche Anfragen, zu dem Sie eine entsprechende Anfrage gestellt haben. Ich will die Antwort nicht schon vorwegnehmen. Wir können uns morgen darüber unterhalten. Dafür haben wohl alle Verständnis.

(Karin Stief-Kreihe [SPD]: Die Spannung muss bleiben!)

Die Niedersächsische Landesregierung steht zur Landwirtschaft, sie steht aber auch zum ländlichen Raum.

(Zustimmung von David McAllister
[CDU])

All das, was wir anschieben und angeschoben haben, wird sich auszahlen. Die Dinge, die mit Strukturveränderungen, die mit Freiheit für diejenigen, die planen oder arbeiten wollen, zusammenhängen, gehen manchmal etwas langsamer. Ich glaube aber, dass wir auf einem richtigen Wege sind. Die Fragen, die Sie gestellt haben, werden wir schon im nächsten Jahr zumindest ansatzwei-

se beantworten und die Auswirkungen in Euro und Cent ablesen können.

Zum Haushaltsplan 10, zur Landesforstverwaltung: Meine Damen und Herren, wir haben eine schwierige Lage am Holzmarkt. Wir wissen aber auch, dass wir die Möglichkeit haben, durch Veränderungen in der Organisation der Landesforstverwaltung besser zu werden. Deshalb, so meine ich, sollten wir die Möglichkeit schaffen, unsere Landesforsten möglichst nahe an der Privatwirtschaft und am Privatwald orientiert zu organisieren. Wir haben hier die Möglichkeit, wirklich etwas zu erreichen, womit der Haushalt der Landesforstverwaltung auf Dauer insgesamt positiv beeinflusst wird. Das Ziel, im Jahre 2008 im Produktbereich 1 - Holz - eine schwarze Null zu schreiben, ist ein gutes Ziel. Das ist ein Ziel, das wir auch erreichen können.

Herr Kollege Klein, noch ein Wort zu den Aussagen, die Sie im Zusammenhang mit der Überlegung „nahe an der Privatisierung“ gemacht haben. Wenn Sie behaupten, dass an dieser Stelle der Naturschutz zu kurz komme, dann unterstellen Sie sämtlichen Leuten, die privatwirtschaftlich Holzwirtschaft betreiben, dass sie sich nicht dem Umweltschutz verpflichtet fühlen. Wenn Sie solche Aussagen machen, denken Sie einmal über die Schlussfolgerungen dazu nach, in welche Ecke Sie unsere Forstwirte stellen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich will das nicht weiter in die Länge ziehen. Seitens unseres Hauses ist ein Haushaltswerk vorgelegt worden, das solide ist. Ich bitte um Zustimmung. - Danke.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege Kethorn, bitte sehr!

(Dr. Hans-Albert Lennartz [GRÜNE]:
Das kann man doch nicht mehr über-
treffen!)

Friedrich Kethorn (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenngleich es schon recht spät ist, sehe ich mich nach diesen heftigen Angriffen von SPD

und Grünen veranlasst, einiges richtig zu stellen, damit das hier nicht so stehen bleibt.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Stief-Kreihe und Herr Klein, es ist richtig: Mit der Wahl am 2. Februar und mit der Regierungsübernahme hat es eine Zäsur in der Agrarpolitik gegeben, allerdings anders, als Sie beide dies skizziert haben.

Am 2. Februar, an dem Wahlabend, haben wir deutlich gespürt - man musste nicht einmal Kenner der landwirtschaftlichen Szene sein -: Es gab ein unüberhörbares Durchatmen, Aufatmen bei den niedersächsischen Bäuerinnen und Bauern, die gespürt haben, dass eine CDU-FDP-geführte Landesregierung in die Verantwortung kommt,

(Karin Stief-Kreihe [SPD]: Das hat sich schnell gelegt.)

dass sich auf den Höfen wieder ein agrarpolitischer Hoffnungsschimmer abzeichnet und dass sich eine Perspektive für die Höfe entwickelt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich will dies gern in drei Punkten begründen.

Erstens. Es ist deutlich geworden: Wir haben einen Klasse Landwirtschaftsminister Heiner Ehlen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Er ist nicht nur Pragmatiker, sondern auch Praktiker. Er kennt die alltäglichen Abläufe auf den Höfen. Er kennt die Probleme der Landwirtschaft und des ländlichen Raums. Er spricht eine verständliche Sprache, die auch auf den Höfen verstanden wird - im Gegensatz zu dem, was wir aus Berlin hören.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Er hat die Fähigkeit, sich mit seinem politischen Gewicht im doppelten Sinne nachhaltig durchzusetzen. Dies wünschen wir uns auch von einem niedersächsischen Landwirtschaftsminister.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Allerdings, meine Damen und Herren - hier wird die Politik in Ansätzen kritisiert -: Was in 13 Jahren von der alten Regierung für den ländlichen Raum und für die Landwirtschaft versäumt worden ist,

kann nicht innerhalb von fünf bis sechs Monaten aufgeholt werden. Nehmen Sie auch das bitte einmal zur Kenntnis.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege, gestatten Sie zwei Zwischenfragen.

Friedrich Kethorn (CDU):

Nein, im Moment nicht. Soviel Zeit habe ich nicht.

Ich will einen zweiten Punkt nennen. Wir haben endlich einen wirksamen Widerstand gegenüber der bundesdeutschen Agrarpolitik aus Berlin. Dieser Widerstand ist längst überfällig, damit der rot-grüne Agrarspuk von Frau Künast endlich korrigiert bzw. beendet wird.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Diese Politik mit den falschen Weichenstellungen hat doch zu katastrophalen Entwicklungen auch auf unseren Höfen in Niedersachsen geführt. Die Stimmung ist auf dem Tiefpunkt. Wer in Gesprächen mit Landwirten ist, spürt dies auch deutlich.

(Zurufe von der SPD)

Nicht nur die Stimmung auf den Höfen befindet sich in einem Tief, sondern auch der Agrarbericht, der vor einigen Wochen vorgelegt worden ist, macht deutlich: Wir haben bei den Einkommen der Haupterwerbsbetriebe einen Rückgang um 25 % - man höre: 25 % - zu verzeichnen. Der selbständige Landwirt hat mittlerweile ein durchschnittliches monatliches Einkommen von 1 360 Euro. Ich meine, es ist richtig, wenn ich feststelle, dass das völlig unbefriedigend ist. Der Abstand der landwirtschaftlichen Einkommen zu den gewerblichen Einkommen ist mittlerweile auf 40 % angewachsen. Im laufenden Wirtschaftsjahr ist auch keine Besserung zu erwarten.

Die Verantwortung für diese Entwicklung, die auch auf niedersächsischen Höfen festzustellen ist, ist nicht an dieser Regierung und nicht an Heiner Ehlen festzumachen. Diese Verantwortung trägt ganz allein die rot-grüne Regierung mit der Landwirtschaftsministerin Frau Künast.

(Beifall bei der CDU)

Was uns besonders ärgert und auch dramatisch ist, ist der Stand bezüglich der Umsetzung der EU-

Richtlinien auf Bundesebene. Wir alle wissen, dass die EU-Richtlinien in nationales Recht umgesetzt werden müssen; dies kritisieren wir nicht. Das haben wir auch in der Vergangenheit gemacht. Aber für uns unverständlich und auch nicht nachvollziehbar ist die Tatsache, dass es zahlreiche nationale Verschärfungen gibt. Ich zähle einige auf: Da ist die IVU/UVP-Regelung. Da ist die Legehennenhaltungsverordnung. Zukünftig wird es auch eine Schweinehaltungsverordnung geben. Dies führt zu massiven Nachteilen für die Bauern in Niedersachsen. Dies wollen, können und werden wir nicht hinnehmen. Diesbezüglich trägt Heiner Ehlen eine große Verantwortung. Ich wünsche ihm viel Glück dabei und wünsche ihm, dass er sich bei den künftigen Verhandlungen auf Bundesebene erfolgreich durchsetzen kann.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich will einen dritten Grund nennen: Das ist die niedersächsische Agrarpolitik, die sich auch am Haushalt 2004 festmacht. Diese niedersächsische Agrarpolitik und der Haushalt 2004 führen - trotz der Kürzungen - in der niedersächsischen Landwirtschaft zu Dynamik. Angesichts der Gesamtverantwortung für die Landesfinanzen müssen wir die Kürzungen hinnehmen. Wir bedauern sie. Aber wir haben keine andere Chance.

Trotz der Kürzungen werden im Jahre 2004 in erheblichem Umfang Mittel im investiven Bereich zur Verfügung stehen. Allein im GA-Bereich stehen mehr als 93,3 Millionen Euro zur Verfügung. Die CDU hat gemeinsam mit der FDP Anstrengungen unternommen. Sie haben diesen Betrag um netto 2 Millionen Euro erhöht; brutto werden es um die 5 Millionen Euro sein. Die Mittel werden für die Dorferneuerung eingesetzt. Ein im Rahmen des Agrarinvestitionsprogramms eingesetzter Euro wird 10 Euro bewirken. 1 Million Euro führen am Ende also zu einem Investitionsvolumen von 10 Millionen Euro. Hier ist eine Entscheidung getroffen worden, um Arbeitsplätze nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in vor- und nachgelagerten Bereichen nachhaltig zu erhalten.

Der vorgelegte Haushalt wird von der SPD und auch von den Grünen kritisiert; das ist in den Beiträgen deutlich geworden. Wenn man sich einmal anschaut, welche Anträge, insbesondere von der SPD, denn zu dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf und zu den von uns schriftlich vorgelegten Änderungsanträgen gestellt worden sind, so stellt man fest, dass es keinen einzigen Änderungsan-

trag der SPD gibt, durch den Ansätze positiv verändert werden würden.

(Zurufe von der CDU: Was hat du denn erwartet?)

Dies ist heuchlerisch. Es ist heuchlerisch, diesen Haushalt zu kritisieren, aber nichts dazu vorzulegen, wo es denn positive zukunftsweisende Ansätze geben könnte.

Im Gegenteil: Es wird ein Antrag mit Kürzungsvorschlägen im landwirtschaftlichen Bereich vorgelegt, der vorsieht, dass die Mittel woanders wieder eingesetzt werden. Die Mittel für die Landwirtschaftskammern sollen um 2 Millionen Euro gekürzt werden. Wir alle wissen, dass die niedersächsische Agrarverwaltung die kostengünstigste in der Bundesrepublik Deutschland ist. Dazu tragen die Landwirtschaftskammern bei. Daher ist es unverständlich und nicht akzeptabel, dass gerade in diesem Bereich gekürzt werden soll. Wir werden diese Vorschläge ebenso wenig mittragen wie die Kürzungsvorschläge im Tierseuchenbereich.

Die Uhr zeigt mir an, dass ich aufhören muss. Daher will ich zum Schluss kommen. Mit diesem Haushalt haben wir etwas auf dem Weg gebracht, wodurch im ländlichen Raum, auf den Höfen und für die Bäuerinnen und Bauern in Niedersachsen wieder Perspektiven eröffnet werden. Ich bitte Sie, diesen Haushalt zu unterstützen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zum Politikbereich **Europa**. Dazu hat die Kollegin Tinius das Wort. Bitte schön!

Rosemarie Tinius (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am Ende einer langen Haushaltsdebatte will ich mich auf wenige Anmerkungen zu dem Bereich Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien beschränken.

(Bernd Althusmann [CDU]: Danach ziehen Sie wieder aus!)

Hier im Hause besteht breite Übereinstimmung darin, dass Europa kein Spielfeld für parteipolitische Interessen sein darf. Das ist erfreulich; denn nur dann, wenn die politischen Kräfte vor Ort an einem Strang ziehen, können wir Niedersachsen

als europäische Region in der EU gehört werden. Als Beweis dafür ist sicherlich auch unser gemeinsamer Antrag zum Erhalt der EU-Zuschüsse für das EIZ zu bewerten. Die Arbeit der Informationszentren bewerten alle Fraktionen und die niedersächsische Landesregierung als wichtige politische Aufgabe, um das Bewusstsein für Europa in allen Bevölkerungsgruppen zu schärfen.

Darum gebe ich auch die Hoffnung noch nicht auf, dass es gelingt, durch Umschichtungen bei den Mitteln für Öffentlichkeitsarbeit - da sind manche Titel gegenseitig deckungsfähig - noch zusätzliche Mittel für die Infopoints zur Verfügung zu stellen. Gerade im Jahr der EU-Erweiterung und der Europawahl haben wir uns alle dafür einzusetzen, dass die entsprechenden Informationen und Sensibilisierungen an die Bevölkerung herangetragen werden.

Frau Kuhlo, ich weiß, Ihre Fraktion sieht das anders. Aber ich habe Hoffnung, dass die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion Sie noch davon überzeugen können, dass wir da nachbessern.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen aber ein paar kritische Anmerkungen nicht ersparen; denn Sie von den Regierungsfractionen haben vor der Wahl versprochen, Ministerien zusammenzulegen, um dadurch Ministerinnen und Minister einzusparen. Was ist aus diesem Versprechen geworden? Sie haben den Europaminister abgeschafft, aber gleichzeitig einen Sonderstaatssekretär für die Staatsmodernisierung eingesetzt.

(Bernd Althusmann [CDU]: Vier Bezirksregierungen sind weg!)

Dabei ist festzuhalten: Eine Einsparung ist das nicht. Es ist ein Hinweis darauf, wie hoch Sie, meine Damen und Herren, Europapolitik bewerten.

(Beifall bei der SPD)

Durch dieses Vorgehen der Landesregierung hat nämlich im Rahmen der Landespolitik eine deutliche Abwertung der internationalen Politik stattgefunden.

Auch bei den Mitteln haben Sie gekürzt. Die Einschnitte im Einzelplan 02 betreffen vorwiegend die Titelgruppen, die dem Aufgabenbereich des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien zuzuordnen sind. Ausgerechnet im Jahr der Europawahl dokumentieren Sie, dass Sie nicht mehr, sondern weniger Europa, dass Sie

nicht mehr Internationalität, sondern mehr Provinzialität und dass Sie nicht mehr, sondern weniger internationale Solidarität wollen - ein trauriges Fazit.

(Beifall bei der SPD)

Sie kürzen 140 000 Euro für internationale Beziehungen, gefährden das Erfolgsmodell für ehrenamtliche Entwicklungszusammenarbeit und bedrohen über die Kürzung, Verlagerung und den künftigen Umbau von Bingo-Lotto mittelfristig die finanzielle Basis der ehrenamtlichen Strukturen in diesem Bereich.

Dieser Landtag hat sich in der Vergangenheit häufig fraktionsübergreifend auf Schwerpunkte der internationalen und entwicklungspolitischen Arbeit verständigt. Diese Zeiten scheinen vorbei zu sein. Ich hoffe, dass Sie wenigstens die Aidspräventionen und die Aidshilfe nicht weiter infrage stellen. Denn wir alle wissen nur zu genau, wie wichtig diese Projekte gerade in Südafrika sind.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident spricht gern von der Stärkung des Medienstandortes Niedersachsen. Die Landesregierung kürzt aber die Förderung für die nordmedia um 10 %, nämlich um 307 000 Euro. Ob der künftige fünfprozentige Anteil an der einheitlichen Rundfunkgebühr annähernd die Kürzung auffängt, ist fraglich, da das Gebührenaufkommen bisher noch nicht bekannt ist. Auch hier wieder das bekannte Muster: viel versprochen, schnell gebrochen.

Wie in der Anhörung zum Mediengesetz deutlich wurde, gehen die Vertreter von nordmedia davon aus, dass der Etat kontinuierlich sinkt, weil die Überschüsse der Landesmedienanstalt, von denen nordmedia profitiert, durch die Erhöhung des Vorab entsprechend sinken. Dadurch wird nicht nur nordmedia geschwächt. Wichtige Aufgaben der NLM, nämlich Stärkung von Medienpädagogik und Medienkompetenz in Zusammenarbeit mit anderen Ressorts, werden durch die Kürzungen und Umschichtungen gefährdet. Wer von Qualitätssteigerung an den Schulen redet, meine Damen und Herren, der darf nicht gleichzeitig die Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler gefährden, weil er die Zukunftsfähigkeit der Jugendlichen beeinträchtigt.

(Beifall bei der SPD)

Aber noch ein Wort zur Umstrukturierung, meine Damen und Herren. Auch die Umstrukturierung der Staatskanzlei ist in unseren Augen kein signifikanter Einsparbeitrag zur Haushaltskonsolidierung, wie Sie dies ja vollmundig angekündigt haben. Es ist vielmehr so wie vieles in Ihrem Haushalt eine große Verschleierungsaktion. Das geht auch aus den Zahlen des Einzelplans 02 des Haushaltsplanentwurfs für 2004 hervor. Von den rund 8 Millionen Euro der so genannten Einsparung entfallen rund 5 Millionen Euro auf die Verlagerung von Aufgaben auf andere Ressorts. Auch in diesem Einzelplan verfolgen Sie das Muster: keine direkten Einsparungen, aber Kürzungen in sensiblen politischen Bereichen. Zumindest darin zeigen Sie Kontinuität. - Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege Hogrefe hat das Wort. Bitte sehr!

Wilhelm Hogrefe (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die europäische Einigung steht jetzt und im nächsten Jahr vor einer ganz entscheidenden Phase. Es geht nicht nur um die Erweiterung in Ost- und Mitteleuropa und im Süden Europas, sondern es geht auch um eine Phase der Vertiefung. Wenn man das summiert, kann man zweifelsfrei sagen: Es geht im Grunde genommen, wie der Ministerpräsident das hier vor einigen Monaten gesagt hat, um eine Neugründung der Europäischen Union.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir in Niedersachsen sind mitten in dieser neuen großen Europäischen Union. Wir haben hier große Aufgaben wahrzunehmen. Darauf müssen wir uns intensiv vorbereiten. Deshalb begrüßen wir als CDU-Fraktion, dass Ministerpräsident Christian Wulff durch seine Besuche in Ungarn und in Litauen gezeigt hat, wie sehr er daran arbeitet, die Beziehungen zu den ost- und mitteleuropäischen Ländern entscheidend zu verbessern.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich möchte auch hinzufügen, dass die Unionsfraktion in der entscheidenden Woche sofort nach dem 1. Mai durch eine längere Reise nach Polen unterstreichen wird, wie

wichtig uns die Beziehungen zu diesem großen Nachbarn Deutschlands sind.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - David McAllister [CDU]: So sind wir!)

Meine Damen und Herren, wir begrüßen auch, dass sich Christian Wulff und die neue Landesregierung so vehement für die wirtschaftlichen Interessen gegenüber der Europäischen Union und auch für die wirtschaftlichen Interessen Niedersachsens einsetzen. Ich nenne nur drei Beispiele: die Beibehaltung des VW-Gesetzes, die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur. Dazu sage ich hier nur das Stichwort „transeuropäische Netze“ und verweise auf den Besuch, der mit dem Bremer und dem Hamburger Bürgermeister in den Niederlanden geplant ist. Er dient dem Ziel des Ausbaus der Verkehrsverbindung. Wir begrüßen das außerordentlich. Ich nenne ferner - auch weil ich Landwirt bin, ist mir das ein Anliegen; hierbei geht es um viele tausende Arbeitsplätze in Niedersachsen - die Beibehaltung der Zuckermarkordnung, für die sich Christian Wulff vehement einsetzt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Frau Tinius, Sie haben auch über die schwierige finanzielle Lage des Landes gesprochen. Dann werden Sie sicherlich anerkennen, dass die Landesregierung trotz dieser Lage die internationalen Beziehungen weiter pflegen und ausbauen will.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Darauf warten wir aber auch!)

- Ja. Meine Damen und Herren, es geht hier um die Förderung wissenschaftlich-kultureller, schulischer, wirtschaftlicher, sozialer Maßnahmen in den Regionen Perm und Tjumen in Russland, in Großpolen, in Niederschlesien und auch in den Partnerregionen in China.

Meine Damen und Herren, ich darf auch hinzufügen: Wir werden weiterhin humanitäre Hilfe leisten, z. B. in Eastern Cape in Südafrika, obwohl das eigentlich eine Bundesaufgabe ist. Aber wir sind der Meinung, die begonnenen Projekte in der Prävention und in der Behandlung von Aids müssen fortgeführt werden. Auch hier ein Dank an die Landesregierung, dass sie diesen internationalen Verpflichtungen nachkommt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, es ist eine große gemeinsame Aufgabe, auch der Bevölkerung in Niedersachsen vermehrt ein Europagefühl zu vermitteln. Dazu brauchen wir das Europäische Informationszentrum. Wir werden es weiter mit Landesmitteln fördern und mit Nachdruck unterstützen, auch wenn der Landesrechnungshof das kritisiert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Denn wir wissen, dass das EIZ besonders z. B. bei der Förderung des Mittelstandes engagiert ist, wenn es darum geht, Chancen in den Beitrittsländern wahrzunehmen. Wir wissen auch, wie sehr das EIZ engagiert ist, wenn es um die Jugendarbeit geht.

Meine Damen und Herren, ich richte hier einen Appell an das ganze Haus: Es wäre schön, wenn im Frühjahr bei den geplanten Europawochen wir alle als Abgeordnete in die Schulen und Jugendgruppen gehen und gemeinsam für den Europagedanken werben würden. Darum bitte ich Sie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Hans-Dieter Haase [SPD]: Sagen wir seit Jahren!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht schon jetzt um die Zukunft der Strukturfonds für Niedersachsen für den Förderzeitraum ab 2007. Wir müssen uns immer vergegenwärtigen, dass im jetzt laufenden Förderzeitraum Niedersachsen über 1,6 Milliarden Euro aus europäischen Kassen bekommt. Mit den Kofinanzierungsmitteln werden dadurch Investitionen in Niedersachsen von über 7 Milliarden Euro erzeugt. Das ist ein enormer Wert.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Angesichts dieser Tatsache müssen wir mit Nachdruck dafür kämpfen, dass neben der agrarischen Strukturpolitik und den EU-Gemeinschaftsinitiativen auch eine Ziel-2- und Ziel-3-Förderung für Niedersachsen erhalten bleibt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ein optimaler Einsatz von Fördermitteln verlangt auch eine Optimierung der Beratungskapazitäten. Insofern sind wir froh, dass es gelungen ist, jetzt ein EU-Beratungsnetzwerk aufzubauen, und dass dies am

30. September von der neuen Landesregierung auch offiziell eröffnet werden konnte.

Meine Damen und Herren, zusammengefasst: Gerade im Europajahr 2004, Frau Tinius, sollten wir uns gemeinsam - Landtag und Landesregierung - darum bemühen, alles das zu tun, was für das große Jahrhundertprojekt, die friedliche Einigung Gesamteuropas, nötig ist, und uns überlegen, wie dies gefördert werden kann. - Vielen Dank.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Frau Kollegin Langhans, Sie haben das Wort. Bitte schön!

Georgia Langhans (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Kürzung der Mittel für die internationalen Beziehungen des Landes und die Zusammenarbeit mit den Partnerregionen in Polen, Russland, China und Frankreich gegenüber dem Haushaltsjahr 2003 um weitere 140 000 Euro auf nur noch 589 000 Euro ist ganz eindeutig das falsche Signal. Vor zehn Jahren standen für diese Zusammenarbeit im Landeshaushalt noch 9,9 Millionen DM zur Verfügung. Die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit werden im Jahr 2004 ebenfalls mit nur noch 250 000 Euro einen bisher noch nie da gewesenen Tiefststand erreichen. Die Kürzungen setzen gerade bei den Schwächsten an. Machen wir uns nichts vor: Auch das Aids-Projekt im Eastern Cape wird davon betroffen sein.

Meine Damen und Herren, der niedersächsische Wirtschaftsminister hat sich die Förderung der Internationalität Niedersachsens auf die Fahnen geschrieben. Der Ministerpräsident hat entdeckt - wie sich aus seinen Reisen nach Ungarn und Litauen unschwer entnehmen lässt -, dass im Zuge der Globalisierung die Pflege internationaler Beziehungen für das Land und seine Wirtschaft unerlässlich ist. Nur, Herr Kollege Hogrefe, Politikerreisen ins Ausland allein machen es eben nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Projekte wie die Unterstützung der russischen und polnischen Partner bei der Gestaltung des Deutschunterrichts und die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Schulen eröffnen neue Möglichkeiten für den internationalen

Austausch und für Praktika. Wir verbessern damit auch die Startbedingungen für unsere Berufsanfänger. Durch vorbereitende Fachseminare für polnische Partner zum öffentlichen Personennahverkehr wurde einerseits den Partnerregionen geholfen, andererseits profitieren auch niedersächsische Firmen davon. Ihre Chancen für eine erfolgreiche Teilnahme an einschlägigen Ausschreibungen in Polen erhöhen sich damit.

Eine sinnvolle Weiterentwicklung solcher hier nur beispielhaft aufgeführter Projekte mit nur noch 589 000 Euro für die Pflege der Partnerschaften und der internationalen Beziehungen des Landes ist kaum mehr möglich. Diese Summe erweckt eher den Eindruck eines Feigenblattes, nicht aber den Eindruck, dass der Landesregierung die Förderung der Internationalität Niedersachsens ein wichtiges und ernst zu nehmendes Anliegen ist. Es wäre ehrlicher gewesen, meine Damen und Herren von den Fraktionen der CDU und der FDP, das Geld insgesamt zu streichen und zu erklären, dass die Niedersächsische Landesregierung im Jahr des Beitritts Polens zur EU die erfolgreiche Zusammenarbeit nicht weiter fördern will.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Vielen Dank. - Das Wort hat Frau Kollegin Kuhlo.

Ulrike Kuhlo (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Jahr 2004 ist für die Zukunft der Europäischen Union und für die zukünftige Rolle Europas in der Welt wohl das entscheidendste Jahr, das wir erleben können. Die aktuellen Herausforderungen der europäischen Einigung werden gerade in dieser Woche im zähen Ringen der Staats- und Regierungschefs um den Entwurf eines Vertrages für eine Europäische Verfassung deutlich.

Dass es sich bei dem Vertrag um einen Kompromiss handelt, also um den kleinsten gemeinsamen Nenner, bedeutet, dass kein Mitgliedsland seine Idealvorstellungen verwirklicht findet. Die FDP kann mit einem Kompromiss leben. Allerdings haben wir angesichts der unverantwortlichen und disziplinlosen Haushaltspolitik von Hans Eichel größte Bedenken, wenn es um die Stabilität des Euro geht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Aus Sicht der FDP muss das Ziel der Geldwertstabilität dringend in den Zielkanon des Verfassungsvertrages aufgenommen werden, ebenso wie die Garantie der Unabhängigkeit der EZB; denn diese Bundesregierung setzt die Stabilität der gemeinsamen Währung, die Haushaltsdisziplin der Mitgliedstaaten und damit das Vertrauen in die EU aufs Spiel.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Im europäischen Vergleich ist Deutschland nach fünf Jahren Rot-Grün in vielen Politikfeldern auf hintere Plätze zurückgefallen. War Deutschland früher Lokomotive, so ist es heute mehr und mehr Bremsklotz für ein wirtschaftlich und politisch starkes Europa.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Um unser Land europafähig zu machen, brauchen wir grundlegende Reformen in der Steuerpolitik, am Arbeitsmarkt, in den sozialen Sicherungssystemen und in den Bildungseinrichtungen. Die FDP erkennt das Solidarprinzip innerhalb der EU ausdrücklich an. Notwendig ist aber eine ausgewogene Lastenverteilung. Die von der rot-grünen Bundesregierung versprochene finanzielle Entlastung Deutschlands als größtem Nettozahler ist ausgeblieben. Eine finanzielle Entlastung würde aber Spielraum für Steuersenkungen in Deutschland und damit für Wirtschaftswachstum bringen.

Die Frage der Subsidiarität ist im Verfassungsvertrag so gelöst, dass Bundestag und Bundesrat feststellen können, ob Brüssel vertragswidrig in die nationalen Hoheitsrechte eingreift. Beide Kammern müssen diese Kompetenzen intensiv wahrnehmen. Subsidiarität betrifft nicht nur das Verhältnis zwischen Brüssel, Berlin und den Hauptstädten der Bundesländer, sondern jede Stadt und jede Gemeinde auch in Niedersachsen.

Die Kommunen müssen die Masse der europäischen Rechtssetzungen in Deutschland umsetzen. Deshalb fordert die FDP eine angemessene Vertretung der Städte und Gemeinden in Brüssel. Den Kommunen muss von den Landesregierungen Sitz und Stimme im Ausschuss der Regionen eingeräumt werden. Sie müssen ihre Vertreter in die Länderbüros in Brüssel entsenden können.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Viele sehr unterschiedliche Staaten streben die Mitgliedschaft in der EU an und lassen neue Fra-

gen nach gemeinsamen Werten und einer gemeinsamen europäischen Identität in den Vordergrund treten. Kann die Union auf Dauer darauf verzichten, Grenzen zu setzen, seien es geografische oder gesellschaftspolitische, religiöse oder weltanschauliche Grenzen? Gibt es historische Erregenschaften und gesamteuropäische Erfahrungen, die für den europäischen Bürger ein Bewusstsein für eine gemeinsam zu gestaltende Zukunft stiften kann? Reichen Bezüge zum jüdisch-christlichen Menschenbild, zum Humanismus, zur Aufklärung sowie zur Sozial- und Rechtsstaatlichkeit tatsächlich als Identitätsgrundlage für das europäische Einigungsprojekt aus?

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das alles sind Fragen, zu deren Beantwortung wir als Europäer in Niedersachsen mit aufgerufen sind und die bei allen im kommenden Jahr anstehenden europapolitischen Ereignissen immer mit im Zentrum stehen sollten: bei der Erweiterung um zehn neue Mitgliedstaaten zum 1. Mai 2004, bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 13. Juni nächsten Jahres und insbesondere auch beim Inkrafttreten des Verfassungsvertrages, der hoffentlich noch in dieser Woche auf dem Brüsseler Gipfel von den Staats- und Regierungschefs unterzeichnet wird.

Was wir als Parlamentarier und Abgeordnete mit Hilfe des EIZ in unseren Wahlkreisen in den kommenden Monaten und Jahren für die europäische Einigung zu leisten haben, kann dagegen gar nicht überschätzt werden. Das ist nicht nur eine Frage von Finanzmitteln, Frau Tinus und Frau Langhans, sondern auch eine Frage des persönlichen Einsatzes und der Überzeugungskraft. Wir und die Kollegen aus dem Bundestag und aus dem Europaparlament haben die Aufgabe, den Bürgerinnen und Bürgern Niedersachsens die Wesenszüge und die Arbeitsweisen europäischer Institutionen nahe zu bringen.

Es ist wichtig, das Vertrauen in Europa zu stärken und zu erklären, wie die neue Kompetenzordnung aussieht, wie die Auswirkungen auf die Kompetenzen der Mitgliedstaaten sind und welche Rolle die Regionen und Städte unserer Heimat künftig im europäischen Kontext spielen sollen. In der Erklärung von Laeken heißt es:

„In der Union müssen die europäischen Organe dem Bürger näher gebracht werden. Die Bürger stehen zweifellos hinter den großen Zielen

der Union, sie sehen jedoch nicht immer einen Zusammenhang zwischen diesen Zielen und dem täglichen Wirken der Union. Sie verlangen von den europäischen Organen weniger Schwerfälligkeit und Starrheit und fordern vor allem mehr Effizienz und Transparenz. Viele finden auch, dass die Union stärker auf ihre konkreten Sorgen eingehen müsste und sich nicht bis in alle Einzelheiten in Dinge einmischen sollte, die eigentlich besser den gewählten Vertretern der Mitgliedstaaten und der Regionen überlassen werden sollten.“

Meine Damen und Herren, dem ist aus liberaler Sicht nichts hinzuzufügen.

(Starker, anhaltender Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine Damen und Herren, sozusagen als Krönung dieser Debatte erhält der Finanzminister in Vertretung des Ministerpräsidenten das Wort.

(David McAllister [CDU]: Bitte etwas ausführlicher! - Heiterkeit)

Nur darauf haben wir gewartet, Herr Minister.

Hartmut Möllring, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben die Wahl. Das hier sind die vorbereiteten Reden zu den Haushaltsgebieten der Staatskanzlei. Wenn Herr McAllister es möchte, lese ich die natürlich alle vor.

(David McAllister [CDU]: Budgetrecht ist Parlamentsrecht!)

Ich möchte darauf aber verzichten, weil ich nicht glaube, dass Sie jetzt noch etwas dazu wissen möchten, wie wir LoHN innerhalb des Staatsarchivs durchführen und wie wir dort Stellenverlagerungen vornehmen.

Aber ich möchte wenige Sätze an Frau Tinius richten, weil Sie nämlich morgen dem SPD-Antrag zur Änderung des Haushaltsplanes nicht zustimmen dürfen, denn in diesem Antrag wird die Streichung des 500 000 Euro umfassenden Verfügungsfonds der Landesregierung gefordert. Das macht man ja immer gern. Aber Ihr Fraktionsvor-

sitzender war doch einmal Ministerpräsident, er weiß doch, was daraus bezahlt wird. Ich habe hier elf Projekte, die alle europabezogen sind und für die 213 750 Euro erforderlich sind. Wenn Sie diese 500 000 Euro streichen würden, müssten wir alle diese Projekte streichen. Das fängt bei der Begrüßung der neuen Mitglieder an, geht über den Besuch der neuen Mitglieder, die Integration und den Besuch unserer Nachbarn bis hin zu unserer Landesvertretung in Brüssel. Sie müssen sich überlegen, was Sie hier sagen oder welchen Anträgen Sie in der Fraktion zustimmen.

(Bernd Althusmann [CDU]: Sehr richtig! - Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Ich schließe die Debatte.

Wir sehen uns morgen früh um 9 Uhr wieder.

Schluss der Sitzung: 20.53 Uhr.